



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Die Position der Südtiroler Volkspartei (SVP) zur
Integration ausländischer StaatsbürgerInnen

Verfasser

Harald Prosch, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, Oktober 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft UG2002

Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger

Danksagung

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, mich bei einigen Menschen zu bedanken, die mich während meines Studiums begleitet und zu einem erfolgreichen Abschluss beigetragen haben.

Ein Dank gilt meiner Betreuerin, Frau Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, für die umfassende Betreuung und die zahlreichen inhaltlichen Anregungen, welche im Arbeitsprozess eine große Hilfe waren und die Arbeit in die richtige Richtung gelenkt haben.

Ein Dank gilt auch allen ExpertInnen, die sich für ein Interview zur Verfügung gestellt haben.

Meinem Cousin Matthias möchte ich danken, dass er mir in verschiedensten Situationen während meines Studiums mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist.

Mein größter Dank gilt meiner Familie und meiner Freundin Agnes.

Meinen Eltern Rudi und Marialuise möchte ich danken, dass sie mich menschlich und finanziell immer unterstützt haben. Für ihre Geduld und Selbstlosigkeit, mit der sie mir mein Studium in dieser Form ermöglicht haben, gebührt ihnen ein großer Dank. Meiner Schwester Ingrid möchte ich danken, dass sie mich in vielen Gesprächen immer wieder motiviert hat, die Arbeit fertigzustellen.

Bei Agnes möchte ich mich für die Aufmunterungen und motivierenden Gespräche bedanken, die mir im Arbeitsprozess sehr geholfen haben. Am meisten aber dafür, dass sie mich in allem, was ich mache, stets unterstützt und an meiner Seite steht.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1	Forschungsinteresse	1
1.2	Forschungsfrage	2
1.3	Forschungslücke.....	2
1.4	Aufbau der Arbeit.....	4
2.	Begriffe, Definitionen und Akteure.....	5
2.1	Südtirol.....	5
2.1.1	Allgemeines.....	5
2.1.2	Geschichtlicher Kontext.....	5
2.1.3	Das politische System Südtirols	8
2.2	Die Südtiroler Volkspartei (SVP).....	9
2.2.1	Entstehung und Werdegang.....	9
2.2.2	Politische Charakterisierung.....	10
2.3	Migration nach Südtirol bis 1990.....	12
2.3.1	Migration nach Südtirol ab 1990.....	13
2.3.2	Struktur der ausländischen Bevölkerung in Südtirol.....	14
3.	Integration	16
3.1	Inhaltliche Dimension des Integrationsbegriffs	16
3.1.1	Integrationsmodelle nach Castles.....	17
3.2	Analytische Dimension des „Integrationsbegriffs“ nach Ager/Strang.....	21
3.2.1	Kennzeichen und Mittel („Markers and Means“)	22
3.2.2	Staatsbürgerschaft und Rechte („Citizenship“ and „Rights“)	24
3.2.3	Soziale Beziehungen („Social Connection“).....	25
3.2.4	Unterstützer („Facilitators“)	27
3.3	Politische Parteien und Migration und Integration.....	29
3.4	Nationale Minderheiten und Migration.....	31
3.5	Nationale Minderheiten und Migration in Südtirol.....	32
3.6	Hypothesen.....	34
4.	Methodik	35
4.1	Die qualitative Inhaltsanalyse	35
4.1.1	Qualitative Technik der Zusammenfassung.....	37
4.1.2	Qualitative Technik der Strukturierung.....	38
5.	Integration und die politische Praxis in der SVP	39
5.1	Inhaltliche Strukturierung des Positionspapiers	39
5.1.1	Zusammenfassung Strukturelle Inhaltsanalyse Positionspapier.....	47

5.2	Inhaltliche Strukturierung – Integrationsgesetz	48
5.2.1	Zusammenfassung Strukturelle Inhaltsanalyse Integrationsgesetz	59
5.3	Vergleich Positionspapier – Integrationsgesetz	60
5.4	Beantwortung der Fragen und Diskussion der Hypothesen	64
5.4.1	Inhaltliche Unterschiede zwischen Positionspapier und Integrationsgesetz	64
5.4.2	Die Ethnizität der SVP und ihr Umgang mit Integration	65
5.4.3	SVP als Minderheitenpartei und ihr Umgang mit „neuen“ Minderheiten.....	66
5.4.4	SVP als Sammelpartei und ihr Umgang mit Integration	68
5.4.5	SVP und die These des „hidden consensus“	70
6.	Politische Positionierung der SVP	70
6.1	Positionspapier	71
6.2	Integrationsgesetz.....	72
6.3	Bewertung nach Castle’s Integrationsmodellen	73
6.4	Fazit und Ausblick	74
7.	Literaturverzeichnis.....	78
8.	Anhang	82
8.1	Abstract	82
8.2	Interviewprotokolle	83
8.3	Lebenslauf	141

1. Einleitung

1.1 Forschungsinteresse

In der vorliegenden Arbeit möchte ich die politische Positionierung der Südtiroler Volkspartei (SVP) zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol beleuchten.

Die Zahl der ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol hat seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich zugenommen. Im Jahr 1992 waren ca. 5.800 ausländische StaatsbürgerInnen in Südtirol ansässig, bis zum Jahr 2011 stieg die Zahl auf rund 44.000 Menschen an, was einem Anteil von 8,7 % an der Südtiroler Bevölkerung entspricht. (Vgl. Astat-Info, 2012c:1f.) Auch die Herkunft der MigrantInnen verändert sich: MigrantInnen aus den osteuropäischen Ländern stellen inzwischen die stärkste Gruppe dar, auch die Zuwanderung aus Afrika, Asien und Lateinamerika nimmt kontinuierlich zu. (Medda-Windischer/Girardi, 2011:17f.)

Auch für die Südtiroler Politik haben die Themen „Migration“ und „Integration“ an Aktualität gewonnen. Die Kompetenzen der Südtiroler Landesregierung beschränken sich bis auf wenige Ausnahmen auf den Bereich der Integration, andere grundlegende Kompetenzen im Bereich der Migration liegen beim italienischen Staat. Der Südtiroler Landtag hat im Jahr 2011 das Südtiroler Integrationsgesetz beschlossen, welches von der Koalition zwischen der Südtiroler Volkspartei (SVP) und dem Partito Democratico (PD) eingebracht wurde. Damit wurde eine rechtliche Grundlage im Bereich der Integration geschaffen.

Südtirol ist durch die Existenz dreier Sprachgruppen gekennzeichnet: Die traditionellen, autochthonen Minderheiten der deutschen und ladinischen Sprachgruppe¹ sowie die italienische Sprachgruppe. Die Maßnahmen zum Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit in Italien führen in den Institutionen der Provinz zu einer „klaren Trennung“ (Medda-Windischer, 2011:19) zwischen den beiden größten Sprachgruppen in Südtirol, der deutschen und der italienischen Sprachgruppe. Durch die Zugehörigkeitserklärung aller in Südtirol lebenden Menschen zu einer der drei Sprachgruppen und der Vergabe von öffentlichen Stellen nach einem „ethnischen Proporz“ kommt es zu einer „Ethnisierung“ (Ebd., 2011:20) der Bevölkerung. Das politische System wird als „ethnic divided governance“ (Palermo, 1999:304) charakterisiert, das auf die Erhaltung des jetzigen Zustandes ausgerichtet ist. (Vgl. Medda-Windischer, 2011:20f.)

¹ Wisthaler schreibt, dass als traditionelle, historische, autochthone Minderheiten Gemeinschaften bezeichnet werden, die „eine andere Sprache, Kultur oder Religion als der Rest der Bevölkerung des Staates haben, in dem sie leben.“ (Wisthaler, 2011:242,

Mit der Entstehung sogenannter, „neuer“, migrationsbedingter Minderheiten ergibt sich in Südtirol das Aufeinandertreffen zwischen den traditionellen, autochthonen Minderheiten der deutschen und ladinischen Sprachgruppe, der italienischen Sprachgruppe und den neuen, migrationsbedingten Minderheiten. (Vgl. Medda-Windischer, 2011:19)

Die Südtiroler Volkspartei bezeichnet sich als Sammelpartei aller deutsch- und ladinischsprachigen SüdtirolerInnen und als Zielsetzung formuliert sie die „Sicherung und Förderung der deutschen und ladinischen Volksgruppe“. (SVP-Parteiprogramm, S. 5) Der starke Fokus der Partei auf die Ethnizität, ihr Vertretungsanspruch für die deutsche und ladinische Minderheit in Italien sowie ihre interne Heterogenität machen es meiner Ansicht nach interessant, welche Position die SVP zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol vertritt.

1.2 Forschungsfrage

Ausgehend von diesen Überlegungen möchte ich daraus meine Forschungsfrage und einige Unterfragen entwickeln. Die zentrale Forschungsfrage lautet: Welche politische Position vertritt die Südtiroler Volkspartei (SVP) bei der Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol?

Als Unterfragen ergeben sich:

- Welches Verständnis von Integration vertritt die SVP?
- Welche Rolle spielt Ethnizität im Integrationsverständnis der SVP?
- Welche verschiedenen Positionen gibt es innerhalb der SVP zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen?
- Welche Rolle spielt das Selbstverständnis als Minderheitenpartei im Umgang mit einer „neuen“, migrationsbedingten Minderheit?
- Welche inhaltlichen Unterschiede in Bezug auf das Integrationsverständnis gibt es zwischen politischem Programm und politischer Praxis der SVP? Warum?

1.3 Forschungslücke

Der Umgang politischer Parteien in Südtirol mit den Themen „Migration“ und „Integration“, aber auch in anderen Ländern, ist noch weitestgehend unerforscht. Mit der vorliegenden Arbeit

soll ein Anfang gemacht werden, diese Forschungslücke zu füllen. In Kapitel 3.3 werde ich nochmals genauer darauf eingehen.

Es gibt meiner Recherche nach keine Publikationen, welche sich explizit mit der Rolle der Südtiroler Volkspartei im Umgang mit der Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen befassen. Es existieren jedoch einige Studien, die in einzelnen Passagen oder in Vergleichsstudien die Migrations- und Integrationspolitik der SVP behandeln. Dazu zählt ein Artikel von Lorenzo Piccoli (2013)², bei welchem es sich um einen Vergleich der Identitäten von nationalen Minderheiten und der Integration von MigrantInnen in Südtirol und Québec handelt. Piccoli untersucht in beiden Fällen, wie die politischen Eliten der autochthonen Minderheiten mit der Integration von MigrantInnen umgehen. Im Falle Südtirols sieht Piccoli weder Maßnahmen der Südtiroler Volkspartei zur Assimilation von MigrantInnen in die eigene Sprachgruppe noch eine beidseitige multikulturelle Inklusion. Letztere Variante präge laut Piccoli den offiziellen Diskurs der politischen Eliten, in der Praxis hätten die politischen Entscheidungsträger jedoch Angst, dass eine tiefgehende Diskussion über die Integration von MigrantInnen zu ethnischen Spannungen führen könnte. (Vgl. Piccoli, 2013)

In den letzten Jahren hat das Südtiroler Forschungsinstitut Eurac einige Publikationen zur Migration nach Südtirol und zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen publiziert. Auch die Verbindungen zwischen autochthonen Minderheiten und Immigration werden dabei untersucht, beispielsweise im Beitrag „Diversity Management ‘neuer Minderheiten’ in Alto Adige/Südtirol“ von Roberta Medda-Windischer.³ Die Forscherin bezeichnet darin die Haltung der SVP gegenüber der Migration und der damit einhergehenden Vielfalt als „defensiv“ (Medda-Windischer, 2011: 21) Die Autorin vermutet, ähnlich wie Piccoli, dass die Angst bestehe, bei einer Auseinandersetzung mit diesem Thema eine „Büchse der Pandora“ zu öffnen, welche die vielen ungelösten Fragen im Verhältnis zwischen der deutschen und italienischen Sprachgruppe im Lande beinhalte. (Vgl. Ebd., 2011:24) Gleichzeitig erkennt die Forscherin aber auch erste Anzeichen einer Annäherung zwischen den „alten“, traditionellen und „neuen“ Minderheiten in Südtirol. (Vgl. Ebd., 2011: 28)

Verena Wisthalers Publikation „Migration – Chance und Herausforderung für das Südtirol des 21. Jahrhunderts“ stellt einen umfassenden Überblick über den Umgang mit Migration in Südtirol, auch im Zusammenspiel mit den autochthonen Minderheiten, dar. Kompetenzen im Bereich der Integration hätten in Südtirol laut Wisthaler bisher „nicht zu inklusiven Politiken

² Piccoli, Lorenzo (2013): „Redrawing Identity Boundaries through Integration Policies: Strategies of Inclusion/Exclusion of Immigrants in Québec and South Tyrol. Eurac Diversity and Autonomy Papers

³ Medda-Windischer, Roberta/Hetfleisch, Gerhard/Meyer, Maren (Hg.) (2011): Migration und Integration in Südtirol und Tirol. Analysen und multidisziplinäre Perspektiven. Eurac Research)

[...], sondern zu exklusiven bzw. restriktiven Regelungen der Eingliederungen der Migranten“ (Wisthaler, 2011:257) geführt.

Die Sprachwissenschaftlerin Nadja Thoma hat sich in einem Artikel für das Jahrbuch der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaften „Politika“ mit den Migrationsdiskursen der Südtiroler Freiheitlichen auseinandergesetzt. (Thoma, 2011)

Markus Costa hat sich in seiner Diplomarbeit mit der Integrationspolitik in Südtirol befasst. Er hat dabei die Integrationspolitik unter den Aspekten der Assimilierungstheorie und des Multikulturalismus in einer ethnisch-fragmentierten Gesellschaft untersucht. (Costa, 2012)

1.4 Aufbau der Arbeit

Nach dem einführenden Kapitel, wo ich mein Forschungsinteresse, den Forschungsstand und meine Fragestellung darlege, möchte ich im zweiten Kapitel auf grundlegende Begriffe und Definitionen, Akteure sowie historische Gegebenheiten eingehen, welche für den weiteren Verlauf der Arbeit von Bedeutung sind. Dazu zählen Unterkapitel über die Geschichte Südtirols, das politische System Südtirols, Migration in Südtirol sowie über die Südtiroler Volkspartei. Im dritten Kapitel steht der Begriff der „Integration“ im Mittelpunkt. Zuerst folgt ein Unterkapitel zur inhaltlichen Dimension von Integration anhand von verschiedenen theoretischen Integrationskonzepten. Danach wird ein theoretisches Konzept zur analytischen Dimension des Integrationsbegriffes behandelt. In den weiteren Unterkapiteln werden der Umgang von politischen Parteien mit dem Themenbereich „Migration/Integration“ sowie das Verhältnis zwischen nationalen Minderheiten und migrationsbedingten Minderheiten aufgegriffen. Im vierten Kapitel wird die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse sowie einiger Unterformen beschrieben. Im fünften Kapitel beginnt die empirische Untersuchung meiner Arbeit. Zuerst werden das Positionspapier „Fordern und Fördern“ und das Integrationsgesetz einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Als Kategorien für diese Analyse dienen die Kernbereiche aus dem theoretischen Rahmenkonzept von Ager/Strang. Anschließend sollen mit den Aussagen aus den ExpertInneninterviews zu verschiedenen inhaltlichen Bereichen und dem Ergebnis der Dokumentenanalyse die Fragestellungen beantwortet und die Hypothesen überprüft werden. Den Schluss der Arbeit bildet ein persönliches Fazit.

2. Begriffe, Definitionen und Akteure

Dieses Kapitel bietet einen Überblick über wesentliche Begriffe und Akteure. Dabei wird zuerst auf die Geschichte Südtirols seit 1945 sowie auf das politische System des Landes eingegangen. Danach folgt ein Unterkapitel zum Thema „Migration“ in Südtirol, mit einem geschichtlichen Abriss des Phänomens, der aktuellen Situation sowie der Struktur der ausländischen Bevölkerung im Lande. Danach widme ich mich meiner Hauptakteurin, der Südtiroler Volkspartei. Neben einer geschichtlichen Annäherung soll auch eine politische Klassifizierung der Partei erarbeitet werden.

2.1 Südtirol

2.1.1 Allgemeines

Die Autonome Provinz Bozen-Südtirol bildet gemeinsam mit der Provinz Trient die nördlichste Region Italiens und grenzt im Norden und Osten an Österreich, im Westen an die Schweiz. In der Provinz Bozen-Südtirol leben ca. 513.000 Personen⁴. (Vgl. Astat, 2012a) Die Bevölkerung setzt sich aus einer Mehrheit von BürgerInnen deutscher Muttersprache (ca. 69 %), BürgerInnen mit italienischer Muttersprache (ca. 26 %) sowie einer Minderheit von BürgerInnen mit ladinischer Muttersprache (ca. 4 %) zusammen. (Vgl. Astat, 2012b:5) Die Autonomie der Provinz Bozen-Südtirol und der Schutz der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheit im italienischen Staatsgebiet beruht auf dem sogenannten „Autonomiestatut“. Darin ist auch der sogenannte „ethnische Proporz“ (Bonell/Winkler, 2006:90) festgeschrieben, welcher als „Schutzmechanismus“ (Ebd., 2006:90) für die proportionale Vertretung der drei Sprachgruppen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens wirkt.⁵ (Vgl. Ebd., 2006:90)

2.1.2 Geschichtlicher Kontext

Um den Kontext der Migration nach Südtirol und der Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen in die Südtiroler Gesellschaft zu skizzieren, ist auf Besonderheiten der Provinz Bozen einzugehen.

⁴ Stichdatum dieser Erhebung des Landesinstitutes für Statistik (Astat) war der 30.6.2012

⁵ Das Prinzip des ethnischen Proporz wird in folgenden Bereichen angewandt: „Bei der Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst, bei der Zusammensetzung der Organe der öffentlichen Körperschaften und bei der Verteilung von Haushaltsmitteln des Landes zu Zwecken der Fürsorge sowie zu sozialen und kulturellen Zwecken.“ (Bonell/Winkler, 2006:91)

Die jüngere Geschichte Südtirols wird von einem richtungsweisenden historischen Ereignis eingeleitet: Am 10. September 1919 wird im Friedensvertrag von St. Germain das Gebiet des heutigen Südtirols dem Staat Italien zugesprochen. Diese Angliederung an Italien machte die ca. 220.000 deutsch- und ladinischsprachigen SüdtirolerInnen zu einer sprachlichen Minderheit innerhalb des Staates. (Vgl. von Hartungen, 2002: 3) Die Verhandlungen über eine Autonomie Südtirols wurden von der faschistischen Machtübernahme in Italien im Jahre 1922 unterbrochen. Die faschistische Führung unterband jegliche Sonderrechte der sprachlichen Minderheiten im Lande. Für Südtirol wurde ein Programm zur „Italienisierung des Landes“ (Ebd., 2002:5) erstellt. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler in Deutschland löste in Teilen der Südtiroler Bevölkerung Hoffnungen auf die „Befreiung von der faschistischen Unterdrückung und die Heimholung ins Deutsche Reich“ (von Hartungen, 2002:7) aus. Im Zuge strategischer Überlegungen schloss das nationalsozialistische Deutschland im Jahre 1939 einen Pakt mit seinem italienischen Verbündeten, die sogenannte „Option“, in welchem über die Zukunft der Südtiroler Bevölkerung bestimmt wurde. Die Bewohner der Provinz Bozen sowie einiger Gemeinden der Provinzen Trient und Belluno wurden vor die Wahl gestellt: Auswanderung ins Deutsche Reich und Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft oder Verbleib in ihrer Heimat, „ohne jegliche Unterstützung für den Erhalt der eigenen (deutschen, Anm. H.P.) Sprache und Kultur, also eine Wahl zwischen Volkstum und Heimat.“ (Ebd., 2002:8) Bis zum Ende des Jahres 1939 hatten sich circa 212.000 SüdtirolerInnen, was einem Anteil von 85 % an der damaligen Bevölkerung entsprach, für die Auswanderung nach Deutschland entschieden. Bis zum Zusammenbruch des faschistischen Regimes unter Mussolini und dem damit verbundenen Stopp der Umsiedlungen im Jahre 1943 waren ungefähr 75.000 SüdtirolerInnen tatsächlich ins Deutsche Reich ausgewandert und die „Option“ hatte eine „tiefe Kluft innerhalb der deutschsprachigen Bevölkerung aufgerissen“. (Ebd., 2002:8) Nach dem Sturz Mussolinis und der Kapitulation Italiens besetzte das nationalsozialistische Deutschland das Gebiet des heutigen Südtirols. Die Vorstellungen der beiden Sprachgruppen für die Zukunft des Landes Südtirol waren dabei sehr konträr: die italienischen Parteien bezogen Stellung für den Verbleib des Landes an Italien, die deutschsprachigen Parteien propagierten das Selbstbestimmungsrecht und die damit verbundene Angliederung an Österreich. (Ebd., 2002: 10)

Das Abkommen zwischen Österreich und Italien anlässlich der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1945, der sogenannte „Pariser Vertrag“⁶, bildet die Grundlage der Autonomie Südtirols. Der Vertrag garantiert der deutschsprachigen Südtiroler Bevölkerung „die volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze der völkischen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen

⁶ Der Pariser Vertrag wird auch als „Gruber-Degasperi-Abkommen“ bezeichnet, benannt nach den beiden Unterzeichnern, dem österreichischen Außenminister Karl Gruber und dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide Degasperi.

Entwicklung der deutschen Sprachgruppe.“ (Südtiroler Landtag, 2005) Im Pariser Vertrag wird zudem der Südtiroler Bevölkerung die „Ausübung einer autonomen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt“ (Ebd., 2005) zugestanden. (Vgl. Ebd., 2005) Auf Basis des Pariser Vertrages wurde im Jahre 1948 vom italienischen Staat das Erste Autonomiestatut für die Region „Trentino-Tiroler Etschland“ erlassen.

In der Südtiroler Politik, allen voran in der Südtiroler Volkspartei, und Bevölkerung machte sich zunehmend Unmut über die unzureichende Umsetzung der Autonomie durch den italienischen Staat breit. Politische Protestkundgebungen, wie jene auf Schloss Sigmundskron im Jahre 1957, forderten ein „Los von Trient“. (Vgl. Ebd., 2006:16) Zeitgleich entwickelte sich ein gewaltsamer Widerstand gegen die Politik des italienischen Staates durch Aktivisten des Südtiroler Befreiungsausschuss (BAS). Sie führten Sprengstoffanschläge aus, welche sich vor allem gegen Strommasten richteten, und ihren Höhepunkt in der „Feuernacht“ vom 11. auf den 12. Juni 1961 fanden. Der damalige österreichische Außenminister Bruno Kreisky verschaffte der „Südtirolfrage“ internationale Aufmerksamkeit, in dem er den Konflikt im Jahr 1959 vor den Vereinten Nationen (UNO) in New York zur Sprache brachte. In den darauffolgenden Jahren erließ die UNO zwei Resolutionen⁷, in denen Italien und Österreich zu Verhandlungen aufgefordert wurden, um „eine Lösung aller Differenzen hinsichtlich der Durchführung des Pariser Vertrages vom 5. September 1946 zu finden.“ (Vgl. Bonell/Winkler, 2006:16)

Als Konsequenz dieser UNO-Resolution wurde von der italienischen Regierung die sogenannte „Neunzehnerkommission“ eingesetzt, welche Vorschläge für eine verbesserte Ausgestaltung der Autonomie erarbeiten sollte. Basierend auf diesen Vorschlägen wurde in bilateralen Verhandlungen auf Ebene der Außenminister und verschiedener Experten ein Maßnahmenpaket für eine „bessere Autonomie“ (Ebd., 2006:16) und „zugunsten der Bevölkerung Südtirols“ (von Hartungen, 2002:16) erarbeitet. Dieses sogenannte Paket⁸ wurde anschließend sowohl von einer geringen Mehrheit innerhalb der regierenden Südtiroler Volkspartei (SVP) als auch vom nationalen italienischen Parlament und dem österreichischen Nationalrat ratifiziert. (Vgl. Bonell/Winkler, 2006:16) Zur rechtlichen Absicherung und Verankerung der Maßnahmen wurde ein sogenannter Operationskalender erarbeitet, ein Zeitplan zur Durchführung der beschlossenen Maßnahmen. (Vgl. von Hartungen, 2002:17)

Die wichtigste Neuerung, die dieses „Paket“ enthielt, war die Abänderung und Ergänzung des alten Autonomiestatuts durch das Verfassungsgesetz Nr. 1 vom 10. November 1971, aus welchem das sogenannte „neue“ oder „Zweite Autonomiestatut“ resultierte. (Vgl. Bonell/Winkler, 2006:17) Das Zweite Autonomiestatut beinhaltet eine „weitreichende

⁷ 1. Resolution vom 31. Oktober 1960, 2. Resolution vom 28. November 1961

⁸ Das Maßnahmenpaket wurde fortan häufig lediglich „Paket“ genannt. Es umfasst 137 Maßnahmen (Vgl. Bonell/Winkler, 2006:16f.)

Selbstverwaltungsbefugnis“ (Ebd., 2006:17) für die Provinzen Bozen und Trient, während die Befugnisse der Region „Trentino-Südtirol“ eingeschränkt wurden. (Vgl. Ebd., 2006:17) Im Jahre 1992 erfolgte die Streitbeilegungserklärung Österreichs und Italiens in Bezug auf die „Südtirol-Frage“ vor den Vereinten Nationen (UNO) in New York. (Vgl. von Hartungen, 2002: 19) Nach der Streitbeilegungserklärung wurden weitere Kompetenzen an die autonomen Provinzen Bozen und Trient übertragen. Im Jahre 2001 wurde das Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol“ abgeändert und ergänzt. Für die Region „Trentino – Alto Adige/Südtirol“ bedeutete das eine Stärkung der jeweiligen Provinzen zugunsten der Region, zugleich aber auch eine neuerliche Ausweitung ihrer Befugnisse. (Vgl. von Hartung, 2002: 20ff.)

2.1.3 Das politische System Südtirols

Bei den Landtagswahlen im Jahre 2008 haben die *Südtiroler Volkspartei (SVP)*, *Die Freiheitlichen*, die *Süd-Tiroler Freiheit*, die *Grünen – Verdi – Verc – Bürgerliste*, der *Popolo della Libertà (Pdl)*, der *Partito Democratico/Demokratische Partei (PD)*, die *Union für Südtirol*, die *Liste Unitalia* und die *Lega Nord* den Einzug in den Südtiroler Landtag geschafft. (Vgl. Autonome Provinz Bozen, Landtagswahlen 2008)

In diesem Kapitel werde ich nun die Südtiroler Parteienlandschaft nach ihrer ideologischen Dimension charakterisieren. Die *Südtiroler Volkspartei (SVP)* beansprucht, die politischen Mitte zu bilden, *Die Freiheitlichen*, die *Süd-Tiroler Freiheit*, die *Union für Südtirol*, der *Popolo della Libertà (Pdl)* und die *Lega Nord* werden in ideologischer Hinsicht dem Mitte-Rechts-Lager zugeordnet. Die *Liste Unitalia* wird als rechte Partei eingestuft. Die *Grünen – Verdi – Verc* und der *Partito Democratico/Demokratische Partei (PD)* werden dem Mitte-Links-Lager zugeordnet. (Vgl. Pallaver, 2011:260)

Die Südtiroler Parteienlandschaft ist zudem entlang ethnischer Gesichtspunkte aufgebaut. Ethnische Parteien versuchen, eine auf ein bestimmtes Territorium konzentrierte ethnische Gruppe zu vertreten. (Vgl. Ebd., 2009:246) Bei diesen Gruppen handelt es sich meistens um autochthone Minderheiten, welche sich selber als „spezifische soziale Kategorie mit einer einzigartigen und gemeinsamen Identität“ begreifen. (De Winter, zit. nach Pallaver, 2009:246) Kennzeichen von ethnoregionalen Parteien sind ein beschränktes territoriales Wirkungsfeld und eine exkludierende Gruppenidentität. (Vgl. Pallaver, 2009:246) Als ethnische Parteien für die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung können die *Südtiroler Volkspartei*, *Die Freiheitlichen*, die *Süd-Tiroler Freiheit* und die *Union für Südtirol* charakterisiert werden. (Vgl. Ebd., 2009:248) Als ethnische Partei für die italienischsprachige Bevölkerung kann die *Liste Unitalia* bezeichnet werden. Der *Popolo della Libertà (Pdl)* und der *Partito Democratico (PD)*

treten auf gesamtstaatlicher Ebene an und beziehen sich nicht auf eine bestimmte ethnische oder nationale Gemeinschaft. Als einzige alle drei Sprachgruppen umfassende, interethnische Partei gelten die *Grünen – Verdi – Verc.* (Ebd., 2009:248f.) Die *Lega Nord* stellt in dieser Hinsicht einen Sonderfall dar. Sie positioniert sich auf dem Papier als interethnische Partei, befindet sich laut Pallaver in der Transformationsphase von einer ethnischen zu einer interethnischen Partei. (Vgl. Pallaver, 2009:254)

Eine Einordnung des Südtiroler Parteiensystems lässt sich nach mehreren Gesichtspunkten vornehmen. (Vgl. Pallaver, 2011:274ff.) Nach Sartori kann man generell zwischen einem einfachen, bipolaren Pluralismus, einem gemäßigten und einem polarisierten Pluralismus unterscheiden. (Sartori, zit. nach Pallaver, 2011:274) Laut Pallaver weist das politische System Südtirols die von Arend Lijphart beschriebenen Merkmale einer Konkordanzdemokratie („consociational democracy“) auf. (Vgl. Pallaver, 2007:527) Markusse erklärt, dass die „consociational democracy“ oftmals als Lösungsmodell im Rahmen demokratischer Regime angewandt wird, wenn es Spannungen zwischen ethnischen Gruppen gibt. Südtirol bezeichnet er als „example of a regional ethnic conflict solved by the application of a consociational strategy.“ (Markusse, 1997: 77)

Neben den klassischen Hauptbruchlinien nimmt die ethnische Bruchlinie im Südtiroler Parteiensystem eine herausragende Rolle ein. Wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, haben sich deutsch-, italienisch- und ladinischsprachige Parteien entlang dieser Grenze entwickelt. Als Konsequenz dieser Trennung gibt es einen geringen politischen Wettbewerb der Parteien über die ethnischen Grenzen hinweg. (Vgl. Ebd., 2011:273) Pallaver bezeichnet diese Situation als „segmentierten Wettbewerb“. (Ebd., 2011:273), welcher intraethnisch, aber nicht interethnisch geführt werde. (Vgl. Ebd., 2011:274) Es gebe in Südtirol „zwei nach ethnischen Grundsätzen getrennte politische Arenen“. (Ebd., 2007:534) Auch bei den Wahlkämpfen zu Landtags- und Parlamentswahlen werden von den deutsch- und italienischsprachigen Parteien noch immer ethnische Gegensatzpaare bedient. Pallaver schreibt, dass in Südtirol eine „Gradwanderungspolitik zwischen ethnischer Anheizung und interethnischer Mobilisierung“ (Ebd., 2007:534) betrieben werde. Als Folge dieser Trennung der Sprachgruppen werden Gegensätze zwischen den Ethnien eher verschärft als verringert. (Vgl. Ebd., 2007:534)

2.2 Die Südtiroler Volkspartei (SVP)

2.2.1 Entstehung und Werdegang

Die Südtiroler Volkspartei wurde im Mai 1945, mehrheitlich von Mitgliedern des NS-Widerstandes in Südtirol, gegründet. Sie war die erste politische Partei in Südtirol, was ihr einen

Vorsprung in punkto politischer Legitimation in der Bevölkerung im Vergleich zu später gegründeten Parteien einbrachte. Die SVP wurde im bürgerlich-städtischen Milieu gegründet und breitete sich in weiterer Folge territorial und in der Gesellschaft aus. (Vgl. Pallaver, 2007:631) Das größte politische Anliegen der SVP war die Verwirklichung der politischen und kulturellen Autonomie für die deutsch- und ladinischsprachige Minderheit im Lande. Da das 1948 beschlossene Autonomiestatut vom italienischen Staat aber nicht umgesetzt wurde, kam es innerhalb der SVP zu unterschiedlichen Auffassungen, wie man Rom entgegenzutreten sollte. Im Jahre 1957 kam es als Folge dieser Spannungen zu einem Elitenwechsel in der SVP, die bisherige städtisch-liberale Parteispitze wurde von einer konservativ-bäuerlich geprägten Gruppe abgelöst. Der Anführer dieser neuen Parteispitze, Silvius Magnago, vertrat die Forderung, eine Landesautonomie für die Provinz Bozen, und nicht wie bisher für die Region Trentino-Südtirol, einzurichten. (Vgl. Ebd., 2007:633) Während der Fall Südtirol durch Österreich vor die Vereinten Nationen gebracht wurde (1960/61) und Sprengstoffanschläge des Südtiroler Befreiungsausschusses (BAS) das politische Klima im Lande prägten, begann innerhalb der Südtiroler Volkspartei ein Reformprozess und eine organisatorische Neuausrichtung. Dabei ging es um den Ausbau des Parteiapparates und des Organisationsgrades der gesamten Partei. Gründe für diese Neuausrichtung waren unter anderem der Wandel sozialer und wirtschaftlicher Strukturen, eine innerparteiliche Oppositionsbewegung, die Schwächen der Honoratiorenpartei sowie die stagnierende Entwicklung in Sachen Autonomie. (Vgl. Holzer, 1991:86ff.)

Im Jahre 1964 wurde ein neues Parteistatut verabschiedet. Darin findet auch der Wandel der Partei hin zu einer „explizit christlich-konservative Orientierung“ (Ebd., 1991:93) ihren Niederschlag. Ende der 1970er Jahre war der innerparteiliche Reformprozess zum größten Teil abgeschlossen. Die SVP hatte sich zu einer „professionell geführten, finanzkräftigen, kapillar durchorganisierten, modernen Massen- und Apparatspartei“ (Ebd., 1991:96) entwickelt. Damit war die SVP im Stande, ihre hegemoniale Stellung im Südtiroler Parteiensystem noch auszubauen. (Vgl. Holzer, 1991:96)

2.2.2 Politische Charakterisierung

Die Südtiroler Volkspartei (SVP) ist nach ihrer Selbstdefinition die Sammelpartei aller deutsch- und ladinischsprachiger SüdtirolerInnen. Sie kann als ethno-regionale Partei klassifiziert werden. Seit ihrer Gründung nimmt sie eine „hegemoniale Stellung“ (Pallaver, 2007:629) im politischen System Südtirols ein. In ihrem Parteiprogramm bekennt sich die SVP zu einem „christlich-humanistischen Menschen- und Gesellschaftsbild“, erkennt die Gewissens- und Religionsfreiheit an und spricht sich gegen alle links- und rechtsextremen Strömungen aus.

Zudem erklärt sie sich auch offen gegenüber Sozialdemokraten, die „nicht den klassenkämpferischen Dogmatismus vertreten, sowie für die freiheitlichen Kräfte, welche die Werte der demokratischen Gesellschaftsordnung vertreten.“. (SVP-Parteiprogramm, S. 5)

Pallaver bezeichnet die SVP als „moderne, christlichsozial-konservative Partei, die [...] nach links blickt“. (Pallaver, 2007:634) Nach Rudolf Lill steht die SVP seit jeher in der Tradition christlich-konservativer Parteien. (Vgl. Lill, 1991) Die Forderungen nach Selbstbestimmung und später nach Autonomie für die Südtiroler Bevölkerung spielten eine wesentliche Rolle in der Geschichte der Partei bis zum heutigen Tage. (Vgl. Pallaver, 2007:630)

Anhand der Klassifizierung der Parteiensysteme nach Sartori kann die Südtiroler Volkspartei als prädominante Partei charakterisiert werden. Nach Sartori gilt eine Partei als „prädominant“, wenn sie über mehrere Legislaturperioden hinweg bei demokratischen Wahlen die absolute Mehrheit an Mandaten für sich beanspruchen kann. Die SVP hat seit dem Jahre 1948 bei allen Südtiroler Landtagswahlen die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten erreicht und dabei auch stets den Landeshauptmann gestellt. (Vgl. Pallaver, 2007:636f.)

Die Südtiroler Volkspartei weist einen hohen Organisationsgrad auf, welcher sich aus dem Verhältnis zwischen WählerInnen und Mitgliedern einer Partei errechnet. Der Wert der SVP liegt dabei kontinuierlich bei über 40%, was auch im europaweiten Vergleich eine Spitzenposition bedeutet. (Vgl. Ebd., 2007:648) Obwohl die Südtiroler Volkspartei häufig als ethno-regionale Partei bezeichnet wird, ähnelt sie laut Pallaver von ihrer Typologie her „weit stärker“ (Pallaver, 2007:629) nicht-ethnischen, überregionalen-gesamtstaatlichen Parteien. Als Beispiel hierfür führt der Politikwissenschaftler an, dass die SVP nicht mit anderen regionalen Parteien europaweit organisiert sei, sondern stattdessen bei der „Europäischen Volkspartei“ im EU-Parlament einen Beobachterstatus einnimmt und sich an der „Europäischen Demokratischen Union“ orientiert. (Ebd., 2007:631)

Die Charakteristik der Sammelpartei hat laut Valencic eine externe und eine interne Dimension. Die externe Dimension ist in der Geschichte des Landes Südtirol zu finden, im Verhältnis zwischen den deutsch-und ladinischsprachigen SüdtirolerInnen und dem Staat Italien. Durch die „Italianisierungspolitik“ während dem Faschismus und der nicht umgesetzten Autonomie nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein Einigkeitsgefühl in der deutschen- und ladinischsprachigen Bevölkerung gegen den italienischen Staat erweckt, dessen politisches Potenzial die SVP zu kanalisieren und für sich zu nutzen wusste. Die interne Dimension für den Anspruch der SVP als Sammelpartei liegt in ihrem Bestreben, alle sozialen Schichten im Lande anzusprechen und zu vertreten. Valencic ist der Meinung, dass es der SVP jedoch nicht gelang, alle sozialen Schichten anzusprechen. Sie ortet eine Unterstützung der Partei vor allem für die

landwirtschaftliche Klientel der Partei, weniger dafür den industriellen Sektor. (Vgl. Valencic, 2000:117ff.)

Der Anspruch der Südtiroler Volkspartei, die deutsche und ladinische Volksgruppe zu vertreten, macht sie zu einer Sammelpartei, in der die Ethnizität den gemeinsamen, verbindenden Faktor darstellt. Pallaver analysiert eine Politik des „ethnischen Abwehrkampfes“. (Ebd., 2007:633) Dabei wird eine Abgrenzung zwischen der eigenen Gemeinschaft, dem „wir“ und den „anderen“ getroffen. „Wir“ sind in diesem Fall die deutschsprachigen Südtiroler, die „anderen“ sind die italienischsprachigen Südtiroler. Nach Pallaver benötigt die SVP diese stilisierten Feinbilder, um ihre innere Geschlossenheit zu wahren. Dem Erhalt der eigenen Volksgruppe sollten auch bestehende Interessensgegensätze und der innerparteiliche politische Pluralismus untergeordnet werden. Die SVP hat von Anfang an das Ziel angestrebt, die ethnische Identifizierung mit der politischen Identifizierung zu verbinden. (Vgl. Ebd., 2007:633f.) Allerdings konstatiert Pallaver, dass es auch Anzeichen einer Transformation der SVP von einer ethnischen Partei in Richtung einer regionalen Partei gebe. (Vgl. Ebd., 2007:654)

Sowohl Pallaver als auch Anton Holzer sehen das „Volkstum“ als wesentlichen Bestandteil der Ideologie der SVP an. Pallaver konstatiert der SVP eine „Ideologie der Volkstumspolitik“ (Pallaver, 2007:633), welche die Sammelpartei eint. Er macht das „Volkstum“ oder, in aktuelleren Termini gesprochen, die „Identität“ als prägendes Merkmal der SVP aus. (Ebd., 2007:633) Holzer spricht in seiner Analyse von einem „mythologisierenden Konstrukt der ‘Volks-Partei’“ (Holzer, 1991:75), welches sich in den Jahren nach 1948 entwickelt habe. Die SVP sei in erster Linie eine „Partei des Südtiroler Volkes“ (Ebd., 1991:75). Der Autor erkennt in der ideologischen Überhöhung der SVP als Volkspartei die Form einer Herrschaftsstrategie: „Politischer Dissens wird zum Verrat am (eigenen!) Volk umgedeutet“. (Ebd., 1991:75)

Seit Beginn der 1990er Jahre hat eine pragmatische, weniger ideologische Führungsriege die Führung der Südtiroler Volkspartei übernommen. Die Folge ist ein innerparteilicher Modernisierungsprozess und eine Politik, die weniger auf den ethnischen Faktor fokussiert ist. (Vgl. Pallaver, 2007:632) Diese volkstumpolitische Rhetorik gibt es nur mehr in abgeschwächter Form oder scheint „beinahe aufgegeben zu sein.“ (von Ach, 2005:71)

2.3 Migration nach Südtirol bis 1990

Die Geschichte der Migration in Südtirol war mit wenigen Ausnahmen bis zu den 1990er Jahren von Auswanderung geprägt. Ein wesentliches Ereignis stellte dabei die sogenannte „Option“ dar, im Rahmen derselben zwischen 1939-1943 circa 75.000 deutschsprachige SüdtirolerInnen

das Land verließen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kehrten unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 20.000-30.000 Menschen wieder nach Südtirol zurück. (Vgl. Girardi, 2011:78) Diese Rückkehr sowie eine innerstaatliche Migration bewirkten in den Jahren nach 1945 eine Zunahme der Südtiroler Bevölkerung. Diese Tendenz hielt bis Mitte der 1950er Jahre an. Danach war die Provinz Südtirol bis zum Ende der 1980er Jahre von einer Phase der Auswanderung, vor allem aus wirtschaftlichen Motiven, gekennzeichnet. (Vgl. Ebd., 2011:78f.) Um das Jahr 1990 kam es zu einer Trendumkehr: erstmals überwog die Zahl der Menschen, die nach Südtirol einwanderten gegenüber der Zahl jener Menschen, die aus Südtirol abwanderten. Ausschlaggebend dafür war vor allem die Veränderung der geopolitischen Situation in Europa mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Balkankrieg, was eine Zuwanderung von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Südtirol zur Folge hatte.

2.3.1 Migration nach Südtirol ab 1990

Die Geschichte der Zuwanderung von ausländischen StaatsbürgerInnen nach Südtirol beginnt um das Jahr 1990 und lässt sich in drei Phasen einteilen: die erste Phase reicht bis zum Jahr 1994, die zweite Phase von 1994-2006 und die dritte Phase von 2007 bis heute. (Vgl. Medda Windischer/Girardi, 2011:15)

Bis zum Jahr 1994 betraf die Mehrheit der Migrationsströme nach Südtirol deutsche und österreichische StaatsbürgerInnen. Auf sehr niedrigem Niveau bewegte sich zu diesem Zeitpunkt die Migration aus den nordafrikanischen Staaten nach Südtirol, verschwindend gering war der Anteil der Migrationsströme aus Asien. (Vgl. Ebd., 2011:16) Aufgrund des Balkankrieges kam es ab den Jahren 1993/1994 zu einer Zuwanderung von Kriegsflüchtlingen nach Südtirol. Die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden zur ersten „bedeutenden Zuwanderung“ (Girardi, 2011:80) ausländischer MitbürgerInnen in die Provinz Südtirol. (Vgl. Ebd., 2011:80) Dieser Migrationsstrom hielt bis zum Jahre 2002 an. Ab dem Jahre 2003 nehmen die Migrationsströme aus allen geografischen Herkunftsregionen weltweit zu. Dieser Zeitpunkt stellt auch den Beginn der Migration aus den osteuropäischen Ländern nach Südtirol dar. (Vgl. Medda-Windischer/Girardi, 2011:17)

Im Jahr 2007 gab es den bisher größten Anstieg der Einwanderung nach Südtirol. Auch die Zusammensetzung der Herkunftsländer der MigrantInnen veränderte sich: die Migrationsströme aus Osteuropa, insbesondere aus der Slowakei und in geringerem Ausmaß aus Rumänien, nahmen zu. Ein Grund für die gestiegene Zuwanderung aus der Slowakei und aus Rumänien war der Beitritt der Länder zur Europäischen Union in den Jahren 2004 bzw. 2007. (Vgl. Ebd., 2011:17) Dass die Migration aus der Slowakei nach Südtirol im Jahre 2007 einen Höchstwert

erreichte, kann meiner Meinung nach auch mit dem Beitritt des Landes zum sogenannten „Schengen-Raum“⁹ und im selben Jahr und der Gewährung des freien Arbeitsmarktzuganges für slowakische StaatsbürgerInnen in Italien im Jahre 2006 zusammenhängen. (Vgl. Europäische Union, 2011)

Ein kontinuierlicher Anstieg wird bei den Zuwanderungsströmen aus Afrika, Asien und Lateinamerika verzeichnet. Die meisten MigrantInnen aus diesen drei Kontinenten kommen aus Marokko, Pakistan und Peru. Den geringsten Anstieg verzeichnen die Migrationsströme aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich). Die Gruppe war bis Ende der 1990er Jahre noch die stärkste Einwanderungsgruppe in Südtirol, im Jahr 2000 wurde sie zahlenmäßig von der Gruppe der StaatsbürgerInnen aus den Balkanländern überholt. (Vgl. Ebd., 2011:17f.)

2.3.2 Struktur der ausländischen Bevölkerung in Südtirol

Mit Ende des Jahres 2011 waren ca. 44.000 ausländische StaatsbürgerInnen aus 134 verschiedenen Nationen in Südtirol ansässig. Das entspricht einem Anteil von 8,7 % an der Gesamtbevölkerung Südtirols. Im Vergleich zum Jahre 1992 ist der Anteil ausländischer StaatsbürgerInnen an der Gesamtbevölkerung Südtirols von rund 5.000 Personen auf rund 44.000 Personen angestiegen. (Vgl. Astat, 2012c: 1f.)

Ein Drittel der ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol stammen aus einem EU-Mitgliedsstaat, ein weiteres Drittel der Menschen kommt aus einem europäischen Land, welches nicht der Europäischen Union angehört. Das letzte Drittel setzt sich aus Menschen asiatischer (16,5%) und afrikanischer Herkunft zusammen (12,7%). (Vgl. Ebd. 2012c: 9ff.) Die zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe in Südtirol ist jene aus Albanien, welcher rund 5500 Menschen angehören. Dahinter folgen die Bevölkerungsgruppen aus Deutschland (rund 4700 Menschen) und jene aus Marokko (rund 3600 Personen). Die pakistanische Bevölkerungsgruppe stellt mit rund 3000 Menschen die zahlenmäßig am stärksten vertretene Bevölkerungsgruppe Asiens in Südtirol dar. (Vgl. Ebd., 2012c: 9) Die ausländischen StaatsbürgerInnen sind mehrheitlich in den Städten Südtirols ansässig. In der Landeshauptstadt Bozen lebt rund ein Drittel aller in Südtirol wohnhaften ausländischen StaatsbürgerInnen (rund 14.000 Personen, 32,5 %), die zweit- und drittgrößte Konzentration an ausländischen StaatsbürgerInnen weisen Meran (rund 6.000 Personen, 13,8 %) und Brixen (rund 2.000 Personen, 4,5 %) auf. Damit leben mehr als 50 % aller in Südtirol wohnhaften ausländischen

⁹ Mit dem Beitritt zum „Schengener Raum“ werden u.a. die Personenkontrollen an den Binnengrenzen zwischen den Mitgliedsstaaten abgeschafft und die Einreisebedingungen und Visa-Bestimmungen für Kurzaufenthalte angeglichen. (Vgl. Europäische Union 2009)

StaatsbürgerInnen in den drei größten Städten der Provinz Bozen. Insgesamt sind 63,3 % der ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol (rund 28.000 Personen) in einer der sieben Gemeinden Südtirols mit mehr als 10.000 Einwohnern als wohnhaft gemeldet. (Vgl. Ebd., 2012c: 3)

In Bezug auf die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerungsgruppe in Südtirol lassen Statistiken erkennen, dass die Gruppe der ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol eine jüngere Altersstruktur aufweist als jene der autochthonen SüdtirolerInnen. Daraus ergibt sich, dass der Anteil der ausländischen Frauen im fruchtbaren Alter deutlich höher ist als jener der autochthonen Südtirolerinnen, die Mortalitätsrate unter der ersten Gruppe hingegen deutlich unter jener der zweiten Gruppe liegt. (Vgl. Ebd., 2012c: 6f.)

Hauptgründe für den Aufenthalt der ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol sind die Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit (47,5 % der Personen, die eine Aufenthaltsgenehmigung in Südtirol beantragt haben) und familiäre Gründe (40,8 % der Personen). (Vgl. Astat, 2013: 6f.) Die Anzahl der Anträge der ausländischen StaatsbürgerInnen, eine Aufenthaltsgenehmigung aus familiären Gründen, vor allem zum Zwecke der Familienzusammenführung, zu erhalten, ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich angestiegen. (Vgl. Medda-Windischer/Girardi, 2011:37)

In einer Eurac-Studie zum Thema „Standbild und Integrationsaussichten der ausländischen Bevölkerung Südtirols“¹⁰ wurden 440 ausländische StaatsbürgerInnen aus Herkunftsländern mit sogenanntem „hohen Migrationsdruck“¹¹ (Medda-Windischer et. al, 2011:11), die in Südtirol ansässig sind, zu ihren Werten und Einstellungen befragt. Auch das Verhältnis der ausländischen StaatsbürgerInnen zur Sprache war Inhalt der Interviews. Wie aus der Studie hervorgeht, geben 58,7% der Befragten an, dass sie über gute oder sehr gute Italienischkenntnisse verfügen, während nur 15,1 % der Befragten angeben, fließend oder gut Hochdeutsch zu sprechen. Die Kenntnisse des Südtiroler Dialektes, welcher unter deutschsprachigen SüdtirolerInnen sehr häufig verbreitet ist, liegen laut der genannten Studie bei der ausländischen Wohnbevölkerung noch unter dem Niveau der Deutschkenntnisse. (Vgl. Medda-Windischer et al., 2011:76)

In weiterer Folge werde ich in meiner Arbeit zumeist den Begriff „MigrantInnen“ verwenden, wenn es um die Gruppe der ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol geht. Unter „MigrantInnen“ fallen alle „meldeamtlich erfassten Personen, die nicht im Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft sind“ (Astat, 2012c:1) und sich legal im Staat Italien aufhalten.

¹⁰ Medda-Windischer et. al (Hg.) (2011): Standbild und Integrationsaussichten der ausländischen Bevölkerung Südtirols. Gesellschaftsleben, Sprache, Religion und Wertehaltung. Bozen: Eurac Research

¹¹ Unter „Länder mit hohem Migrationsdruck“ verstehen die AutorInnen Staaten in Mittel- und Osteuropa, Afrika, Asien (Ausnahmen bilden Japan und Israel) und in Zentral- und Südamerika. (Vgl. Medda-Windischer et al, 2011:11)

Ich verwende diesen Begriff aus pragmatischen Gründen, obwohl er der Komplexität und Heterogenität des Phänomens der Migration nicht gerecht wird. Der Schwerpunkt der Arbeit ist auf den politischen Umgang der Volkspartei mit dem Thema Integration gelegt, weshalb ich in den Kapiteln 2.3.3 und 2.3.4 nur kurz näher auf die Struktur der Zielgruppe eingegangen bin. Ausführlichere Daten zur ausländischen Bevölkerung in Südtirol kann man im Bericht der Landeskoordinierungsstelle für Einwanderung nachlesen.¹²

3. Integration

In diesem Kapitel wird der zentrale Begriff der Integration beleuchtet. Nach einer Annäherung an den Integrationsbegriff werde ich zuerst verschiedene Integrationsmodelle nach Castles vorstellen. Danach werde ich mit einem theoretischen Rahmenkonzept der Autoren Ager/Strang eine analytische Dimension des Begriffes „Integration“ herausarbeiten. Dieses Rahmenkonzept beinhaltet Grundlagen, Kennzeichen und Mittel sowie unterstützende Faktoren für Integration. In einem weiteren Unterkapitel wird auf den Umgang politischer Parteien mit Migration eingegangen. Zum Abschluss des Kapitels werde ich noch einiges über den Umgang von nationalen Minderheiten mit neuen, migrationsbedingten Minderheiten in Südtirol und Québec ausführen.

3.1 Inhaltliche Dimension des Integrationsbegriffs

Unter „Integration“ (lat.: „Einbeziehung“) wird allgemein die „Entstehung oder Herstellung einer Einheit oder Ganzheit aus einzelnen Elementen“ (Nohlen, 2010:412) verstanden. Darüber hinaus bedeutet der Begriff die „Fähigkeit einer Einheit oder Ganzheit, den Zusammenhalt der einzelnen Elemente auf der Basis gemeinsam geteilter Werte und Normen aufrechtzuerhalten.“ (Ebd. 2010:412) Fassmann hält fest, dass der Begriff zunächst nichts über „den „Modus und über das Ausmaß an Eingliederung und Einbindung“ (Fassmann, 2006:226) aussagt.

Nach Esser wird Integration allgemein als „Zusammenhalt von Teilen in einem systemischen Ganzen“ (Esser, 2001:1) verstanden. Als Grundlage jeglicher Integration bezeichnet Esser die

¹² Autonome Provinz Südtirol (2013): Einwanderung und Integration in Südtirol. Ein Bericht der Landeskoordinierungsstelle für Einwanderung. Abteilung Arbeit, Bozen. URL: http://www.provinz.bz.it/arbeitservice/publikationen.asp?utm_source=newsletter06052013&utm_medium=email&utm_content=publ_einwanderung&utm_campaign=newsletter-de. [Zugriff: 18.09.2013]

„Interdependenz der Teile, ihre wechselseitige Abhängigkeit.“ (Ebd., 2001:1) Aufgrund der Tatsache, dass diese Interdependenzen und Abhängigkeiten „unterschiedlich stark ausgeprägt sein können, ergibt sich zwangsläufig eine Abstufung und Differenzierung von Integration.“ (Fassmann, 2006:226)

Wenn man von Integration spricht, kann man zwischen der Ebene der Systemintegration und jener der Sozialintegration unterscheiden. Unter Systemintegration wird der Zusammenhalt eines sozialen Systems, zum Beispiel einer Gesellschaft, als Ganzes gefasst. (Vgl. Esser, 2001:1) Dabei geht es darum, in welchem Grad Personen oder Gruppen in das institutionelle Grundgefüge eingebunden sind. (Vgl. Fassmann, 2006:226) Die Sozialintegration bezieht sich auf die individuellen Akteure und beschreibt deren Einbezug in ein bestehendes soziales System, zum Beispiel einer Gesellschaft. (Vgl. Esser 2001:1) Fassmann betont, dass für Integration bezogen auf Zuwanderung eine „doppelte Perspektive“ (Fassmann, 2006:227) spezifisch sei. Zuwanderer seien aufgrund des Wechsels ihres Wohnsitzes „immer Teil einer aufnehmenden Gesellschaft, aber auch, oder noch immer, auch der Herkunftsgesellschaft.“ (Ebd., 2006:227) Dasselbe gilt auch für die Beziehungen der Zuwanderer: in einem bestimmten Zeitraum unterhalten sie solche sowohl zur Herkunfts-, als auch zur Zielgesellschaft. (Vgl. Ebd., 2006:227)

3.1.1 Integrationsmodelle nach Castles

Stephen Castles unterscheidet zwischen verschiedenen Modellen der „Integration“. Seine Unterteilungen lauten „differenzielle Exklusion“, „Assimilation“ und „Multikulturalismus“/ „Pluralismus“. (Vgl. Castles, 2000:134) Dabei ist laut Castles der Übergang von einem Modell zum anderen möglich, auch Zwischenformen sind feststellbar.

a) „Differenzielle Exklusion“

In diesem Modell haben MigrantInnen nur zu bestimmten gesellschaftlichen Bereichen Zugang, wie beispielsweise dem Arbeitsmarkt. Von anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Gesundheitssystem, Staatsbürgerschaft und politischer Partizipation bleiben sie ausgeschlossen. MigrantInnen sind als Arbeitskräfte, SteuerzahlerInnen und Eltern zwar Mitglieder der Gesellschaft, jedoch keine StaatsbürgerInnen. Die Mechanismen der Exklusion sind legaler und illegaler Art. MigrantInnen werden zu ethnischen Minderheiten und bleiben von einer vollständigen gesellschaftlichen Partizipation ausgeschlossen.

Das Modell der „differenziellen Exklusion“ findet man häufig in Ländern, wo das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten

ethnischen Gruppe verbunden wird. Beispiele für solche Länder sind Staaten aus Zentral- und Osteuropa, die Schweiz, Belgien und sogenannte „neue“ Einwanderungsländer. Diese Länder sind laut Castles oftmals nicht gewillt, MigrantInnen und deren Nachkommen als Mitglieder ihrer Gesellschaft zu akzeptieren. Sie sehen die Akzeptanz einer neuen sprachlichen und kulturellen Vielfalt als Bedrohung für die nationale Kultur an. Weitere Kennzeichen dieses Modells sind eine restriktive Migrationspolitik, die Verweigerung von zivilen und politischen Rechten an MigrantInnen sowie eine restriktive Staatsbürgerschaftspolitik. Zudem werden MigrantInnen als temporäres Phänomen angesehen, ihre Ansiedelung wird durch strenge Vorschriften bezüglich des Wohnsitzes und des Familiennachzugs erschwert. (Vgl. Ebd., 2000:135f.) Gründe für diese Maßnahmen zum Nachteil der MigrantInnen sind ökonomischer Art (niedrige Löhne und Arbeitsmarktflexibilität aufrechterhalten), sozialer Art (Vermeidung von Ansprüchen auf soziale Dienstleistungen durch MigrantInnen), kultureller Art (Bedrohung der eigenen nationalen Identität) sowie politischer Art (Angst vor öffentlichen Unruhen). (Vgl. King, 2010:15)

Diese Bestrebungen konnten aber nicht verhindern, dass es zur Niederlassung von MigrantInnen kam. Daraus sind große ethnische Minderheiten in Ländern wie Österreich, Deutschland und der Schweiz entstanden, welche in sozialer Marginalität und politischer Exklusion leben. Die Folgen dieser Exklusion sind laut Castles eine gesplante Gesellschaft, soziale Probleme, eine Zunahme von rassistischer Gewalt und rechtsextremer Tendenzen. (Vgl. Ebd., 2000:135f.)

Castles glaubt, dass das Modell der „differenziellen Exklusion“ auch auf jene Mittelmeer-Länder anwendbar ist, welche zu den „neuen“ Einwanderungsländern zählen. (Castles, zit. nach King, 2010:15) Als Grund für diese Einschätzung führt er die ambivalente Haltung dieser Länder zur Einwanderung an. Einerseits seien diese Länder auf MigrantInnen als Arbeitskräfte im Niedrig-Lohn-Sektor angewiesen. Andererseits entwickle sich nur langsam ein Selbstverständnis als Einwanderungsland, die politischen Maßnahmen zur Integration der MigrantInnen und die Möglichkeit zum Erwerb der Staatsbürgerschaft verlaufen schleppend. (Vgl. Anthias/Lazaridis, zit. nach King, 2010:15)

b) Assimilation

Beim Modell der „Assimilation“ handelt es sich um einen einseitigen Prozess der Anpassung von Seiten der MigrantInnen an die Aufnahmegesellschaft. Dabei wird von den MigrantInnen erwartet, dass sie ihre eigenen sprachlichen, sozialen und kulturellen Eigenheiten aufgeben. Am Ende sind sie von der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr zu

unterscheiden. MigrantInnen erhalten die Staatsbürgerschaft, wenn sie dafür ihre eigene, ursprüngliche Identität aufgeben. Wenngleich Anpassung einen graduellen Prozess darstellt, bleibt das Ziel die vollständige Übernahme der dominanten Aufnahmekultur. Staaten, in denen man assimilatorische Züge beobachten kann, definieren ihr Zugehörigkeitsgefühl sowohl über die Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft, als auch über das Teilen einer gemeinsamen Kultur. Beispiele für solche Staaten stellen laut Castles Großbritannien, Frankreich und die Niederlande dar.

Diese Länder verbindet einerseits die Vorstellung der Überlegenheit der eigenen Volksgruppe aufgrund der kolonialen Vergangenheit, andererseits die Vorstellungen von Staatsbürgerschaft, zivilen Rechten und politischer Partizipation, welche aus den demokratischen Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts resultieren.

Dieses assimilatorische Modell war auch in den USA zu Beginn des 20. Jahrhundert der gewählte Zugang, um mit Migration und Urbanisierung umzugehen. Auch in Kanada und Australien war dieser Zugang vorherrschend. Manche Staaten schwenkten vom assimilatorischen zu einem pluralistischen Ansatz um, wenn MigrantInnen sich nicht assimilierten. Stattdessen konzentrierten sich diese Menschen auf bestimmte Berufsfelder und Wohngegenden. In der Folge entstanden „ethnische Communities“, in welchen die Sprache und Kultur der Ursprungsgesellschaft dominant war. Am Beispiel Frankreichs lässt sich laut Castles aufzeigen, dass es für MigrantInnen einfach sei, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, diese jedoch an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sei. Zu diesen Voraussetzungen zählen der Sprachgebrauch, das soziale und politische Verhalten, der Säkularismus. Durch diese Vorschriften wird jegliche kulturelle Diversität verhindert.

Das assimilatorische Modell Frankreichs, durch Verleihung der Staatsbürgerschaft an MigrantInnen im Gegenzug eine kulturelle Konformität herzustellen, funktioniert nach Meinung von Castles nicht mehr adäquat. MigrantInnen sind nicht mehr bereit, sich zu assimilieren, wenn es für sie weder sozio-ökonomische Gleichberechtigung noch Schutz vor Rassismus mit sich bringt. Die politische Rechte fordert als Ausweg aus dieser Sackgasse ein Modell der „differenziellen Exklusion“, die politische Linke plädiert für die Beibehaltung des Status quo. (Vgl. Castles, 2000:137f.)

c) Multikulturalismus oder Pluralismus

Ein ethno-kultureller Pluralismus ist durch die Akzeptanz der MigrantInnen als ethnischer Gemeinschaft und Rücksicht auf deren Sprache und Kultur gekennzeichnet. In einem pluralistischen Modell sollten gleiche Rechte für alle Menschen in allen

Bereichen der Gesellschaft vorherrschen. Die MigrantInnen müssen ihre Diversität nicht aufgeben, allerdings wird eine Übereinkunft über wesentliche gesellschaftliche Werte erwartet. Jeder Mensch mit einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung soll auch die Staatsbürgerschaft erhalten. Dieses Modell findet sich in den „klassischen“ Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien. Für diese Staaten erscheint Pluralismus als bester Weg, große Gruppen von MigrantInnen aus verschiedenen Herkunftsregionen in ihre Gesellschaft aufzunehmen. Der ethno-kulturelle Pluralismus entstand als Modell für den Umgang mit Migration zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den USA, ab den 1970er Jahren auch in Kanada und Australien als Reaktion auf eine frühere, fehlgeschlagene Assimilationspolitik. Trotz des pluralistischen Ansatzes gibt es laut Castles eine Selektion der Einwanderer nach ökonomischen, sozialen und humanitären Kriterien.

Innerhalb des Pluralismus lassen sich nach Castles zwei Varianten unterscheiden: Der laissez-faire-Ansatz in den USA, bei dem Verschiedenheit toleriert wird, aber der Staat nicht unterstützend eingreift. Die zweite Variante ist jene einer expliziten multikulturellen Politik, in welcher die Aufnahmegesellschaft die kulturelle Differenz nicht nur akzeptiert, sondern auch die eigene nationale Identität und nationalen Institutionen dementsprechend adaptiert. Beispiele für solche Politiken gibt es in Kanada, Australien und Schweden, in einzelnen Bereichen aber auch in anderen Ländern. Eine entscheidende Rolle dabei spielt der Wohlfahrtsstaat: Kultureller Pluralismus muss mit politischen Maßnahmen zur Absicherung eines ökonomischen und sozialen Mindeststandards einhergehen.

Zusätzlich zur Einteilung in die drei Integrationsmodelle bestehen für Russell King Zwischenformen und verschiedene Varianten der genannten Konzepte. Eine Form, die sich in den USA entwickelt hätte, sei jene der „segmentierten Assimilation“ oder, wie Schmitter-Heisler diese Form nennt, eine „segmentierte Integration“. (Vgl. King, 2011:16) King führt Deutschland, die Schweiz und Italien als Beispiele für die Zwischenform der „partiellen oder differenziellen Inklusion“ an. Er bezieht sich dabei auf beinahe dieselbe Kategorie wie Castles, nur die Bezeichnung wechselt von „differenzieller Exklusion“ zu „partieller oder differenzieller Inklusion“. (Vgl. Ebd., 2011:16)

3.2 Analytische Dimension des „Integrationsbegriffs“ nach Ager/Strang

Das Konzept von „Integration“ wird mit verschiedensten Bedeutungen verwendet. Robinson charakterisiert „Integration“ als „word used by many but understood differently by most.“ (Robinson, zit. nach Ager/Strang, 2008:167) Castles et al. schreiben, es gebe „no single agreed understanding of the term ‘Integration’.“ (Castles et al., 2001:112)

In „Understanding Integration: A Conceptual Framework“ (2008) unternehmen

Alastair Ager und Alison Strang den Versuch, einen konzeptionellen Rahmen zum Begriff „Integration“ zu entwickeln. Dieser Rahmen enthält zehn Kernbereiche („domains“), welche normative Verständnisse des Begriffes „Integration“ reflektieren und einen potentiellen Analyserahmen für die gesellschaftliche Realität darstellen sollen. Die Kernbereiche sollen dazu dienen, die Diskussion über verschiedene Verständnisse von Integration zu unterstützen und politische Verantwortungsträger, ForscherInnen, DienstleisterInnen und Flüchtlinge anzusprechen.

Ager/Strang sprechen in ihrer Studie stets von „Flüchtlingen“. In meinem Fall handelt es sich um Flüchtlinge, zum größten Teil jedoch um Menschen, die ihre Heimat verlassen haben, um in Europa bessere Lebensbedingungen vorzufinden. Die Kernbereiche für ein normatives Verständnis von „Integration“ nach Ager/Strang treffen aber wahrscheinlich auf den Umgang mit beiden Gruppen von Menschen zu, wenngleich die Bedürfnisse sicherlich variieren. In den folgenden Ausführungen habe ich dem Terminus „Flüchtling“ im Text von Ager/Strang durch den Begriff „Migrant“ ersetzt, im Bewusstsein, dass ein beträchtlicher Unterschied im Umgang und den Bedürfnissen beider Gruppen von Menschen besteht. Zudem werde ich die englischen Bezeichnungen der Kernbereiche beibehalten, weil sie mir aussagekräftiger erscheinen.

Ager und Strang arbeiten methodisch mit einem Mix aus dokumentarischer- und konzeptioneller Analyse, empirischer Feldarbeit in Flüchtlingslagern, sekundärer Analyse von interdisziplinären Umfragedaten sowie einer abschließenden Verifizierung des Konzeptes. (Vgl. Ager/Strang, 2008:167)

Mit der ersten Methode wurde aus einem Bericht des Europarats und verschiedenen Definitionen und Konzepten von Integration eine vorläufige thematische Analyse des Begriffs „Integration“ vorgenommen. Als zweite Methode wurden Interviews mit Flüchtlingen sowie Anrainern oder Mitarbeiter von Flüchtlingslagern geführt und die vorläufige Analyse auf deren Basis weiter ausgearbeitet. Mit Hilfe von nationalen Umfragen und Studien wurde eine Triangulation, d.h. eine gegenseitige Überprüfung der Daten, vorgenommen. Die statistische Analyse trug ebenfalls dazu bei, die Kernbereiche von Integration zu definieren. Diese drei Datenquellen waren die Basis für die Erarbeitung eines konzeptionellen Rahmens von

„Integration“. Die Verifizierung diene abschließend der Überprüfung der Nützlichkeit und Aussagekräftigkeit des erarbeiteten Rahmens für potentielle Benutzer. (Ebd., 2008:168f.)

Aus den Datenquellen gingen zehn Kernbereiche von Integration hervor. Ager/Strang stellen sie anhand einer umgedrehten Pyramide dar. Sie definieren „Markers und Means“, „Social Connection“, „Facilitators“ und „Foundation“ als die vier übergeordneten Kategorien. In der Kategorie „Markers and Means“ gibt es die Bereiche „Employment“, „Housing“, „Education“ und „Health“. In der zweiten Kategorie „Social Connection“ wird zwischen den Bereichen „Social Bonds“, „Social Bridges“ und „Social Links“ unterschieden. In der dritten Kategorie „Facilitators“ wird zwischen den Bereichen „Language and Cultural Knowledge“ und „Safety and Stability“ differenziert. In der Kategorie der „Foundation“ befinden sich die Bereiche „Citizenship“ und „Rights“.

In Bezug auf meine Arbeit sind die Bereiche „Employment“, „Housing“, „Education“, „Health“, „Language and Cultural Knowledge“, „Safety and Stability“ und „Rights“ von größter Bedeutung. Ebenfalls von Bedeutung sind die Bereiche „Social Bonds“, „Social Bridges“ und „Social Links“. Der Bereich „Citizenship“ betrifft die Südtiroler Situation nur indirekt, weil die Staatsbürgerschaft vom italienischen Staat verliehen wird und Südtirol de facto keine Kompetenzen in diesem Bereich besitzt. Da man als italienischer Staatsbürger, der in Südtirol wohnhaft ist, sich einer Sprachgruppe zugehörig erklären muss, ist die Verleihung der Staatsbürgerschaft an ausländische StaatsbürgerInnen aber für Südtirol dennoch in gewisser Hinsicht relevant.

Im folgenden Abschnitt werde ich die einzelnen Kategorien mit ihren Kernbereichen ausführlicher erläutern und vor allem auf die für mein Fallbeispiel relevanten Aspekte näher eingehen.

3.2.1 Kennzeichen und Mittel („Markers and Means“)

Die oberste Reihe der Pyramide bildet die Kategorie „Kennzeichen und Mittel“. Darunter finden sich wesentliche Tätigkeitsbereiche des öffentlichen Lebens, welche als Kennzeichen und potenzielle Mittel für eine „erfolgreiche“ Integration gelten. Beispiele dafür sind Beschäftigung („Employment“), Wohnen („Housing“), Bildung („Education“) und Gesundheit („Health“).

- a) Beschäftigung gilt als Faktor, der wesentliche Bereiche von „Integration“ beeinflusst. Dazu zählen die ökonomische Unabhängigkeit, Zukunftsplanungen, das Zusammentreffen von Mitgliedern der Aufnahme- und der aufzunehmenden Gesellschaft, die Möglichkeit zum Erlernen der Sprache sowie ein höheres

Selbstvertrauen auf Seiten der MigrantInnen. Ein Problem, das bei MigrantInnen immer wieder auftaucht, ist die fehlende Anerkennung derer Qualifikationen von Seiten der Aufnahmegesellschaft. Deshalb werden schulische und berufliche Weiterbildungen als wesentliche Faktoren für Integration angesehen, um die Arbeitsmarktfähigkeit der MigrantInnen zu fördern.

- b) Unterkunft hat einen wesentlichen Einfluss auf das physische und psychische Wohlbefinden der MigrantInnen. Indikatoren für die Unterkunft können dabei technischer Natur sein, aber es gibt auch soziale und kulturelle Aspekte, welche für die Beurteilung entscheidend sind. Dazu zählen die Dauer der Unterkunft sowie die damit einhergehende soziale Anbindung an die lokale Gesellschaft. (Vgl. Ager/Strang, 2008:169ff.)
- c) Bildung trägt dazu bei, Fähigkeiten und Kompetenzen für eine spätere Arbeitsbeschäftigung zu vermitteln. Zugleich ermöglicht sie ein aktives Mitwirken als Mitglied der Gesellschaft. Für Kinder, die in einem fremden Land aufwachsen, stellt die Schule einen wichtigen Bestandteil der Integration dar. Sie bietet die Möglichkeit, mit der Aufnahmegesellschaft in Kontakt zu treten und zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen. Bei allen Möglichkeiten, die die Schule für eine Integration bietet, gibt es aber auch Barrieren. Zu solchen zählen eine nicht ausreichende Unterstützung im Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes, Isolierung und Exklusion. Werden spezielle Sprachkurse für Kinder von MigrantInnen angeboten, verringert sich dafür aber die Möglichkeit des Kontaktes mit Kindern aus der Aufnahmegesellschaft. Das Unwissen vieler MigrantInnen über das Schulsystem und die Ausbildungsmöglichkeiten ihrer Kinder ist laut den Autoren ein weiteres Hemmnis für das Potential der Schule zur Förderung der Integration.
- d) Gesundheit gilt als wichtige Ressource für ein aktives Engagement von MigrantInnen in der Aufnahmegesellschaft. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist dabei von entscheidender Bedeutung. Es existieren Barrieren, die diesen Zugang für MigrantInnen erschweren, beispielsweise sprachliche Barrieren, das Fehlen von Informationen über medizinische Leistungen und deren Nutzung oder kulturelle und geschlechterspezifische Sichtweisen von medizinischer Behandlung. Dafür bedarf es allgemeiner medizinischer Versorgung, aber auch Spezialisierung auf spezielle Bedürfnisse von MigrantInnen.

Zusammenfassend lassen sich die Bereiche Beschäftigung, Wohnen, Bildung und Gesundheit als wesentliche Bestandteile einer Integration von MigrantInnen in eine Gesellschaft beurteilen, sind allerdings nicht ausreichend. Um ein Verständnis von Integration zu entwickeln, bedarf es nach Meinung der Autoren einer Diskussion über Erwartungen und Ansprüche der

Aufnahmegesellschaft, aber auch über die Themen Staatsbürgerschaft und Rechte für MigrantInnen. Diese beiden letzten Bestandteile stellen für Ager/Strang eine notwendige Grundlage für ein Verständnis von Integration dar. (Vgl. Ebd., 2008:172f.)

3.2.2 Staatsbürgerschaft und Rechte („Citizenship“ and „Rights“)

In der Kategorie „Grundlagen“ („Foundation“) des Integrationsrahmens finden sich als Grundlagen die Bereiche „Staatsbürgerschaft“ und „Rechte“ und die damit verbundenen Verpflichtungen. Sie gelten als umstrittene Bereiche in Bezug auf ihre Bedeutung für ein Verständnis von Integration. Die Verständnisse der Konzepte der Staatsbürgerschaft und der nationalen Identität können sehr verschieden sein. Eine Definition von Integration von Seiten eines Staates impliziert eine nationale Identität und ein kulturelles Selbstverständnis. Dieses Verständnis eines Staates hat natürlich auch Auswirkungen auf die Art und Weise, in welchem Rahmen Integration passiert. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den Ländern, auf welchen Kriterien die Staatsbürgerschaft basiert. In Deutschland basiert die Staatsbürgerschaft auf dem Prinzip *ius sanguinis*, d.h. die Staatsbürgerschaft des Neugeborenen hängt von jener seiner leiblichen Eltern ab. In Frankreich hingegen beruht die Staatsbürgerschaft auf dem Prinzip *ius solis*, d.h. dass jeder Mensch, der in dem Land geboren ist, auch automatisch zum Staatsbürger wird. Die Autoren sehen in der Vergabe der Staatsbürgerschaft eine wichtige Voraussetzung für Integration sowie für eine Teilnahme am öffentlichen Leben und politischer Partizipation.

Die Rechte der MigrantInnen und Flüchtlinge bilden die Grundlage einer Integrationspolitik, für welche Regierungen verantwortlich gemacht werden können. Zu diesen Rechten können die allgemeine Menschenwürde, Gleichheit, kulturelle Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Unabhängigkeit zählen. Weitere, davon abgeleitete Rechte sind jenes auf Staatsbürgerschaft, auf Familienzusammenführung sowie auf die Gleichbehandlung in der Gesetzgebung und Politiken. Diese Rechte definieren nicht Integration als solche, unterstreichen jedoch wichtige Annahmen von Integration. (Vgl. Ager/Strang, 2008:175)

O’Neill (2001) ist der Ansicht, dass die Regierung eine Führungsrolle bei der Integration von MigrantInnen einnimmt, dass jedoch alle Sektoren der Gesellschaft ihren Beitrag leisten müssen. Dazu zählt er öffentliche Körperschaften, weltliche und religiöse Oberhäupter, das Schulsystem, Freiwilligenorganisationen, Beschäftigte und Gewerkschaften. (O’Neill, zit. nach Ager/Strang, 2008:176)

Die Autoren betonen die fundamentale Bedeutung der Kernbereiche „Staatsbürgerschaft“ und „Rechte“ für ein theoretisches und praktisches Verständnis von Integration. Die Autoren vertreten die Meinung, dass die verschiedenen Verständnisse von nationaler Identität und

Staatsbürgerschaft zu unterschiedlichen normativen Verständnissen von Integration führen und dementsprechend auch ganz verschiedene Indikatoren für deren Bewertung gewählt werden müssten. (Vgl. Ager/Strang, 2008:177)

3.2.3 Soziale Beziehungen („Social Connection“)

Den sozialen Beziehungen kommt eine wesentliche Vermittlerrolle im Integrationsprozess zu. Sie stehen zwischen formalen Prinzipien wie „Staatsbürgerschaft“ und der „Rechte“ von MigrantInnen einerseits und dem Einfluss von Faktoren wie Beschäftigung, Wohnen, Bildung und Gesundheit andererseits. Das Zugehörigkeitsgefühl und soziale, zwischenmenschliche Beziehungen sind wesentliche Bestandteile für das Zusammenleben von Menschen in einer Gemeinschaft.

Die Integration von Menschen in diese Gemeinschaft kann nach Meinung der Autoren nicht als einseitiger Prozess angesehen werden. Vielmehr sei ein „beidseitiger Veränderungsprozess“, ein Entgegenkommen von beiden Seiten für eine Integration von Nöten. Die sozialen Beziehungen stellen einen Faktor für diesen beidseitigen Prozess dar. Wie diese Beziehungen aussehen, darüber gibt es unterschiedliche Ansichten. Die Autoren schreiben, dass meistens die Abwesenheit von Konflikten und die Tolerierung von verschiedenen Gruppen als kleinster gemeinsamer Nenner für ein Zusammenleben von Menschen aufgefasst werden. Die Erwartungshaltung des größten Teils der MigrantInnen und Flüchtlinge sowie der anderen Bewohner der untersuchten Gemeinschaften ging aber über diese Minimal-Definition hinaus.

Viele Beteiligte nannten den Autoren zufolge die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft als letzte Stufe des Integrationsprozesses. Kennzeichen für eine solche Zugehörigkeit sind familiäre Bindungen, Freundschaften, ein respektvoller Umgang sowie gemeinsam geteilte Werte. Diese gemeinsamen Werte verleugnen nicht die Diversität und die Identität des Einzelnen mit einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, sondern vermitteln in einem breiteren Kontext ein Gefühl der Zugehörigkeit. (Vgl. Ager/Strang, 2008:177f.)

Um zwischen verschiedene Formen von sozialen Beziehungen zu unterscheiden, beziehen sich die Autoren auf das Konzept des „sozialen Kapitals“. Putnam und Woolcock unterscheiden dabei zwischen drei Formen von sozialen Verbindungen: „social bonds“, „social bridges“ und „social links“. Ager/Strang führen aus, dass diese Unterscheidungen einen großen Erklärungswert für die Integration auf lokaler Ebene bieten würden. (Vgl. Putnam, Woolcock, zit. nach Ager/Strang, 2008:178)

a) Soziale Bindungen („Social bonds“)

Diese Form sozialer Beziehungen umfasst familiäre, innerethnische, innernationale oder innerreligiöse Bindungen des Einzelnen. In der Feldforschung von Ager/Strang zeigte sich, dass viele der befragten Flüchtlinge die Nähe zur Familie schätzen, um diese familiären Beziehungen aufrecht zu erhalten und sich in der gewohnten kulturellen Umgebung zu bewegen. Der Aufbau von Beziehungen zu anderen Mitgliedern aus derselben ethnischen Gemeinschaft trägt viel zu einer effektiven Integration bei. (Vgl. Ager/Strang, 2008:178f.)

b) Soziale Brücken („Social Bridges“)

Diese zweite Form sozialer Beziehungen definiert die Verbindungen des Einzelnen mit anderen Gemeinschaften. In der Literatur werden die Beziehungen zwischen MigrantInnen und Flüchtlingen sowie den Aufnahmegesellschaften oft mit dem Begriff der „sozialen Harmonie“ charakterisiert. Auch die Partizipation der MigrantInnen und Flüchtlinge wird als Faktor dafür genannt. In der Feldarbeit von Ager/Strang wurde von den Befragten oftmals die alltägliche Freundlichkeit zwischen den Menschen als wichtiger Faktor für das eigene Wohlbefinden genannt. Die Freundlichkeit der ansässigen Menschen gegenüber den MigrantInnen und Flüchtlingen verhalf Letzteren, sich sicherer und willkommen zu fühlen.

Für beide Gruppen definiert sich „Integration“ auch als Partizipation der Menschen an gemeinsamen Aktivitäten. Dazu zählen der Sport, Gottesdienste, der Schulbesuch, politische Aktivitäten. Dahinter steht die Sichtweise, dass eine gleichberechtigte Partizipation aller Beteiligter ohne Vorurteile nur möglich ist, wenn alle Mitglieder in die Gemeinschaft eingebunden, oder mit anderen Worten, „integriert“ sind.

Die Autoren unterscheiden zwischen dem sozialen Kontakt der MigrantInnen und Flüchtlinge mit der lokalen Bevölkerung, der sich auf einen freundlichen Umgang miteinander bezieht, und einem vertieften, intensiven sozialen Kontakt zwischen den beiden Gruppen. Die Auswertung der Umfragedaten hat nach Ager/Strang eine solche Trennung zwischen diesen beiden Fällen bekräftigt. Der oberflächlichere soziale Kontakt würde ihnen zufolge ein Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit bei den involvierten Beteiligten auslösen, während der intensivere Kontakt eine wesentliche Rolle für eine langfristige soziale und ökonomische Entwicklung der Gemeinschaft spielen könnte. (Vgl. Ager/Strang, 2008:179f.)

c) Soziale Anbindung („Social Links“)

Die dritte Form betrifft die soziale Anbindung des Einzelnen an staatliche Strukturen und Dienstleistungen. Der Zugang von MigrantInnen und Flüchtlingen zu staatlichen

Strukturen kann durch diverse Barrieren wie fehlende Vertrautheit mit solchen Institutionen und mangelnden Sprachkenntnissen erschwert werden. Es bedarf zusätzlicher Bemühungen von beiden Seiten der Gesellschaft, um einen gleichberechtigten Zugang von MigrantInnen und Flüchtlingen zu Dienstleistungen zu gewähren. Gemeinschaften, die bereits Erfahrung im Umgang mit MigrantInnen und Flüchtlingen haben, können laut der Erkenntnisse der Feldforschung von Ager/Strang besser mit den speziellen Bedürfnissen dieser Zielgruppe umgehen.

Die Autoren halten fest, dass der Zugang der MigrantInnen und Flüchtlinge zu entsprechenden Dienstleistungen einen wesentlichen Bereich für eine gelingende Integration darstellt. In der nächsten Kategorie stellen die Autoren Kernbereiche dar, wie solche Barrieren für eine gelingende Integration überwunden werden können.

3.2.4 Unterstützer („Facilitators“)

Die Konzepte der „Inklusion“ und „Exklusion“ handeln auch vom Umgang mit Barrieren, die einer Integration im Weg stehen. Hale (2000) betont, dass ökonomische und soziale Partizipation in die Gesellschaft wesentlich für ein Integrationsverständnis seien. (Vgl. Hale, zit. nach Ager/Strang, 2008:181) Es gibt die Annahme, dass eine solche Partizipation durch bestimmte Barrieren gehemmt wird. Die Rolle des Staates sei es dann, diese Barrieren zu überwinden und den Platz für eine gelingende Integration zu gewährleisten. Ager/Strang definieren zwei Kernbereiche, wo potentielle Barrieren bestehen: Die Bereiche „Sprache und Kulturelles Wissen“ und „Sicherheit“.

a) Sprache und kulturelles Wissen („Language and Cultural Knowledge“)

Das Beherrschen der Sprache des Aufnahmelandes gilt als zentraler Faktor im Integrationsprozess. In Großbritannien werden fehlende Sprachkenntnisse als Barriere für soziale Interaktion, ökonomische Integration und vollständige Partizipation angesehen. (Home Office, zit. nach Ager/Strang, 2008:182)

In einem Verständnis von Integration als beidseitigem Prozess kommt dem Thema Sprache auch in der Aufnahmegesellschaft eine wichtige Rolle zu. Beispielsweise können im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen sprachliche Barrieren durch die Übersetzung von notwendigen Informationen in die Sprachen der MigrantInnen und Flüchtlinge überwunden werden. Gegen diese Maßnahmen spricht die These, dass Übersetzungen in die Sprache der MigrantInnen und Flüchtlinge ein Hemmnis für das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes und somit auch für eine Integration seien. (Vgl. Easton, zit. nach Ager/Strang, 2008:182) Ager/Strang halten jedoch fest, dass

Übersetzungspraktiken vor allem in der ersten Zeit der Ansiedlung, aber auch im weiteren Verlauf, eine zentrale Rolle einnehmen.

Die Feldforschung von Ager/Strang betonte weiter die zentrale Bedeutung der kulturellen Kenntnisse für den Integrationsprozess und dessen Verlauf. In einem beidseitigen Integrationsverständnis bedeutet das sowohl Kenntnisse der MigrantInnen und Flüchtlinge über nationale und lokale Bräuche, umgekehrt aber auch das Wissen der lokalen Bevölkerung über die Kultur der Zugewanderten. Dabei sollten beide Gruppen ein Verständnis für die jeweiligen kulturellen Gepflogenheiten der anderen Gruppe entwickeln. Nach Meinung der Autoren ist eine Anpassung der eigenen Kultur an die jeweils andere aber nicht zielführend. Auf Basis der Interviews ihrer Feldstudie vertreten sie ein „Nebeneinander“ der verschiedenen Kulturen, verbunden mit gegenseitiger Wertschätzung. (Vgl. Ager/Strang, 2008:182f.)

b) Sicherheit und Stabilität („Safety and Stability“)

Den Faktoren Sicherheit und Stabilität wird in den Interviews unter MigrantInnen und Flüchtlingen sowie der lokalen Bevölkerung eine größere Bedeutung für das Integrationsverständnis zugemessen als in theoretischen Definitionen. MigrantInnen und Flüchtlinge fühlen sich wohler, wenn in ihrer neuen Heimat Frieden herrscht; zugleich schätzt es die lokale Bevölkerung, wenn die neu Zugewanderten keinen Unfrieden in der Gemeinschaft stiften.

Unter „Stabilität“ einer Gemeinschaft wird das Zusammenleben von MigrantInnen und Flüchtlingen sowie der lokalen Bevölkerung über einen kontinuierlichen Zeitraum verstanden. Diese Kontinuität wird unterbrochen, wenn MigrantInnen und Flüchtlinge einen Ort verlassen müssen. Diese Stabilität der Zusammensetzung einer Gemeinschaft bezeichnen die Autoren neben den sozialen Beziehungen und dem regelmäßigem Zugang zu staatlichen Dienstleistungen als wichtigen Faktor für eine gelingende Integration. (Vgl. Ebd., 2008:183f.)

Zusammenfassend bietet die Studie von Ager/Strang einen Rahmen für verschiedene Sichtweisen, was eine „erfolgreiche“ Integration ausmacht. Dazu identifizieren die Autoren zehn Kernbereiche („domains“), welche ihrer Meinung nach für das Verständnis des Konzepts von Integration bedeutsam sind. Dazu zählen der Zugang zu Sektoren wie Arbeitsbeschäftigung, Unterkunft, Bildung und Gesundheit. Darüber hinaus werden die Bereiche „Staatsbürgerschaft“ und „Rechte“ von Flüchtlingen und MigrantInnen genannt. Eine Rolle spielen auch die Prozesse der sozialen Verbindungen innerhalb und zwischen den Gruppen in der Gesellschaft. Als Barrieren für diese Verbindungen wurde das Fehlen von sprachlichen und kulturellen Kompetenzen sowie Angst und Instabilität identifiziert. Die Herausforderung bei der

Entwicklung eines solchen normativen Rahmens von Integration stellt laut Meinung der Autoren die Schwierigkeit dar, einerseits die Diversität der verschiedenen Ansätze zu berücksichtigen und andererseits eine gewisse konzeptionelle Kohärenz zu bewahren.

Zudem hätte ihrer Ansicht nach die Struktur des Rahmenkonzeptes die Auffassung bestätigt, dass Prozesse zur Aufrechterhaltung einer ethnischen Identität (siehe Abschnitt „social bonds“) einer breiteren Integration in die Gesellschaft nicht entgegenstehen würden. Das würde einigen verbreiteten Ansichten in Praxis und Theorie widersprechen, unter anderem auch der Analyse, dass die zunehmende Betonung einer „sozialen Kohäsion“ notwendigerweise eine verstärkt assimilatorische Politik erfordern würde.

Die Autoren sprechen sich zudem für weitergehende Untersuchungen des Konzepts des „sozialen Kapitals“ in Bezug auf den Integrationsprozess aus. Dabei geht es ihnen um die Klärung, ob grundlegende Elemente des „Multikulturalismus“ mit einer verstärkten Betonung auf eine „soziale Kohäsion“ vereinbar sind.

3.3 Politische Parteien und Migration und Integration

In den Publikationen zu Migrationspolitiken spielen politische Parteien trotz ihrer zentralen Rolle im gesellschaftlichen und politischen Prozess meist nur eine geringe Rolle. Triadafilopoulos/Zaslove (2006) glauben, dass die These des sogenannten „hidden consensus“ damit zu tun haben könnte. Darunter wird ein „versteckter Konsens“ zwischen den Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien verstanden, nach dem beide Parteien es bevorzugen würden, das Thema „Migration“ in verschiedene Unterbereiche aufzuteilen und mit den jeweils betroffenen Akteuren sich abseits jeder Öffentlichkeit zu verständigen. Ein Grund dafür ist laut den Autoren das Interesse der Massenparteien, die eigenen Wählerschaften und parteiinterne Fraktionen nicht gegen sich aufzubringen. Weitere Gründe sind das Bestreben der Parteien, rassistische Tendenzen innerhalb der Bevölkerung zu vermeiden und ihr Bemühen, die relativ liberalen Positionen zum Thema „Einwanderung“ trotz einer mehrheitlich negativen Einstellung der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen aufrechtzuerhalten. Eine Ausnahme stellen in dieser Hinsicht radikale Mitte-Rechts-Parteien dar, welche Einwanderung als zentrales Element ihrer ideologischen Überlegungen und ihrer Wahlkämpfe präsentieren. (Triadafilopoulos/Zaslove, 2006:171)

Die Autoren nehmen an, dass neben dem „hidden consensus“-Argument und dem Bedeutungsgewinn rechts-extremer Parteien noch weitere Faktoren für den Umgang von Parteien mit Migration von Bedeutung sind. Mit dem Wandel des Parteiensystems und dem

Entstehen der neuen Parteien an beiden politischen Rändern in Westeuropa und Nordamerika in den 1970er und 1980er-Jahren zerbrach auch der langjährige Konsens der gemäßigten Parteien über die Migrationspolitik. Die gemäßigten Parteien wurden dazu gezwungen, ihre Positionen in der Migrationspolitik zu spezifizieren. Durch den Bedeutungszuwachs der Migration als politisches Thema, ergab sich für moderate und ideologisch orientierte Parteien beider Ränder die Möglichkeit, das Thema zur Abgrenzung von anderen Parteien zu nutzen. (Triadafilopoulos/Zaslove, 2006:172)

Andrej Zaslove geht in seinem Artikel „The Politics of Immigration: a new electoral dilemma for the Right and the Left?“ der Frage nach, ob Immigration die politischen Parteien des linken und rechten Lagers vor ein „electoral dilemma“ (Zaslove, 2006:16) stellt. Der Autor vertritt die Ansicht, dass die Haltungen der Parteien beider Lager zum Themenbereich „Einwanderung“ nicht so klar definiert sind, wie man glauben möchte. Er glaubt, dass es innerhalb der Parteien des moderaten rechten und linken politischen Spektrums zu Interessenskonflikten kommt. Die Mitte-rechts-Parteien sieht Zaslove im Spannungsfeld zwischen Anhängern von rechts-extremen Parteien, Ängsten in der Bevölkerung über eine Zunahme der Kriminalität infolge von Zuwanderung, Unternehmen, die auf die MigrantInnen als Arbeitskräfte angewiesen sind und christlich-sozialen Wählerschichten, die einen humanitären Umgang mit den Zuwanderern befürworten. In den Mitte-links-Parteien gibt es Fraktionen, die MigrantInnen soziale und politische Rechte gewähren wollen. Demgegenüber steht die Arbeiterschaft, die laut Zaslove Angst vor einer steigenden Kriminalität und Instabilität durch Zuwanderung hat, Lohndumping und Konkurrenzdruck um Arbeitsplätze sowie eine Überlastung des Sozialstaates fürchtet. (Vgl. Ebd., 2006: 12)

Tim Bale geht in seinem Artikel „Turning round the telescope. Centre-right parties and immigration and integration policy in Europe“ (2008) auf den Umgang von Mitte-rechts-Parteien mit den Themen „Einwanderung“ und „Integration“ ein. Er schreibt, dass Parteien des politischen „Mainstreams“ unter Druck seien, eine harte, restriktive Linie und eine assimilationistische Politik in diesen Bereichen zu forcieren. Der Druck ergibt sich seiner Meinung nach durch die erhöhte Zahl an ArbeitsmigrantInnen und AsylwerberInnen, die Bedrohung durch den Terrorismus und dem Unbehagen eines Teils der Aufnahmegesellschaft über die kulturellen Differenzen zwischen den beiden Gruppen. Auch rechts-extreme Parteien, Medien und die eigene Wählerschaft würden den Druck auf diese etablierten Parteien noch verstärken. (Vgl. Bale, 2008:318)

Giuseppe Sciortino schreibt, dass Einwanderungspolitik nicht entlang der klassischen „cleavages“ des europäischen Parteiensystems seit den 1970er Jahren verläuft, sondern diese „cleavages“ durchbricht. Einwanderung verlaufe an der Schnittstelle zwischen zwei verschiedenen politischen Bedeutungslinien, der wirtschaftlichen und funktionalen auf der einen

Seite, der Kultur, Identität und Tradition auf der anderen. Die Einwanderungspolitik unterläuft die klassische Trennung zwischen „konservativer“ und „progressiver“ politischer Werthaltung. (Vgl. Sciortino, 2000:224f.)

3.4 Nationale Minderheiten und Migration

Will Kymlicka beschäftigt sich in seinem Buch „Politics in the Vernacular: Nationalism, Multiculturalism and Citizenship“ mit dem Verhältnis zwischen nationalen Minderheiten und MigrantInnen. Er spricht von der Gefahr eines potenziellen Konflikts zwischen beiden Gruppierungen. Lebt eine größere Anzahl von MigrantInnen in Gebieten von nationalen Minderheiten, so wird laut Kymlicka die nationale Identität und nationalistische Mobilisierung der letzteren Gruppierung beeinflusst. MigrantInnen können als Bedrohung für die nationale Minderheit angesehen werden. (Vgl. Kymlicka, 2001:276) MigrantInnen tendieren dazu, sich in die Kultur der Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, die nationale Minderheit wird dadurch zahlenmäßig kleiner und verliert an politischem Gewicht. Aus diesen Gründen scheint es laut Kymlicka auf den ersten Blick so zu sein, dass nationale Minderheiten den MigrantInnen „defensiv“ und abweisend gegenüber stehen würden.

In dieser bisherigen Logik wird davon ausgegangen, dass der Nationalismus einer Minderheit zwangsläufig einen „ethnischen Charakter“ besitzt, welcher auf den Prinzipien der Ethnie und der Abstammung beruht. Kymlicka spricht sich dagegen aus, per se jeden Nationalismus einer Minderheit als ethnisch konnotiert und „exkludierend“ zu betrachten. Er ist der Meinung, dass einige nationale Minderheiten sehr wohl ein Modell eines Nationalismus verkörpern, der nicht die Ethnie als zentralen Faktor ausmacht („post-ethnic-models“). Als Beispiele dafür führt er Québec, Katalonien, Schottland und Puerto Rico an. (Vgl. Ebd., 2001:279f.) Kymlicka nennt bestimmte Voraussetzungen, die für einen solchen „post-ethnischen“ Nationalismus erfüllt sein müssen: Autonome Befugnisse in den Bereichen Sprache, Bildung und Arbeit würden der nationalen Minderheit einerseits eine Art von Kontrolle über die Integration von MigrantInnen verschaffen, andererseits die Vorherrschaft der Sprache der Minderheit in ihrem Territorium festigen. (Vgl. Ebd., 2001:277)

Québec und seine französischsprachige Minderheit vertritt eine sehr aktive und offensive Einwanderungspolitik. Die MigrantInnen, die nach Québec kommen, sollen die französische Sprache erlernen, dann werden sie als Mitglied der Quebecker Gesellschaft akzeptiert. Der Zugang, den die kanadische Provinz verfolgt, wird „Interkulturalismus“ genannt. Die MigrantInnen erkennen das Primat der französischen Sprache sowie demokratische Prinzipien

an, im Gegenzug wird die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt gefördert. (Vgl. Ebd., 2001:280)

Kymlicka betont allerdings auch, dass nicht alle nationalen Minderheiten einen „post-ethnischen-Nationalismus“ vertreten. Als Beispiele dafür nennt er das Baskenland und Flandern. In den dortigen Nationalismen spielen ethnische Gesichtspunkte sehr wohl eine wesentliche Rolle, hier überwiegt nicht das liberal-inkludierende Prinzip wie in Québec oder Katalonien. Er betont, dass viele nationale Minderheiten MigrantInnen und deren kultureller Identität aufgeschlossen gegenüberstehen und es Versuche gibt, diese in die eigene Minderheitengruppe zu integrieren.

3.5 Nationale Minderheiten und Migration in Südtirol

In den letzten Jahren hat vor allem das Südtiroler Forschungsinstitut Eurac einige Publikationen zu Migration nach Südtirol, aber auch speziell zum Thema autochthone Minderheiten und Migration publiziert. Der Beitrag „Diversity Management - ´neuer Minderheiten´ in Alto Adige/Südtirol“ von Roberta Medda-Windischer¹³ beschäftigt sich mit dem Zusammenspiel von autochthonen und neuen, migrationsbedingten Minderheiten. Dabei stellt sich die Autorin die Frage, ob der Schutz dieser Minderheiten die Entstehung einer pluralistischen und toleranten Gesellschaft fördert oder eher hemmt. (Vgl. Medda-Windischer, 2011: 19) Medda-Windischer bezeichnet die Haltung der SVP gegenüber der Migration und der damit einhergehenden Vielfalt als „defensiv“ (Ebd., 2011: 21) und begründet diese mit der wesentlichsten Zielsetzung der Partei, dem Schutz und der Förderung der deutschen und ladinischen Minderheit.

Die Forscherin äußert Verständnis für dieses Verhalten der Partei, angesichts der sogenannten „Italianisierung“ Südtirols unter dem italienischen Faschismus und der damit einhergehenden Sorge, im „eigenen Land demographisch zur Minderheit zu werden.“ (Ebd., 2011:19) Die Tatsache, dass das Land Südtirol bis zum damaligen Zeitpunkt (Ende 2010, Anm. H.P.) noch kein eigenes Integrationsgesetz verabschiedet hatte, könnte nach Medda-Windischer mit dem sogenannten „Spiegel-Effekt“ zusammenhängen. Darunter versteht man den Zusammenhang zwischen dem Umgang einer Gesellschaft mit Integration und ihrer Selbstwahrnehmung. Die Autorin vermutet, dass die Angst bestehe, bei einer Auseinandersetzung mit diesem Thema eine „Büchse der Pandora“ zu öffnen, welche die vielen ungelösten Fragen im Verhältnis zwischen der deutschen und italienischen Sprachgruppe im Lande beinhaltet. (Vgl. Ebd., 2011:24)

¹³ Medda-Windischer, Roberta/Hetfleisch, Gerhard/Meyer, Maren (Hg.) (2011): Migration und Integration in Südtirol und Tirol. Analysen und multidisziplinäre Perspektiven. Eurac Research)

Für Medda-Windischer ist die defensive Haltung vieler politischer Parteien in Südtirol in Bezug auf die Einwanderung von MigrantInnen auch eine Folge des Zuwachses der extremen Rechtsparteien und deren Anti-Einwanderungs-Kampagnen in nationalen und lokalen Wahlkämpfen geschuldet. (Vgl. Ebd., 2011: 24f.) Nach der Forscherin kann man den Ansatz Südtirols gegenüber der Migration mit dem Akronym „NIMBY“ (Not-In-My-Back-Yard) (Ebd., 2011:28) charakterisieren. Darunter ist zum einen die wirtschaftliche Unterstützung für die Herkunftsländer der MigrantInnen gemeint, zum anderen soll den MigrantInnen der Zugang zu Diensten und Unterstützungen gewährt werden. Medda-Windischer konstatiert, dass dabei Fragen bezüglich der Identität, möglicher Konflikte durch die entstehende Diversität „vorzugsweise der italienischen Gemeinschaft“ (Medda-Windischer, 2011:28) überlassen werden. Gleichzeitig erkennt Medda-Windischer aber auch Anzeichen, dass innerhalb der deutschen Sprachgruppe und der SVP diesbezüglich ein Umdenken stattfindet. Als Beispiel nennt sie die Einführung eines nicht verpflichtenden Tests über die Kenntnisse der deutschen Sprache für MigrantInnen, welcher zur Erlangung einer langfristigen Aufenthaltsberechtigung EG dient. Medda-Windischer erkennt erste Anzeichen einer Annäherung zwischen den „alten“, traditionellen und „neuen“ Minderheiten in Südtirol. Dazu passend bestehe laut Medda-Windischer in Südtirol „ein kontinuierlicher Wandel in den Haltungen und Grundwerten der Zivilgesellschaft, die die ethnische Diversität [...] auch als gegenseitige Bereicherung, als Mehrwert und als Wettbewerbsvorteil im entstehenden europäischen Markt der Regionen sieht.“ (Ebd., 2011:31)

Um die Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in Südtirol zu überbrücken, entwickelt Medda-Windischer die Vorstellung, dass es eine „gemeinsame territoriale Identifikation“ (Ebd., 2011:32) aller in Südtirol lebenden Menschen gebe. Die Menschen würden durch eine „gemeinsame und übergeordnete Identität (verbunden) [...], welche die einzelnen und mehrfachen Identitäten überlagert, diese aber nicht ersetzt, sondern vielmehr respektiert und schützt.“ (Ebd., 2011:32f.)

Lorenzo Piccoli stellt einen Vergleich zwischen der Identität von nationalen Minderheiten und der Integration von MigrantInnen in Südtirol und Québec an. Sowohl die französische Gemeinde in Québec als auch die deutsche und die ladinische Sprachgruppe in Südtirol zählen zu der Gruppe der autochthonen Minderheiten. Piccoli analysiert den Umgang der lokalen politischen Eliten mit der Integration von MigrantInnen unter diesen Voraussetzungen. Er geht dabei auf die Identität dieser nationalen Minderheiten ein. Diese werde in einem Prozess der Abgrenzung gegenüber den „Anderen“, in diesem Fall den MigrantInnen, immer wieder neu definiert. Der Autor versucht aufzuzeigen, wie die regierende politische Elite mit dieser relativ neuen ethnokulturellen Diversität versucht umzugehen. Dabei vergleicht er die rhetorisch-

formale Ebene der politischen Elite mit der konkreten Integrationspolitik in verschiedenen Bereichen.

Piccoli geht dabei zu Beginn seines Beitrages von der These aus, dass Minderheitengruppierungen sich gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen nicht aufgeschlossen verhalten und dazu tendieren, „Andere“ auszugrenzen. Daran anschließend würde von der politischen Elite der Aufnahmegesellschaft die Forderung gestellt, die MigrantInnen müssten alles möglich dafür tun, wenn sie der nationalen Minderheit angehören und in sie integriert werden wollen. (Vgl. Piccoli, 2013:9) Piccoli kommt für das Fallbeispiel Südtirol zum Schluss, dass die politischen Eliten im offiziellen Diskurs eine Bereitschaft zu einem beidseitigen, multikulturellen Inklusionsprozess vertreten, unter der Oberfläche aber nationalistische Interessen zur Bewahrung einer bestimmten Kultur und Identität dominant seien. (Vgl. Ebd., S. 16) In Bezug auf die politischen Maßnahmen schlussfolgert Piccoli, dass sich die politischen Eliten Südtirols im Gegensatz zu jenen in Québec nicht unter Druck fühlen würden, dass die Sprache der Minderheit an Bedeutung verlieren oder gar verschwinden könne. (Vgl. Piccoli 2013:21)

Die These, wonach die Südtiroler Volkspartei praktische Maßnahmen treffe, um MigrantInnen entweder in die eigene Sprachgruppe zu assimilieren oder zu marginalisieren, lässt sich nach Aussage von Piccoli nicht bejahen. Er schreibt, dass es weder eine einseitige Assimilierung noch eine beidseitige multikulturelle Inklusion der MigrantInnen in die Aufnahmegesellschaft gebe. (Vgl. Ebd., 2013:21) Piccoli hebt weiter die Bedeutung hervor, welche die deutschsprachigen politischen Eliten Südtirols dem Erlernen der eigenen Sprache durch MigrantInnen beimessen. Piccoli schreibt in seiner Conclusio weiter, für den Fall Südtirol habe die fragmentierte und unvollständige Debatte über das Integrationsgesetz im Jahre 2011 gezeigt, dass es Ängste gebe, eine „Büchse der Pandora“ zu öffnen, welche die ethnischen Spannungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen verstärken könnte.

3.6 Hypothesen

Aus den hier präsentierten theoretischen Grundlagen leite ich folgende Forschungshypothesen ab:

- Die SVP vertritt als Minderheitenpartei und aufgrund ihres ethnischen Selbstverständnisses grundsätzlich eine „defensive Haltung“ (Medda Windischer) zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen

- Die Südtiroler Volkspartei vermeidet in dieser Thematik eine klare politische Positionierung, um parteiinterne Fraktionen und die eigene Wählerschaft nicht gegen sich aufzubringen und trotz Vorbehalten in der Bevölkerung ihre relativ liberale Position aufrechtzuerhalten

4. Methodik

In diesem Kapitel stelle ich die wesentlichste Methode meiner Arbeit, jene der qualitativen Inhaltsanalyse, genauer vor. Dabei gehe ich auch auf die qualitative Zusammenfassung und Strukturierung ein. Die Form der inhaltlichen Strukturierung und jene der Zusammenfassung werden für die Analyse des Positionspapiers „Fordern und Fördern“ sowie des Südtiroler Integrationsgesetzes angewandt.

4.1 Die qualitative Inhaltsanalyse

Für die Analyse des Positionspapiers der Südtirol Volkspartei zum Thema „Einwanderung/Integration“ und des Südtiroler Integrationsgesetzes sowie der Auswertung der ExpertInneninterviews werde ich mich der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse bedienen. Die Versuche, die Inhaltsanalyse als sozialwissenschaftliche Methode zu definieren, sind sehr verschieden. Übereinstimmung besteht lediglich darin, dass das Ziel der Inhaltsanalyse die „Analyse von Material (ist), das aus irgendeiner Form von Kommunikation stammt.“ (Mayring, 2003:11) Mayring hält sechs Charakteristika der Inhaltsanalyse fest. Der zentrale Gegenstand der Inhaltsanalyse ist die Kommunikation, welche durch Sprache, aber auch durch andere Formen gekennzeichnet sein kann. Ein weiteres Merkmal der Inhaltsanalyse ist die niedergeschriebene, fixierte Form der Kommunikation. Die Inhaltsanalyse will systematisch, das heißt nach bestimmten, festgelegten Regeln vorgehen, um intersubjektive Nachprüfbarkeit zu ermöglichen. Die Inhaltsanalyse geht theoriegeleitet vor, sie analysiert das Material unter Berücksichtigung einer theoretischen Fragestellung. Dadurch soll eine Vergleichbarkeit mit anderen Forschungen in diesem Bereich ermöglicht werden. Als Letztes hat die Inhaltsanalyse das Ziel, Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen, z.B. auf die Absichten des Senders. (Vgl. Ebd., 2003:12f.)

Die qualitative Inhaltsanalyse

Der Ansatz der qualitativen Inhaltsanalyse behält die Stärken der quantitativen Inhaltsanalyse bei und versucht zudem, Verfahren systematischer qualitativ orientierter Textanalyse zu entwickeln. Mayring erläutert dieses Vorhaben an einigen Punkten. Beim inhaltsanalytischen Verfahren wird das Material in seinem Kommunikationszusammenhang verstanden. Der Text wird immer innerhalb des Kontextes interpretiert, z.B. dem Kontext seiner Entstehung oder seiner Wirkung. Für die Analyse ist ein konkretes Ablaufmodell wichtig, welches vorab festgelegt wird. Die Zergliederung in inhaltsanalytische Einheiten wie Kodiereinheit, Kontexteinheit, Auswertungseinheit ist auch Teil der qualitativen Inhaltsanalyse. Vor dem Beginn der Analyse muss entschieden werden, wie das Material angegangen wird, in welcher Reihenfolge die Teile analysiert werden, welche Bedingungen gegeben sein müssen, um eine Kodierung zu erhalten. (Vgl. Ebd., 2003:42f.) Ein wichtiger Punkt für die qualitative Inhaltsanalyse ist es, die Ziele der Analyse in Kategorien zu veranschaulichen. Das Kategoriensystem bildet das zentrale Instrument der Analyse, auch in Punkto Nachvollziehbarkeit für andere. Für die qualitative Inhaltsanalyse ist es entscheidend, wie die Kategorien entwickelt und begründet werden. Diesen Schritt werde ich später bei der Erklärung der Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse näher ausführen. (Vgl. Ebd., 2003:43f.) Die Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse sollen nicht immer nach dem gleichen Muster ablaufen, sondern am konkreten Gegenstand der Analyse angepasst sein. Der Gegenstand steht im Vordergrund, es liegt in der Hand des Interpreten, das adäquate Verfahren für das vorliegende Material zu wählen. Die Entscheidungen, wie der Interpret vorgeht, sollten auf der Basis theoretischer Annahmen, also des Forschungsstandes in dem Gebiet, getroffen werden. Dabei stehen inhaltliche Argumente vor Verfahrensargumenten, Validität steht vor der Reliabilität. (Vgl. Mayring, 2003:44f.)

Bestimmung des Ausgangsmaterials

Die Inhaltsanalyse wertet geschriebenes Material aus. Um auszuwählen, was man aus dem Material interpretieren kann, muss man eine genaue Analyse des Ausgangsmaterials vornehmen. Dabei wird zunächst festgelegt, welches Material als Basis für die Analyse dient. Danach wird analysiert, von wem und unter welchen Bedingungen das Material verfasst wurde. Dabei interessiert der Verfasser des Materials, der emotionale, kognitive und Handlungshintergrund, die Zielgruppe des Materials, die genaue Entstehungssituation sowie der sozio-kulturelle Hintergrund. Als letzter Punkt dieses Schrittes bestimmt man die Form des Materials. (Vgl. Ebd., 2003:47)

Ablaufmodell der Analyse

Bevor mit der Analyse begonnen wird, wird ein Ablaufmodell für dieselbe erstellt. Ein großer Vorteil der qualitativen Inhaltsanalyse ist es, dass die Analyse in einzelne Interpretationsschritte unterteilt werden kann. Das trägt dazu bei, dass sie nachvollziehbar und auf andere Fälle

übertragbar wird. Obwohl der Ablauf auf den jeweiligen Fall angepasst wird, kann man ein allgemeines Ablaufmodell erstellen. Zuerst folgen im Modell fünf Analyseschritte. Danach erfolgt die Bestimmung des Ablaufmodells. Dazu werden zunächst drei Analyseeinheiten (Kodiereinheit, Kontexteinheit und Auswertungseinheit) festgelegt, um die Analyse präziser zu gestalten:

Die konkreten Analysetechniken sind in einzelne Analyseschritte unterteilt. Wesentlich ist dabei die Entwicklung eines Kategoriensystems. Diese Kategorien werden in einem „Wechselverhältnis zwischen der Theorie (der Fragestellung) und dem konkreten Material entwickelt, durch Konstruktions- und Zuordnungsregeln definiert und während der Analyse überarbeitet und rücküberprüft.“ (Ebd., 2003:53) Anschließend werden die Ergebnisse in Bezug zur Fragestellung interpretiert und die Aussagekraft der Analyse mittels inhaltsanalytischer Gütekriterien eingeschätzt. (Vgl. Ebd., 2003:53)

Spezielle Techniken der qualitativen Inhaltsanalyse

Techniken der qualitativen Inhaltsanalyse beruhen auf theorie- und regelgeleitetem Textverstehen und Textinterpretieren. Mayring zählt eine Reihe von Interpretationstechniken auf, welche sich im Grunde genommen auf einige Grundtechniken zurückführen lassen. Oft steht die Analyse einzelner Textbestandteile in ihrem Textkontext, die Beziehung zweier Textstellen zueinander oder eine Zusammenfassung des Materials im Mittelpunkt. Mayring unterscheidet zwischen drei Grundformen des Interpretierens. Für meine Arbeit sind dabei die Form der Zusammenfassung und vor allem der Strukturierung von Interesse.

- Zusammenfassung: Das Material soll reduziert und überschaubarer werden, wesentlichen Inhalte und Grundcharakter jedoch bewahrt werden
- Strukturierung: Bestimmte Aspekte sollen herausgefiltert werden, um durch vorher festgelegte Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen (Vgl. Ebd., 2003:57f.)

Diese beiden Techniken beschreibe ich den nächsten beiden Abschnitten etwas genauer.

4.1.1 Qualitative Technik der Zusammenfassung

Bei der Entwicklung der Analyseschritte der Zusammenfassung greift man auf zentrale Elemente einer Zusammenfassung zurück: die Differenzierung einer aufsteigenden, textgeleiteten Verarbeitung und einer absteigenden, schemageleiteten Verarbeitung, die

Formulierung von Makrooperatoren der Reduktion, z.B. Auslassen, Generalisation, Konstruktion, Integration, Selektion, Bündelung. (Vgl. Ed., 2003:59)

Das wichtigste Prinzip einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse ist es, die Abstraktionsebene der Zusammenfassung festzulegen. Diese Abstraktionsebene kann schrittweise verallgemeinert werden. Nun soll der Ablauf einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse beispielhaft dargestellt werden. Der Ablauf startet, nachdem das Material genau beschrieben wurde und durch die Fragestellung beschrieben wurde, was zusammengefasst werden soll.

Kategorienbildung

Die Definition der Kategorien bildet einen zentralen Schritt der Inhaltsanalyse. Dabei wird zwischen einer deduktiven und einer induktiven Kategoriendefinition unterschieden.

- Bei der deduktiven Kategoriendefinition werden die Kategorien anhand theoretischer Überlegungen gebildet, z.B. auf Basis des bisherigen Forschungsstandes oder theoretischen Konzepten. Ein Beispiel dafür ist die strukturierende Inhaltsanalyse
- Bei der induktiven Kategoriendefinition werden die Kategorien anhand des Materials in einem Verallgemeinerungsprozess entwickelt. Theoretische Konzepte spielen dabei keine Rolle

Für die Inhaltsanalyse des Positionspapiers „Fordern und Fördern“ sowie des Integrationsgesetzes habe ich eine deduktive Kategoriendefinition anhand theoretischer Überlegungen für sinnvoller erachtet. Die praktische Anwendung beschreibe ich in Kapitel 5.

4.1.2 Qualitative Technik der Strukturierung

Das Ziel dieser inhaltsanalytischen Technik ist es, eine bestimmte Struktur aus dem Material herauszufiltern. Die Struktur ist ein Kategoriensystem, welches über das Material gelegt wird. Alle Textbestandteile, die unter die jeweiligen Kategorien fallen, werden aus dem Material herausgearbeitet.

Die Strukturierungsdimensionen müssen laut Mayring „aus der Fragestellung abgeleitet und theoretisch begründet werden.“ (Mayring, 2003:83) In einem nächsten Schritt können sie weiter differenziert werden, indem man sie in verschiedene Ausprägungen aufspaltet. Um zu bestimmen, wann ein Textteil unter eine Kategorie fällt, empfiehlt sich ein Verfahren, das in drei Schritten vorgeht: Definition der Kategorien, Ankerbeispiele und Kodierregeln.

In einem ersten Probedurchgang wird getestet, ob die angewandten Kategorien greifen, ob die Definition, die Ankerbeispiele und die Kodierregeln eine eindeutige Zuordnung möglich machen. Dazu werden im Text zuerst die Passagen markiert, welche unter eine jeweilige Kategorie fallen. In einem zweiten Schritt wird das gekennzeichnete Material je nach Ziel der Strukturierung bearbeitet und aus dem Text extrahiert. Nach dem Probedurchgang werden das Kategoriensystem und die Definitionen der Kategorien überprüft und bei Bedarf verändert. Anschließend wird der Hauptmaterialdurchgang gestartet. Für die Auswertung der Ergebnisse dieses Durchgangs ist die Form der Strukturierung entscheidend. (Vgl. Ebd., 2003:83)

Mayring unterscheidet zwischen vier Formen der Strukturierenden Inhaltsanalyse. Für meine Arbeit ist jene der Inhaltlichen Strukturierung am relevantesten. Deren Ziel ist es, das Material zu bestimmten Themen und Inhaltsbereichen zu extrahieren und zusammenzufassen. Als Instrument dazu dienen Kategorien und bei Bedarf Unterkategorien, welche aus der Theorie entnommen wurden. Nach der Bearbeitung des Textes werden die extrahierten Paraphrasen jeder Unterkategorie und anschließend der Hauptkategorien zusammengefasst.

5. Integration und die politische Praxis in der SVP

Nachdem ich im vorherigen Kapitel den formellen, methodischen Ablauf einer Inhaltsanalyse und deren spezifischer Formen dargelegt habe, wende ich in diesem Kapitel die beschriebene Methode auf die Dokumente (Positionspapier, Integrationsgesetz) in der Praxis an.

5.1 Inhaltliche Strukturierung des Positionspapiers

Festlegung des Materials

Als Untersuchungsgegenstand soll das Positionspapier mit dem Namen „Fordern und Fördern“ der Südtiroler Volkspartei aus dem Jahre 2010 dienen. Es ist die einzige gesamtparteiliche und zugleich umfassendste Stellungnahme, die von der Partei zum Thema Einwanderung und Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol abgegeben wurde.

Analyse der Entstehungssituation

Das Positionspapier wurde von der parteiinternen „Antragsgruppe Integration“ sowie dem Sozialpartnerforum der Partei ausgearbeitet. Zur Antragsgruppe Integration gehören die SVP-PolitikerInnen Amhof, Dejaco, Hofmann und Achammer. Laut Achammer hätten die Gruppe

mit der Ausarbeitung dieses Positionspapiers versucht, das „sehr gefühlte und sehr emotionale Thema“ (Achammer, Z.45) der Migration und Integration wieder auf eine Vernunftebene zurückzuführen. Die Antragsgruppe wollte die Haltung der Partei zu diesem Thema "einfach klar zu Papier zu bringen.“ (Ebd., Z.46) Für das Sozialpartnerforum waren die Herren Gufler (Arbeitnehmer), Brandstätter (Wirtschaft) und Peintner (Landwirtschaft) vertreten. Das Positionspapier wurde auf einer Konferenz von den SVP-Ortsobleuten, -BürgermeisterInnen und Bürgermeister und Parteiausschuss gemeinsam verabschiedet.

Formale Charakteristika des Materials

Das Material liegt in niedergeschriebener Art und Weise vor.

Richtung der Analyse

Die Analyse soll dazu dienen, das Integrationskonzept und dessen verschiedenen Bereiche der Südtiroler Volkspartei zu beschreiben. Es geht um den Gegenstand, das Integrationskonzept der Partei, aber auch um die Verfasser des Textes, die Exponenten der Partei. Auch die beabsichtigte Wirkung des Positionspapiers auf die LeserInnen ist von Interesse.

Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung

Ager/Strang haben in ihrer Publikation versucht, einen konzeptionellen Rahmen von Integration zu entwickeln. Dieser enthält zehn Kernbereiche, er basiert auf normativen Verständnissen des Begriffes und soll einen Analyserahmen für die Realität darstellen. Im Positionspapier der Südtiroler Volkspartei ist das Integrationskonzept der SVP enthalten, sowie deren Positionen zu einigen Kernbereichen wie Sprache, Bildung, Wohnen, Arbeitsmarkt.

Das Integrationskonzept der Südtiroler Volkspartei soll mit dem Analyserahmen von Ager/Strang verglichen werden. Dabei soll analysiert werden, auf welche Kernbereiche die SVP Bezug nimmt, welchen Stellenwert sie ihnen beimisst und welche Positionen sie vertritt.

Daraus ergeben sich folgende Fragestellungen für das Positionspapier:

Fragestellung: Welches Integrationskonzept vertritt die Südtiroler Volkspartei?

Wie lässt sich das Integrationskonzept der SVP im Vergleich zu jenem von Ager/Strang bewerten?

Welche Kernbereiche kommen im Positionspapier der SVP vor? Welchen Bereichen wird mehr, welchen weniger oder keine Bedeutung beigemessen?

Erster Schritt: Bestimmung der Analyseeinheiten

Kodiereinheit: Als minimalster Textbestandteil, der unter eine Kategorie fallen kann, wurde die Einheit eines Satzes festgelegt. Auch Überschriften im Text zählen dazu.

Kontexteinheit: Als größter Textbestandteil wurde eine Einheit von vier Sätzen festgelegt, welche in diesem Fall gleichbedeutend mit einem Absatz im Text ist.

Auswertungseinheit: Die Reihenfolge der Auswertung richtet sich nach den Fundstellen im Text einer jeweiligen Kategorie.

Zweiter und Dritter Schritt: Theoriegeleitete Festlegung der inhaltlichen Hauptkategorie
Bestimmung der Ausprägungen; Zusammenstellung des Kategoriensystems

Zu den Hauptkategorien gehören nach dem theoretischen Konzept von Ager/Strang die Kernbereiche (Fett markiert). Um die Textstellen genauer einer Kategorie zuordnen zu können, habe ich Unterkategorien gebildet, wo es notwendig erschien, und eine Kategorie hinzugefügt.

- 1) **Beschäftigung**
- 2) **Wohnen**
- 3) **Bildung**
- 4) **Gesundheit**
- 5) **Soziale Brücken**
- 6) **Soziale Bindung**
- 7) **Soziale Anbindung**
- 8) **Sprache und kulturelles Wissen**
 - a) Sprache
 - b) Kulturelles Wissen
- 9) **Staatsbürgerschaft und Rechte**
- 10) **Sicherheit und Stabilität**
- 11) Soziale Beziehungen

Vierter Schritt: Formulierung von Definitionen, Ankerbeispielen und Kodierregel zu den einzelnen Kategorien

Definition der Kategorien: Es genügt, wenn Satzteile unter eine entsprechende Kategorie fallen. Von Halbsätzen über Überschriften bis hin zu mehrzeiligen Sätzen ist alles dabei.

Ankerbeispiele: Kategorie 1, Beschäftigung („Employment“); Bsp.: „Integration durch Arbeit verschafft Unabhängigkeit“.

Kodierregeln: Ein Textbestandteil wird jener Kategorie zugeordnet, die spezifischer auf ihn zugeschnitten ist. Wenn ein Textteil zwischen zwei Kategorien zu liegen scheint, werden die anderen Textstellen der beiden Kategorien betrachtet und der Teil jener Kategorie zugeordnet, in die er besser passt.

Fünfter Schritt: Materialdurchlauf: Bezeichnung der Fundstellen

Die Textstellen wurden im Positionspapier entsprechend gekennzeichnet.

Sechster Schritt: Materialdurchlauf: Bearbeitung und Extraktion von Fundstellen

Die gekennzeichneten Textstellen wurden in einer Excel-Datei extrahiert.

Siebter Schritt: Überarbeitung, gegebenenfalls Revision von Kategoriensystem und Kategoriendefinition

Dieser Schritt erwies sich auch angesichts der späteren, nochmaligen Analyse des Textes mithilfe anderer Kategorien als nicht notwendig

Achter Schritt: Paraphrasierung des Materials (siehe Anhang)

Neunter Schritt: Zusammenfassung pro (Haupt-)Kategorie

Vergleich mit Theorie – Analyse

1) Beschäftigung („Employment“)

Integration verläuft oft über Arbeitsmarkt;(Vgl. Positionspapier, Z. 158) Ziel, auch ausländische Frauen in Arbeitsmarkt zu integrieren.(Vgl. Ebd., Z. 165f.) Qualifizierte Arbeitskräfte werden anerkannt und wertgeschätzt, sind finanziell unabhängig, finden Platz in Gesellschaft und partizipieren an deren Entwicklung (Vgl. Ebd., Z. 158f.)

Sowohl in der Theorie als auch im Positionspapier wird der Beschäftigung ein großer Stellenwert für die Integration beigemessen, welcher auch andere Bereiche beeinflusst. Die ökonomische Unabhängigkeit, der Kontakt mit Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft und die Etablierung in der Gesellschaft werden in beiden Quellen betont. Im Positionspapier wird zudem die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt gefördert. Während die SVP von „qualifizierten Arbeitskräften“ spricht, welche anerkannt und wertgeschätzt werden, sprechen Ager/Strang die fehlende Anerkennung von Qualifikationen der MigrantInnen im Aufnahmeland an. Meiner Meinung nach kann man dadurch erkennen, dass die SVP zwischen nicht-qualifizierten und qualifizierten MigrantInnen unterscheidet, auch was deren

Anerkennung und Wertschätzung betrifft. Das spricht meiner Meinung nach dafür, dass qualifizierte MigrantInnen von der Partei bevorzugt werden und reiht sich in eine Entwicklung ein, die man in anderen Einwanderungsländern ebenfalls beobachten kann. Zugleich benötigt Südtirol aber beispielsweise im Pflegebereich auch unqualifiziertes Personal aus osteuropäischen Ländern, um der Nachfrage gerecht zu werden.

2) Wohnen („Housing“)

Im Text fand sich nur eine Stelle, welche sich auf Wohnmöglichkeiten der MigrantInnen bezog. Diese wurde jedoch der Kategorie „Social Bonds“ zugeordnet.

3) Bildung („Education“)

Bildung als Schlüssel in Integrationsarbeit; (Vgl. Ebd., Z. 148) Gute Ausbildung für Ausländer ermöglicht ihnen eigenständiges und selbstbestimmtes Leben (Vgl. Ebd., 149ff.)

Sowohl im Positionspapier als auch in der Theorie wird Bildung als wichtiges Element für MigrantInnen angesehen. Die SVP betont die damit verbundene Unabhängigkeit, Ager/Strang die Förderung dieser Menschen zu mündigen Mitgliedern der Gesellschaft. Ager/Strang betonen die soziale Funktion der Schulen für das Kennenlernen zwischen einheimischen und ausländischen Kindern, weisen aber auch auf Probleme ausländischer Kindern im Umfeld der Schule hin.

4) Gesundheit („Health“)

Im Text fand sich keine Stelle, die dieser Kategorie entsprach.

5) Soziale Brücken („Social Bridges“)

Erfolgreiche Integration durch Dialog, Kooperation und Einbindung im privaten Bereich, Nachbarschaft, Schule, Beruf, Vereine aller Art (Vgl. Ebd., Z. 186ff.)

Sowohl im Positionspapier der SVP als auch im Text von Ager/Strang werden Dialog, Einbindung und Partizipation zwischen beiden Gruppen durch Aktivitäten aller Art als integrationsfördernd beschrieben. Ager/Strang unterscheiden in Bezug auf sozialen Kontakt zwischen freundlichem Grüßen und intensiverem Kontakt mit der lokalen Bevölkerung. Letztere Art hätte sich als erfolgsversprechender in sozialer und ökonomischer Hinsicht erwiesen. Auch die SVP scheint bestrebt, diesen verbindlicheren sozialen Kontakt zu fördern, wenn sie neben dem privaten Bereich auch Schule, Beruf und vor allem Einbindung in das Vereinsleben anstrebt.

6) Soziale Bindungen („Social Bonds“)

SVP für gezielte sozialräumliche Integration der Migranten und gegen Ghettoisierung und Parallelgesellschaften. Diese führen zu Schwierigkeiten im Zusammenleben und im Integrationsprozess. (Vgl. Ebd., Z. 169ff.) Integrationsverweigerung muss Folgen haben. (Vgl. Ebd., Z. 122) Alle Familienmitglieder in Integrationsprozess einbinden (Vgl. Ebd., Z. 178f.)

Mit einer „gezielten sozialräumlichen Integration“ der MigrantInnen will die SVP laut Positionspapier verhindern, dass Ghettos und Parallelgesellschaften entstehen. Mit dieser räumlichen Aufteilung der MigrantInnen wird es auch erschwert, soziale Beziehungen innerhalb von ethnischen Gemeinschaften zu bilden. Ager/Strang betonen in dieser Hinsicht, dass Beziehungen zwischen Menschen ähnlicher ethnischer Gruppen einen beträchtlichen Beitrag zu einer effektiven Integration leisten können. Die Autoren differenzieren zwischen den Begriffen „Ghetto“ und „Enklave“: während das Erstere von niedriger ökonomischer Aktivität geprägt und von dauerhaftem Zustand sei, könnten Enklaven dazu beitragen, Arbeitsmöglichkeiten zu finden und seien von vorübergehendem Zustand.

7) Soziale Anbindung („Social Links“)

Alle beteiligten Stellen müssen kooperieren: Gemeinde, Bezirksgemeinschaften, Landesverwaltung, Organisationen, Unternehmen, einheimische Bevölkerung, Zuwanderer. (Vgl. Ebd., Z. 188ff.) Für erfolgreichen Integrationsprozess Angebote zu Sprache, Bildung, beruflicher und gesellschaftlicher Integration verknüpfen (Vgl. Ebd., Z. 106ff.)

Trotz unterschiedlicher Fokusse verbindet die beiden Quellen das Bestreben, Hürden für MigrantInnen zu verringern. Die SVP konzentriert sich im Positionspapier mehr auf das Zusammenspiel zwischen verschiedenen Behörden und Stellen sowie auf die Verknüpfung verschiedener Angebote für eine Integration. Ager/Strang betonen, dass Gebiete mit Erfahrung im Umgang mit MigrantInnen mehr Problembewusstsein besitzen, was mögliche bürokratische Barrieren betrifft.

8) Sprache und kulturelles Wissen („Language and Cultural Knowledge“)

a) Sprache

Integration durch Sprache als Grundlage und Voraussetzung für soziale und berufliche Integration. (Vgl. Ebd., 136ff.) Gute Sprachkompetenz als Schlüssel für erfolgreiche Schul- und Berufslaufbahn. (Vgl. Ebd., Z. 144f.) Angebote schaffen, damit gesamte Familie Sprache erlernt. (Vgl. Ebd., Z. 183f.) Frühzeitige Förderung der Landessprachen bei Kinder und

Jugendlichen. (Vgl. Ebd., Z. 143) Spracherwerb der Mütter entscheidend für Integration der gesamten Familie. (Vgl. Ebd., Z. 180ff.) Auch Integration der MigrantInnen in deutsche und ladinische Sprachgruppe (Vgl. Ebd., Z. 105f.)

Einigkeit besteht in beiden Texten, dass das Erlernen der Sprache der Aufnahmegesellschaft eine zentrale Rolle im Integrationsprozess spielt. Sprachkenntnisse erleichtern die soziale und berufliche Integration der MigrantInnen enorm. Die SVP betont die Wichtigkeit des Erlernens der Sprache für alle Familienmitglieder, insbesondere der Mütter. Davon verspricht sie sich meiner Meinung nach eine verbesserte Integration der gesamten Familie. Ager/Strang diskutieren die Möglichkeit kontrovers, dass im Rahmen eines zweiseitigen Integrationsprozesses auch die Aufnahmegesellschaft gefordert sei, bestimmte Angebote in der Sprache der MigrantInnen anzubieten.

b) Kulturelles Wissen

Für SVP ist Integration gleichberechtigte Teilhabe in Gesellschaft unter Achtung der Verfassung und der Rechtstaatlichkeit sowie dem Respekt vor gewachsenen und gelebten Grundwerten und Traditionen unserer Gesellschaft. (Vgl. Ebd., Z. 111ff.) Bewusstsein für auf Leistung aufbauende Gesellschaft und eigenes Handeln darauf ausrichten, um als Ausländer dauerhaft in Südtirol bleiben zu können. (Vgl. Ebd., Z. 125ff.) Bildungssystem vermittelt Kindern kulturelles Wissen und demokratische Ordnung Europas. (Vgl. Ebd., Z. 153f.) Notwendig, dass Einwanderer Sprache lernen und Kultur kennen, andererseits Offenheit gegenüber kulturellen Eigenheiten der Einwanderer. (Vgl. Ebd., Z. 127ff.) Laut staatlichem Integrationsabkommen müssen Nicht-EU-Bürger, die Aufenthaltsgenehmigung beantragen, innerhalb von 2 Jahren italienische Sprache, italienisches Verfassungsrecht und Bürgerkunde beherrschen. (Vgl. Ebd., Z. 137ff.)

In beiden Texten wird betont, wie wichtig es sei, dass MigrantInnen die lokale und nationale Kultur kennenlernen und respektieren. Andererseits sollen auch die Menschen der Aufnahmegesellschaft sich der Kultur der MigrantInnen öffnen. Ager/Strang sprechen den großen Wert eines breiteren kulturellen Wissens im Integrationsprozess für die MigrantInnen an – auch die SVP argumentiert in diese Richtung, wenn sie neben der Achtung von Verfassung und Rechtstaatlichkeit auch den Respekt vor „gewachsenen und gelebten Grundwerten“ sowie den Traditionen der Aufnahmegesellschaft bekräftigt. Die SVP kommt nochmals auf die Schulbildung zu sprechen, im Rahmen derer den ausländischen Kindern die demokratische Ordnung Europas nähergebracht werde. Ager/Strang sprechen von geteilten Ansichten von Menschen der Aufnahmegesellschaft auf die Frage, ob die Kultur der MigrantInnen das Leben in ihrer eigenen Gemeinschaft bereichert hätte. Im Positionspapier geht es meiner Meinung nach

vor allem um die Werte, Prinzipien und Kultur der Aufnahmegesellschaft, einzelne Sätze, in denen zur Offenheit gegenüber der Kultur der MigrantInnen aufgerufen wird, sollen einen kleinen Gegenpol dazu darstellen.

9) Staatsbürgerschaft und Rechte („Citizenship and Rights“)

Bei gleicher Qualifikation und Leistung gleiche Bezahlung für Einheimische und Zuwanderer (Vgl. Ebd., Z. 159ff.)

Da Südtirol als Provinz keine eigenen Zuständigkeiten besitzt was die Erteilung von Staatsbürgerschaften oder Aufenthaltsgenehmigungen betrifft, entzieht sich ein großer Teil der von Ager/Strang behandelten Argumente zu diesem Punkt einem Vergleich.

Die einzige Textstelle im Positionspapier zu dieser Kategorie bezieht sich auf das Prinzip der gleichen Entlohnung der Arbeitskräfte bei gleicher Leistung und Qualifikation, egal ob Einheimische/r oder MigrantIn.

10) Sicherheit und Stabilität („Safety and Stability“)

Im Text fand sich keine Stelle, die dieser Kategorie entsprach.

11) Soziale Beziehungen („Social Connection“)

Integration als beidseitiger Prozess mit fairen Chancen, klaren Regeln und Grenzen; (Vgl. Ebd., Z. 120f.) Verständnis für Integration macht offener für Dialog und konstruktives Miteinander (Vgl. Ebd., Z. 187)

Im Positionspapier wie auch im Text von Ager/Strang wird Integration als beidseitiger Prozess betrachtet, der die einheimischen Bevölkerung und die ausländischen StaatsbürgerInnen umfasst. Aus dem Text von Ager/Strang geht hervor, dass das Gefühl der Zugehörigkeit das letztmögliche Kennzeichen einer integrierten Gemeinschaft ist. Dazu betont die SVP im Positionspapier, dass ein Verständnis für die Notwendigkeit der Integration die Menschen offener für Dialog und konstruktives Miteinander mache.

5.1.1 Zusammenfassung Strukturelle Inhaltsanalyse Positionspapier

In einer rein quantitativen Analyse fällt auf, dass am meisten Textstellen des Positionspapiers unter die Bereiche „Kulturelles Wissen“ (8 Passagen), „Sprache“ (5) und „Beschäftigung“ (5) fallen. Im Mittelfeld dieser Analyse liegen die Bereiche „Bildung“, „Soziale Bindungen“ und „Soziale Beziehungen“. (je 3) Danach folgen die Bereiche „Soziale Brücken“ und „Soziale Anbindungen“ mit zwei dazugehörigen Textstellen sowie die Kategorie „Staatsbürgerschaft und Rechte“ mit einer Textstelle. Keine Textstellen lassen sich zu den Bereichen „Wohnen“, „Gesundheit“ und „Sicherheit und Stabilität“ zuordnen.

Das lässt vorläufig darauf schließen, dass für die Südtiroler Volkspartei die Bereiche Kultur und Sprache sowie Beschäftigung die wichtigsten Komponenten für eine Integration ausländischer StaatsbürgerInnen darstellen. Im Bereich der Kultur werden besonders die Rechtstaatlichkeit, die Verfassung sowie die Traditionen und gelebten Grundwerte häufig betont. Im Bereich der Sprache wird immer wieder die wichtige Funktion der Sprache für die Integration betont und auf die Notwendigkeit des Erlernens für die gesamte Familie verwiesen. Beschäftigung und die damit verbundene ökonomische Unabhängigkeit sowie der Kontakt mit Menschen der Aufnahmegesellschaft werden ebenfalls als wesentlicher Bestandteil für eine Integration von MigrantInnen festgemacht. Die Bildung der MigrantInnen nimmt für die SVP ebenfalls einen Stellenwert ein, wenngleich, laut Häufigkeit der entsprechenden Textstellen zu urteilen, nicht so einen hohen wie die vorher genannten Bereiche. Vor allem die Selbstständigkeit der MigrantInnen werde durch Bildung erhöht. Auch die Bereiche „Soziale Bindungen“ und „Soziale Beziehungen“ spielen für die Integration nach Meinung der SVP eine Rolle. Im ersten Bereich will die SVP durch eine räumliche Verteilung der MigrantInnen verhindern, dass sogenannte „Ghettos“ und Parallelgesellschaften entstehen. Im letzteren Bereich betont die SVP, dass Integration ein beidseitiger Prozess sei, der Chancen, aber auch Regeln und Grenzen bedürfe.

Unter den Kategorien „Soziale Brücken“ und „Soziale Anbindung“ finden sich Textstellen, in denen die SVP auf die verschiedenen Bereiche eingeht, wo Integration stattfindet und stattfinden kann bzw. auf die daran beteiligten Institutionen. Im Bereich „Staatsbürgerschaft und Rechte“ findet sich lediglich eine Textstelle, die den gleichen Lohn für MigrantInnen für gleiche Arbeit einfordert.

Auffallend ist die Tatsache, dass die Bereiche Gesundheit und Wohnen nie im Positionspapier vorkommen.

Weiter fällt auf, dass im Positionspapier öfter von Bereichen die Rede ist, wo Leistung von den MigrantInnen gefordert wird (Sprache, neue Kultur, Beschäftigung) als von Bereichen, wo Leistungen der Aufnahmegesellschaft für die MigrantInnen erbracht werden müssen

(Gesundheit, Wohnen). Es scheint, als überwiege bei der SVP das Fordern gegenüber dem Fördern der MigrantInnen.

5.2 Inhaltliche Strukturierung – Integrationsgesetz

Festlegung des Materials

Als Untersuchungsgegenstand soll das Integrationsgesetz aus dem Jahre 2011 dienen, dessen Entwurf von der Regierungskoalition zwischen der Südtiroler Volkspartei und dem Partito Democratico ausgearbeitet und vom Südtiroler Landtag beschlossen wurde.

Analyse der Entstehungssituation

Der Text des Integrationsgesetzes wurde von einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet, in welcher neben Landesbediensteten auch Vertreter von Vereinen und Gewerkschaften saßen. Das Integrationsgesetz wurde vom zuständigen Landesrat Roberto Bizzo vom Partito Democratico in die SVP-geführte Südtiroler Landesregierung eingebracht. Dort wurde es abgeändert und überarbeitet. In vielen Teilen wurde das Gesetz „stark verschlankt, einige Passagen wurden vollkommen gestrichen“ (Achammer, Z. 500f.), bestätigt SVP-Parteisekretär Achammer. Übrig geblieben ist ein „Rahmengesetz ohne Bild“ (dello Sbarba, Z. 137), wie es der Abgeordnete der Grünen, Riccardo dello Sbarba ausdrückt. Der überarbeitete Entwurf wurde anschließend dem Südtiroler Landtag vorgelegt. Nachdem der erste Entwurf des Integrationsgesetzes aus dem Jahre 2007 datierte, wurde das Gesetz schlussendlich am 22. Oktober 2011 vom Südtiroler Landtag verabschiedet. Die Zielgruppe des Gesetzes sind BürgerInnen aus Nicht-EU-Staaten, die sich rechtmäßig in Südtirol aufhalten, Flüchtlinge, Staatenlose, Asylsuchende, Personen mit Subsidiärschutz oder humanitärem Schutz, italienische StaatsbürgerInnen sowie diesen gleichgestellte Personen.

Formale Charakteristika des Materials

Das Material liegt in niedergeschriebener Art und Weise vor.

Richtung der Analyse

Das Integrationsgesetz wird analysiert, weil es von der SVP-dominierten Südtiroler Landesregierung in den Landtag eingebracht und dort mit den Stimmen dieser Koalition beschlossen wurde. Der vom Koalitionspartner PD eingebrachte Entwurf wurde von der Landesregierung überarbeitet und verändert. Insofern wurde der Inhalt des Gesetzes von der SVP mitbestimmt. Es bietet sich an, die Unterschiede zwischen dem Positionspapier der SVP

und dem Integrationsgesetz herauszuarbeiten und zu analysieren, welche Schwerpunkte die jeweiligen Dokumente haben.

Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung

Ager/Strang haben in ihrer Publikation versucht, einen konzeptionellen Rahmen von Integration zu entwickeln. Dieser enthält zehn Kernbereiche, er basiert auf normativen Verständnissen des Begriffes und soll einen Analyserahmen für die Realität darstellen. Im Südtiroler Integrationsgesetz werden die Ziele des Landes Südtirol in Bezug auf Integration sowie seine Aufgaben und Maßnahmen in verschiedenen Bereichen genannt, darunter im sprachlichen und kulturellen Bereich, Gesundheit, Soziales, Wohnung, Beruf und Bildung.

Das Südtiroler Integrationsgesetz soll mit dem Analyserahmen von Ager/Strang verglichen werden. Dabei soll analysiert werden, welche Kernbereiche im Gesetz angesprochen werden und welchen Stellenwert sie im Gesetz einnehmen.

Daraus ergeben sich folgende Fragestellungen für das Integrationsgesetz:

Fragestellung: Welches Integrationskonzept lässt sich im Südtiroler Integrationsgesetz erkennen?

Welche Schwerpunkte werden den jeweiligen Komponenten von Integration beigemessen?

Wie lässt sich das Integrationsgesetz im Vergleich zu jenem von Ager/Strang bewerten?

Erster Schritt: Bestimmung der Analyseeinheiten

Kodiereinheit: Als minimalster Textbestandteil, der unter eine Kategorie fallen kann, wurde die Einheit eines Nebensatzes festgelegt.

Kontexteinheit: Als größter Textbestandteil wurde eine Einheit von einem vollständigen Satz festgelegt, welche sich in der Praxis oft auch über mehrere Zeilen erstreckte.

Auswertungseinheit: Die Reihenfolge der Auswertung richtet sich nach den Fundstellen im Text einer jeweiligen Kategorie.

Zweiter und Dritter Schritt: Theoriegeleitete Festlegung der inhaltlichen Hauptkategorie
Bestimmung der Ausprägungen; Zusammenstellung des Kategoriensystems

Zu den Hauptkategorien gehören die Kernbereiche des theoretischen Konzepts von Ager/Strang (Fett markiert). Um die Textstellen genauer einer Kategorie zuordnen zu können, wurden Unterkategorien gebildet, wo es notwendig erschien und eine Kategorie hinzugefügt.

- 1) **Beschäftigung**
- 2) **Wohnen**
- 3) **Bildung**
- 4) **Gesundheit**
- 5) **Soziale Brücken**
 - a) Integration durch Partizipation
 - b) Kontakt zwischen Menschen beider Gruppen
- 6) **Soziale Bindungen**
- 7) **Soziale Anbindung**
- 8) **Sprache und kulturelles Wissen**
 - a) Sprache
 - b) Kulturelles Wissen
- 9) **Staatsbürgerschaft und Rechte**
 - a) Rechte
 - b) Pflichten
- 10) **Sicherheit und Stabilität**
- 11) Soziale Beziehungen

Vierter Schritt: Formulierung von Definitionen, Ankerbeispielen und Kodierregeln zu den einzelnen Kategorien

Definition der Kategorien: Es genügt, wenn Satzteile unter eine entsprechende Kategorie fallen

Ankerbeispiele: Kategorie 9 („Citizenship and Rights“); Bsp.: „Informationen über die Rechte und Pflichten, die mit dem Status als ausländischer Bürger verbunden sind“.

Kodierregeln: Ein Textbestandteil wird jener Kategorie zugeordnet, die spezifischer auf ihn zugeschnitten ist. Wenn ein Textteil zwischen zwei Kategorien zu liegen scheint, werden die anderen Textstellen der beiden Kategorien betrachtet und der Teil jener Kategorie zugeordnet, in die er besser passt.

Fünfter Schritt: Materialdurchlauf: Bezeichnung der Fundstellen

Die Textstellen wurden im Integrationsgesetz entsprechend gekennzeichnet.

Sechster Schritt: Materialdurchlauf: Bearbeitung und Extraktion von Fundstellen

Die gekennzeichneten Textstellen wurden in einer Excel-Datei extrahiert.

Siebter Schritt: Überarbeitung, gegebenenfalls Revision von Kategoriensystem und Kategoriendefinition

Dieser Schritt erwies sich als nicht notwendig.

Achter Schritt: Paraphrasierung des Materials (siehe Anhang)

Neunter Schritt: Zusammenfassung pro (Haupt-)Kategorie

Vergleich mit Theorie – Analyse

1) Beschäftigung

Land kann Aus- und Weiterbildungskurse sowie Umschulungen für ausländische BürgerInnen organisieren, mit dem Ziel der Zusammenführung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt sowie mit dem Ziel der Vertrautheit mit Bestimmungen über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz; Land kann Aus- und Weiterbildungskurse sowie Umschulungen für ausländische BürgerInnen organisieren, um den Erwerb von interkulturellen Kompetenzen und Mediationskompetenzen für die Arbeitswelt zu fördern; Land unterstützt sprachliche Bildungs- und Begleitungsmaßnahmen ausländischer BürgerInnen in Bezug auf Berufsbildung; (Vgl. Integrationsgesetz, 2011:5)

2) Wohnen

Das Land Südtirol kann für ausländische BürgerInnen in Notlage vorübergehende Unterkünfte schaffen sowie andere Maßnahmen zu deren Gunsten unterstützen; Wohnbauhilfen für Kauf, Bau und Wiedergewinnung von Wohnungen und Mietbeitrag sind Zusatzleistungen des Landes; Land unterstützt Zugang ausländischer BürgerInnen zu angemessenen Wohnmöglichkeiten durch Vereinbarung mit öffentlichen oder privaten Körperschaften, Zuweisung von Plätzen in Arbeiterwohnheimen oder Zulassung zu konventionierten Wohnungen bei vorhandenen Arbeitsplatz; Arbeitgeber ausländischer BürgerInnen müssen darlegen, wie diese ArbeiterInnen untergebracht werden; Land kontrolliert Einhaltung der vorgesehenen Wohnstandards (Vgl. Ebd., 2011:5)

Im Integrationsgesetz wird auf die Unterstützungsmöglichkeiten des Landes Südtirol verwiesen, welches für ausländische BürgerInnen provisorische Unterkünfte bereitstellen kann oder den Zugang zu fixen Unterkünften unterstützt. Im Text von Ager/Strang kommt die Wichtigkeit einer fixen Unterkunft, eines „Zuhauses“, für die MigrantInnen zum Ausdruck. Das Land Südtirol bindet finanzielle Hilfen im Bereich des Wohnbaus an die Dauer der Ansässigkeit sowie den Nachweis eines Arbeitsplatzes. Auch die Arbeitgeber werden in die Verantwortung genommen und müssen für eine angemessene Unterkunft ihrer ausländischen ArbeiterInnen sorgen.

3) Bildung

Kindergarten, Pflichtschule, außerschulische Kinder- und Jugendarbeit und Kultur des lebenslangen Lernens spielen wesentliche Rolle bei Integration ausländischer BürgerInnen; Land fördert schulische und soziale Integration ausländischer SchülerInnen und Studierender durch außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie Sprachzentren; Um bestmögliche Integration in Schule und spontane Erlernung zu fördern, sollen Maßnahmen zur Erlernung der Sprache so organisiert werden, dass Teilnahme am Unterricht möglich ist; Sprachzentren beteiligen sich über interkulturelle Mediatoren an Projekten zur interkulturellen Erziehung, beraten und unterstützen Schulen und Schulnetzwerke; Funktionale Verteilung von ausländischen SchülerInnen, die besondere Sprachförderung benötigen, auf verschiedene Schulen, um schulische Integration zu gewährleisten; Aus- und Weiterbildung der Lehr- und Führungskräfte und des nicht unterrichtenden Personals zum Zweck der Aneignung angemessener Kompetenzen für Umgang mit SchülerInnen verschiedener Herkunft, in Bezug auf Lehrmethoden für Unterricht der deutschen bzw. italienischen Sprache als Zweitsprache als auch auf die interkulturelle Erziehung; Recht und Pflicht zur Schulbildung und Berufsausbildung sowie Zugang zum Kindergarten wird für ausländischen SchülerInnen gewährleistet; (Vgl. Ebd., 2011:6)

Ager/Strang weisen darauf hin, dass durch Bildung qualifizierte und kompetente Arbeitskräfte hervorgebracht werden – diesen Punkt nimmt auch die Landesregierung auf, wenn sie davon spricht, dass sie berufliche Bildungsmaßnahmen für ausländische BürgerInnen unterstützt und bei Bedarf am Arbeitsmarkt auch Umschulungen der Arbeitskräfte organisiert.

Wie im Text von Ager/Strang wird auch im Integrationsgesetz betont, dass die Schule und die Bildung allgemein einen großen Stellenwert bei der Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher einnehmen. Im Bildungsbereich kann es laut Ager/Strang auch das Problem geben, dass ausländische Kinder und Jugendliche sich aufgrund fehlender Unterstützung beim Erlernen der Sprache der Aufnahmegesellschaft isoliert fühlen. Im Gesetz findet sich dazu, dass die

soziale und sprachliche Integration ausländischer Kinder und Jugendliche durch die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie durch die Sprachzentren des Landes unterstützt werden soll. Die ausländischen Kinder und Jugendlichen sollten die Sprache möglichst erlernen, ohne dass sie im Unterricht fehlen, heißt es im Gesetz – das ist im Sinne Ager/Strangs, die sich gegen eine Trennung der Kinder und Jugendlichen zum Zwecke der Spracherlernung aussprechen. Im Integrationsgesetz ist im Sinne der Integration als beidseitigem Prozess auch von Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und schulisches Personal für den Umgang mit SchülerInnen verschiedener Herkunft sowie von interkultureller Erziehung die Rede.

4) Gesundheit

Gleichberechtigter Zugang für ausländische BürgerInnen zu vorgesehenen Gesundheitsleistungen; Dringende, existenzielle ambulante und stationäre Behandlung wird für alle ausländischen BürgerInnen gewährleistet; Programme zur Prävention und Schutz der persönlichen und kollektiven Gesundheit auf ausländische StaatsbürgerInnen ausgedehnt; Maßnahmen zur Prävention, Behandlung psychologischer und psychischer Störungen, Prävention und Behandlung bei Drogenabhängigkeit auch für ausländische BürgerInnen; Ausländische Bürgerinnen, die schwanger sind oder deren Kind nicht älter als sechs Monate ist, werden in Landesgesundheitsdienst eingeschrieben; Informationskampagnen für ausländische BürgerInnen für Zugang zu Gesundheitsdiensten sowie Sensibilisierungskampagnen des Landes gemeinsam mit ausländischen Bürgerinnen zur Vorbeugung und Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung; (Vgl. Ebd., 2011:4f.)

Im Bereich Gesundheit wird im Gesetz öfter auf die Gleichberechtigung von MigrantInnen bezüglich medizinischer Behandlung, aber auch der Prävention und dem Schutz der Gesundheit hingewiesen. Ager/Strang weisen auf den Informationsmangel der MigrantInnen bezüglich des Zugangs zum Gesundheitssystem in der Aufnahmegesellschaft hin – diesem Mangel will das Land Südtirol mit Informationskampagnen für ausländische BürgerInnen im Bereich Gesundheit entgegensteuern. Keine Passage findet sich im Gesetz hingegen dazu, dass fehlende Sprachkenntnisse der MigrantInnen zu Verständigungsschwierigkeiten zwischen Arzt und Patient führen können. Ebenso werden im Gesetz unterschiedliche kulturelle und geschlechterspezifische Vorstellungen im medizinischen Bereich, beispielsweise die Behandlung von Frauen durch Ärztinnen, kaum thematisiert. Lediglich eine Sensibilisierungskampagne zur Vorbeugung und Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung soll gemeinsam mit ausländischen Bürgerinnen initiiert werden.

5) Soziale Brücken

a) Integration durch Partizipation

Land unterstützt und koordiniert sprachliche und kulturelle Integration ausländischer BürgerInnen und fördert deren Beteiligung am gesellschaftlichen Leben; (Vgl. Ebd., 2011:1)
Vereine, Körperschaften und Einrichtungen im sozialen, interkulturellen, Bildungs- und Fürsorgebereich spielen wichtige Rolle dafür (Vgl. Ebd., 2011:3)

Im Gesetz werden die sprachliche und kulturelle Integration ausländischer BürgerInnen sowie deren Beteiligung am gesellschaftlichen Leben als Ziele genannt. Auch die Bedeutung von Vereinen und sozialen Einrichtungen für die Integration ausländischer BürgerInnen wird im Gesetzestext hervorgehoben. Ager/Strang schreiben, dass in ihrer Feldstudie von Seiten der Aufnahme- als auch der aufzunehmenden Gesellschaft oftmals gemeinsamen Aktivitäten zwischen Mitgliedern beider Gruppen als Indiz für Integration angesehen werden. Dahinter steht das Prinzip, dass in einer integrierten Gemeinschaft alle Menschen gleichen Zugang zu Angeboten und gemeinsamen Aktivitäten haben.

b) Kontakt zwischen Menschen beider Gruppen

gegenseitiges Kennenlernen zwischen verschiedenen Kulturen und Identitäten, um Integrationsprozess voranzutreiben; Eingliederung ausländischer BürgerInnen in soziales Gefüge zur Vermeidung von Ghettobildungen; (Vgl. Ebd., 2011:1)

Ager/Strang unterscheiden im Umgang zwischen Menschen der Aufnahme- und der aufzunehmenden Gesellschaft zwischen losem und intensiverem, eingehenden Kontakt. Die erste Form, beispielsweise das gegenseitige Grüßen, vermittelt den MigrantInnen eine gewisse Form der Wertschätzung. Die zweite Form des Kontaktes geht noch darüber hinaus: eine intensivere Auseinandersetzung mit Menschen der Aufnahmegesellschaft kann längerfristig positive Auswirkungen in sozialer und ökonomischer Hinsicht für eine Gemeinschaft bewirken. Zum gegenseitigen Kennenlernen der Kulturen und Identitäten bedarf es eines intensiveren Kontaktes und Austausches zwischen Menschen beider Gruppen, somit wird im Gesetz meiner Meinung nach eher die letztere Form der Kontaktaufnahme angestrebt. Auch das Bestreben, die ausländischen BürgerInnen in das soziale Gefüge einzugliedern, spricht meines Erachtens für diese Form.

6) Soziale Bindungen

Zu diesem Bereich fanden sich im Gesetzestext keine spezifischen Textstellen.

7) Soziale Anbindungen

Jede Gemeinde und Bezirksgemeinschaft ernennt Verantwortlichen für Integration; (Vgl. Ebd., 2011:2) Land fördert zudem Errichtung von Einwanderungsbeiräten in diesen Institutionen; (Vgl. Ebd., 2011:3) das Land erkennt wesentliche Rolle der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften im Integrationsprozess an; (Vgl. Ebd., 2011:6) Antidiskriminierungsstelle für alle BürgerInnen im Land eingerichtet, für Opfer von Diskriminierung aufgrund der Rassenzugehörigkeit, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Ausrichtung, Behinderung, Sprache, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu nationaler Minderheit; (Vgl. Ebd., 2011:2) Zur Integration der ausländischen BürgerInnen in Gesellschaft wurde Landeseinwanderungsbeirat geschaffen; dieser unterbreitet Landesregierung Vorschläge über Anpassung der Landesgesetze im Bereich Einwanderung und gibt auf Antrag der Landesregierung Stellungnahmen zum Thema Einwanderung ab; (Vgl. Ebd., 2011:2f.) Land leistet Informations-, Sensibilisierungs- und Beratungstätigkeit zu Immigration für ausländische BürgerInnen, örtliche Gemeinden, öffentliche und private Einrichtungen und Dienste; (Vgl. Ebd., 2011:4) Interkulturelle Mediation, soll zur Verbesserung der Beziehungen zwischen ausländischen BürgerInnen, örtlicher Gemeinschaft und Einrichtungen in Bereichen Bildung, Arbeit, Berufsbildung, Sozialfürsorge, Gesundheitsschutz, geförderter Wohnbau beitragen; Land unterstützt es, dass seine Ämter interkulturelle Mediation beanspruchen; (Vgl. Ebd., 2011:4) Land kann Aus- und Weiterbildungskurse sowie Umschulungen für ausländische BürgerInnen organisieren, um gleichberechtigten Zugang der ausländischen BürgerInnen zum Arbeitsmarkt zu schaffen; Land fördert Aufenthalt von ausländischen BürgerInnen mit Oberschul- oder Universitätsabschluss oder besonderer beruflicher Spezialisierungen, die bei Arbeitgebern in Südtirol beschäftigt sind (Vgl. Ebd., 2011:5)

Ager/Strang betonen in ihrem Text die vielfältigen Barrieren, vor denen MigrantInnen bei der Inanspruchnahme von staatlichen und behördlichen Serviceleistungen stehen. Um diese zu überwinden, bedarf es zusätzlicher Anstrengungen von Seiten der MigrantInnen als auch der gesamten Gemeinschaft. Nach dem Willen des Landes Südtirol sollen interkulturelle MediatorInnen zur Verbesserung der Beziehung zwischen ausländischen BürgerInnen und den Einrichtungen des Landes, aber auch der örtlichen Gemeinschaft, beitragen. Das Land Südtirol leistet zudem Informations-, Sensibilisierungs- und Beratungstätigkeiten für alle Beteiligten zum Thema Immigration. Der Landeseinwanderungsbeirat kann der Südtiroler Landesregierung Vorschläge über Gesetzesänderungen machen, welche den Bereich Einwanderung betreffen. Die Ernennung von Integrationsbeauftragten in Gemeinden und Bezirksgemeinschaften sollen

dazu dienen, alle Belange zum Thema Einwanderung über die verschiedenen Ressorts hinweg besser zu koordinieren. Die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle gewährt auch den MigrantInnen formal das Recht, gegen ungleiche Behandlung jeglicher Art Einspruch zu erheben. Die Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen des Landes für ausländische BürgerInnen zwecks eines gleichberechtigten Zugangs zum Arbeitsmarkt fallen meiner Meinung nach unter den Abbau von Barrieren. Ager /Strang betonen in ihrem Text die Wichtigkeit des Abbaus solcher Barrieren, um Integration zu unterstützen. Im Gegensatz dazu finden sich im Gesetz aber beispielsweise keine unterstützenden Maßnahmen, um sprachliche Barrieren im Zugang zu öffentlichen Ämtern abzubauen.

8) Sprache und kulturelles Wissen

a) Sprache

Förderung der Sprachkompetenzen ausländischer BürgerInnen in Landessprachen Deutsch, Italienisch, Ladinisch (Vgl. Ebd., 2011:3)

Ager/Strang weisen darauf hin, dass Kompetenzen in der Hauptsprache des Aufnahmelandes als zentraler Bestandteil des Integrationsprozesses angesehen werden. Im Integrationsgesetz wird die Förderung der Sprachkompetenzen in den drei Landessprachen betont.

b) Kulturelles Wissen

Auf der Grundlage der demokratischen Prinzipien unseren Gemeindewesens, der Rechte und Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger, der allgemeinen Grundsätze des menschlichen Lebens, der Würde, der Freiheit ohne Unterschied nach Geschlecht sowie des Kinderschutzes fördert und regelt dieses Gesetz die Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, die sich rechtmäßig in Südtirol aufhalten; Wissen um örtliche Kultur und Geschichte wichtig für Integrationsprozess; (Vgl. Ebd., 2011:1)

Im Gesetzestext werden grundrechtliche, menschenrechtliche und demokratische Prinzipien als Basis der Aufnahmegesellschaft definiert. Dazu wird im Gegensatz zu den beiden Autoren Ager/Strang nicht von einem beidseitigen Wissen über die Kultur der jeweils anderen Gruppe gesprochen, wenngleich Ager/Strang einschränken, dass das Wissen der Aufnahmegesellschaft über die Kultur der MigrantInnen geringer ausgeprägt sei als umgekehrt. Es wird im Gesetz lediglich die Wichtigkeit des örtlichen kulturellen und geschichtlichen Wissens für den Integrationsprozess betont.

9) Staatsbürgerschaft und Rechte

a) Rechte

Land gewährt Religionsgleichheit und -freiheit und fordert Anerkennung und Aufwertung kultureller, religiöser und sprachlicher Identitäten; Aufdeckung und Behebung jeglicher Form von Ungleichbehandlung und Diskriminierung aufgrund unterschiedlichen ethnischen, sprachlichen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit ausländischer BürgerInnen, um so gleiche Chancen auf soziale und kulturelle Eingliederung zu gewährleisten und jegliche Form von Rassismus zu bekämpfen; Information über Rechte und Pflichten, die mit Status als ausländischer Bürger verbunden sind; (Vgl. Ebd., 2011:1) Fälle von Diskriminierung können bei Antidiskriminierungsstelle gemeldet werden, Opfer werden geschützt; (Vgl. Ebd., 2011:2) Zugang für Nicht-EU-BürgerInnen zu staatlichen Grundleistungen und schrittweise zu zusätzlichen territorialen Grundleistungen; (Vgl. Ebd., 2011:1) Für Leistungen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse kann geringere Wohnsitz- und Aufenthaltsdauer genügen, um diese zu erhalten; Land gewährt Grundleistungen für Zivilinvaliden, Zivilblinde, Gehörlose; (Vgl. Ebd., 2011:4)

Ausländische BürgerInnen mit Wohnsitz und ständigem Aufenthalt im Landesgebiet haben Zugang zu Sozialdiensten; Zugang zu Diensten soll unter Grundsatz gleicher Maßnahmen bei gleichen Bedürfnissen erfolgen, Prävention und Beseitigung von Notlagen und sozialer Ausgrenzung; (Vgl. Ebd., 2011:4) Ausländische BürgerInnen können Wohnbauhilfen gemäß der Gesetze beanspruchen; (Vgl. Ebd., 2011:5) Volljährige ausländische SchülerInnen haben das Recht, Schulbahn oder berufliche Ausbildung zu vollenden; Alle ausländischen SchülerInnen haben das Recht auf Fördermaßnahmen im Bereich Schulfürsorge; Bei fünfjährigem Wohnsitz in Südtirol haben SchülerInnen aus Nicht-EU-Staaten Anrecht auf Förderungen, wenn sie Schule außerhalb Südtirol besuchen; Ausländische, inskribierte Studierende mit Wohnsitz in Südtirol haben Anrecht auf Leistungen der Hochschulförderung; Bei fünfjährigem, ununterbrochenen Wohnsitz in Südtirol haben Nicht-EU-BürgerInnen Anspruch auf Hochschulförderung; (Vgl. Ebd., 2011:6)

Ager/Strang schreiben, dass die Rechte der MigrantInnen das Fundament einer Integrationspolitik bilden. Im Gesetz finden sich dazu die Religionsfreiheit und –gleichheit, die Anerkennung sprachlicher, kultureller und religiöser Identitäten, die Gleichheit aller BürgerInnen, unabhängig von Ethnie, Sprache, Kultur und Religion und die strafrechtliche Verfolgung bei deren Nicht-Einhaltung. Dazu haben Nicht-EU-BürgerInnen Anrecht auf staatliche Grundleistungen und schrittweise auf zusätzliche territoriale Grundleistungen. Ausländische BürgerInnen, die dauerhaft in Südtirol ansässig sind und einen Wohnsitz vorweisen können, haben zudem Anrecht auf den Zugang zu den Sozialdiensten und den notwendigen Maßnahmen. Das Prinzip der Gleichheit für alle BürgerInnen gilt auch für das

Anrecht auf Wohnbaubeihilfe sowie auf Maßnahmen in der Schulfürsorge. Nach einem fünfjährigen, ununterbrochenen Wohnsitz in Südtirol haben ausländische BürgerInnen auch Anspruch auf Schul- und Hochschulförderung.

b) Pflichten

Für finanzielle Leistungen über Grundleistungen hinaus müssen Nicht-EU-Bürger mindestens fünf Jahre ununterbrochen einen Wohnsitz und einen ständigen Aufenthalt in Südtirol nachweisen; (Vgl. Ebd., 2011:4) Alle Mitglieder einer Familie müssen während Bezugs der Leistungen Wohnsitz in Südtirol haben und sich dort aufhalten; (Vgl. Ebd., 2011:1) Für Familienzusammenführung müssen BürgerInnen aus Nicht-EU-Staaten hygienisch-sanitäre Voraussetzungen, geeignete Wohnmöglichkeit und jährliches Mindesteinkommen von BürgerInnen mit Wohnsitz in Südtirol vorweisen; (Vgl. Ebd., 2011:5) SchülerInnen mit Schwierigkeiten in Unterrichtssprache sind zu Teilnahme an Sprachförderkursen verpflichtet; (Vgl. Ebd., 2011:6)

Im Integrationsgesetz wird festgehalten, dass finanzielle Leistungen für Nicht-EU-Bürger über Grundleistungen hinaus nur eingefordert werden können, wenn die Betroffenen ihren Wohnsitz seit fünf Jahren in Südtirol hatten und sich ununterbrochen im Lande aufhielten. Zudem müssen alle Mitglieder einer Familie, in der Zeit, wo sie Leistungen bezieht, ihren Wohnsitz in Südtirol haben und sich ununterbrochen dort aufhalten. Diese Textpassagen stehen meiner Ansicht nach im klaren Gegensatz zu dem Text von Ager/Strang. Die Autoren betonen, dass es gleiche Bedingungen für alle Menschen geben müsse, was die Gesetzgebung und politischen Maßnahmen anbelangt. Auch für die Familienzusammenführung werden im Gesetz, im Gegensatz zum Text von Ager/Strang, Vorbedingungen eingefordert. Dazu zählen hygienisch-sanitäre Voraussetzungen, geeignete Wohnmöglichkeiten und ein Mindesteinkommen.

10) Sicherheit und Stabilität

Zu diesem Bereich fanden sich im Gesetzestext keine spezifischen Textstellen.

11) Soziale Beziehungen

Ausländische BürgerInnen sollen Rechte wahrnehmen und persönliche, gesellschaftliche und soziale Pflichten und Aufgaben erfüllen; (Vgl. Ebd., 2011:3) Im Bewusstsein, dass die Integration einen Prozess gegenseitigen Austausches und Dialog darstellt (Vgl. Ebd., 2011:1)

Ebenso wie bei Ager/Stranger wird auch im Gesetz betont, dass die Integration keinen einseitigen, sondern ein beidseitigen Prozess des gegenseitigen Austausches und des Dialogs darstellt. In Bezug auf ausländische BürgerInnen wird im Gesetz festgehalten, dass es sowohl darum gehe, Rechte als auch Pflichten wahrzunehmen.

5.2.1 Zusammenfassung Strukturelle Inhaltsanalyse Integrationsgesetz

In einer quantitativen Beschreibung fällt auf, dass 21 Textstellen des Integrationsgesetzes unter die Bereiche „Staatsbürgerschaft und Rechte“, 12 Passagen unter „Soziale Anbindung“ und zehn Passagen unter den Bereich „Bildung“ fallen. Im Mittelfeld dieser Analyse liegen die Bereiche „Gesundheit“ (7), „Soziale Brücken“ (6) und „Wohnen“ (5). Am Ende dieser Rangliste finden sich die Bereiche „Beschäftigung“ (3), „Sprache“ (2), „Kulturelles Wissen“ (2) und „Soziale Beziehungen“ (2). Keine Textstellen ließen sich den Kategorien „Soziale Bindungen“ und „Sicherheit und Stabilität“ zuordnen.

Diese quantitative Beschreibung des Materials zeigt, dass Textpassagen über Rechte und Pflichten der MigrantInnen deutlich am Öftesten im Gesetzestext vorkommen. Mit großem Abstand folgen Passagen zu den Verbindungen zwischen MigrantInnen und staatlichen Institutionen sowie zur Bildung. Im Bereich der Rechte und Pflichten werden häufig die Gleichheit aller BürgerInnen und deren Anerkennung, unabhängig von Ethnie, Sprache, Kultur und Religion, genannt. Ausländische Nicht-EU-BürgerInnen haben Anrecht auf staatliche Grundleistungen, alle Leistungen darüber hinaus erfordern einen fünfjährigen, ununterbrochenen Wohnsitz und Aufenthalt in Südtirol. Auch für die Familienzusammenführung müssen bestimmte Vorbedingungen gegeben sein. Durch diese Einschränkungen unterscheidet sich das Integrationsgesetz deutlich vom theoretischen Rahmen von Ager/Strang, wo gleiche Bedingungen in der Gesetzgebung für alle Menschen gefordert werden.

Die Beziehungen zwischen MigrantInnen und staatlichen Institutionen sollen durch interkulturelle Mediation verbessert werden, der Landesbeirat für Einwanderung soll Gesetzesvorschläge für den Bereich Integration anregen. Maßnahmen für den Abbau von Barrieren aller Art sind für MigrantInnen am Arbeitsmarkt vorgesehen. Im Bereich der Bildung sollen die Sprachkompetenzen ausländischer Kinder und Jugendliche gefördert werden, ohne jedoch sie von den einheimischen Kindern zu trennen. Zudem sollen berufliche Weiterbildungen und Umschulungen für ausländische BürgerInnen organisiert werden.

Im Bereich Gesundheit wird häufig auf den gleichberechtigten Zugang ausländischer BürgerInnen zu medizinischer Behandlung und Vorsorge hingewiesen. Das Land will

MigrantInnen über die Dienste informieren, es sind aber keine Maßnahmen für den Abbau sprachlicher Barrieren zwischen PatientInnen und ÄrztInnen sowie zur Überwindung kultur- und geschlechterspezifischer Differenzen in der medizinischen Behandlung vorgesehen.

Im Gesetz werden im Bereich „Soziale Brücken“ die sprachliche und kulturelle Integration ausländischer BürgerInnen sowie deren Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und an Aktivitäten als Ziele genannt. Auch die Bedeutung von Vereinen und sozialen Einrichtungen für die Integration ausländischer BürgerInnen wird hervorgehoben. MigrantInnen sollen in das soziale Gefüge eingegliedert werden, um Ghettobildungen zu vermeiden. Im Bereich „Wohnen“ unterstützt das Land Südtirol die MigrantInnen beim Zugang zu Unterkünften. Bestimmte Leistungen im Wohnbau sind wiederum an Ansässigkeit und Arbeitsplatz geknüpft.

Unter dem Bereich „Sprache und kulturelles Wissen“ werden im Gesetz die Sprachkompetenzen in den drei Landessprachen Deutsch, Italienisch und Ladinisch als wesentlich erachtet. Zudem werden grundrechtliche, menschenrechtliche und demokratische Prinzipien als Basis der Aufnahmegesellschaft definiert. Der Prozess des gegenseitigen Kennenlernens zwischen MigrantInnen und Menschen der Aufnahmegesellschaft wird im Gesetz ebenfalls genannt. Im Bereich „Soziale Beziehungen“ wird Integration im Gesetz als beidseitiger Prozess des Austausches und Dialogs definiert, mit Rechten und Pflichten für ausländische BürgerInnen. Auffallend bei der Deskription war die Tatsache, dass keine Textstelle unter den Bereich „Soziale Bindungen“ fiel.

Als Fazit kann man festhalten, dass sich im Integrationsgesetz viele Passagen zu den Rechten und Pflichten der MigrantInnen, welche in etwa ausgeglichen sind, sowie über den Zugang von MigrantInnen zu staatlichen Institutionen finden. Diese beiden Bereiche lassen sich eher durch gesetzliche Bestimmungen regeln als beispielsweise sprachliches und kulturelles Wissen, Beschäftigung oder innerethnische Beziehungen zwischen MigrantInnen. Diese Schlussfolgerung passt auch zum Eindruck, dass mit dem Integrationsgesetz ein grundsätzlicher Rahmen geschaffen wurde, dessen Regelungen auf staatliche und europäische Gesetzgebung abgestimmt sind. In Bereichen, wo es beispielsweise um das alltägliche Zusammenleben zwischen Menschen der Aufnahmegesellschaft und der aufzunehmenden Gesellschaft geht, wirkt das Gesetz dagegen inhaltsleerer.

5.3 Vergleich Positionspapier – Integrationsgesetz

Um das Positionspapier und das Integrationsgesetz miteinander vergleichen zu können, müssen zuerst die formalen Unterschiede aufgezeigt werden, wie die beiden Dokumente entstanden sind. Während das Positionspapier ein Dokument der Südtiroler Volkspartei ist, wurde der

Gesetzesentwurf von der Koalition zwischen SVP und Partito Democratico ausgearbeitet und dem Landtag vorgelegt. Es durchlief den politischen Gesetzgebungsprozess und kann somit nicht „nur“ der SVP zugeschrieben werden, auch wenn aufgrund ihrer deutlichen Mehrheit im Landtag wenig gegen ihren Willen beschlossen werden kann und man davon ausgehen kann, dass das Integrationsgesetz in dieser Form von der SVP abgesegnet wurde.

Zudem bietet das Positionspapier der SVP die Möglichkeit, ihre Positionen zum Bereich Integration von ausländischen BürgerInnen der Wählerzielgruppe zu präsentieren und sich im politischen Wettbewerb von anderen Parteien abzugrenzen. Die vertretenen Positionen im Positionspapier sind für die Partei unverbindlich, im Gegensatz zur Verbindlichkeit der Bestimmungen im Integrationsgesetz.

Im Prozess der Erstellung des Integrationsgesetzes haben im Zuge der Diskussionen im Südtiroler Landtag auch die Oppositionsparteien des Mitte-links- sowie des Mitte-rechts-Lagers die Möglichkeit gehabt, Einfluss auf den Inhalt des Gesetzes auszuüben.

Unter diesen Vorbehalten möchte ich das Positionspapier und das Integrationsgesetz nun inhaltlich vergleichen, in dem ich die jeweiligen Kategorien einander gegenüberstelle.

Beschäftigung

Im Positionspapier werden vor allem die Wichtigkeit der Beschäftigung für und deren positiven Auswirkungen auf die Integration von MigrantInnen in die Gesellschaft betont. Im Gesetzestext wird davon gesprochen, die MigrantInnen durch Aus- und Weiterbildungen sowie Umschulungen für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes vorzubereiten.

In beiden Dokumenten lässt sich als Ziel die Integration der MigrantInnen in den Arbeitsmarkt erkennen. Im Positionspapier wird der Beschäftigung meiner Meinung nach eine größere Bedeutung für die Integration von MigrantInnen zugewiesen als im Positionspapier.

Wohnen

Im Positionspapier findet sich keine Passage zum Bereich „Wohnen“. Im Integrationsgesetz geht es in den Passagen zu diesem Bereich vielfach um Möglichkeiten der Unterbringung, welche die Südtirol Landesregierung für die MigrantInnen schafft.

Der Bereich betrifft somit Zuständigkeiten der SVP-geführten Landesregierung, nicht aber unmittelbar jene der Partei.

Bildung

Im Positionspapier wird die wesentliche Rolle der Bildung in der Integration betont, sei es für das gesellschaftliche Wohl, als auch für das persönliche Wohl der MigrantInnen. Auch im Integrationsgesetz kommt die wichtige Rolle der Bildung zur Sprache. Im Gesetz werden verschiedene Maßnahmen für den Zugang zur Bildung für SchülerInnen ausländischer Herkunft

genauer und detaillierter erläutert. Es findet sich auch eine Passage über die Aus- und Weiterbildung für Lehr- und Führungskräfte im Umgang mit interkultureller Erziehung.

Gesundheit

Im Positionspapier findet sich keine Passage zu diesem Bereich. Im Integrationsgesetz kommt der Bereich Gesundheit relativ häufig vor. Es werden vor allem die Rechte von MigrantInnen in Bezug auf die Beanspruchung von Gesundheitsdiensten erläutert.

Wiederrum zeigen die Unterschiede in diesem Bereich auf, dass es sich beim Integrationsgesetz um Maßnahmen der SVP-geführten Landesregierung handelt, welche, im Gegensatz zum Positionspapier der Partei, auf bestehende Gesetze und Verpflichtungen Rücksicht nehmen muss.

Soziale Brücken

Sowohl Positionspapier als auch das Integrationsgesetz wollen die Einbindung der MigrantInnen im privaten Bereich, in das gesellschaftliche Leben, in Vereine, Schule und Beruf fördern, die Passagen sind nahezu identisch.

Soziale Bindungen

In beiden Dokumenten wird vor Ghettobildung und der Entstehung von Parallelgesellschaften gewarnt. Während sich die SVP deshalb im Positionspapier für eine sozialräumliche Integration der MigrantInnen ausspricht, wird im Integrationsgesetz von der Eingliederung der MigrantInnen in das soziale Gefüge gesprochen.

In diesem Punkt zeigt sich meiner Meinung nach das Positionspapier restriktiver, weil es fordert, in die räumliche Ansiedelung der MigrantInnen einzugreifen. Im Integrationsgesetz wird dagegen von der Eingliederung der MigrantInnen in das soziale Gefüge gesprochen, welche aber auch ohne Eingriff in räumliche Ansiedelung der Menschen geschehen kann.

Soziale Anbindung

Sowohl im Positionspapier als auch im Integrationsgesetz ist man sich einig, dass es für eine Integration der MigrantInnen der Zusammenarbeit und Kooperation zwischen Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, Landesverwaltung, Organisationen, Unternehmen sowie Menschen beider Gruppen bedarf. Dazu wird im Gesetz die Ernennung eines Verantwortlichen für Integration in jeder Gemeinde beschlossen. Zudem werden eine Antidiskriminierungsstelle sowie ein Ausländerbeirat geschaffen und die interkulturelle Mediation zur Verbesserung der Beziehungen zwischen allen Beteiligten vorgesehen.

Im Integrationsgesetz wird konkret auf den Abbau von Barrieren zwischen MigrantInnen und öffentlichen Stellen eingegangen, die Antidiskriminierungsstelle soll MigrantInnen helfen,

Benachteiligungen anzuzeigen. Allerdings ist sie beim Landesamt für Arbeit angesiedelt und kann damit nicht unabhängig agieren.

Sprache

Während im Integrationsgesetz die Förderung von Sprachkompetenzen der MigrantInnen in allen drei Landessprachen betont wird, spricht sich die SVP im Positionspapier für eine Integration der MigrantInnen in die deutsche und ladinische Sprachgruppe aus.

Darin wird deutlich, dass Anspruch der Partei und die Realität im Integrationsgesetz nicht vereinbar sind.

Kulturelles Wissen

Im Positionspapier nimmt der Bereich des kulturellen Wissens einen beträchtlichen Teil ein. Neben Demokratie und Rechtsstaat werden auch Respekt vor den Grundwerten und Traditionen der lokalen Gesellschaft eingefordert. Im Integrationsgesetz werden ebenfalls die demokratischen Grundwerte sowie das Wissen um örtliche Kultur und Geschichte in diesem Bereich genannt.

Die Forderungen an MigrantInnen sind in diesem Bereich im Positionspapier deutlich häufiger und stärker formuliert als im Integrationsgesetz.

Staatsbürgerschaft und Rechte

Im Bereich der Rechte (und Pflichten) der MigrantInnen gibt es im Positionspapier lediglich die Forderung nach gleichem Lohn bei gleicher Leistung und Qualifikation für Einheimische und MigrantInnen. Im Integrationsgesetz finden sich gesetzlich verankerte Rechte der MigrantInnen in Bezug auf Religion, Kultur, Sprache, aber auch staatliche Grundleistungen, Zugang zu Sozialdiensten, Wohnbauhilfe, Schul- und Universitätsbildung. Dazu finden sich aber auch Einschränkungen wie die Klausel, dass MigrantInnen fünf Jahre in Südtirol wohnhaft sein und sich aufhalten müssen, um finanzielle Leistungen über die Grundleistung hinaus zu bekommen. Auch für die Familienzusammenführung gibt es Einschränkungen.

Sicherheit und Stabilität

In keinem der beiden Dokumente fand sich eine Passage, welche in diesen Bereich gepasst hätte.

Soziale Beziehung

In diesem Bereich findet man im Positionspapier als auch im Integrationsgesetz die Formulierung von Integration als beidseitigem Prozess, verbunden mit Rechten und Pflichten für MigrantInnen, mit Chancen und Grenzen.

5.4 Beantwortung der Fragen und Diskussion der Hypothesen

5.4.1 Inhaltliche Unterschiede zwischen Positionspapier und Integrationsgesetz

Auf die Frage nach den inhaltlichen Unterschieden zwischen dem politischen Programm und der politischen Praxis der SVP im Bereich der Integration von MigrantInnen lässt sich keine eindeutige Antwort geben. In einigen Bereichen wirken die Forderungen aus dem Positionspapier der SVP restriktiver als im Integrationsgesetz, beispielsweise in den Bereichen der „Sozialen Bindungen“ und dem „kulturellem Wissen“. In anderen Bereichen sind die Inhalte nahezu identisch („Soziale Brücken“, „Soziale Verbindungen“, „Bildung“). In den Bereichen „Wohnen“ und „Gesundheit“ finden sich keine Passagen im Positionspapier, während im Integrationsgesetz dagegen Rechte für MigrantInnen und Verpflichtungen des Landes Südtirol in diesen Bereichen aufscheinen. Deshalb wirkt das Integrationsgesetz in diesen Bereichen durch die Betonung der Rechte der MigrantInnen liberaler als das Positionspapier. Im Bereich „Staatsbürgerschaft und Rechte“ werden im Integrationsgesetz im Vergleich zum Positionspapier viele Rechte der MigrantInnen aufgelistet, die Klausel der fünfjährigen Ansässigkeit für finanzielle Leistungen trübt diesen anfänglichen, liberalen Eindruck jedoch stark. Die Beschäftigung wird im Positionspapier im Vergleich zum Integrationsgesetz nicht nur als Arbeitsverhältnis an sich, sondern auch in einem größeren Kontext als förderlich für die gesamte Integration von MigrantInnen bezeichnet.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Haltung der SVP in Bezug auf die Integration von MigrantInnen im Positionspapier auf den ersten Blick durchaus als liberal und offen erscheint. Integration wird als beidseitiger Prozess formuliert, welche die MigrantInnen, aber auch die Aufnahmegesellschaft und die Politik in die Pflicht nimmt. Verschiedene Bereiche von Integration wie Sprache, Bildung, Arbeit und Partizipation in Vereinen werden angesprochen. Auf den zweiten Blick fällt ins Auge, dass im Positionspapier öfter von Bereichen die Rede ist, in denen eine Leistung von den MigrantInnen gefordert wird (Bereiche Sprache, Kultur, Beschäftigung) als von den Bereichen, in welchen Leistungen der Aufnahmegesellschaft zugunsten der MigrantInnen erbracht werden müssen. (Bereiche Gesundheit, Wohnen) Es entsteht der Eindruck, dass das Papier verfasst wurde mit dem primären Ziel, wie die Aufnahmegesellschaft am besten mit dem Thema Einwanderung und Integration von MigrantInnen umgehen kann.

Im Integrationsgesetz werden den MigrantInnen im Vergleich zum Positionspapier vermehrt Rechte zugestanden, allerdings gibt es auch sehr restriktive Regelungen, welche die formale Gleichberechtigung zwischen Einheimischen und MigrantInnen konterkarieren.

Laut Parteisekretär Achammer sollte das Positionspapier von der „grundsätzlichen politischen Ausrichtung die Basis für das Integrationsgesetz darstellen.“ (Achammer, Z. 90) Die

Migrationsexpertin Sonja Cimadam hat den Eindruck, dass sich die beiden Dokumente ähneln, was zum Beispiel den Stellenwert der Bereiche Sprache und Bildung für die Integration anbelangt. Es seien „vielleicht die Prioritäten unterschiedlich gesetzt“. (Cimadam, Z. 513) Als Unterschied macht Cimadam aus, dass im Positionspapier ihrer Meinung nach manche Punkte „sozialer formuliert“ (Ebd., Z. 516) sind als im Integrationsgesetz.

5.4.2 Die Ethnizität der SVP und ihr Umgang mit Integration

Auf die Frage, welche Rolle Ethnizität für die SVP im Umgang mit der Integration von MigrantInnen spielt, geben einige Passagen im Positionspapier der Partei einen ersten Eindruck. Beispielsweise spricht sich die SVP „klar für die Integration ausländischer MitbürgerInnen auch in die deutsche und ladinische Sprachgruppe aus.“ (Positionspapier, 2010:2) Zudem fordert sie, dass bezüglich des Integrationsabkommens in Südtirol „die deutsche Sprache der italienischen gleichgestellt wird.“ (Ebd., 2010:3) Im Integrationsgesetz wird im Gegensatz dazu eine „Förderung der Sprachkompetenzen in allen drei Landessprachen“ (Integrationsgesetz, 2011:3) betont.

Der SVP-Parteisekretär Philipp Achammer erklärt, dass die Kenntnis einer der drei Landessprachen Voraussetzung für eine Integration sei, betont aber gleichzeitig, es sei „wirklich wichtig, dass Integration auch in die deutsche Sprachgruppe stattfindet.“ (Achammer, Z. 282f.) Nicht aufgrund der drohenden Verkleinerung der deutschen Sprachgruppe, sondern damit nicht nur „ein Teil der Einheimischen [...] diesen Anteil dieses beidseitigen Prozesses (der Integration, Anm. H.P.) übernehmen, sondern alle.“ (Ebd., Z. 289f.) Deshalb müsse laut Achammer die Integration „gleichermaßen in alle Sprachgruppen“ (Ebd., Z. 290) geschehen, was zur Folge hätte, dass „sicherlich mehr Integration in der deutschen Schule stattfinden muss.“ (Ebd., Z. 292f.) Achammer ist der Ansicht, dass „wenn die Integrationsarbeit so weiterläuft wie bisher, [...] die italienische Sprachgruppe sehr stark zunimmt oder [...] verhältnismäßig stärker (wird).“ (Ebd., Z. 342ff.) Der SVP-Parteisekretär gesteht sich ein, die SVP hätte „einfach zu wenig Integrationsarbeit betrieben in vergangener Zeit.“ (Ebd., Z. 346f.)

Die Aussagen des Parteisekretärs lassen erkennen, dass von Seiten der SVP eine Integration in die deutsche (und ladinische) Sprachgruppe gewünscht wird. Einerseits, wie Achammer sagt, um damit den Anteil der Bevölkerung am Prozess der Integration besser aufzuteilen und andererseits, um der Tendenz der Integration in die italienische Sprachgruppe und damit einer Veränderung des Proporz zugunsten dieser Sprachgruppe entgegenzuwirken. Die Wissenschaftlerin Verena Wisthaler vom Institut für Minderheitenrechte (Eurac) glaubt, dass in der SVP „ein bisschen noch immer die Angst vorherrscht, dass sich die MigrantInnen, wenn sie

[...] zu viel in die italienischen Vereine und in die italienischen Schulen gehen, [...] sie sich dann mit 18 Jahren oder nach einer bestimmten Zeit der italienischen Sprachgruppe zugehörig erklären.“ (Wisthaler, Z. 24ff.) Wisthaler erkennt in der SVP eine Sichtweise, „dass man die Migranten nicht nur den Italienern überlassen kann.“ (Ebd., Z. 109f.) Dieser Haltung schließt sich auch der Politikwissenschaftler Günther Pallaver an. Seiner Meinung nach ist die Volkspartei „nicht daran interessiert, dass die italienische Sprachgruppe zunimmt.“ (Pallaver, Z. 123f.) Er glaubt, dass die SVP die MigrantInnen integrieren will, diese sollten dafür aber „nicht zur italienischsprachigen Seite, sondern zur deutschsprachigen Seite blicken.“ (Ebd., Z. 128f.)

Die Ethnizität spielt für die SVP bei der Integration von MigrantInnen eine Rolle, darin sind sich die ExpertInnen Wisthaler und Pallaver einig. Die Aussagen Achammers lassen darauf schließen, dass die SVP ein Interesse daran hat, die MigrantInnen in die deutsche Sprachgruppe zu integrieren. Der Grund dafür ist die sonstige Verschiebung des Proporztes zugunsten der italienischen Sprachgruppe. Die SVP begreift sich als Partei der deutschen und ladinischen Sprachgruppe in Südtirol und diese ethnische Konnotation zeigt sich auch in ihrem Umgang mit der Integration von MigrantInnen. Der Nationalismus der deutschen Sprachgruppe in Südtirol kann nach Kymlicka nicht als „post-ethnisch“ beschrieben werden. Das Fehlen einer sprachgruppenübergreifenden Identität wirkt sich „auch auf die Eingliederung von Migranten aus.“ (Wisthaler, Z. 290f.)

5.4.3 SVP als Minderheitenpartei und ihr Umgang mit „neuen“ Minderheiten

Dieser Abschnitt behandelt die Frage des Umgangs der SVP als Minderheitenpartei mit „neuen“, migrationsbedingten Minderheiten. Aufgrund des ethnischen Selbstverständnisses der Partei habe ich in Bezug auf diesen Umgang die These formuliert, dass sie grundsätzlich eine „defensive Haltung“ (Medda-Windischer) zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen einnimmt.

Parteisekretär Achammer stimmt dieser These der Migrationsforscherin Medda-Windischers zu. Die SVP sei mit dem Thema Integration von MigrantInnen „defensiv“ (Achammer, Z. 281) umgegangen. Diese defensive Haltung ergibt sich laut Achammer aus dem „Selbstverständnis als Minderheit“ (Ebd., Z. 393f.) heraus. Deshalb gehe man auch „mit anderen Gruppierungen skeptischer um, die ebenfalls eine Minderheit sind.“ (Ebd., Z. 387f.) Riccardo dello Sbarba, Abgeordneter der Grünen im Südtiroler Landtag ist hingegen der Auffassung, dass sich die deutsche und ladinische Sprachgruppe in Südtirol „nicht mehr als bedrohte Minderheit fühlen“. (Ebd., Z. 75f.) Nicht anders sei es seiner Meinung nach zu erklären, dass die deutsche Sprachgruppe im Gegensatz zu Sprachminderheiten in anderen Ländern nicht versucht habe, die

MigrantInnen in die eigene Gruppe zu integrieren, sondern sich „gegen die Ausländer gewehrt“ (dello Sbarba, Z. 62) habe. Südtirol sei damit „eine Ausnahme, und das ist schon bezeichnend für die Situation.“ (Ebd., Z. 66) Dello Sbarba geht noch einen Schritt weiter und erklärt, dass die Italiener den Eindruck hätten, „dass sie hier eine Sprachminderheit geworden sind“ (Ebd., Z. 78f.) und deshalb die MigrantInnen in ihre Sprachgruppe integrieren würden. Wisthaler stellt die These in Frage, nach welcher der defensive Umgang der SVP mit der Integration von MigrantInnen mit dem eigenen Status als Minderheitenpartei gerechtfertigt werden kann. Sie argumentiert, dass es genauso gut anders herum laufen könne. Eine Minderheit, welche selbst Unterdrückung erfahren hat, könne auch offener gegenüber anderen Minderheiten sein. (Vgl. Wisthaler, Z. 366ff.)

Gleichzeitig nimmt Wisthaler aber auch Anzeichen eines Wandels innerhalb der SVP bezüglich des eigenen Selbstverständnisses als Minderheitenpartei und dem Umgang mit MigrantInnen wahr. Als symbolisches Zeichen einer Öffnung gegenüber MigrantInnen wertet Wisthaler das Erscheinen eines interkulturellen Kochbuchs in deutscher Sprache, mit Rezepten aus Ländern von MigrantInnen, die in Südtirol wohnen. Als Mitherausgeberin des Buches fungiert SVP-Mandatarin Martha Stocker, welche laut Wisthaler exemplarisch für jene Gruppierung innerhalb der Partei steht, die den Schutz der eigenen Minderheit als primäres Ziel ansieht. Die Tatsache, dass genau Stocker einen Schritt auf die MigrantInnen zumacht, sieht Wisthaler als Anzeichen für diesen Wandel. Dass das Kochbuch nur in deutscher Sprache, und nicht auch in Italienisch erschienen ist, geschah laut Wisthaler mit dem Ziel, damit bewusst die deutsche Sprachgruppe zu erreichen. (Vgl. Ebd., 30ff.) Für eine Öffnung der Partei gegenüber MigrantInnen plädiert auch Parteisekretär Achammer. Er geht noch einen Schritt weiter und spricht das Thema der Partizipation von MigrantInnen in der Volkspartei an. Es gebe Interesse von MigrantInnen, in der SVP mitzuarbeiten. Wenn man die Zielsetzungen, den Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit mittrage, dann sei jeder in der Partei „sehr willkommen“. (Achammer, Z. 411f.) Achammer gesteht aber ein, dass das Thema innerhalb der Partei auch „sehr delikat“ (Ebd., Z. 413) sei. Auch eine Mitarbeit von Menschen mit muslimischen Glaubensbekenntnis bringt Achammer ins Spiel, Voraussetzung sei die Anerkennung der „christlich-sozialen Grundsätze“ (Ebd., Z. 445), auf denen die Partei beruhe. Natürlich könne es dabei zu Spannungen innerhalb der Partei kommen, aber „dass es sich nicht gegenseitig ausschließt, beweisen auch andere (die CDU/CSU in Deutschland, Anm. H.P.)“. (Achammer, Z. 462)

Die Haltung der SVP war lange Zeit defensiv, dessen sind sich sowohl Achammer als auch dello Sbarba einig. Auch Wisthaler als externe Beobachterin bestätigt diesen Eindruck. Ob diese defensive Haltung mit dem Selbstverständnis als Minderheitenpartei zu erklären ist, wie es Achammer tut, oder weil sich die deutsche und ladinische Sprachgruppe nicht mehr als Minderheit ansehen, wie dello Sbarba der Meinung ist, kann an dieser Stelle weder belegt noch

widerlegt werden. Grundsätzlich scheint es meiner Meinung nach aber so, dass das Selbstverständnis als Minderheitenpartei im Umgang der SVP mit der Integration von MigrantInnen noch immer eine Rolle spielt, wie sich auch an den Aussagen Achammers ablesen lässt.

Aktuell gibt es laut Wisthaler Anzeichen eines Wandels innerhalb der Partei, hin zu einer aktiveren, offensiveren Haltung im Umgang mit der Integration von MigrantInnen. Das wiederum widerspricht der These eines defensiven Umgangs der Partei in diesem Bereich aufgrund ihres Selbstverständnisses als Minderheitenpartei. Die Bedeutung der eigenen Minderheit spielt zwar weiterhin eine Rolle, trotzdem hindert es die Volkspartei nicht, ihren Umgang mit der Integration von MigrantInnen langsam zu verändern. Die These I kann somit widerlegt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Selbstverständnis als eigene Minderheit die Haltung der Volkspartei noch immer prägt, sie aber nicht davon abhält, im Bereich der Integration von MigrantInnen einen Wandel hin zu einer aktiveren, offensiveren Haltung einzuleiten.

5.4.4 SVP als Sammelpartei und ihr Umgang mit Integration

In diesem Abschnitt wird die Frage nach den verschiedenen Positionen innerhalb der SVP im Umgang mit der Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen beantwortet. Parteisekretär Achammer sagt in Bezug auf das SVP-Positionspapier „Fordern und Fördern“, man habe versucht, möglichst alle Interessensgruppen innerhalb der Partei, im Besonderen jedoch die Sozialpartner, den Wirtschafts- und Arbeitnehmerflügel und die Landwirtschaft, einzubinden. Es sei schlussendlich „gar nicht so schwierig“ (Achammer, Z. 185) gewesen, eine gemeinsame Position zum Thema Integration von MigrantInnen zu finden. Die gemeinsame Basis für das Positionspapier sei die christlich-soziale Ausrichtung gewesen, es habe keine „riesigen Unterschiede“ (Ebd., Z. 191) in den Ansichten gegeben. Achammer erklärt, dass es lediglich in den Detailvereinbarungen unterschiedliche Ansichten gegeben habe, etwa um den Beitrag, den die Arbeitgeber für die Integration der MigrantInnen leisten müssten. Insgesamt sei man laut Achammer zum Schluss gekommen, dass die SVP „trotz der verschiedenen internen Strömungen und unterschiedlichen Alters- und Interessensgruppen eine Wertegemeinschaft ist und bleibt.“ (Achammer, Z. 214ff.) Das Positionspapier sei eine „Grundposition, die jetzt sicherlich Parteilinie ist und auch gilt.“ (Ebd., Z. 249) Das unterscheide dieses Papier von anderen, restriktiveren Positionspapieren von SVP-PolitikerInnen in den Jahren zuvor, welche laut Achammer nicht als „Gesamtposition der Partei“ (Ebd., Z. 228) bezeichnet werden konnten.

Wisthaler glaubt nicht, dass es innerhalb der SVP noch „extreme feindliche Kräfte“ (Wisthaler, Z. 113f.) gebe wie noch vor ein paar Jahren. Sie ist allerdings der Meinung, dass es innerhalb der Partei unterschiedliche Auffassungen vom Umgang mit dem Thema Integration von MigrantInnen gibt. Sie glaubt, dass eine Gruppierung junger SVP-PolitikerInnen um Achammer, Amhof, Dejacó und Hoffmann das Positionspapier ausgearbeitet habe und dahinter stehe, während andere in der Partei es abgesegnet hätten nach dem Motto: „Es stört mich nicht, aber es ist jetzt nicht meine Meinung.“ (Ebd., Z. 176f.)

Der Politikwissenschaftler Pallaver vertritt die Meinung, dass es innerhalb der Volkspartei sehr wohl unterschiedliche Positionen zur Integration von MigrantInnen gebe. Als Beispiel führt er an, dass „sehr nationale bis nationalistische Positionen“ (Pallaver, Z. 45) in der SVP, wie die „Arbeitsgruppe Heimat“, in diesem Bereich eine andere Position vertreten würde als die Wirtschaftsseite. Pallaver glaubt, dass dieser nationale Flügel „sporadisch, aber immer wieder, vor allem intern“ (Ebd., Z. 49) Druck auf die Partei ausübe, was verschiedene Themenfelder im Bereich der Integration von MigrantInnen anbelangt. Noch seien diesem Druck laut Pallaver „nicht alle Tore geöffnet“ (Ebd., Z. 60), es gebe auch Gegendruck und innerhalb der Partei werde nach einem Kompromiss gesucht. Derzeit sei der verbale Radikalismus gegenüber MigrantInnen in der Partei „relativ auf der unteren Ebene angesiedelt.“ (Ebd., Z. 62)

Sonja Cimadom ortet einen Unterschied zwischen dem Umgang mit dem Thema auf Landes- und auf Gemeindeebene. Cimadom hat das Gefühl, dass das Thema auf Landesebene „eher auf der Wirtschaftsschiene“ (Cimadom, Z. 120) behandelt werde, als Beispiel führt sie die Koordinierungsstelle für Einwanderung an, welche beim Landesamt für Arbeit angesiedelt ist. Auf Gemeindeebene, wo die SVP die meisten BürgermeisterInnen stellt, haben die Integrationsbeauftragten zumeist den sozialen Bereich über.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es verschiedene Positionen innerhalb der Volkspartei in Bezug auf die Integration von MigrantInnen gibt. Das zeigen Aussagen von Parteifunktionären wie Achammer und jene von externen ExpertInnen wie Wisthaler und Pallaver. Während Achammer sagt, dass die Unterschiede nicht so groß gewesen seien und mehr in Details gelegen hätten, glaubt Pallaver, dass es innerhalb der Partei sehr unterschiedliche Vorstellungen gebe und diese auch immer wieder zum Vorschein kommen würden. Wisthaler vertritt die Ansicht, dass es in der SVP nicht mehr solche extremen Positionen gegenüber MigrantInnen gebe, dennoch gebe es unterschiedliche Auffassungen innerhalb der SVP. Cimadom ist der Meinung, dass innerhalb der SVP zwischen der Landesebene und der Gemeindeebene unterschiedlich mit der Integration von MigrantInnen umgegangen wird.

5.4.5 SVP und die These des „hidden consensus“

Der Hypothese des „hidden consensus“ zufolge vermeiden politische Parteien im Umgang mit der Integration von MigrantInnen eine klare politische Positionierung, um parteiinterne Fraktionen und die eigene Wählerschaft nicht gegen sich aufzubringen und trotz Vorbehalten in der Bevölkerung ihre relativ liberale Position in der Thematik aufrechtzuerhalten. Diese Hypothese lässt sich im Fall der Südtiroler Volkspartei belegen.

Parteisekretär Achammer ist der Meinung, das Positionspapier der SVP sei „eine klare politische Differenzierung gegenüber anderen Parteien“ (Achammer, Z. 96). Die Volkspartei hätte sich damit in dieser Thematik klar positioniert. Der Politikwissenschaftler Pallaver erklärt, dass die SVP seiner Meinung nach dagegen eine klare Positionierung in dieser Thematik vermeide. Deshalb treffe der „hidden consensus“ „eindeutig“ (Pallaver, Z. 179) auch auf die SVP zu. Laut Pallaver wird versucht, ein Grundkonsens innerhalb der Partei zu finden und dabei die internen Fraktionen „nicht zu brüskieren“ (Ebd., Z. 181) Deshalb gehe die SVP in dieser Hinsicht „eher pragmatisch vor, weniger ideologisch“. (Pallaver, Z. 184) Die SVP müsse die Bedürfnisse der eigenen Wählerschaft berücksichtigen, laut Pallaver mache sie das „sehr gedämpft [...] und ein bisschen durch die Hintertür.“ (Ebd., Z. 26) Auch Wisthaler schätzt den täglichen Umgang der SVP mit der Integration von MigrantInnen als „nach wie vor relativ pragmatisch“ (Wisthaler, Z. 204) ein.

Obwohl sich die SVP mit dem Positionspapier von den anderen politischen Parteien abgegrenzt hat, vermeidet sie eine klare Position zur Integration von MigrantInnen. Das wird auch beim Integrationsgesetz deutlich, das laut Achammer schon „im Vorhinein als Rahmen ausgerichtet war, der dann auch mit Durchführungsmaßnahmen ausgefüllt werden soll.“ (Achammer, Z. 485f.) Wisthaler glaubt, dass die SVP das Integrationsgesetz inhaltlich so offen gehalten habe, um „nicht zu viel die Gemüter auf diesem Feld zu erhitzen“. (Wisthaler, Z. 144f.) Dieses Vorgehen der Volkspartei steht exemplarisch für die These des „hidden consensus“.

6. Politische Positionierung der SVP

Um eine Antwort auf die Frage nach der politischen Positionierung der SVP im Umgang mit der Integration von MigrantInnen zu geben, stelle ich die Position(en) der Partei anhand von drei Unterbereichen dar. Die erste Einschätzung der Position der Volkspartei entsteht aus der Analyse des Positionspapiers, der zweite Bereich betrifft das Integrationsgesetz. Als Drittes werde ich die Position der SVP in das dreiteilige Integrationsmodell nach Castles einordnen.

Abschließend folgt ein Fazit zur politischen Positionierung der SVP, welches sich auf die Beantwortung der Unterfragestellungen und Aussagen aus den ExpertInneninterviews stützt.

6.1 Positionspapier

Für Parteisekretär Achammer bringt das Positionspapier die „politische Position“ (Ebd., Z. 248) der Partei zum Ausdruck. Für ihn geht das Papier von christlich-sozialen Grundwerten und dem Grundprinzip der „Solidarität, Respekt und Toleranz“ (Achammer, Z. 81) gegenüber jedem Menschen, egal welcher Herkunft, aus. Es sei bei der Integration von MigrantInnen eine Grundvoraussetzung, dass durch Verfassung und Gesetze festgeschriebene Regeln eingehalten werden. Danach müsse das Fordern und Fördern, also das Zugestehen von Rechten und Pflichten an MigrantInnen, „Hand in Hand gehen“. (Ebd., Z. 124)

Die Migrationsexpertin Cimadom verortet die Entstehung des Papiers aus einem politischen Diskurs heraus, welcher sich um eine mögliche Bevorzugung von MigrantInnen gehandelt habe. Auf diese Stimmungen habe die Partei reagiert, in dem sie im Positionspapier als Bedingung festhielt: „Fördern ja, aber eben auch fordern.“ (Cimadom, Z. 30f.) Cimadom hat den Eindruck, dass die SVP damit eine „subtile Antwort auf Stammtischparolen“ (Ebd., Z. 36) geben wollte und in Bezug auf das Fordern auch den Mitte-Rechts-Parteien signalisieren wollte, dass man die Zeichen der Zeit erkannt habe. (Vgl. Ebd., Z. 51f.) Mit dem von der SVP propagierten Grundsatz des „Fordern und Förderns“ würden laut Cimadom alle grundsätzlich einverstanden sein, auch sie als Vertreterin einer NGO. Entscheidend sei, ob man dabei sowohl die Rechte als auch die Pflichten der MigrantInnen gleichwertig berücksichtige. (Vgl. Ebd., Z. 48)

Demnach kann anhand des Positionspapiers festhalten werden, dass die Position der SVP im Umgang mit der Integration von MigrantInnen auf dem ersten Blick durchaus liberal und offen erscheint. Integration wird als beidseitiger Prozess formuliert, verschiedene Bereiche von Integration wie Sprache, Bildung, Arbeit und Partizipation in Vereinen werden angesprochen. Auf den zweiten Blick fällt auf, dass im Papier öfter von Bereichen die Rede ist, in denen eine Leistung von den MigrantInnen gefordert wird (Bereiche Sprache, Kultur, Beschäftigung) als von den Bereichen, in welchen Leistungen der Aufnahmegesellschaft zugunsten der MigrantInnen erbracht werden müssen. (Bereiche Gesundheit, Wohnen) Es lässt sich keine eindeutige Position der Partei in diesem Bereich erkennen. Es fällt auf, dass das Positionspapier liberaler und offener erscheint als einige Papiere der Partei in den Jahren zuvor. Allerdings gibt es auch Zweifel, wie diese theoretischen Positionen der SVP zu interpretieren sind und wie sie in die Praxis umgesetzt werden. Deshalb lohnt sich ein Blick auf das Integrationsgesetz.

6.2 Integrationsgesetz

Laut Parteisekretär Achammer sollte das Positionspapier von der „grundsätzlichen politischen Ausrichtung die Basis für das Integrationsgesetz darstellen.“ (Achammer, Z. 90) Achammer erklärt, dass der ursprüngliche Gesetzestext des PD-Landesrates „stark verschlankt, einige Passagen vollkommen gestrichen (wurden)“ (Achammer, Z. 500f.) Er erklärt, dass es Absicht war, „in heiklen Punkten auch bewusst oberflächlich zu bleiben und diese dann in der Ausführung anzuschauen.“ (Ebd., Z. 507) Der Abgeordnete der Grünen und Mitglied der Gesetzgebungskommission, dello Sbarba, bestätigt das. Er sagt, die SVP habe in Bezug auf den Gesetzestext „nichts reingebracht“ (dello Sbarba, Z. 133), sondern habe „nur weggenommen“. (Ebd., Z. 133) Diesen Eindruck hat auch die Migrationsexpertin Wisthaler. Sie glaubt, dass es in der SVP „wenige klare Positionen gegeben hat, was man effektiv will.“ (Wisthaler, Z. 142) Deshalb sei das Gesetz „so offen und so inhaltsleer“. (Ebd., Z. 143) Sie gibt zu bedenken, dass das Gesetz ebenso wie das Positionspapier nicht repräsentativ für die gesamte Partei ist. Das Gesetz sei von SVP-MandatarInnen in der Landesregierung und im Landtag mitbestimmt worden, welche laut Wisthaler „sich nicht so sehr dem Thema widmen und das aktiv weiterbringen möchten“ (Ebd., Z. 187f.), während die Verfasser des Positionspapiers eine Gruppe junger FunktionärInnen sei, welche nicht im Landtag vertreten sind. Insofern glaubt Wisthaler nicht, dass „das Gesetz die Position der SVP widerspiegelt.“ (Ebd., Z. 164) Dello Sbarba vertritt die Meinung, dass die SVP das Gesetz beschlossen habe, weil sie sonst „zu schwach den Freiheitlichen gegenüber (sei)“. (dello Sbarba, Z. 216f.)

Insofern kann man durch das Integrationsgesetz, wenn überhaupt, nur sehr schwer nachvollziehen, welche Position die Volkspartei in diesem Bereich vertritt. Das Integrationsgesetz als „Endprodukt“ ist von mehreren Faktoren mitbestimmt worden: Von den unterschiedlichen Ansichten zwischen den Koalitionspartnern SVP und PD, von der internen Heterogenität innerhalb der SVP als auch von der politischen Opposition. Deshalb wurde offenbar ein gemeinsamer Kompromissvorschlag gesucht und gefunden, mit dem sowohl die internen Gruppierungen in der SVP, der Partito Democratico als auch die Freiheitlichen als stimmenstärkste Oppositionsgruppe einigermaßen gut leben können. Diese drei vorher genannten Faktoren können auch als Gründe dafür angeführt werden, warum die Position der SVP zur Integration von MigrantInnen im Integrationsgesetz anders aussieht als im Positionspapier.

Der Gesetzesentwurf des Partito Democratico war der SVP offensichtlich zu offen und liberal und wurde deshalb nochmals in der Landesregierung überarbeitet. Das bestätigt indirekt Parteisekretär Achammer: „Der PD als mehrheitlich italienische Partei mit relativ vielen oder mehreren zugewanderten Vertretern [...] innerhalb der Partei hat [...] eine etwas andere Ansicht

[...], wir als Minderheit wieder eine andere.“ (Ahammer, Z. 502ff.) Parteiintern haben die VerfasserInnen des Positionspapiers einige Forderungen aus dem Papier in das Integrationsgesetz gebracht, andere wiederum nicht. Insgesamt dürfte sich beim Integrationsgesetz innerhalb der Partei aber jene Gruppierung durchgesetzt haben, welche ein vages und nicht zu offenes Gesetz bevorzugte, wie auch Ahammer selbst zugesteht. Dass die SVP überhaupt ein Integrationsgesetz beschlossen hat, sei laut dello Sbarba auf den Druck der politischen Mitte-rechts-Opposition zurückzuführen. Und auch der Inhalt des Gesetzes sei von der Opposition mitbestimmt, meint der Politikwissenschaftler Pallaver. Er ist der Ansicht, die Volkspartei habe in „einigen Punkten den Parteien, die eine schärfere Gangart betreiben, eben nachgegeben, um sich hier nicht dem Vorwurf einer zu offenen Integrationspolitik ausgesetzt zu sehen.“ (Pallaver, Z. 91ff.)

Aus dem Integrationsgesetz, welches größtenteils relativ liberal formuliert ist, stechen die restriktiven Bestimmungen bezüglich einer fünfjährigen Ansässigkeit und Aufenthalts in Südtirol, um finanzielle Leistungen über die Grundleistung hinaus beanspruchen zu können, und die Voraussetzungen einer passenden Wohnmöglichkeit sowie eines jährlichen Mindesteinkommens für eine Familienzusammenführung heraus. Diese beiden Forderungen sind meiner Meinung nach wohl auf Druck der Freiheitlichen Partei in das Gesetz aufgenommen worden, weil diese Partei in diesen Bereichen noch strikere Regelungen fordert.

Das Gesetz wirkt vage und inhaltsleer, wiederum lässt sich keine eindeutige politische Positionierung der SVP feststellen. Innerhalb der SVP hat sich anscheinend jene Gruppierung durchgesetzt, welche dafür plädiert hat, sich nicht auf eine klare Position festzulegen. Die Ablehnung eines liberalen Entwurfes des Integrationsgesetzes des Partito Democratico durch die SVP einerseits, sowie die Zugeständnisse der SVP an die Freiheitliche Partei andererseits bestätigen die Aussage Pallavers, dass die SVP sich nicht dem Vorwurf einer zu offenen Integrationspolitik aussetzen wollte. Das bedeutet, dass die politische Positionierung der SVP in diesem Bereich keineswegs im Stein gemeißelt, sondern sehr pragmatisch und an den Positionen der anderen politischen Parteien ausgerichtet ist.

6.3 Bewertung nach Castle's Integrationsmodellen

Auf der Grundlage der Analyse des Materials kann man die Politik der SVP im Umgang mit MigrantInnen am ehesten in das Modell der „Differenziellen Exklusion/Differenziellen Inklusion“ einordnen. Aufgrund der Tatsache, dass die Argumente von Castles sehr verallgemeinernd ausgedrückt sind, fallen lediglich einige Ansätze der Politik der SVP unter

dieses Modell. Insgesamt erscheint es als nicht zielführend, die politische Positionierung der SVP einzuordnen.

Wie im Modell von Castles beschrieben, sollen MigrantInnen nach Willen der SVP Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen Bereichen, wie zum Beispiel zum Arbeitsmarkt, zur Bildung und zum Gesundheitssystem, haben. Dagegen sollen sie nur erschwert Zugang zu finanziellen Leistungen über Grundleistungen hinaus sowie zur politischen Partizipation erlangen. Zudem befürwortet die SVP ebenso wie in Castles` Modell restriktive Regelungen bezüglich des Familiennachzugs. In Südtirol ist zudem das Merkmal des Zugehörigkeitsgefühls zu einer bestimmten ethnischen Gruppe, insbesondere was die deutsche Sprachgruppe und damit auch die SVP anbelangt, erfüllt (siehe Kapitel 5.2.4) – laut Castles tritt das Modell der „Differenziellen Exklusion/Differenziellen Inklusion“ häufig in Ländern auf, wo diese Bedingung gegeben ist. Laut dem Autor erfüllen vor allem „neue“ Einwanderungsländer dieses Modell und würden eine ambivalente Haltung einnehmen. Einerseits sehen sie MigrantInnen als billige Arbeitskräfte an, andererseits entwickle sich nur langsam ein Verständnis als Einwanderungsland. Vor allem diesen letzten Satz würde ich in Hinblick auf die SVP und Südtirol im Allgemeinen als zutreffend bezeichnen.

Andererseits stimmt die Politik der SVP nicht in allen Bereichen mit diesem Modell überein. MigrantInnen bleiben in Südtirol nicht von Gesundheitsleistungen ausgeschlossen, wie es im Modell von Castles der Fall ist. Dazu gibt es laut Positionspapier der SVP und dem Integrationsgesetz Bemühungen, dass MigrantInnen vollständig am gesellschaftlichen Leben partizipieren können. Das Phänomen der Migration nach Südtirol ist meiner Ansicht nach jung, als dass als Folge von fehlender Integration neue ethnische Minderheiten entstanden wären, wie beispielsweise in Österreich oder Deutschland. Im Bereich eines erschwerten oder nicht gewährenden Zugangs zur Staatsbürgerschaft kann Südtirol aufgrund der fehlenden Kompetenzen nicht als Vergleichsbeispiel dienen.

6.4 Fazit und Ausblick

Was die politische Positionierung der Südtiroler Volkspartei zur Integration von MigrantInnen betrifft, kann man abschließend festgehalten:

- Die Ethnizität spielt für die Volkspartei in dieser Thematik eine beträchtliche Rolle; ihr Ziel ist es, mehr MigrantInnen in die deutsche (und ladinische) Sprachgruppe zu integrieren

- Das Selbstverständnis als Minderheit prägt die Partei, hat sie aber nicht daran gehindert, in den letzten Jahren einen Wandel zu einer aktiveren, offensiveren Haltung im Umgang mit der Integration von MigrantInnen einzunehmen
- Innerhalb der Partei gib es verschiedene Positionen im Umgang mit der Integration von MigrantInnen. Die Positionen sind weniger extrem als noch vor einigen Jahren, der Druck von verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei in dieser Thematik wird aber immer wieder auch öffentlich sichtbar
- Die Volkspartei vermeidet eine klare Positionierung in dieser Thematik. Sie versucht, parteiinterne Fraktionen und die eigene Wählerschaft nicht gegen sich aufzubringen, gibt sich deshalb im tagtäglichen Umgang mit der Integration von MigrantInnen pragmatisch. Die These des „hidden consensus“ kann für ihren Fall bestätigt werden
- Für die SVP geht das Fordern und Fördern in Bezug auf die Integration von MigrantInnen „Hand in Hand“. Integration wird als Prozess der aufzunehmenden und der Aufnahmegesellschaft definiert
- Im Fall des Integrationsgesetzes wollte sich die SVP nicht dem Vorwurf einer zu offenen Integrationspolitik aussetzen, machte Zugeständnisse an die Freiheitliche Partei und offenbarte ihre pragmatische und wandelfähige Positionierung in dem Bereich
- Die Position der Volkspartei lässt sich am ehesten unter das Modell der „Differenzierten Exklusion/Differenzierte Inklusion“ in der Einteilung von Castles einordnen. In manchen Bereichen werden den MigrantInnen Rechte zugestanden, jedoch nicht in allen.

Generell sei die Partei laut Wisthaler dafür, „MigrantInnen zu integrieren und in die Gesellschaft aufzunehmen“ (Wisthaler, Z. 20f.), wenn die geltenden Regeln eingehalten würden. Wisthaler glaubt, dass sich in der Partei die Ansicht durchgesetzt habe, dass Migration ein Phänomen sei, das man „aktiv [...] gestalten“ (Ebd., Z. 120) muss. Cimadom glaubt, die SVP habe in Bezug auf die Integration von MigrantInnen grundsätzlich einen „realistischen Blick auf die Sache, die Menschen sind hier und bleiben hier.“ (Ebd., Z. 132) In Bezug auf das Integrationsverständnis der Partei glaubt Cimadom, dass „momentan eher von Anpassung gesprochen wird, mit dem wohlwollenden Blick, 'Ich meine Integration schon als Beidseitiges und so.'“ (Ebd., Z. 158) Der Stellenwert, den die SVP dem Thema zuweist, lässt sich laut Cimadom an den im Integrationsgesetz dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln abmessen. Das Thema sei für die Partei wichtig, „aber es sollte irgendwie gratis, [...] von alleine funktionieren“. (Ebd., Z. 171) Dello Sbarba erklärt, die SVP habe in Bezug auf die Integration von MigrantInnen „zu spät reagiert“. (dello Sbarba, Z. 123) Die SVP hätte sich in diesem Bereich nur bewegt, weil sie Stimmen an die Freiheitliche Partei verloren habe. Pallaver hat den Eindruck, dass die SVP sich in Bezug auf die Integration von MigrantInnen „relativ

gemäßigt“ (Pallaver, Z. 14) verhalte, wenngleich auf der unteren Ebene schon „gewisse Vorbehalte“ (Ebd., Z. 15f.) vorhanden seien. Die Volkspartei verhalte sich in dieser Thematik „auf zweiter Ebene“ (Ebd., Z. 24), weil ihr laut Pallaver bewusst sei, dass sie die Themenführerschaft nicht übernehmen könne. Pallaver stimmt der Eigendefinition der SVP zu, dass sie eine „vernünftige Ausländerpolitik“ (Ebd., Z. 36) betreibe. Sowohl Pallaver als auch Wisthaler erklären, dass die Position der SVP zur Integration von MigrantInnen aus dem Jahre 2013 nicht mit jener aus dem Jahre 2008 zu vergleichen sei. Damals hätte die Volkspartei laut Pallaver versucht, eine ähnlich restriktive Position im Umgang mit MigrantInnen einzunehmen wie die Freiheitliche Partei. Das hätte sich aus mehreren Gründen nicht bewährt, deshalb habe sich die SVP auf diese „definitive Position des Pragmatismus“ (Pallaver, Z. 196f.) zurückgezogen. Die Volkspartei sei laut Pallaver somit „keine explizit ausländerfeindliche Partei“ (Ebd., Z. 199) Wisthaler hatte die Politik der SVP im Jahre 2008 als Mischung aus „extreme segregation and assimilation measures“ (Wisthaler, 2008:5) beschrieben, mit welchen die Volkspartei ihre „crude and non-congruent vision“ (Ebd., 2008:5) in dieser Thematik verbergen wolle. Wisthaler glaubt, dass die SVP in der Zwischenzeit einen Wandel durchgemacht habe, der auch noch nicht abgeschlossen sei. Sie ist jedoch weiterhin der Meinung, dass innerhalb der Partei noch nicht „die kongruente Haltung“ (Ebd., Z. 70; Hervorhebung durch den Verfasser, Anm.) in dieser Thematik gefunden wurde.

Diese Aussage von Wisthaler, dass es innerhalb der SVP einen Wandel hin zu einem aktiveren Umgang mit der Integration von MigrantInnen gibt, jedoch nach wie vor keine parteiübergreifende kongruente und eindeutige politische Positionierung zu erkennen sei, kann als Fazit für die Arbeit dienen. Dazu kommen der innerparteiliche Pragmatismus und die Tatsache, dass die Position der SVP keinesfalls „in Stein gemeißelt“, sondern sehr wandlungsfähig erscheint.

Es ist mir im Rahmen dieser Arbeit gelungen, einige Faktoren zu benennen, welche für die Position der SVP in dieser Thematik von Bedeutung sind. Es hat sich jedoch keine eindeutige Antwort auf die Fragestellung herauskristallisiert, was meiner Meinung nach mit der Vielfalt der Thematik, dem Wesen der SVP als Sammelpartei sowie der These des „hidden consensus“ zusammenhängt. Teile der Partei haben es sich offenbar zum Ziel gesetzt, offensiver und aktiver mit der Integration von MigrantInnen umzugehen, beispielsweise die Gruppe um Parteisekretär Achammer. Ob sich diese Rhetorik auch in der Praxis niederschlägt, konkret in der Ausgestaltung der Durchführungsbestimmungen zum Integrationsgesetz oder der Übernahme jenes Ressorts durch die SVP, welches für die Agenden der Einwanderung zuständig ist, wird sich nach den Landtagswahlen im Oktober 2013 zeigen. Auch die parteiinternen Kräfteverhältnisse nach den Landtagswahlen werden meiner Meinung nach eine Rolle spielen, welchen Kurs die Partei in Zukunft in diesem Bereich einschlagen wird. Es spricht einiges für personelle Erneuerung innerhalb der Parteifraktion im Südtiroler Landtag und damit auch in der

kommenden Landesregierung. Wenn einige aus der Gruppierung rund um Achammer nach den Landtagswahlen den Sprung in den Landtag und vor allem auch in die Landesregierung schaffen, wird der Wandel der Partei hin zu einem aktiveren Umgang mit MigrantInnen möglicherweise fortgesetzt.

Persönlich würde ich es mir wünschen, dass die Partei einen offeneren Umgang mit der Integration von MigrantInnen einschlägt und auch mutiger agiert, was die Ausgestaltung des Integrationsgesetzes sowie den politischen Wettbewerb mit anderen Parteien in dieser Thematik betrifft. Die Volkspartei als größte politische Kraft in Südtirol wird in Zukunft daran gemessen werden, wie sie mit der zunehmenden Vielfalt und Diversität in der Südtiroler Gesellschaft umgeht und ob sie die Weichen für ein friedliches, gemeinsames Miteinander stellt.

7. Literaturverzeichnis

Primärquellen

Südtiroler Volkspartei (2010): Positionspapier „Fordern und Fördern“.

Landesgesetz zur Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger. 28. Oktober 2011, Nr. 12.

Experteninterview Philipp Achammer

Expertinneninterview Sonja Cimadom

Experteninterview Riccardo dello Sbarba

Expertinneninterview Verena Wisthaler

Experteninterview Günther Pallaver

Sekundärquellen

Bonell, Lukas/Winkler, Ivo (2010): Südtirols Autonomie. Beschreibung der autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten des Landes Südtirol. Südtiroler Landesregierung (Hg.). Bozen.

Castles, Stephen (Hg.) (2000): Ethnicity and Globalization. From Migrant Worker to Transnational Citizen. London: Sage-Verlag. S. 133-154.

Castles, Stephen/Korac, Maja/Vasta, Ellie/Vertovec, Steven (2002): Integration: Mapping the field. Report of a project carried out by the Centre for Migration and policy Research and Refugee Studies Centre. University of Oxford.

Girardi, Rainer (2011): Geschichtlicher Abriss und demographische Daten zur Migration in Südtirol. In: Medda-Windischer, Roverta/Hetfleisch, Gerhard/Meyer, Maren (Hg.): Migration in Südtirol und Tirol. Analysen und multidisziplinäre Perspektiven. Bozen : Eurac Research. S. 77-94.

Holzer, Anton (1991): Die Südtiroler Volkspartei. Thaur/Tirol: Kulturverlag.

Lill, Rudolf (1991): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa. Italien – Griechenland. Studien zur Politik. Paderborn – Wien.

Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Auflage. Weinheim – Basel: Beltz Verlag.

Medda-Windischer, Roberta/Hetfleisch, Gerhard/Meyer, Maren (Hg.) (2011): Migration und Integration in Südtirol und Tirol. Analysen und multidisziplinäre Perspektiven. Eurac Research)

Medda-Windischer, Roberta/Girardi, Rainer (Hg.) (2011): Jahresbericht über Einwanderung in Südtirol 2010. Bozen: Eurac Research#

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München: C.H. Beck Verlag.

Pallaver, Günther (2006): Die Südtiroler Volkspartei. In: Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther (Hg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. Politik und Institutionen. Collana: Grenzen/Confini. S. 629-655.

Pallaver, Günther (2009): Südtirols Parteien und Parteiensystem. Ethnisch, fragmentiert und zentrifugal. In: Pallaver, Günther/Kager, Thomas (Hg.): Politika 09. Jahrbuch für Politik. Bozen: Raetia – Verlag. S. 245-270.

Pallaver, Günther (2011): Südtirols Parteien und Parteiensystem im Wandel. Trends und Perspektiven. In: Grote, Georg (Hg.): Südtirolismen. Innsbruck: Uni-Verlag. S. 259 – 280.

Piccoli, Lorenzo (2013): Redrawing Identity Boundaries through Integration Policies: Strategies of Inclusion/Exclusion of Immigrants in Québec and South Tyrol. European Diversity and Autonomy EDAP Papers 01/2013. EURAC Research.

Valencic, Vida (1999): Politica e minoranze: amore o indifferenza? Circolo per gli studi sociali Virgil Scek. Triest:

Von Ach, Christoph (2005): Ethnizität als politisches Programm. Die Rolle von Parteien für die Verwirklichung volksgruppenpolitischer Ziele anhand von ausgewählten Minderheiten. Innsbruck: Diplomarbeit.

Wisthaler, Verena (2011): Migration – Chance und Herausforderung für das Südtirol des 21. Jahrhunderts. In: Grote, Georg/Siller, Barbara (Hg.): Südtirolismen. Erinnerungskulturen – Gegenwartsreflexionen – Zukunftsvisionen. Innsbruck: Uni-Verlag Wagner. S. 241-258

Internetquellen

Astat (2012a): Bevölkerungsentwicklung – 2. Quartal 2012. . Astat-Info. Landesinstitut für Statistik. Autonome Provinz Bozen. Nr. 65. 10/2012. URL:
http://www.provinz.bz.it/astat/news/news_d.asp?art=407661&HLM=1. [Zugriff: 11.2.2013]

Astat (2012b): Volkszählung 2011. Astat-Info. Landesinstitut für Statistik. Autonome Provinz Bozen – Südtirol. Nr. 38. 2/2012. URL:
http://www.provinz.bz.it/astat/de/service/256.asp?news_action=4&news_article_id=396330.
[Zugriff: 8.2.2013]

Astat (2012c): Ausländische Wohnbevölkerung 2011. Astat-Info. Landesinstitut für Statistik. Autonome Provinz Bozen. Nr. 41. 6/2012.
http://www.provinz.bz.it/astat/de/bevoelkerung/404.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=396557. [Zugriff: 14.2.2013]

Autonome Provinz Bozen (o.J.): Landtagswahlen 2008. Der neue Landtag. URL:
http://www.provinz.bz.it/vote/landtag2008/eletti_ld_vg.htm. [Zugriff: 20.2.2013]

Autonome Provinz Südtirol (2013): Einwanderung und Integration in Südtirol. Ein Bericht der Landeskoordinierungsstelle für Einwanderung. Abteilung Arbeit, Bozen. URL:
http://www.provinz.bz.it/arbeit/service/publikationen.asp?utm_source=newsletter06052013&utm_medium=email&utm_content=publ_einwanderung&utm_campaign=newsletter-de. [Zugriff: 18.09.2013]

Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnischen Schichtung. Zusammenfassung. Arbeitspapier 40. <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50366.pdf>.;
http://sportmedizin.uni-paderborn.de/pdf/smi_material/433/2323-0.pdf [Zugriff: 7.5.2013]

Europäische Union (2009): Der Schengen-Raum und die entsprechende Zusammenarbeit. Freier Personenverkehr, Asyl und Immigration. Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung. URL:
http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/free_movement_of_persons_a_sylum_immigration/l33020_de.htm. [Zugriff: 14.2.2013]

Europäische Union (2011): Freizügigkeit: Arbeitnehmer aus den 8 Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beitraten, endlich vollberechtigt. URL: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-11-506_de.htm. [Zugriff: 14.2.2013]

Medda-Windischer et. al (Hg.) (2011): Standbild und Integrationsaussichten der ausländischen Bevölkerung Südtirols. Gesellschaftsleben, Sprache, Religion und Werterhaltung. Bozen: Eurac Research

Palermo, Francesco (1999): „Self-government (and other?) instruments for the prevention of ethnic conflicts in South Tyrol“. In: Zagar, M. (Hg.): The constitutional and political regulation of ethnic relations and conflicts (Institute for Ethnic Studies, Ljubljana, 1999), 299 – 311

Pallaver, Günther (2007): Südtirols Konkordanzdemokratie. In: Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther (Hg.): *La Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol nel XX secolo. I. Politica e Istituzioni (Grenzen/Confini 4/1).* Trento: Museo Storico in Trento (with Giuseppe Ferrandi). S. 527 – 553. URL: http://www.uibk.ac.at/politikwissenschaft/team/homepage-mitarbeiter/webpage-guenther-pallaver/pdf/pallaver_527-555_tedesco.pdf. [Zugriff: 18.2.2013]

Südtiroler Landtag (2005): *Pariser Vertrag, §1. Autonome Provinz Bozen - Südtirol.* URL: http://www.landtag-bz.org/download/Pariser-Vertrag_1946.pdf. [Zugriff: 8.2.2013]

Südtiroler Landtag (2013): *Pariser Vertrag, Autonomiestatut, Grundlegende Bestimmungen über die Autonomie und den Landtag.* URL: <http://www.landtag-bz.org/de/datenbanken-sammlungen/autonomiestatut.asp>. [Zugriff: 8.2.2013]

von Hartungen, Christoph H. (2002): *Kurzgefasste Landesgeschichte Südtirols 1918-2002.* Südtiroler Landtag (Hg.). Bozen. URL: http://www.jugend.landtag-bz.org/smartedit/documents/download/geschichte_suedtirols.pdf. [Zugriff: 8.2.2013]

Journals und Zeitschriften

Bale, Tim (2008): *Turning round the telescope. Centre-right parties and immigration and integration policy in Europe.* In: *Journal of European Public Policy.* URL: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13501760701847341#.UklgzoZ42m4>. [Zugriff: 30.09.2013]

Markusse, Jan (1997): *Power-sharing and consociational democracy in South Tyrol.* In: *GeoJournal* Vol. 43. Issue. 1. S. 77-89. URL: <http://www.jstor.org/discover/10.2307/41147121?uid=3737528&uid=2&uid=4&sid=21102680560881>. [Zugriff: 30.09.2013]

Sciortino, Giuseppe (2000): *Toward a political sociology of entry policies: Conceptual problems and theoretical proposals.* In: *Journal of Ethnic and Migration Studies.* S. 213-228. URL: <http://dx.doi.org/10.1080/13691830050022776>. [Zugriff: 30.09.2013]

Zaslove, Andrej (2006): *The politics of Immigration: A new electoral dilemma for the Right and the Left?* In: *Review of European and Russian Affairs.* Vol. 2, 3/2006. URL: <http://www6.carleton.ca/rera/ccms/wp-content/ccms-files/vol2-3-Zaslove.pdf>. [Zugriff: 30.09.2013]

8. Anhang

8.1 Abstract

Die vorliegende Arbeit widmet sich dem wissenschaftlich kaum erforschten Umgang von politischen Parteien mit den Themen „Migration/Integration“. Dabei wird die Position der Südtiroler Volkspartei (SVP) im Umgang mit der Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol analysiert. Dazu wurden das SVP-Positionspapier „Fordern und Fördern“ und das Südtiroler Integrationsgesetz inhaltsanalytisch untersucht sowie ExpertInneninterviews ausgewertet. Neben der politischen Position der Partei waren auch der Einfluss von Faktoren wie Ethnizität und der Umgang von autochthonen Minderheiten mit „neuen“ Minderheiten auf die Position der Partei von Interesse. Es ließ sich keine allgemeine Position der SVP im Umgang mit der Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen festmachen. Die Partei vermeidet eine klare Positionierung in dieser Thematik, auch weil es parteiintern verschiedene Positionen im Umgang mit der Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen gibt. Es gibt aber eine Tendenz innerhalb der Partei hin zu einer aktiveren Integrationspolitik, im Rahmen derer mehr MigrantInnen in die deutsche und ladinische Sprachgruppe integriert werden sollen. Ob sich dieser Wandel fortsetzen wird, werden die Landtagswahlen im Oktober 2013 und die Besetzung der wohl zukünftigen (SVP)-Landesregierung zeigen.

Abstract (englisch)

This thesis deals with the integration policy of the South Tyrolian Peoples Party (SVP). The research question was about the political position of the Peoples Party with the Integration of migrants. The used methods were qualitative content analysis and expert interviews. There was no concrete answer to the research question, the Party search to avoid a exact positioning. There is a tendency to a more active integration policy through some groups within the Party. The next elections on October 2013 will show if this tendency will be continued.

8.2 Interviewprotokolle

Transkription Interview Sonja Cimadam; 26. März 2013; oew Brixen/Milland

H.P.: Starten wir los. Ok, die ersten Fragen beziehen sich eben zur Position der SVP zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol. Die SVP hat im Jahr 2010 das Positionspapier „Fordern und Fördern“ (ähm) verfasst, in dem sie ihre Leitlinien zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol darlegt. Hast du den Eindruck, dass das eher das Fordern, die Pflichten für ausländische StaatsbürgerInnen im Vordergrund stehen und das Fördern, die Rechte der ausländischen StaatsbürgerInnen eher im Hintergrund bleiben.

S.C.: Beim Papier oder generell?

H.P.: Ja, also, ich habe nur den Titel gesehen, „Fordern und Fördern“, und (äh), ich habe mir gedacht, vielleicht kann man da auch, ich habe mir das Positionspapier durchgelesen, ich habe schon den Eindruck, dass es eine Reihe von Pflichten gibt und schon auch eine, Ungleichgewicht zwischen den Pflichten der ausländischen StaatsbürgerInnen und den Pflichten der einheimischen Bevölkerung. Und auch bei den ausländischen StaatsbürgerInnen selber gibt es mehr Pflichten, was sie sich alles anpassen sollten als ihre Rechte. Du könntest das Papier....

S.C.: Jaja, nein mein Eindruck ist generell, es war jetzt in diesen Jahren 2009, 2010 jetzt das erste Mal generell wo das Thema mir so bewusst (äh) öffentlich, auch von der politischen Seite wahrgenommen wurde und wo eben auch die großen Parteien dazu Stellung genommen haben generell. Ich glaube dadurch dass es vorher keine offiziellen Linien gab, es gab ja kein Integrationsgesetz, das ist ja Ende 2011 durchgegangen, es gab keine politische Ebene im Integrationsdiskurs. Aus meiner Sicht, gell. (Ähm) Und es gab auch sehr wohl auch sehr viele Forderungen oder Stammtischparolen, würde ich jetzt einmal so pauschal sagen, die sehr wohl wirksam waren, es gab auch damals schon viele Angebote an Seminaren oder statistische Daten, wo man halt versucht hat, gewisse Stammtischparolen zu widerlegen. Weil also gleichzeitig wahrscheinlich auch sehr wohl einen politisch diffuseren Diskurs gegeben hat, der eben in die Richtung ging, wie mein Mitbürger, MitbürgerInnen werden bevorzugt, sie bekommen alles, sie haben ziemlich leicht, also so, aus dieser, ich glaube, aus diesem, damaligen politischen Diskurs heraus gibt es Forderungen, oder es kommt das Fördern und Fordern. Für das, mal klar zu sagen (ähm) fördern ja, aber eben auch fordern: also eher meiner Meinung nach um klar zu sagen, die kriegen nicht alles, sondern die sollen schon auch was geben und das mal, klar und deutlich so zu formulieren. Gegenüber mehr so das, eigene Identitätsbewusstsein, ich darf auch was fordern, mal laut und deutlich in die Welt hinauszutragen, und das natürlich von der Partei, die in Südtirol einen großen Teil der Stimmen hat. Das war jetzt mein Eindruck, dass das einmal

klar gesagt wird, so eine subtile Antwort auf Stammtischparolen über ein politisches Mittel, würde ich jetzt aus meiner Sicht mal sagen. (Ähm) Dann, wenn man es sich nämlich im Detail durchliest, stehen da zum Teil sehr gute Dinge effektiv drinnen, zum Teil Dinge, die der Hausverstand sagt, zum Teil Dinge, die es wichtig war vielleicht mal niederzuschreiben. Für mein Gefühl war das die Phase, wo die ganzen Dinge mal zu Papier gebracht werden musste, (ähm) damit eben das Thema Integration auch politisch in Südtirol, mal Fuß fasst. Es ist ein vermutlich relativ neuer, sichtbarer Diskurs gewesen, zu die, ist immer noch, für die politische Bühne in Südtirol, weil wir eben viel mit dem Thema Deutsch- italienisch beschäftigt sind, und Sprachgruppen und hin und her, und wir vielleicht weniger jetzt effektiv mit dem Thema Integration aus Drittstaaten beschäftigen mussten bisher, Und das war jetzt halt so mal das erste, im Prinzip wird hier niemand, auch von, niemand wird sagen, dass das falsch ist, Fordern und Fördern, dass es beides braucht. Auch wir nicht, auch das Haus der Solidarität nicht, das wird, alle mit dem grundsätzlich einverstanden. Die Frage ist eben, wie du auch formuliert hast, meine ich beide gleichwertig, oder sage ich s mal so um einfach auch eine zweite subtile Botschaft rüberzuschicken, die da heißt: Wir fördern dich schon, und, die subtile Botschaft an die Rechtsparteien: Hallo, wir haben s schon auch gesehen“, und, ähm und möchten euch das mal klarstellen, weil natürlich das große Kräfteressen momentan, ich weiß nicht ob man das sagen darf, zwischen der SVP und den Freiheitlichen sicher momentan den politischen Diskurs auch prägt, glaube ich schon. Ich hatte halt si ein bisschen den Eindruck, dass das jetzt halt mal so, wir nahmen, wir machen jetzt diese Stellungnahme und sagen s mal soweit, eben, wenn ich dann effektiv schaue, wer das Papier geschrieben hat, dann haben das jetzt ganz andere Leute geschrieben, als die, die ich von den Überschrift im Kopf hätte. Ja, deswegen, ich glaube, ja, Integration hat neben der wirtschaftlichen Wichtigkeit ein ganz starke soziale ähm Relevanz und wer dazu das geschrieben hat, sind schon auch der Teil der SVP, der eben auch die soziale Relevanz sieht und für den die wichtig ist, und die Tatsache, dass eben auch das Hds, auch in der Ausarbeitung von diesen, ich weiß nicht in der Ausarbeitung vom Dokument glaube ich nicht, aber in den Denkphasen vorher auf jeden Fall mit einbezogen wurde und einmal so beim Herumschauen, und bei den Fragen nach dem „Best practice“ mitgedacht haben, ja

H.P.: Das wäre meine nächste Frage gewesen

S.C.: Mh

H.P.: Warum wurde, glaubst du, das Papier, glaubst du, genau von dieser vorher genannten Antragsgruppe für Integration verfasst wurde und nicht, wie zum Beispiel vor ein paar Jahren hat es eine Positionspapier gegeben der SVP, ich glaube, es war 2007-2008, von Franz Pahl, Ladurner, Munter, Lamprecht

S.C.: Mh

H.P.: Schon nach einer oberflächlichen Analyse restriktiver klingt als dieses Papier. Kannst du da eine Mutmaßung dazu abgeben oder ist das reine Spekulation?

S.C.: Das ist jetzt wirklich, das wäre jetzt reine Spekulation. Aber eben, ich glaube eben, die soziale Schiene, das soziale Thema von Integration ist relevant, ist neben dem wirtschaftlichen Aspekt, so nach dem uralten Max-Frisch-Spruch: „Wir haben Arbeitskräfte gerufen und Menschen sind gekommen“. (lacht) Das ist halt effektiv die Tatsache, und dass die Menschen gekommen sind, spüren halt vermutlich diese Seiten schneller, die halt eben auch die sozialen Aspekte im Fokus haben. Ich will jetzt nicht das eine gegen das andere aufwerten, das ist jetzt einfach nur; und ich glaube, die haben dann halt eben auch die Energie, tiefer in das Thema sich hineinzudenken, und zu überlegen, und zu überlegen, ok, wie kann man so etwas wirklich effektiv langfristig planen, weil ja Integration, das ist denen, das war wahrscheinlich so in diesen Jahren effektiv die Feststellung einfach: Die sind gekommen und die gehen so schnell auch nicht weg. Einfach mal zu schauen, wie kriegen wir das gut gemeinsam hin. Und da ist dann halt langfristige Planung sehr relevant, und die Punkte, die da dann äh angesprochen werden in dem Gesetz, sind ja auch Punkte, die langfristig planen, wenn ich da denke, Integration ohne Ghettoisierung plant man auf jeden Fall langfristig, also das ist nicht etwas, wo ich, eben, wie gesagt, so schnelle Sprüche und einfache Lösungen, sondern da geht's mehr um die langfristige Planung von etwas, und Miteinbeziehen von sozialen Aspekt der ganzen Sache, weil, die eben die „neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger“ effektiv solche sind, also, die, in den wenigsten Fällen wieder gehen werden, so großräumig gesagt. Das ist jetzt aber reine Mutmaßung, gell, das hätte wahrscheinlich genau so gut Franz Pahl und andere schreiben können, dann hätte es halt anders ausgesehen, aber ...

H.P.: Mh

S.C.: (lacht)

H.P.: Vielleicht kann man sagen, sie waren zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

S.C.: Ja also, es war in der Zeit eben die Magdalena Amhof Integrationsbeauftragte der Gemeinde, ALSO die hatte das Thema Integration in der Gemeinde Brixen bekommen und wie gesagt, da hat es kein Landesgesetz gegeben, das Integrationsbeauftragte vorsieht.; Deswegen, trotzdem hatte sie diesen Arbeitsbereich über, also es hat vermutlich da doch eine gewisse Wichtigkeit dem Thema gegenüber auf Gemeindeebene gegeben; Ingo Dejaco ist auch Gemeinderat von Brixen, ähm, Joachim Hoffman ist auch im Hds tätig, in Brixen, ja, keine Ahnung, ich nehme an, dass das aus dem, eben drei, vier Leute, eben, wie du sagst, richtiger Moment, richtiger Ort, das Thema einfach aufgegriffen und mal niedergeschrieben haben.

H.P.: Ok, ähm, jetzt ist natürlich schwierig, aber kann man eine grundsätzliche Position , eine grundlegende Position der SVP zum Thema Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol festmachen? Das Thema der Migration nach Südtirol und der Integration ausländischer StaatsbürgerInnen ist ja noch nicht, ist ja ein relativ aktuelles Thema, das in den letzten 10, 15 Jahren vielleicht sich langsam entwickelt hat. Ähm, es ist äh, hast du so grundsätzlich ein Gefühl, wie die SVP mit dem Thema umgeht?

S.C.: Pah, ich find, ich find total spannend als Frage, und ich frag es mich manchmal selber, ob es eine grundsätzliches Dings gibt oder, weil die SVP ist so ein riesengroße Partei, die auf ganz unterschiedlichen Ebenen in ganz unterschiedlichen Momenten und Feldern tätig ist und wirkt, keine Ahnung, und was ich sehe ist grundsätzlich, oder was ich mir manchmal denke, aber ich weiß eben nicht, inwieweit das strukturell ist oder politisch, ein Unterschied zwischen der Landesebene und der Gemeindeebene, wo s mich, wo ich es interessant finde, dass vom Gefühl her, aber, eben, es da schon unterschiedliche Zugänge gibt, dass es gefühlsmäßig auf Landesebene das Thema eher auf der Wirtschaftsschiene behandelt wird, weil auch die Arbeits-, die Koordinierungsstelle für Einwanderung auch beim Amt für Arbeit angesiedelt ist, und auf Gemeindeebene die Integrationsbeauftragten, die es ja inzwischen gibt, ganz oft Mitmenschen sind, also fast immer, die die sozialen Bereiche überhaben. Wie Schule, Kindergarten, Sport, Umwelt, also ganz selten, die die wirtschaftlichen Aspekte in einer Gemeinde überhabe. Wobei es eben ganz oft, weil ja die meisten Gemeinden halt eher doch SVP- ähm in den Führungsparteien haben, sage ich jetzt mal, nicht überall, aber doch bei vielen, ähm, wo es dann ja die gleiche Partei wäre als auf Landesebene, und trotzdem wird es aber unterschiedlich gehandt, was ist interessant finde von dem Aspekt her, ähm, ja, weiß ich nicht, ob man, grundsätzlich sagen würde, die SVP hat schon eine realistische Sicht auf das Ganze, sind nicht, meiner Meinung nach, grundsätzlich, ähm, sprechen sie schon auch Themen an und, haben, haben zum Beispiel diesen ernücht..., diesen realistischen Blick auf die Sache, die Menschen sind hier und die Bleiben hier und haben ihren Lebensmittelpunkt nach Südtirol verlegt. Natürlich die einen mehr mit dem Fokus, Arbeit und wir brauchen die Arbeitskräfte, die anderen eher mit dem Fokus die leben hier und schauen halt, dass die Kinder gut in der Schule und so weiter, ähm, ihren Platz finden, aber grundsätzlich schon so stark den Blick „die sind da, und schauen wir, was wir daraus machen“ , so grundsätzlich, würde ich schon sagen. Und was wollte ich jetzt noch sagen? Nein, das wird schon noch mal kommen

H.P.: Könnte man sagen, die SVP vertritt ein Integrationsverständnis, dass einerseits Integration ist notwendig, also, aber es ist noch, mir nicht ganz klar, ist die SVP, sieht sie das mehr als Anpassung oder sieht die SVP, hat sie eher einen realistischen Blick darauf oder sieht sie es schon auch als beidseitigen Prozess , wo auch von der Aufnahmegesellschaft eine Leistung zu bringen ist?

S.C.: Also ich, meiner Meinung nach haben überhaupt ganz grundsätzlich wenige Menschen in Südtirol den Blick drauf, dass das ein beidseitiger Prozess effektiv ist, ich meine, ich glaube, ich höre es oft, ich höre es von vielen gesagt, merke dann da aber oft, dass es für uns alle als Thema noch so jung ist effektiv, dass wir die wenigsten von uns es wirklich als ähm, wissen was das jetzt wirklich effektiv bedeuten sollte, wenn es ein beidseitiger Prozess ist, wie integriere ich als Mehrheit eine Minderheit effektiv und realistisch, ich meine, auch der Text vom Integrationsgesetz besagt, es ist ein beidseitiger Prozess ist, und dann sind Regelungen drinnen, die halt weniger als beidseitigen Prozess machen, ähm, oder wie oft, wie oft ähm bekomme ich irgendwelche Fragebögen, wo es ganz einfach das Diffusere, nicht ganz klar, was es heißt, ein beidseitiger Prozess, wenn das „Wir“ und das „Sie“ dann wirklich zu einem „Wir“ werden sollte, wo es einfach ein anderes „Wir“ ist als das „Wir“, von dem man halt momentan spricht. Wo es dann auch ums Überdenken von Begriffen wie „Einheimisch“ geht und neue Konzepte das effektiv nicht nur mit Begrifflichkeiten geht, deswegen glaube ich schon, dass grundsätzlich ganz viel, und bei der SVP von mir aus gesehen schon auch im Diskurs, dass momentan eher von Anpassung gesprochen wird. Mit einem wohlwollenden Blick auf: „Ich meine Integration schon so als Beidseitiges oder so“. Was das dann effektiv wirklich für die Umsetzung heißt, wenig Erfahrungswerte und und und Lust oder keine Ahnung, und Umsetzungseffektivität, also es wirklich dann umgesetzt wird als Integration beiderseits, sehe ich als ganz, aber auch wirklich ganz schwierig, weil, ja auch auf beiden Seiten, also es ist ja auch auf der anderen Seite, von den Anderen, äh, schwierig wie Integration dann wirklich funktionieren soll als beidseitige Veränderung, und was ich schon sehe, oder merke oder mir halt denke, die Wichtigkeit die das Ganze dann effektiv hat lässt sich dann ja blöderweise am Budget merken, das zur Verfügung gestellt bekommt das Ganze, dieser ganze Prozess, ähm und budgetmäßig ist der Bereich Integration grundsätzlich mit sehr, sehr, sehr wenig Geld behaftet, also was dann effektiv an Geld zur Verfügung steht, damit das funktionieren könnte, ist wenig. Deswegen, oder kaum bis gar nichts, was an effektives Budget, also sie haben ein Gesetz gemacht, es ist ein Gesetz ohne Budget. Äh, wichtig schion, aber es sollte irgendwie gratis, es sollte von alleine funktionieren. So, in die Richtung.

H.P.: Jetzt will ich zu einer Frage kommen, also, die die grundsätzliche Südtiroler Situation anspricht. Und zwar, ähm, das einerseits, das halt verschiedene Sprachgruppen in Südtirol gibt (Unterbrechung) und dass es einerseits die deutsche und italienische Sprachgruppe, es gibt ja ein Zusammenleben

S.C.: Aso

H.P.: Je nachdem, wie man es ansieht, ist es jedenfalls Fakt, dass es eine deutsche und eine italienische Sprachgruppe gibt

S.C.: Mh

H.P.: Deshalb die Frage an dich, ähm, welchen Einfluss hat den die Situation auf die Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol?

S.C.: Das ist eine spannende Frage (lacht), weil wir ja grundsätzlich vom System her ein System haben, das auf Trennung aufgebaut ist, nach dem alten, guten Grundsatz: „Je besser wir alles trennen, desto besser verstehen wir uns“. Äh, der jetzt langsam in Frage gestellt werden darf, deswegen habe ich heute in der Zeitung gelesen, dass die Anmeldungen für die deutschen und italienischen Kindergärten gleichzeitig stattfinden dürfen (lacht), ähm, banal klingt, aber was schon auch, ja, strukturelle funktioniert Südtirol auf zwei, wenn nicht auf drei, ähm unterschiedlichen Systemen, die auch nicht so leicht integrierbar sind, die laufen strukturelle anders. Die deutsche und die italienische Kultur, das deutsche und das italienische Schulamt, die laufen zum Beispiel strukturiert anders, ähm, also es ist nicht nur, eine Schule redet auf deutsch, hat Deutsch als Muttersprache, die andere hat italienisch als Unterrichtssprache, die sind komplett strukturell anders, in vielen Dingen, nicht in allen; das hat natürlich einen Einfluss auf, auf die Gesellschaft, glaube ich schon, es hat glaube ich inzwischen die Gesellschaft auch strukturell verändert, und, was wir natürlich nicht gelernt haben, oder die Wenigsten, ja wenig, ich selber auch nicht besonders gut, dass wir nicht, was ganz schwierig ist, ist von mir aus gesehen auf der sprachlichen Ebene diese einerseits diese Identifikation mit dem Dialekt auf der deutschsprachigen Seite, die so was von identitätsstiftend ist und auch abgrenzend funktioniert, unbewusst, glaube ich, und dass auf der anderen Seite das italienisch Lernen müssen und sollen oder was weiß ich, so mit dem alten Bild, ich würde inzwischen wirklich sagen zum Teil veralteten Bild, als, inzwischen immer mehr Leute gibt, die effektiv beide Sprachen beherrschen, aber das alte Bild, dass manchmal drinnen ist, ich muss, wenn ein Italiener in die Gruppe kommt, dann müssen wir alle italienisch reden, dieses Bild, das wir in uns drinnen haben, das natürlich in einem Land, wo deutschsprachige Bevölkerung vermutlich die Mehrheit hat, nicht nur vermutlich sondern die Mehrheit hat, schon prägend ist, gesellschaftlich, und integrationserschwerend, weil der Spracherwerb, schon rein die Sprache lernen, nicht nur über ein Schulsystem funktioniert und nicht nur über Sprachkurse, sondern wo die reale Anwendung in einer Sprache im Alltag, und, nachdem wir das mit deutsch-italienisch nicht geschafft haben, wir untereinander, ist es natürlich erschwerend für Menschen aus Drittstaaten, wobei ich merke, dass ziemlich ein, das finde ich einen sehr spannenden Prozess, dass junge Menschen, also gerade junge, x „Zweiheimische“, sage ich jetzt mal Menschen, die im Kindesalter gekommen sind beziehungsweise hier geboren und aufgewachsen sind, diese Barriere, diese Konfliktbarriere zwischen den beiden Sprachen, die es einfach, ich glaube in vielen Köpfen deutsch-italienischsprachigen Köpfen gibt, diese Sprache nicht, Englisch viel leichter auf beiden Seiten zum Beispiel, die Barriere haben sie nicht, weil sie nicht in diesem

Konflikt, uralten Konflikt aufgewachsen sind und die deutsch und italienisch perfekt beherrschen, oder sehr, sehr, sehr, sehr gut, und auch den Dialekt schnell lernen, wenn sie das Schulsystem hier besuchen. Also ich glaube, wir sind momentan in dieser interessanten Zwischenphase, wo wir gewisse Prozesse mitbeobachten können, die Deutschland und Frankreich, oder Österreich, vielleicht schon vor sich hatten, weil sie halt schon die dritte oder vierte Generation haben, wir erleben sie live mit. Also ich merke es fast, täglich vielleicht nicht, aber im monatlichen Schritt, wie wirklich Sprachkompetenzen erworben werden und wie es, das bunte Miteinander, viel präsenter und im Alltag lebbarer wird, und da glaube ich, sind oft Menschen, die sechs, sieben andere Sprachen sowieso sprechen, ob die jetzt noch eine mehr oder zwei mehr, ist mehr bei uns so, dass das eben, deshalb mein Einwand am Anfang, ich rede tendenziell viel schneller auf Italienisch mit Menschen, die sichtbar Migrationshintergrund haben; warum weiß ich nicht, aber ich hinterfrage mich da oft, was hat es mit mir zu tun, Hochsprache zu sprechen zu müssen oder mich selber zu verlangsamen, und dass ist für mich, der Integrationsprozess, der eben Anpassung von beiden Seiten fordert, weil ich muss mich als Erstes genauso verändern, und gerade beim Hochsprache-Verwenden im Kontexten, wo nicht sicher alle Menschen ähm Hochsprache verstehen, äh die Dialektsprache verstehen oder die Hochsprache perfekt, oder Standardsprache, muss ja nicht gleich die Hochsprache sein, da muss ich als Erstes beginnen, das hat nichts damit zu tun, dass ich in zehn Jahren nicht mehr Dialekt sprechen werde, aber grundsätzlich mal die Möglichkeit zu schaffen, dass es jemand überhaupt verstehen kann, weil Dialekt lernen einfach noch einmal eine Stufe mehr ist, weil Dialekt ja eben kein Standard ist, der wird im Pustertal ganz anders als im Vinschgau oder wie in Klausen oder Brixen oder im Unterland...

H.P.: Ja. Ähm, also können wir schon sagen, dass die Integration, du sagst, dass es sehr wohl sehr so ist, dass vor allem junge Zweiheimische beide Sprachen und den Dialekt gut lernen, aber es generell Integration schon erschwert, wenn zum Beispiel in einem rein deutschsprachigen Raum wie Österreich oder Deutschland, wo es heißt „Lern deutsch“ . Bei uns, wenn jemand Italienisch kann, ähm, also wenn ein ausländischer Staatsbürger Italienisch kann, aber nicht Deutsch, dann ist er, halt, in den Augen anderer oder vielleicht auch in seinen eigenen Augen noch nicht so, vielleicht ist es so ein bisschen ein Makel, dass er, ja, dass er noch nicht so gut integriert wäre oder noch besser integriert sein könnte, rein von der Sprache her jetzt.

S.C.: Ja wobei ich eben glaube, dass wir alle, also die wenigsten bei uns sind zweisprachig effektiv, deswegen sind wir dann alle nicht int-, ich glaube, es ist auch ein Markenzeichen von Südtirol, nicht perfekt zweisprachig zu sein, für alle hier Lebenden. (lacht) Vielleicht ist man genau deswegen dann gut integriert, wenn man weiß, warum man die andere Sprache nicht kann (lacht) keine Ahnung, das ist jetzt überspitzt gesagt, aber ich glaube, Südtirol ist echt kein

Paradebeispiel für Zweisprachigkeit, wirklich nicht, wirklich ehrlich nicht, deswegen würde ich jetzt nicht bei den „neuen“ MitbürgerInnen beginnen, dort zu suchen, wo wir selber absolut nicht die Potenziale von so einer Chance nutzen. So, überspitzt zu sagen.

H.P.: Ja, genau deswegen, weil man sich, weil man was suchen will oder weil einem ein Italiener, wenn man aus einem Dorf kommt, ein Italiener einem schon fremd ist, und wenn jetzt jemand Italienisch spricht, der noch offensichtlich aus einem anderen Land kommt, der einem dann doppelt fremd ist und dann sind halt diese zweifache Barriere einfach da. Sagen wir mal, fremd und dann wird vielleicht, vielleicht noch Sachen gefordert, die man selber vielleicht nicht ganz so beherrscht, weil es auch mit Identifikation der Südtiroler selber zusammenhängt.

S.C.: Mh, eben ich glaube es hat viel mehr mit und zu tun als mit, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger spiegeln uns höchstens irgendwas, was wir bei uns selbst, wo es bei uns noch Ausschöpfungspotenzial gibt, sagen wir mal so. (lacht)

H.P.: *Ok, dann will ich jetzt noch zum Integrationsgesetz kommen.*

S.C.: Mh

H.P.: *2011 wurde in Südtirol eben zum ersten Mal so ein Gesetz verabschiedet, welches die Integration der ausländischen StaatsbürgerInnen regeln soll. Wie beurteilst du das Integrationsgesetz, also, welches Verständnis von Integration wir vermittelt, wie beurteilst du die im Gesetz beschlossenen Maßnahmen, zum Beispiel die Schaffung eines Integrationsbeauftragten für jede Gemeinde, die Errichtung einer Antidiskriminierungsstelle, der AusländerInnenbeirat, die interkulturelle Mediation.*

S.C.: Also, grundsätzlich gut. Ich meine Südtirol war eine der letzten Provinzen/Regionen, die so ein Gesetz verabschiedet hat, also es war höchste Zeit, und ich finde es grundsätzlich gut, dass ein Dokument gibt, auf das man sich berufen kann. Öhm, ich finde es sehr gut, dass darin diese Gemeindebeauftragten eingeführt sind, dass es eben auch auf Gemeindeebene sichtbar wird und Relevanz bekommt, dass man eben auch ein bisschen in eine Dezentralisierung geht, ein bisschen wenigstens, weil dies natürlich schon, wie es aufgebaut ist, das Gesetz, natürlich schon sehr (zögert) Landesregierungs-lastig grundsätzlich, also es wird wenig an andere delegiert, sage ich mal so, es ist schon viel dort und auf Landesebene, aber eben die Integrationsbeauftragten sich für mich ein gutes Beispiel, es wird auch in, die Vereine werden wenigstens einmal erwähnt, also es wird gesagt, dass auch in den Vereinen Integration gemacht wird, die interkulturelle Mediation wird sichtbar, also die gibt es ja auch schon lange und es gibt ja auch schon Kurse und Ausbildungen und so weiter. Manche Dinge, die es einfach schon gibt, werden sichtbar niedergeschrieben. So, aus der Sicht finde ich das Gesetz gut, grundsätzlich ist das Gesetz, so wie es letztendlich verabschiedet wurde, auch eine leere Hülle, die auch sehr viel

Potenzial hat oder eben auch nicht. Aber ganz viele von den Artikeln, steht daneben dabei, wird mit Durchführungsbestimmungen festgehalten in den Details, das heißt, viele Dinge stehen da eigentlich nicht drinnen, was es dann effektiv heißt, die werden dann erst in einem zweiten Schritt konkret und detailliert ausgearbeitet. Das Gesetz hat auch kein Budget in sich vorgesehen, wird vielleicht auch über eine Durchführungsbestimmung bestimmt (schmunzelt), weiß ich nicht, aber natürlich, ohne Geld gehen manche Dinge nicht, viele Dinge schon, das ist manchmal auch ein Vorteil, wenn nicht zu viel Geld da ist, aber jetzt, grundsätzlich funktioniert halt interkulturelle Mediation schwierig komplett kostenlos, jedenfalls die guten, qualifizierten Menschen machen es halt aus Arbeitsgründen, und das ist, hängt ziemlich in der Luft.

Kritikpunkte gibt s für mich schon, die eben, weil du es angesprochen hast, ein Hauptkritikpunkt ist für mich eben die Antidiskriminierungsstelle, die nicht, also die ist super, es ist wundervoll, dass es eine gibt und dass sie eingeführt wurde, wiedereingeführt wurde, weil die hat es ja auch schon gegeben, ähm, also, Neuerungen sind keine großen drinnen. Die Antidiskriminierungsstelle hat es auch schon gegeben, ist dann ausgelaufen aus Geldmangel, deswegen weiß ich nicht, wie die neue das überleben wird, wenn sie mal ins Leben gerufen wird. Der große Kritikpunkt an der Antidiskriminierungsstelle so wie sie Landesgesetz drinnen steht ist, dass sie nicht neutral und unabhängig ist, und das ist ein Riesen-Manko für die Antidiskriminierungsstelle, weil ganz viel, also bei der Abteilung Arbeit wird als Dienst für alle Bürgerinnen und Bürger eine Stelle eingerichtet, die in der Folge als Antidiskriminierungsstelle bezeichnet wird, ok? Ähm, bei der Landesabteilung Arbeit, wie viel Diskriminierung passiert auf Arbeitsebene, wie viel von Ämtern und Landeseinrichtungen genauso. Wie kann eine Stelle neutral funktionieren, wenn sie innerhalb von der Landesregierung angesiedelt ist? Stelle ich, und nicht nur ich, stellen wir, viele Organisationen, aber auch Parteien, ein langer Diskurspunkt, der leider überhaupt kein Gehör gefunden hat. Äh, es war zum Beispiel die Forderung, dass diese Antidiskriminierungsstelle bei der Volksanwaltschaft sein sollte, die eindeutig eine neutrale Stelle sein sollte, die Forderung wurde nicht gehört. Deswegen bin ich von dieser Antidiskriminierungsstelle nicht besonders beeindruckt. So, grundsätzlich. Aber eben, andere Sachen sind noch zu sehen, der Landeseinwanderungsbeirat, das werden dir andere noch besser erklären, von der Besetzung her kann ich jetzt nicht viel darüber sagen, aber von den Aufgaben, die er hat, so ein Zwischendings. Es ist nicht ganz klar, also es ist nicht jemand der, also der hat beratende Funktion und gleichzeitig, er hat beratende Funktion, er wird ernannt und nicht gewählt, also es sind schon, hat dann auch keine bindende Aufgabe und gar nichts, also was dieser Beirat dann soll, ob es nur ein politisches „Ok, wir haben halt so einen“ ist, kann ich dir wirklich dann erst sagen, wenn sich der wirklich sich mal trifft. Die treffen sich aber nur zweimal im Jahr. Der Auswahlprozess ist ein bürokratisches Ding der Unmöglichkeit, weil der jetzt gerade ernannt wird, deswegen weiß ich es ein bisschen, da sind die Durchführungsbestimmungen sehr detailliert, zum Teil absurd detailliert, aber ist halt so, aber

grundsätzlich dass Menschen mit Migrationshintergrund, also die direkt Erstbetroffenen von Migration und von Integration von der einen Seite mal gefragt und mit hineingenommen werden, sehe ich als gut. Ok? Die Illusion müssen wir uns glaube ich nehmen, dass, (zitiert) „acht Personen in Vertretung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger“, wenn die ernannt werden, wie es da drinnen steht, wer wen wie vertritt, bei acht Personen in Vertretung von einer so was von heterogenen Gruppe wie die Menschen mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsbürgerschaft, die es in Südtirol gibt, die aus über 130 verschiedenen Staaten kommen, mit unterschiedlichen Schulausbildungen, politischen Einstellungen, Herkunftsländern, Dauer der Anwesenheit – so was von heterogen, dass da acht Menschen gefunden werden, die diese Leute vertreten, ähm, ist sehr utopisch. Und ich glaube, wir müssen uns die Brille gut putzen und nicht in der Illusion bleiben, dass auch ausländische Vereinigungen von ausländischen MitbürgerInnen, dass die groß Vertretungsfunktion übernehmen können. Ja, weil ich mir denke, ich würde ins Ausland migrieren, und dann gibt's da eine Vereinigung für alle, keine Ahnung, wenn ich es jetzt mal klein mache, für alle Südtirolerinnen und Südtiroler im Ausland, und dann treffen wir uns alle im Schützenverein, dann werden halt auch sehr unterschiedliche Interessen drinnen sein und die werden halt...ja, oder im, keine Ahnung, im Biathlonverein, ist ja egal was es ist, wie viele Vereine gibt es denn in Südtirol für welche unterschiedlichsten, wir sind ja Meister in der Verein, im Vereinswesen, wie viele unterschiedlichste Vereine gibt es bei uns, um meinen zu können, dass dieser eine Verein der Senegalesen in Bozen alle Mitbürgerinnen und Mitbürger aus, mit Ursprung, mit Wurzeln im Senegal vertreten kann, ist glaube ich eher eine Illusion, ganz realistisch.

H.P.: Welche Punkte fehlen deiner Meinung nach im Gesetz, was hättest du dir gewünscht?

S.C.: (seufzt) Viel mehr die reale und effektive (ähm), der Blick auf das, Integration wirklich als zweigleisiger Prozess. Was hat denn das Gesetz wirklich mit mir, als hier geboren und hier Wurzeln, ähm, Person zu tun, also da hätte ich mir schon erwartet, dass ein bisschen klarer formuliert ist, das wird nicht, das kommt nicht, (ähm) es kommt im Artikel 1,1 vor, der Prozess des gegenseitigen Austauschs und Dialogs, und danach kommt das Thema gegenseitiger Austausch und Dialog nicht mehr vor beziehungsweise kaum mehr, also wirklich nicht. Es ist kein Artikel drinnen, der jetzt zum Beispiel wirklich sagen würde, ok, so wie eben der Artikel 15 drinnen ist, Zuwendung an Gemeinden und Bezirksgemeinschaften, dass da halt auch eines drin ist, der die Vereine aktiv mit hereinholt; da ist irgendwo ein Beispiel drinnen über die Sprachförderung, die eben auch über Schulen, Vereine und die außerschulische Kinderarbeit geht, aber was hat denn das mit den Kindern und Jugendlichen effektiv zu tun, also es fehlt schon das Aktiv-in-die-Verantwortung-Holen aller Menschen, also das Fordern und Fördern für alle, wäre meine Forderung. (lacht) Alle fordern und fördern.

H.P.: Du wurdest auch als externe Expertin zum Gesetzgebungsprozess des Integrationsgesetzes hinzugezogen. Wie war dein Eindruck vom Gesetzgebungsprozess, von den Akteuren...

S.C.: Also wir wurden dazugezogen, nur im Rahmen einer Anhörung, wir haben informell Druck gemacht, gemeinsam mit anderen Vereinen und Vereinigungen im Gesetzgebungsprozess, aber da waren wir nicht effektiv involviert, also niemand, also keine der Organisationen war effektiv involviert; es hat natürlich einzelne Vertreter der Landesgesetzgebungskommission, die dann sehr wohl auf die Organisationen und Vereine zugegangen sind und immer wieder im Austausch und Kontakt waren, das waren einzelne Menschen, über die wir informiert wurden, und da muss ich jetzt einfach den Riccardo Dello Sbarba nennen, weil das war die Person, die uns involviert hat und alle, die dann eben im Laufe des Prozesses gesagt hat, es macht Sinn, es macht Druck, dass eine Anhörung kommt, dass ihr zu dem ersten offiziellen, oder halt zu dem, einen der Gesetzesentwürfe Stellung nehmt, dass ihr eine Anhörung möchtet, das ist vorgesehen, das kann man machen, und dann wurden dann offiziell alle oder ganz viele Vereinigungen eingeladen, und die oew hat sich dann halt mit denen zusammengeschlossen oder abgesprochen, die in dem Bereich tätig sind und die wir besser kennen, wie eben die Caritas und der KVV oder eben auch die Rete per i diritti senza voce, die in dem Bereich in der Zeit eben auch sehr stark tätig waren; Und dann hat es diese famose Anhörung gegeben, bei der wir alle unsere Texte und Bedenken einreichen konnten und im Zuge dessen haben wir versucht, die Gesetzestexte nachzuvollziehen und zu lesen, was es da vorher an Vorschlägen gegeben hat, um eben zu verstehen, wie wir uns da gut einbringen können. Ein total spannender Moment, da waren sehr viele Vertreterinnen und Vertreter von allen möglichen Organisationen, große und kleine, und die Oppositionspolitiker waren bei der Anhörung auch anwesend, was mich erfreut und erstaunt hat, also es war ein gut gefüllter Saal da. Wir haben alles deponiert, effektiv durchgegangen ist kaum etwas von unseren Dingen, aber dafür habe ich einfach zu wenig Einblick, wie so politische Verhandlungsprozesse von einem Gesetzesentwurf funktionieren. Mein Eindruck ist, dass das, was vom Gesetz übrig geblieben ist, ein ganz, ganz magerer Abstrich von den Ausgangsvorschlägen ist und dass vermutlich gerade in der Vorphase eben besonders Parteien, die eben mehr soziale Aspekte miteinnehmen, sehr aktiv sind beim Ausformulieren von solchen Texten, und dann im Zuge, aber das ist jetzt alles nur Bauchgefühlmäßig, wenn ich mir die Texte so anschau, und dann eben sich hinentwickeln zu, so wie bei Verhandlungen, wo man zuerst so viel als möglich hineinpackt, damit dann halt irgendein Kern noch übrig bleibt. So ist mein Gefühl von dem Gesetz. Also die wichtigsten Elemente sind noch drinnen, weil sonst hätten ja die Parteien 40:00 dann nicht effektiv dem Gesetz zustimmen können, aber so a la, ich biete mal 100, dann bleibt 10 übrig (lacht), damit ich 10 habe. Deswegen, das ist mein Eindruck vom Prozess von so einem, vom dem Gesetz. Das habe ich jetzt mehr mitverfolgt, die anderen, eben, aber bei dem

gabs mal frühere Ausgaben, wo wesentlich, wo eben 100 drinnen war, dann später eben nur noch 60, dann 50 und so weiter, und irgendwann haben sie sich dann halt auf 20 oder 15 geeinigt, dass das dann auch durchgegangen ist.

H.P.: Glaubst du, dass auch die Wirtschaft angehört wurde und Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess hatte?

S.C.: Hm, angehört wurde sie, weil sie war bei der einen Anhörung wo ich dabei war auch dabei. Die Position der Wirtschaft war, also bei dem, bei der Anhörung, also die sozialen Aspekte interessieren wenig. Ein Artikel wurde dann eben effektiv angefochten, wo 's darum geht, dass die (Pause) 4. Gesetzgebungskommission hatte die Anhörung am 2. Mai (Pause) Artikel 12, der wars, der nicht gepasst hat, Wohnungs- und Aufnahmepolitik, eben Artikel 12,5, das war der, der eben ganz stark angefochten wurde von der Wirtschaft, wo eben, ich weiß nicht, ob s es im aktuellen drinnen ist, aber ich glaube, es ist noch drinnen geblieben, wo eben darauf hingewiesen wird, dass die Arbeitgeber die Bürger und Bürgerinnen von Nicht-EU-Staaten als Arbeitnehmer mit befristeten oder unbefristeten Arbeitsvertrag, die, die es beabsichtigen, einzustellen, müssen bestätigen oder Unterlagen vorlegen, wie diese ausländische Arbeitskraft untergebracht wird. Das Land kann Verfahren zur Kontrolle, das steht eben drinnen, und das hat der Wirtschaft gar nicht gepasst, weil sie sagen, die Latte ist zu hoch gelegt, und haben dann eben auch Druck gemacht, wir können auch auf die ausländischen Arbeitskräfte verzichten, so. Es war ein spannendes Duell zwischen Wirtschaft und Gesetzen, weil das effektiv EU-Richtlinien, also das sind Landes, das ist ein Landesdekret, nein, nein, das ist die „Legge Bossi-Fini“ von 98, das ist ein italienisches Gesetz, dass das vorsieht, da kann man überhaupt nicht dran rütteln, wobei es bei dem Gesetz ganz bestimmt nicht darum geht, dass die jetzt so gut untergebracht werden, es ist halt so ein Pro-Forma-Dings, damit halt was drinnen steht. Weil ich kenne niemand von meinen Freunden, die effektiv vom Arbeitgeber die Unterbringung, dass sich irgendjemand von denen um die, Unterbringung in irgend eine Weise gesorgt hätte, ganz, ganz wenige, bei den Saisonsarbeitern vielleicht, zum Teil in der Obstwirtschaft, aber grundsätzlich sonst kaum, würde ich jetzt mal sagen. Aber das war eben spannend zu sehen, wie es da unterschiedliche Perspektiven gibt, weil natürlich geht es den meisten eher in die Richtung, das Gesetz ist zu wenig streng argumentiert, zu wenig sozial, nicht, und dieser Punkt war eben der einzige ein bisschen sozialere sein könnte, dass der von der Wirtschaft als unzumutbar angesehen wurde, und ich glaube, eben, ja

H.P.: Welchen Einfluss haben deiner Meinung nach die Oppositionsparteien, unter anderem die Grünen, die hast du schon zum Teil erwähnt, und auch die Freiheitlichen auf den Inhalt des Gesetzes genommen, also glaubst du, dass, das Gesetz wurde auch im Landtag ein paar Mal behandelt, glaubst du, dass da auch vom Partito Democratico und der SVP, die das Gesetz

geschrieben haben, dass die beeinflusst wurden, auch durch einerseits die Grünen und andererseits die Freiheitlichen?

S.C.: Ma, ich glaube schon, ich glaube, es sind ja in diesen Gesetzgebungskommissionen immer alle vertreten, also wer auch immer da mitarbeiten möchte; ich habe jetzt gerade geschaut, wer die Mitglieder der 4. Kommission sind, und die ist schon auch heterogen. Also, wenn ich da nur in der 4. Kommission anschau, ist von jeder Partei einer, vielleicht von der SVP zwei, aber sonst auch nicht, da sitzen jetzt wirklich das ganze Spektrum von Mitte rechts bis Mitte links, deutsch- und italienischsprachig. Ich glaube, die haben sehr wohl alle Einfluss genommen, es ging halt, eben, ich glaube es war zum Schluss hinaus einfach ein Kräfteressen der, wie schaffe ich welche Punkte von mir hineinzubringen, weil eben die vorherigen Vorschläge eben ziemlich irrelevant im Endprozess waren, ich glaube eben, wie gesagt, die ersten Vorschläge waren ziemlich stark von Mitte links verfasst und in diese Richtung auch formuliert, und die Endprodukte sind dann eben ein Kompromiss, wo dann auch die Mitte rechts Parteien ihren Einfluss darauf genommen haben, was ja auch grundsätzlich in einem demokratischen Land etwas Gutes ist, wenn alle Parteien mitreden; führt natürlich eben auch dazu, dass dann eben ein Schatten von einem Gesetz herauskommt, das alles und nichts besagt, weil es nur einen Rahmen gibt, und dann in den Durchführungsbestimmungen bestimmt wird, ja.

H.P.: Also würdest du, also hat sich der Inhalt des Gesetzes im Vergleich zwischen dem ersten und dem endgültigen Entwurf, hat sich auf alle Fälle verändert, eben, wie du vorher angemerkt hast, dass der erste eher die

S.C.: Welcher ist für dich der erste?

H.P.: Ja der aus dem Jahr 2010, der Ende 2010

S.C.: Na, der hat sich nicht mehr wesentlich verändert, also die Veränderungen waren vorher noch.

H.P.: Oder ja, die Veränderungen vorher noch, von dem

S.C.: Von dem sind einzelne Worte nur noch, also von dem bis zum Endprodukt, wenn du es dir durchliest, hat sich nicht mehr ganz viel verändert

H.P.: Mh

S.C.: Meiner Meinung nach. Es waren eben manche Forderungen drinnen, die eben, wie die 5-Jahre-Ansässigkeit und diese starken Kriterien, die waren drinnen und sind drinnen geblieben zum Beispiel. Die waren vorher nicht drinnen, in den früheren, in dem Sprung, der Sprung von 2010 auf 2011 ist der stärkere Sprung gewesen als der von Anfang 2011 auf Ende 2011

H.P.: Schon, aber von dem von 2010 bis zum Endprodukt hat sich schon viel verändert...

S.C.: Hat sich schon, aber nicht, von dem, vom September 2010 auf die Zwischenausgabe von 25. 1.2011 und dann 2011, November, hat sich relativ viel verändert, ja ja, absolut. Da hat man einen, weil ich eben glaube, dass dieser 2010er Entwurf noch viele Dinge enthalten hat, die eben wahrscheinlich aus der Mitte links Zone kommen, um es politisch zu formulieren, und im Endspurt vermehrt alle noch mal draufgeschaut haben, und dann eben auch Diskussionen, weil effektiv öffentlich, in den öffentlichen Diskurs gekommen ist das Gesetz ja erst im Jänner 2011, wo es dann in den Zeitungen präsent war, aber der Prozess zu dem Gesetz hat natürlich schon vorher begonnen. Deswegen, die ersten Vorschläge und so weiter gabs natürlich vorher schon, nicht, aber da war es einfach noch nicht so politisch diskutiert oder im Zeitungsdiskurs, in den Medien, so da war eher so die Hintergrundliga, die da diskutiert hat.

H.P.: Weil du es jetzt sagst, ich habe einmal eine Pressemitteilung gelesen, der Obmann der Südtiroler Volkspartei, Theiner, spricht schon 2009 davon, dass das Integrationsgesetz das wichtigste Gesetz der kommenden Landtagsperiode sein wird

S.C.: Genau

H.P.: Es wird sozusagen oft, im vornehinein wurde darüber geredet, und der erste Entwurf ist schon aus dem Jahre 2009

S.C.: Genau

H.P.: Und trotzdem hat es eine sehr lange Anlaufzeit gebraucht, bis sozusagen endlich das, ein Gesetz beschlossen wurde

S.C.: Ja, eben, der erste Gesetz, wir haben ja auch einen Entwurf von 2009, dann von 2010, aber es war ein sehr, sehr langer Prozess, und einer, meines Erachtens eben, wie sagt man da am besten, ein Zuschneidungsprozess, das Gesetz wurde einfach von einem Potential von 100 herunterdiskutiert auf einen Kompromiss, der dann für alle Gewählten im November 2011 für alle tragbar war, oder für die meisten, ich weiß nicht, ob effektiv jemand dagegen gestimmt hat

H.P.: Ich glaube schon

S.C.: Ich glaube schon, dass es sicher Gegenstimmen gegeben hat, sonst wäre es nicht durchgegangen eben, halt sonst wäre es, es war dann halt eines, mit dem die meisten leben können. Die ganz, ganz links gerichteten können mit dem nicht leben, und die ganz, ganz rechts gerichteten mit dem wahrscheinlich auch nicht leben

H.P.: Wenn du jetzt, zur Abschlussfrage, das Positionspapier der SVP vor Augen hältst, Fordern und Fördern, und dann andererseits das Integrationsgesetz, in dem nicht nur die SVP,

sondern in Koalition mit dem Partito Democratico ausgearbeitet hat, findest du diese Linie der SVP, die schon beim Positionspapier war, findet die sich auch wieder im Gesetz? Also natürlich gab es auch noch andere Parteien, andere Akteure, die auch Einfluss oder; Glaubst du, dass es ein Interesse der SVP war, es auch so umzusetzen, wie es damals im Gesetz, äh, Positionspapier formuliert hat?

H.P.: Ma, würde ich schon sagen. Ich habe jetzt nicht wesentlich komplett neue Dinge dann gelesen, die Prioritäten sind vielleicht unterschiedlich gesetzt, das Thema Sprache und Bildung kommt im Integrationsgesetz ganz, ganz stark auch vor, also in Artikeln, das heißt dann nicht viel, aber geben tut es es schon. Zum Teil sind manche Punkte von mir aus gesehen im Fordern und Fördern-Papier sozialer formuliert als im Gesetz effektiv, weil eben die Integration der gesamten Familie, so der Blick auch auf die schwächeren Mitglieder fehlt im Gesetz schon ein bisschen, so von der Grundüberlegung. Wenn ich jetzt den Punkt 7 hernehme, Integration als Investition in den sozialen Frieden, dann braucht es zum Investieren halt eben auch Geld, (lacht), ich will jetzt nicht so auf der Geldschiene pochen, aber wenn man etwas investiert, dann muss man das auch effektiv tun, und das fehlt ein bisschen so, grundsätzlich; Eben, Integration fordern und fördern, ich glaube, wenn der Spruch da Fordern und Fördern von Integration auf alle angewandt wird, die hier leben, das ist eine gute Forderung, kann man gerne den Schützenverein, an die Landwirte, Sportvereine, an die oew, an wen auch sonst noch, gut weitergeben, und das von allen fordern.

H.P.: Gut, ich glaube, da lassen wir als gutes Schlusswort stehen. Danke für das Interview, Sonja.

S.C.: Danke dir.

H.P.: Darf ich mich eventuell noch mal melden, falls noch Fragen auftauchen

S.C.: Ja, logisch!

Transkription Interview Philipp Achammer; 27.3.2013; Bozen, SVP-Zentrale

H.P.: PD-Chef Bersani will ausländischen StaatsbürgerInnen den Zugang zur Staatsbürgerschaft erleichtern, der PD in Meran fordert eine Ehrenbürgerschaft für ausländische StaatsbürgerInnen, die in Meran geboren sind – das Thema ist also beim

Koalitionspartner der SVP, dem PD, in aller Munde, sehr präsent. Welchen Stellenwert besitzt das Thema Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen für die Südtiroler Volkspartei?

P.A.: Ja zuerst muss man sicherlich sagen, was den PD betrifft: Wir haben zwar ein Abkommen, wenn man das jetzt auch in Bezug nimmt zu den Abkommen für die Parlamentswahlen, ein Abkommen abgeschlossen, das aber ausschließlich die Autonomie betrifft, und kein ideologisches Abkommen ist, wir haben auch in verschiedenen Punkten, die vor allem auch zum Beispiel diese Punkte betreffen, sicherlich auch unterschiedliche Ansichten, denn wenn man zum Beispiel über den Punkt Staatsbürgerschaft sprechen würde, dann kann ich mich eher mit dem Konzept Österreichs, mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz identifizieren, wo glaube ich der Integrationsstaatssekretär Kurt glaube ich einen sehr guten Ansatz gefunden hat, mit dem Leitsatz „Integration durch Leistung“, dass man also auch die Einbürgerung an eine Integrationsleistung koppelt, und ich finde das einen sehr guten Ansatz, denn Integrationsbereitschaft, Integrationsleistung, Erfolge in der Integration sollen belohnt werden; Integrationsunwilligkeit in dem Sinne soll auf jeden Fall auch einen Nachteil in der Einbürgerung darstellen. Ich glaube, das ist der richtige Ansatz und deswegen haben, denn das würde 1:1 sich auf unser Positionspapier übertragen oder auf unsere Position als Partei „Fordern und Fördern“, das heißt Integration fördern durch Maßnahmen von Seiten des Landes, damit Integration stattfinden kann, Integrationsmaßnahmen fördern, die auch viel Geld kosten, aber auch Integrationsbereitschaft, das sich Halten an die Pflichten, die einfach unmissverständlich bestehen, auch das einzufordern. Das eine ohne das andere kann es nicht geben, also Integration muss gefördert werden von Seiten der öffentlichen Hand, von Seiten der Verwaltung, aber Integration bringt auch die Bereitschaft, oder muss auch die Bereitschaft bedingen des Zugewanderten, ich integrieren lassen zu wollen oder sich integrieren zu wollen. Also da bedingt sich, das eine das andere unmissverständlich, und ich glaube deswegen sollten sich alle politischen Maßnahmen in diesem Bezug diesem Grundkonzept, an diesem Grundkonzept ausrichten. Eben, also wie gesagt, Integration durch Leistung, meines Erachtens, das Konzept das Österreich jetzt gewählt hat jetzt, bringt es eigentlich sehr, sehr gut auf den Punkt. Ja, vielleicht...

H.P.: Also du hast schon angesprochen das Konzept „Fordern und Fördern“ aus dem Jahre 2010, wo die SVP ihre Positionen zum Thema Migration/Integration dargelegt hat. Wer hat denn diese Leitsätze formuliert? War es die Antragsgruppe Integration? Wie verlief der Prozess der Formulierung, weil die SVP ist eine Sammelpartei, wo, die unterschiedliche Positionen zu dem Thema, auch Umgang mit dem Thema Integration, zusammentreffen

P.A.: Mh

H.P.: Wie verlief dieser Prozess der Formulierung?

P.A.: Also der Prozess war folgendermaßen: Es hat damals eine junge Antragsgruppe gegeben, die eigentlich die Initiative gesetzt hat und gesagt hat, es wäre wichtig, dass sich die Partei einfach die Position zum Thema Integration, weil das Thema Integration oder viel mehr, Zuwanderung, ein sehr gefühltes und sehr emotionales Thema ist, wieder auf eine Vernunftebene zurückführt, und versucht, die Position einfach klar zu Papier zu bringen, da wir auch im Laufe der Diskussion immer wieder gefragt wurden, was ist überhaupt eure Position zu diesem Thema? Oder wie geht ihr, vor allem mit einer stark steigenden, jetzt wieder weniger stark steigenden, aber immer noch steigenden Zuwanderung in Südtirol um? Und dann war sofort eigentlich der ganze, aber auch alle Parteigremien, das ist ein Thema, wo alle, möglichst alle Interessengruppen eingebunden werden müssen. In erster Linie die Sozialpartner, das war ganz, ganz wichtig, wesentlich auch an diesem Positionspapier moderiert oder Art und Weise haben, der Wirtschaftsflügel der SVP, der Arbeitnehmerflügel und auch die Landwirtschaft gearbeitet, weil es einfach in diesen Bereichen unmittelbar Zusammenhänge schon gibt. In Südtirol passiert Zuwanderung im Wesentlichen aufgrund von Arbeitsgründen, aufgrund von Wirtschaftsgründen, weil es die Wirtschaft nach wie vor Arbeitskräfte in verschiedenen Bereichen braucht, gerade deswegen war die Einbindung der Wirtschaftsseite wichtig, war gleichzeitig wichtig die Einbindung der Landwirtschaft, weils natürlich viele Saisonsarbeitskräfte, ausländische und so weiter, in der Landwirtschaft tätig sind, und auf der Arbeitnehmerseite, weil es einfach ein starkes Thema vor allem im Bereich Wohnung, im Bereich Arbeit ist, wo vor allem auch die Arbeitnehmer ihre Kompetenz mit einbringen konnten. Uns zusätzlich haben wir schon darauf Wert gelegt, dass auch andere Gruppierungen, die Jugend, auch die Frauen, die Senioren, es gibt ja immer wieder in den verschiedenen Bereichen, jede Gruppierung hat an und für sich für sich einen Bereich, der mehr diejenige Gruppierung trifft, beispielsweise nur die Senioren hervorzunehmen, ist sicherlich der Bereich Pflege auch von ausländische Zugewanderten wird in Zukunft eine starke Rolle spielen. Oder auch die Pflegekräfte, die sogenannten „Badanti“, die eben auch zuwandern nach Südtirol, das vielleicht auch mehr die Seniorenbewegung betrifft. Wir haben halt so viel wie möglich auch versucht innerparteilich diese Gruppierungen zusammenzubringen, und es ist schon gut, dass wir dann ein Papier zustande gebracht haben, das eigentlich, glaube ich schon, eine sehr vernünftige Position zum Ausdruck gebracht hat. Zum Einen, das war uns, der Antragsstellergruppe wichtig, geht sie von den Grundwerten der SVP aus, von den christlich-sozialen Grundwerten, und christlich-soziale Grundwerte heißt nicht nur alles durch die rosarote Brille zu sehen, im Gegenteil, sondern einfach dass das Grundprinzip sein muss, und das darf ja auf keine Weise in Frage gestellt werden, „Jeder Mensch, egal welcher Herkunft, verdient sich den notwendigen Respekt, die notwendige Toleranz, die notwendige Rücksicht auch, das ist unabhängig von der Herkunft. Das war einmal der Grundaussgangspunkt, und der ist für mich persönlich auch sehr, sehr wichtig, weil uns diese Ansicht, und die muss zum Ausdruck

gebracht werden, auch von anderen unterscheidet. Dass man wirklich sagt, egal welcher Herkunft, Voraussetzung ist Verständnis, auch als Grundprinzip Solidarität, Respekt und Toleranz. Wenn das nicht gegeben ist, dann kann man auch nicht über Integration diskutieren. Und dann war der zweite Ansatz zu sagen, welche Maßnahmen bestehen bereits auf Landesebene, wo besteht Handlungsbedarf, und was sind die, im Grunde genommen, wichtigsten Bereiche, im Grunde genommen wichtigsten Bereiche zur Integration: Integration durch Arbeit, Integration durch Sprache, vor allem, vor allem diese beiden Bereiche, Integration durch Bildung, also da sind verschiedene Bereiche eben, oder sicherlich sie zentralsten Bereiche, Integration im Vereinsleben, durch Partizipation, also die verschiedensten Bereiche also aufgezählt worden, und unser Anspruch war schon, dass es nicht von der Maßnahmenseite, aber von der grundsätzlichen politischen Ausrichtung die Basis für das Integrationsgesetz darstellen soll. Dann ist auch der zuständige Landesrat, der ja der Landesrat Roberto Bizzo ist, auch eingeladen worden in diese Gruppe, die das Gesetz ausgearbeitet hat, um dort einfach Bericht zu erstatten, wie weit ist das Integrationsgesetz, was gibt es da welche Bereiche, die da Eingang finden müssen, und wir einfach noch einmal unsere Position erklärt. In dem Sinne ist es eigentlich sehr, sehr wichtig gewesen, das zu machen, auch jetzt einfach als politisches Profil oder auch als klare politische Differenzierung gegenüber anderen Parteien, zu sagen, was ist unsere Position zu diesem Thema.

H.P.: Mh

P.A.: Das ist vielleicht...

H.P.: Also, das Integrationsgesetz und welche Rolle die SVP dabei gespielt hat, möchte ich nachher noch kurz zu sprechen kommen...

P.A.: Mh

H.P.: Zuerst möchte ich nochmal auf den Titel des Positionspapiers eingehen, und zwar, der lautet ja „Fordern und Fördern“ ...

P.A.: Mh

H.P.: Also steht das Fordern, das gewissermaßen Pochen auf die Pflichten von ausländischen StaatsbürgerInnen...

P.A.: Mh

H.P.: vor dem Fördern, also dem Gewähren von Rechten an diese ausländischen StaatsbürgerInnen?

P.A.: Mah, ich glaube, es geht Hand in Hand. Wobei man schon voraussetzen muss, wenn man das als Fordern überhaupt bezeichnen möchte, dass es in jeder Gemeinschaft, in jedem Staat, Regeln gibt. Und diese Regeln sind im Wesentlichen durch die Verfassung und die geltenden Gesetze gegeben. Und wenn das, ein erster Punkt, wenn man es als Fordern bezeichnen möchte, dann kann man sagen, dass es Grundvoraussetzung ist. Denn jeder Mensch, egal in welcher Gemeinschaft er sich befindet, muss sich an gewisse Grundregeln halten. Und ich kann auch nicht in Diskussion stellen, dass diese Grundregeln, die sich eine Gemeinschaft ja selber gegeben hat, in Frage gestellt werden. Und für mich ist es wesentlich, durch die geltende Verfassung, die ja verschiedene Rechte und Pflichten vorsieht, aber auch durch die geltende Gesetzeslage, Zivilgesetz und so weiter, das auch wieder Rechte und Pflichten gewährt. Wenn man das als Fordern vielleicht bezeichnen möchte, dann ist es sicherlich erste Voraussetzung, weil das ist ein nicht diskutabler Punkt, welche Voraussetzungen es gibt. Trotzdem glaube ich, dass Fordern und Fördern sonst, was die Integrationsleistung betrifft oder Integration insgesamt, Hand in Hand gehen müssen, das heißt, es muss, und auch das war ein Thema, das wir sehr, sehr oft angesprochen haben, auch in diesem Prozess der Ausarbeitung dieses Papieres, es muss unbedingt auch eine Förderung von Integration in Form von monetärer Leistung zu Maßnahmen, nicht monetäre Leistungen in Form von Beiträgen oder Sozialleistungen, muss es dort, wo Hilfsbedürftigkeit ist, wo wirklich, wo es diese auch braucht, natürlich auch geben, aufgrund von verschiedenen Kriterien, aber jetzt vor allem monetäre Leistung in Integrationsmaßnahmen: Sprachkurse, Einbindung in die Arbeitswelt, vor allem im Bereich Bildung, das ist sicherlich ein großer Schwerpunkt, aber auch im Bereich Partizipation, Einbindung in Vereine und so weiter; Dass darf auch nicht zur Diskussion gestellt werden, dass auch Geld investiert werden muss. Aber für uns war immer der Ansatz der: Das Geld ist zehnmal besser investiert, als wenn man in einem zweiten Schritt vielleicht aufgrund von Nicht-Integration soziale Spannungen da hat, und es zu diesen Spannungen kommt, die, unter rein volkswirtschaftlichen Aspekt sieht, wieder Geld kosten. Also dieses Geld ist gut investiert, deswegen muss das Hand in Hand gehen, aber wenn ich schon, ich komme wieder aufs Fordern zurück, wenn ich schon Fördere, Sprachkurse, Einbindung in Vereine, Arbeitswelt und so weiter und so fort, dann muss ich auch voraussetzen können, dass auf der anderen Seite die Bereitschaft, an diesen Maßnahmen teilzunehmen, gegeben ist. Denn sonst kann man wieder auf das Grundprinzip der Gemeinschaft zurückkommen, sonst kann eine Gemeinschaft als solche einfach nicht funktionieren, wenn einfach diese Bereitschaft nicht besteht. Deswegen, denk Hand in Hand, mit der Voraussetzung oder mit der ganz klaren Vorgabe, das Fordern von ,eben, von der Respektierung der Rechtsordnung das geht voraus, also das muss Grundprinzip sein, dass geht jedem Mensch so, wenn ich morgen irgendwo anders arbeite, dann muss ich auch wissen, welche Regeln gibt es in dieser Gemeinschaft, dort wo ich arbeite, das muss vor allem stehen. Das sind einfach Punkte, über die man nicht diskutieren kann.

H.P.: Du hast es vorher angesprochen, das Integrationsgesetz vom österreichischen Staatssekretär Sebastian Kurz, also das sieht ja auch Leistung als erfolgreiche Integration an...

P.A.: Mh

H.P.: oder als einen Faktor für erfolgreiche Integration. Was sieht die SVP denn als Merkmal einer erfolgreichen Integration an, wie immer man das auch deuten will?

P.A.: Mah, sicherlich, sicherlich, Grundvoraussetzung ist einfach Sprache. Die Kenntnis einer, jetzt bewusst gesagt, bei Südtirol muss man das auch respektieren oder berücksichtigen, besser gesagt, ist wieder eine andere Situation. Wir haben mehrere Landessprachen, und die Kenntnis einer Landessprache ist einfach Voraussetzung für Integration, um überhaupt reden zu können, ich meine die Kommunikation, der Dialog ist Voraussetzung, damit Integration zustande kommt. Also ein Merkmal für gelingende Integration sicherlich einmal die Kenntnis der Landessprache, und dann, das muss oder ist glaube ich sicherlich das Hauptziel, in einem zweiten Schritt ist, Integration sollte auch so stattfinden, dass es heißt, Einbindung in die Gemeinschaft, ins Vereinsleben, in die verschiedenen Gemeinschaften, in die schulische Gemeinschaft, in Vereine vor Ort, also in den verschiedenen Bereichen. Das würde ich jetzt schon aber in einem zweiten Schritt wieder so sehen, weil man muss auch respektieren, wenn ein Mensch sagt: Ich will nicht in Vereinen teilhaben und so weiter, ich will mein Privatleben, weil es gibt genau so viele Einheimische, die dasselbe tun (lacht), die auch nicht sich in Vereine integrieren, aber ich glaube schon, Grundvoraussetzung, es wird oft als Integration, wie gesagt, wie wir davor diskutiert haben, als Integration das Einhalten von Regeln bezeichnet. Aber das Einhalten von Regeln, Rechtsordnung, Gesetz und so weiter, das ist für mich nicht Integration, das ist für mich eine Grundvoraussetzung. Integration heißt für mich Sprachkenntnisse in erster Linie, um einfach diskutieren zu können. Und was ist das Ziel von Integration, das es nicht ein Nebeneinander gibt oder eine wirklich losgelöste Gemeinschaft von Zugewanderten, und da ist einfach die Grundvoraussetzung die Begegnung, und Begegnung findet nur dann statt, wenn man sich miteinander unterhalten kann. Deswegen zuerst Sprache, und dann in den nächsten Schritten Einbindung in verschiedene Gemeinschaften, Arbeitswelt, schulische Welt, Vereine und so weiter und so fort. Aber ich würde schon sehr, sehr stark Integration an Sprache festmachen.

H.P.: Wie haben vorher schon kurz davon gesprochen, innerhalb einer Sammelpartei wie der SVP treffen verschiedene Verständnisse von Integration aufeinander - wie schwierig ist es denn oder war es denn, eine gemeinsame Position zu finden, mit der alle Fraktionen innerhalb der SVP leben können?

P.A.: Es war überraschenderweise gar nicht so schwierig, weil die Grundvoraussetzung, wie gesagt das Papier, sich wirklich an Grundpositionen orientiert hat, und die Grundposition, die in

unserem Parteiprogramm ja schon steht, das über alles steht sozusagen, und in unserem Statut, also eine christlich-soziale Ausrichtung, also die wesentlich menschlichen Ausrichtungen, die alle gleich sehen, und das ist wichtig gewesen, das man wirklich sagen konnte, wir sind eine Wertegemeinschaft; das war wichtig zu erkennen bei dieser Diskussion, so dass es nicht riesige Unterschiede gegeben hat in Ansichten, da gibt es in der Diskussion mit anderen Parteien viel größere Unterschiede. Aber innerhalb unserer Partei hat man schon dann gemerkt, wir sind, wir leben, wir arbeiten in einer Wertegemeinschaft, wo die Grundpositionen nicht in Frage gestellt werden. Also, dass wir, wie gesagt, unser Gedankengut, nicht nur das christlich-soziale, sondern auch das Prinzip des europäischen Gedankenguts, das auch schon viel sagt in diesem Bereich und so weiter, sondern überraschenderweise war es nicht schwer. Dann in den Details natürlich, wenn es dann darum geht, vor allem, um Sozialmaßnahmen, um Einbindung, oder auch um den Beitrag, den zum Beispiel die Wirtschaftsseite zur Integration leisten sollte und so weiter, in den Details gibt es dann mehrere unterschiedliche Ansichten von der Arbeitnehmer- und der Wirtschaftsseite, wer trägt jetzt ausreichend dazu bei und wer nicht, das sicherlich. Aber insgesamt war es trotzdem, muss man feststellen, war es relativ, war es nicht schwer zumindest, so eine Position zustande zu bringen, weil wir einfach auch sehr, sehr faktenorientiert in den Details gearbeitet haben, so wirklich uns die Situationen angeschaut haben, wie viel überhaupt, wie groß ist der Prozentsatz, wie groß ist die Notwendigkeit, werden wir aufgrund von Schätzungen auch in Zukunft eine Zuwanderung haben aufgrund von Arbeitskräftemangel oder Fachkräftemangel und so weiter. In den Details war es vielleicht beim einen oder anderen Punkt unterschiedliche Ansichten, aber alles in allem war es nicht schwer, zu einer Position zu kommen, die dann auch besprochen worden ist, das habe ich vielleicht vorher vergessen, mit allen Ortsobleuten der Partei auf einer großen Konferenz, wo das nochmals beleuchtet worden ist, wo wir auch ein Sommerforum zu diesem Thema organisiert haben, wo verschiedene Politiker und Integrationsbeauftragte aus anderen Regionen da waren, und wo eigentlich schon immer wieder ich persönlich zum Schluss gekommen bin, man sieht eigentlich trotz dass die SVP, trotz der verschiedenen internen Strömungen und unterschiedlichen Alters- und Interessensgruppen eine Wertegemeinschaft ist und bleibt.

H.P.: Mh. Im Vergleich zum Papier aus dem Jahre 2007 der SVP-Mandatare Pahl, Ladurner, Munter, Lamprecht wirkt das Positionspapier aus dem Jahre 2010, das auch ein gesamtparteiübergreifendes Papier ist, weniger restriktiv, also im Umgang mit Religion der ausländischen Staatsbürger, im Umgang mit Integration als beidseitiger Prozess. Hat sich die Wahrnehmung in der SVP in Bezug auf die Integration ausländischer StaatsbürgerInnen verändert seit damals? Und wenn ja, warum?

P.A.: Man muss schon vielleicht sagen, das war damals ein Positionspapier von verschiedenen Exponenten, und nicht in dieser Form ein Positionspapier, so wie das Positionspapier „Fordern

und Fördern“ von der Gesamtheit der Partei erarbeitet worden ist. Aber es hat vorher Positionspapiere verschiedene gegeben, also der Jugend, der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, der Senioren, genau so wie eines davon auch das Positionspapier der damaligen Exponenten war. Also ich würde es zumindest nicht als Gesamtposition der Partei bezeichnen, das muss ganz offen gesagt werden, es hat jeder das Recht, als Mandatar natürlich seine Position darzulegen und auch für diese Position innerhalb der Partei Mehrheiten zu suchen. Damals war es einfach eine Position, die sicherlich sehr akzentuiert war in verschiedenen Punkten, und auch sehr kritisch, vor allem was auch beispielsweise die Richtung Islam und Muslime betrifft, aber insgesamt ist es das Papier, das wir jetzt ausgearbeitet haben oder das jetzt geltende Linie für die Gesamtpartei ist, es ist wirklich auf breite, auf eine breite Basis gestellt worden, und da haben wirklich sehr viele daran mitgearbeitet. Und ich würde jetzt einfach nicht so sehr sagen, hat sich die Position verändert – sicherlich verändert sich insgesamt betrachtet, jetzt weniger auf dieses Papier, die Position selbstverständlich dadurch, dass sich die Umstände ändern, die Rahmenbedingungen ändern, dass mehr Zuwanderung in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, dass es auch durchaus, und das ist uns auch immer wichtig gewesen, man ja nicht soll die Augen verschließen vor den Schwierigkeiten der Integration, sondern die offen ansprechen soll, und diese Schwierigkeiten vielleicht noch mehr in den vergangenen Jahren da waren, also, oder beziehungsweise jetzt noch mehr ausgearbeitet werden mussten, also es hat sich sicher aufgrund der verschiedenen Umstände oder einfach der Fakten der Umstände, hat sich die Sicht vielleicht verändert, aber trotzdem, wie bereits gesagt, das ändert nichts daran, dass das Papier auch zeitlos ist. Weil das Papier in dem Sinne zeitlos ist, weil es eine Grundposition, eine politische, und nicht nur einen an den jeweiligen Moment gebundene politische Position zum Ausdruck bringt. Deswegen würde ich sagen, das ist eine Grundposition, die jetzt sicherlich Parteilinie ist und auch gilt. Und deswegen war es ja auch ursprünglich diese Initiativgruppe, die die Initiative gesetzt hat, weil damals eben die Meinung da war, wir sind in diesem Thema, bei diesem Thema bewegen wir uns einfach viel zu sehr an der Oberflächlichkeit. Deswegen wollte man einfach mal in die Tiefe gehen und ins Detail gehen, ja

H.P.: Mh, kommen wir zum nächsten, zum dritten Bereich, zum Selbstverständnis der SVP und der Auswirkung auf Integration. Also die SVP betont im Positionspapier „Fordern und Fördern“, wie du vorher gesagt hast, dass sie Kenntnisse der Landessprachen oder einer Landessprache grundlegend für eine Integration sind. Welche Rolle spielt denn das Erlernen der deutschen Sprache im Vergleich zur italienischen Sprache zum Beispiel, im Integrationsverständnis der SVP?

P.A.: Man muss natürlich klar sagen, dass Integration in Südtirol natürlich wiederum, an und für sich ein eigenes Thema dadurch schon ist, durch das Bestehen verschiedener Sprachgruppen, weil automatisch, und das hat man auch in der Diskussion gemerkt, Integration immer auch

gesehen wird als lang, was bringt das welche langfristigen Auswirkungen. Nachdem die Zahl der Ausländer inzwischen beträchtlich ist, oder der Zugewanderten besser gesagt inzwischen beträchtlich ist, auch eine Verschiebung in der Stärke der Sprachgruppen mit sich, das muss ganz, ganz offen angesprochen werden. Es muss auch ganz offen angesprochen werden, dass bisher im Verständnis der SVP oder insgesamt auch in der Haltung, vielleicht hängt das auch ein bisschen mit der Haltung als Minderheit zusammen, dass man bisher die Integrationsarbeit sehr stark der italienischen Sprachgruppe überlassen hat. Auch aus dem Umstand, dass die italienische Sprachgruppe sicherlich Staatsvolk ist, sozusagen, also einfach die Mehrheit auf Staatsebene stellt, man hat es, also allein von den Zahlen, Schulen usw. Ist die Tendenz recht stark da, dass Zugewanderte sich mehr in die italienische Sprachgruppe integrieren als in die deutsche. Und das war auch ein sehr delikater Punkt, den wir offen angesprochen haben, es ist für uns auch wichtig, dass die Zugewanderten gleichermaßen in die, das wird schwer möglich sein, aber zumindest annäherungsweise in die verschiedenen Sprachgruppen integriert werden. Es kann nicht sein, dass wir sagen, „Es ist uns eh recht, dass sie vielleicht Italienisch lernen, aber mit Deutsch nichts zu tun haben“. Also, je nach verschiedenen Gemeinschaften, oder es hängt sicherlich auch davon ab, wo Integration stattfindet, in Südtirol vor allem im städtischen Gebiet, natürlich ist mehr, wenn man über Bozen spricht beispielsweise mehr die italienische Sprachgruppe, in dem Sinne das stärkere Argument zur Integration, weil einfach mehr Italiener in Bozen ansässig sind. Aber für uns ist es wirklich wichtig, dass Integration auch in die deutsche Sprachgruppe stattfindet, nicht so sehr, immer mit dem Hintergedanken, sonst wird die italienische Sprachgruppe halt die deutsche Sprachgruppe in Zukunft kleiner werden, das soll nicht das vorherrschende Argument sein, aber es ist einfach insgesamt nicht gut, dass man einfach, Integrationsarbeit ist eine Arbeit der Zugewanderten wie auch der Einheimischen, Integration passiert ja nicht von einer Seite, sondern ist ein beidseitiger Prozess, aber man kann da nicht sagen, wenn es ein beidseitiger Prozess ist, dann ist es nur ein Teil der Einheimischen, die diesen Anteil dieses beidseitigen Prozesses übernehmen, sondern alle. Und das heißt, Integration gleichermaßen in alle Sprachgruppen, das ist delikat, das muss man aber offen ansprechen, das würde aber auch heißen, dass aufgrund der vorherrschenden Zahlen sicherlich mehr Integration in deutschen Schulen stattfinden muss. Da bisher sicher der große Anteil in italienischen Schulen stattgefunden hat, aber das muss so offen angesprochen werden, dass es auf jeden Fall bei allen Sprachgruppen stattfinden soll, und sicherlich gibt das in Südtirol noch einmal spezielle Frage. Wir verlangen aber auch, dass bei verschiedenen Maßnahmen die deutsche Sprache beispielsweise der italienischen als Staatssprache sozusagen gleichgestellt wird, was die Integrationsmaßnahmen betrifft, zum Beispiel, nachdem der Staat ja inzwischen Sprachkenntnisse als Voraussetzung für eine gewährte Aufenthaltsgenehmigung voraussetzt, verlangen wir, wie vom Autonomiestatut vorgesehen, dass Deutsch als Sprache in Südtirol gleich gestellt wird. Und nicht nur die geltende gesetzliche Lage ist so, die italienische Sprache

Kriterium für die Gewährung einer Aufenthaltsgenehmigung ist, dann verläuft Integration wieder nur in einer Gemeinschaft, in eine Sprachgruppe, und das kann nicht unser Ziel sein.

H.P.: Mh, Ich weiß nicht, ob du den Fall Québec kennst, in Kanada, da ist so eine französische Minderheit in Kanada, und da, die dortige politische Administration hat versucht, den Zuwanderern, weil die immer nur Englisch gelernt haben und sich mehr als Kanadier gesehen haben und nicht so sehr französisch gesprochen haben, denen die kanadische äh, entschuldige, die französische Kultur schmackhaft zu machen

P.A.: Mh

H.P.: Und in den letzten Jahrzehnten hat sich gezeigt, dass es wirklich gelungen ist, es ist, sie identifizieren sich auch sehr stark mit dem Französischen und nicht mehr nur mit dem Kanadischen. Kann die SVP aus dem Fall vielleicht...

P.A.: War mir bis jetzt nicht bekannt, aber wäre sicherlich gut, es sich anzuschauen. Ich bin auch der Meinung, ganz offen gesagt, aber das ist mehr eine politische Meinung, dass beispielsweise das Integrationsressort auf Landesebene, die Abteilung Integration der Landesverwaltung, nicht immer nur, sondern es sollte ein Wechsel stattfinden, immer nur dem italienischen Koalitionspartner als solcher zugesprochen werden sollte. Es sollte, wir müssen Integration offensiv in Angriff nehmen, absolut. Man darf auch keine Angst davor haben, ich nehme immer als Beispiel, weil es einfach ein sehr positives Beispiel ist, die Integrationsarbeit, die jetzt auf österreichischer Seite stattfindet, her. Es ist dem Staatssekretär innerhalb kurzer Zeit gelungen, ein sehr emotionales Thema in kurzer Zeit auf eine Sachebene zu bringen, und es wird nur mehr sachlich, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, diskutiert. Natürlich von Seiten der FPÖ oder wie auch immer sehr emotional, wie mit den üblichen Sprüchen, aber man hat es versucht, das Thema zu versachlichen. Und das muss einfach Thema sein, dass wir versuchen, das Thema zu versachlichen, aber offensiv anzugehen. Also keine Scheu davor haben, dass auch offensiv anzusprechen, denn die Politik darf nicht immer nur auf die kurzfristige Meinung achten, sondern auch auf die langfristige Wirkung. Und die langfristige Wirkung ist sicherlich die bessere, wenn man Integrationsarbeit offensiv angeht und unser Ansinnen muss es sein, Zugewanderte einfach wirklich zu integrieren auch in die deutsche Sprachgruppe, und das kann sicher ein guter Anreiz sein, ja.

H.P.: Du hast es vorher kurz angesprochen, Politiker der deutschsprachigen Opposition verbreiten Angst, dass sich der ethnische Proporz, also über Jahrzehnte durch die Einbürgerung von ausländischen StaatsbürgerInnen und deren Zugehörigkeitserklärung für die italienische Sprachgruppe der Proporz sich verschieben könnte. Was erwidert die SVP auf so eine...

P.A.: Mh, dass man erstens einmal Politik mit Angst nicht machen kann, also wenn Politik mit Angst gemacht wird, wird sie prinzipiell falsch gemacht. Denn es bringt jetzt nichts, eine Angst oder eine durchaus begründete Kritik oder Skepsis aufgrund der aktuellen Situation in Angst umzuwandeln und diese zu streuen, weil man zu keinen sachlichen Lösungen kommt. Es wird durchaus, die Feststellung, dass wenn die Integrationsarbeit so weiter läuft wie bisher, sich eher, eine, die italienische Sprachgruppe sehr stark zunimmt oder sehr stark, oder verhältnismäßig stärker, sagen wir es mal so, zunehmen wird, ist richtig. Absolut richtig, aber da sollte man niemanden die Schuld dafür zuschieben oder was auch immer, da muss man selber sagen, „Ja, wir haben einfach zu wenig Integrationsarbeit betrieben in vergangener Zeit, wir müssten mehr dafür tun, dass das nicht so ist“. Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber, auch in diesem Bereich, man sollte offen darüber sprechen, vielleicht ein Punkt, den wir bisher nicht angesprochen haben: Uns war auch ganz, ganz wichtig, dass man klare Aufgaben verteilt in der Integration und klare Zuständigkeiten. Und wir haben immer wieder gemerkt, dass sich niemand verantwortlich und zuständig dafür gefühlt hat, und nachdem das Thema halt ein sehr heikles ist, man es immer wieder gerne abgeschoben hat. Deswegen war ein Kern des Integrationsgesetzes sicherlich die Nominierung der Integrationsbeauftragten in den Gemeinden und Bezirksgemeinschaften. Vor allen Dingen, wir haben uns jetzt wirklich sehr, sehr stark darum bemüht, dass diese Nominierung auch stattfindet, die ist in den meisten Gemeinden, mit ganz wenigen Ausnahmen wurde ein Integrationsbeauftragter oder eine Integrationsbeauftragte nominiert, und wir treffen uns jetzt auch in regelmäßigen Abständen auch mit diesen Integrationsbeauftragten auch als Partei, weil wir gesagt haben, das ist parteipolitisch auch ein wichtiges Thema für uns und langfristig. Und wir haben immer wieder diese Integrationsbeauftragten, holen diese her, diskutieren die Schwierigkeiten die bestehen, wo können welche Hilfeleistungen stattfinden, das ist glaube ich ein wichtiger Punkt. Aber zurückzukommen, Angst ist in diesem Bereich wie gesagt ein schlechter Ratgeber, man sollte auch soviel Anstand und Korrektheit haben, um nicht bewusst zumindest, mit den Gefühlen und Emotionen die vorherrschende Politik zu machen oder zu spielen, sondern man sollte einfach der Realität in die Augen blicken, und sagen, „Wo müssen wir aktiv werden, was läuft vielleicht noch nicht so gut?“, aber wie gesagt, Ängste, Emotionen sind keine Lösungsvorschläge, Lösungsvorschläge sind eben andere.

H.P.: Mh, weil du es vorher auch kurz angesprochen hast, über das Selbstverständnis der SVP als „Schutzpartei der deutschen und ladinischen Minderheit“ in Italien. Roberta Medda-Windischer, eine Forscherin an der Eurac, sieht generell eine „eher defensive Haltung“ der SVP gegenüber Migration und Integration ausländischer StaatsbürgerInnen und begründet es mit der Zielsetzung der SVP, dem Schutz und der Förderung der deutschen und ladinischen Sprachgruppe. Welche Rolle spielt denn diese Funktion der SVP, als Partei der deutschen und ladinischen Minderheit in Italien, im Umgang mit „neuen Minderheiten“, mit den

ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol, auch in Bezug darauf, dass die deutsche und ladinische Sprachgruppe auch immer um ihre Rechte kämpfen mussten, jetzt durch das Autonomiestatut abgesichert. Ist man da jetzt eher bereit, „neuen Minderheiten“ auch Rechte zuzugestehen, oder wie siehst du das?

P.A.: Äh, es stimmt schon, sicherlich kann man insgesamt sagen, dass mit dem Thema defensiv umgegangen wurde, das stimmt. Aber man muss immer die lokale Situation glaube ich schon berücksichtigen, das ist jetzt sehr neutral gesehen und nicht nur auf die SVP umgemünzt. Eine Minderheit, so wie wir sie sind, hat immer, natürlich in der Vergangenheit noch viel mehr, oder noch immer, auch den Auftrag oder das Grundverständnis, wie soll ich sagen, diesen Kern einfach drinnen, als Minderheit bestehen zu bleiben. Und nachdem man eine Minderheit eben ist, ist man leider, obwohl man als Minderheit mehr Verständnis dafür haben müsste, auch mit anderen Gruppierungen skeptischer um, die ebenfalls eine Minderheit sind, und sieht das immer alles aus dem Blickwinkel, auch Integration, wie bereits gesagt, aus dem Blickwinkel der Minderheit. Aber ich denke, dass sich das Verständnis jetzt schon gewandelt hat und wir sehr zu diesem Zustand beigetragen haben. Weil wir davor das Thema „Verschiebung der Sprachgruppen“ auch angesprochen haben, wir sind uns sehr, sehr bewusst, dass eine Integration in die deutsche Sprachgruppe stattfinden muss, dass man hier vorsichtig oder defensiv damit umgeht, kommt aus dem Selbstverständnis als Minderheit, Selbstverständnis ist vielleicht nicht das richtige Wort, Selbstverständnis als Minderheit einfach heraus (33:11), das ergibt sich einfach aus diesem. Aber da sind noch einige Themen, die offen besprochen werden müssen, wie zum Beispiel allein das Thema „Mitbestimmung“ von Zugewanderten innerhalb von Parteistrukturen. Das ist auch ein spannendes Thema, denn, wenn sich jemand mit dem Statut, mit den Grundsätzen dieser Partei, wo der Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit enthalten ist, identifizieren kann, dann ist prinzipiell auch jeder Zugewanderte in dieser Gemeinschaft willkommen, dieses Statut auch mitzutragen, diese Zielsetzungen auch mitzutragen. Wir haben nicht wenige inzwischen, Zugewanderte, die sich aktiv dafür interessieren, in der Südtiroler Volkspartei mitzuarbeiten, auch beispielsweise nach diesem Integrationspapier. Weil viele gesagt haben, „das ist ein sehr realistisches Papier, das können wir mittragen“ ; Bei uns haben sich auch einige Zugewanderte gemeldet, die gesagt haben, „Ich wäre da mit dabei, in diesem Prozess“. Für mich sehen andere Parteien vielleicht den einen oder anderen Aspekt falsch, das kann ich mittragen, ich kann mich auch mit der SVP als Gesamtes identifizieren. Natürlich muss man wieder offen sagen, ist der Zugewanderte nicht Teil an und für sich, der Minderheit, der autochthonen Minderheit muss man jetzt sagen, weil der oder diejenige, als Angehörige der deutschen oder ladinischen Minderheit in Südtirol geboren ist, aber wenn jemand diese Zielsetzungen, den Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit mitträgt, dann ist auch jemand bei uns in der Partei sehr willkommen. Und das muss offen auch

angesprochen werden, dass das sehr delikat ist das Thema, auch innerhalb der Südtiroler Volkspartei.

H.P.: Das glaube ich auch, dass es ziemlich Zukunftspotential bietet, weil ich glaube, die italienischen Parteien, PD, tun sich da wahrscheinlich auch leichter...

P.A.: Mh, ich denke, auch für mich persönlich ist es weniger das Thema, wir müssen schauen, weil die sind irgendwann Wähler, und dann wählen sie andere Parteien, das ist für mich nicht so sehr das Thema. Für mich ist wirklich mehr das Thema, die Integration bedeutet eben auch Partizipation und Teilhabe an Prozessen, das bedeutet das Wahlrecht, das bedeutet aber auch Teilhabe an Parteien, und damit auch aktive Teilhabe in Parteien, und dem kann sich die SVP nicht verschließen. Für mich ist dieses Argument viel wichtiger als das Argument „Schauen wir mal, ob andere Parteien stärker in diesem Bereich sind und deswegen schlussendlich mehr Wählerstimmen lukrieren“, das soll nicht sein, es sollte mehr das Thema Partizipation sein, und Partizipation bedingt auch, das ist eine der (unverst. Wort), auf das unsere Demokratie aufbaut, dem dürfen sich die Parteien nicht verschließen.

H.P.: Wenn ich mir das nur vorstelle, wenn jetzt, du hast gesagt, die christlich-sozialen Grundwerte der SVP, und wenn ich jetzt denke, dass da ein Muslim, eine Muslima, generell die Werte, die demokratischen Grundwerte teilen, aber inwiefern gibt man da, ist nicht trotzdem ein Spannungsverhältnis, oder es ist ein großer Schritt sozusagen, „Ok, wir öffnen uns auch gegenüber, zum, Beispiel, ausländischen StaatsbürgerInnen, die länger in Südtirol leben, die die Grundwerte mittragen, wir öffnen uns als Partei auch gegenüber denen, dass wir sagen, wir lassen auch Mitbestimmungsrechte. Oder wir lassen auch, auf lokaler Ebene, wenn einer kandidieren...

P.A.: Mh, natürlich kann sich in dem Sinne ein Spannungsverhältnis durchaus bilden. Christlich-soziale Grundsätzen bedeutet aber auf unsere Verfassung, der Staat Italien basiert auf einer christlich-abendländischen Kultur. Einfach auch auf Grundwerten, die aufgrund unserer Religion herkommen, die auf unserer Religion aufbauen. Und ich glaube, dass es da viel mehr geht, dann gewisse Grundwerte zu definieren. Denn in das persönliche Glaubensbekenntnis des einzelnen Menschen greift ja die Partei als solche partout nicht ein. Das greift ja auch nicht in das Glaubensbekenntnis von Einheimischen ein, wenn diese einfach für eine gewisse Partei sind. Wenn ich es überspitzt formuliere: Ein Zeuge Jehovas kann genauso Mitglied der Südtiroler Volkspartei sein, aber da geht es um Grundwerte, die halt einfach von unserer Religion herrühren, die sich aufgebaut haben im Laufe der Zeit, das verstehe ich vor allem unter christlich-sozialen Grundsätzen, einfach Werte wie Respekt, Toleranz, wie Solidarität, das sind einfach Grundwerte; also auch wie es in dem Papier zum Ausdruck kommt, ist auch ein Grundwert, meines Erachtens nach, einfach zu sagen: Denjenigen, der das Bedürfnis hat, dem

muss geholfen werden. Das kann nicht in Frage gestellt werden. Derjenige, der wirklich die Notwendigkeit dafür hat. Aber jeder soll, entsprechend den eigenen Möglichkeiten am Erfolg der Gesellschaft etwas beitragen, das ist auch eine Voraussetzung. Mir geht es da mehr, nicht um den Eingriff in die persönliche Glaubenseinstellung eines Menschen, sondern mehr um die Grundwerte, die vertreten werden. Und da kann es schon trotzdem aufgrund dieser Grundwerte zu Spannungen kommen, das ist...und da sind wir wahrscheinlich noch zu früh dran (schmunzelt), da müssen wir auch noch praktische Erfahrungen machen. Wir haben beispielsweise schon einen Muslimen, der sich interessiert, in der SVP mitzuarbeiten. Und inwieweit das dann im Praktischen zu Spannungen kommen könnte, das, ganz ehrlich gesagt, muss erprobt werden. Das kann so auch nicht gesagt werden, das kann man vielleicht auch nicht so vorhersehen. Aber es gibt, wenn man betrachtet, auch andere Parteien, wenn ich nach Deutschland schaue, die CDU, die sich die christlich-sozialen Grundwerte ebenfalls auf die Fahnen schreibt, die sehr viele Muslime hat, inzwischen auch auf bedeutender Position mitarbeiten. Also dass es sich nicht gegenseitig ausschließt, das beweisen auch andere. Dann muss der zweite Schritt, das muss jede Partei für sich auch diese Erfahrung machen

H.P.: Mh, ok, dann noch ganz kurz zum Integrationsgesetz. Es wurde vor knapp eineinhalb Jahren im Landtag verabschiedet, welche Positionen aus dem Positionspapier der SVP konnte die SVP dabei umsetzen und welche nicht? Und wo denkt man sich bei der SVP: Das hätten wir eigentlich noch gerne im Integrationspapier drinnen gehabt. “

P.A.: Man muss schon insgesamt sagen, dass sicherlich das Gesetz sehr maßnahmenorientiert ist, während das Positionspapier sehr politisch-grundsätzlich, von den Grundüberlegungen her orientiert ist. Trotzdem sollten sich die konkreten Maßnahmen nicht widersprechen mit der politischen Grundzielsetzung. Wo wir schon Einfluss nehmen konnten, war sicherlich im Bereich „Zuständigkeiten“, Verteilung von Zuständigkeiten, diese Integrationsbeauftragten, das war zum Beispiel ein kompletter Punkt, der vollständig aus dem Positionspapier hervorgegangen ist, oder aus unserer Arbeitsgruppe, der dann wirklich auch so übernommen worden ist in das Gesetz, diese Einrichtung von Zuständigen, von Verantwortlichen, sehr, sehr wichtig. Auch der ganze Bereich „Partizipation“, wir haben uns den ganzen Bereich „Ausländerbeiräte“ usw angeschaut, wie kann da Partizipation stattfinden, wer muss da alles vertreten sein? Von der Grundausrichtung, von unserer Selbstverständlichkeit, dass auch die Sozialpartner dabei sein müssen, das sicherlich auch; auch die in verschiedenen Teilen für uns noch ein bisschen zu wenig, wo man auch klar anspricht die Zuständigkeiten der Wirtschaft, welche Aufgaben hat ein Arbeitgeber? Welche Bringschuld hat er, was muss er dazu beitragen, wenn ein Zugewanderter, der integriert werden kann, welche Hilfeleistungen bieten wir, da sind vielleicht noch einige zu wenig enthalten, aber wir haben gesehen, dass immer, dass dieses Gesetz schon immer im Vornhinein als Rahmen ausgerichtet war, der dann auch mit

Durchführungsmaßnahmen ausgefüllt werden soll. Sicherlich, viele haben gesagt, dass ist nicht der „große Wurf“, dieses Gesetz, trotzdem, wenn man sich die Landtagsdebatte anschaut, das war mehr eine allgemein-politische Debatte, als eine, die in die Maßnahmen, ins Detail gegangen ist. Und sehr viel in diesem Gesetz orientiert sich auch an europäischen Richtlinien, an staatlichen Richtlinien, auch in die Richtung „Antidiskriminierungsstelle“, die sich vollkommen an europäische Richtlinien orientiert usw und so fort. Alsosicherlich, ein Gesetz kann einfach eine politische Grundüberzeugung einfach in der Ausführung und in den Maßnahmen nicht enthalten, dafür sind die Parteien zuständig, trotzdem, in einem Teil konnten wir darauf Einfluss nehmen, in anderen Bereichen, zB der Wirtschaft, weniger.

H.P.: Mh. Der zuständige Landesrat vom Koalitionspartner PD, der Herr Bizzo – Kann man sagen, die SVP hat das Gesetz maßgebend mitbestimmt oder ist es eine gleichberechtigte Partnerschaft?

P.A.: Die Initiative ist sicherlich vom Landesrat selber gekommen für das Gesetz. Es wurde auch noch sehr viel in der Debatte, die wir gemeinsam mit dem Landesrat geführt haben, abgeändert. In vielen Teilen wurde das Gesetz stark verschlankt, einige Passagen vollkommen gestrichen usw. Das ist einfach normal, auch in der Diskussion zwischen Koalitionspartnern. Dass ein Koalitionspartner einfach eine Ansicht hat, der PD hat einfach als mehrheitlich italienische Partei, mit relativ vielen oder mehreren zugewanderten Vertreter oder Zugewanderten innerhalb der Partei vielleicht schon wieder eine etwas andere Ansicht in anderen Punkten, wir als Minderheit wieder eine andere. Das war eigentlich, das war natürlich ein Gesetz, es war schon auch die Tendenz da, in heiklen Punkten auch bewusst oberflächlich zu bleiben und diese dann in der Ausführung anzuschauen, um nicht automatisch sich als Koalitionspartner zu zerstreiten im Detail. Aber insgesamt war es, glaube ich, schon eine Diskussion, wo man schon gemeinsam einen Punkt gefunden hat, gemeinsam geführt hat, wo es jetzt nicht große Divergenzen gegeben hat, das kann man schon sagen.

H.P.: Die Abschlussfrage noch: Es ist eineinhalb Jahre her, ein paar Sachen sind schon umgesetzt worden, trotzdem wird man das Gefühl nicht los, dass die Implementation doch relativ schleppend verläuft.

P.A.: Ja, ja

H.P.: Hat das auch mit dem Stellenwert der Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in der SVP zu tun, dass vielleicht andere Sachen dominieren?

P.A.: Diesen Eindruck haben wir auch. Wir möchten das ja aktiv mehr anschieben, wiederrum die Integrationsarbeit, wir haben ja immer wieder in laufenden Abständen von einigen Monaten wieder Initiativen gesetzt. Es stimmt, man hat den Eindruck, dass nicht viel passiert, dass zwar

schon Integrationsarbeit, die sehr wertvoll ist, das in keiner Weise zu schmälern, in Sprachzentren usw stattfindet, dass die stattfindet, dass aber die zusätzlichen Aktivitäten, die auch im Gesetz vorgesehen sind, oder die Absicht des Gesetzes sind, einfach sehr schleppend anlaufen. Wie bereits gesagt, meine Meinung ist einfach, dass muss man dann schauen, nachdem die Landtagswahlen 2013 geschlagen sind, meine Meinung ist einfach, dass sich die Südtiroler Volkspartei, oder die deutsche Sprachgruppe vielmehr, sich bemühen sollte, Integration als eigenes Ressort zu verwalten auch. Nicht, weil man es der italienischen Seite nicht zutrauen würde, das zu machen, sondern weil es auch, als die größte Sprachgruppe in Südtirol gesehen, es wichtig ist, dass die größte Sprachgruppe auch einmal diese Anstrengung unternimmt. Und da einfach mehr Initiativen in diesem Bereich setzt, im italienischen Bereich laufen andere Initiativen, man darf eben nie vergessen, dass die italienische Sprachgruppe zwar innerhalb Südtirol den kleinen Anteil darstellt, aber insgesamt Staatsvolk ist, und Zugewanderte mehrheitlich, nicht nach Südtirol als solche zuwandern, sondern meistens zuerst in den Staat und innerhalb des Staates sich wiederfinden, und das ganz andere Rahmenbedingungen sind. Deswegen, wenn man Integration auf deutschsprachiger Seite, vor allem ganz, ganz wichtig für uns, in den Landgemeinden, auch wenn der Anteil dort viel kleiner ist, stattfinden soll, dann muss die Anstrengung von Seiten der deutschen Sprachgruppe und auch der SVP größer sein. Und ich glaube, das werden wir erst lösen, wenn wir auch in Zukunft (Pause) auf Landesebene zuständige Stellen auch schaffen, das muss auch gesagt werden, das gibt es nicht ausreichend, es kann nicht sein, dass die Integrationsarbeit irgendwo im Amt für Senioren und Soziales angesiedelt ist, sondern es muss eine eigene Abteilung sein, und zum Zweiten glaube ich, mit den notwendigen Ressourcen, dass die privaten Träger mehr unterstützt werden, die in diesem Bereich sehr wertvolle Arbeit leisten, dass ein hds, eine oew oder wie auch immer, unterstützt werden, und dass man langfristig, wie es in den Gemeinden sich Bürgermeister dessen angenommen haben, auch von Seiten des Landes, dass ganz bewusst auch einmal ein deutschsprachiger, die deutsche Sprachgruppe sich des Themas mehr annehmen soll, auch auf der politischen Ebene, auf der Verwaltungsebene, dass muss einfach Ziel in Hinblick auf die Landtagswahlen 2013 auch sein, das in einer neuen Landesregierung sich des Themas auch anzunehmen, auch wenn es delikat ist, aber eine Lösung ist nur offensiv zu erreichen. Jetzt hat man schon den Eindruck, dass alles ein bisschen einschläft, sicherlich auch dadurch, dass ein bisschen Ansprechpartner und Koordinierungsstellen einfach schaffen. Eine Partei alleine kann nie die Koordinierungsstelle sein für Integrationsarbeit. Sie kann immer nur wieder die Diskussion aufwerfen, aber die Koordinierungsstellen müssen einfach mehr eingerichtet und unterstützt werden, ganz, ganz sicher, ganz sicher.

H.P.: OK, dankeschön für das Interview.

Transkription Interview Riccardo Dello Sbarba; 4.4.2013; Landtagshaus Bozen

H.P.: Sie haben jetzt schon ein paar Sachen vorweggenommen, ich hätte noch ein paar Fragen generell, wie sie die Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol einschätzen, welche Rolle dabei die verschiedenen Sprachgruppen spielen sozusagen für die Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen, wie sie die Politik der Südtiroler Volkspartei generell zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen beurteilen, und im Spezifischen einmal das Positionspapier, und andererseits, wie sie bereits vorweggenommen haben, das Integrationsgesetz, also ob man da sagen kann, dass sozusagen das Positionspapier als Abgrenzung von anderen Parteien und das Gesetz eher so ein bisschen pragmatisch, oder wie sie gesagt haben...

R.d.S.: Ok, fangen wir mit der ersten Frage an.

H.P.: Wie funktioniert ihrer Meinung nach das Zusammenleben zwischen den Einheimischen und den ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol?

R.d.S.: Nicht so, wie es funktionieren könnte, weil wir andere Schulden (?) haben. Wir haben zwei wichtige Voraussetzungen, diese Frage einfach zu lösen. Erste Voraussetzung: Wir haben finanzielle Ressourcen, mehr als andere Regionen Europas. Wir haben Arbeitsplätze zur Verfügung, also sie nehmen uns keine Arbeitsplätze weg, und wir haben ein gutes Sozialsystem. Also, das sind wichtige Voraussetzungen, um zB. Krieg unter Armen zu verweigern. Und dann die zweite Voraussetzung, dass wir Ausländer haben, die in der Mehrheit seit Jahren hier arbeiten und wohnen. Wir haben schon die zweite Generation in den Schule usw, usf. Was passiert ist, dass die Politik zu spät reagiert hat, zu viel Angst gehabt hat, diese Mentalität der ethnischen Käfige hat dazu geführt, dass wir nicht imstande sind, eine Lösung zu finden; also, diese Mentalität der Sprachgruppentrennung, das hat die Politik auch an den Ausländern angewandt, da sie isoliert geworden sind, ghettoisiert geworden sind, in dem die Politik ihnen gesagt hat: „Kommt her, arbeitet, aber sichtbar zu sein in der Gesellschaft, eine Kultur mit euch zu bringen, eine Sprache mit euch zu bringen, eine Familie mit euch zu bringen, das ist spraktisch nicht gewünscht und wird nicht gefordert. Und deshalb bin ich schon überzeugt, dass wir gute Voraussetzungen haben und wir diese Voraussetzungen nicht benützt haben. Und deshalb haben wir die gleichen Probleme wie überall in Europa, während wir ein Vorzeigemodell sein könnten.

H.P.: Mh. Welche Rolle spielt denn für sie, also in Südtirol gibt es ja drei Sprachgruppen, da ist es sicher eine zusätzliche, da ist es ein noch komplizierterer Integrationsprozess, auch für die Politik, weil es ja so ist, dass die ausländischen StaatsbürgerInnen nicht nur eine Sprache

lernen sollten, oder, es kommt darauf an, welche Sprache sie lernen, lernen sie deutsch, lernen sie italienisch...

R.d.S.: Ich kenne viele Ausländer, meine Tochter hat die Grundschule, Mittelschule im Zentrum von Bozen gemacht, wo viele Ausländer sind, etwa die Hälfte ihrer Klasse war aus Ausländern zusammengesetzt. Und die hat keine Problem bei den Ausländern gespürt, auch was die Sprachen betrifft. Natürlich, eine Familie, die hier her kommt, ist vielleicht unvorbereitet, aber sie haben große Lust auf Lernen, auf Integration. Ich kenne wirklich viele Ausländer, die zwei Sprachen gut beherrschen und kein Problem haben. Das Problem ist die einheimische Bevölkerung, ist die einheimische Bevölkerung, das Risiko ist und war, dass es von den Konflikten unter Sprachgruppen zu einem Konflikt zwischen den Menschen der drei Sprachgruppen und den Ausländern kommt. Die Freiheitlichen haben ja das gepredigt. Und wir haben auch hier zum Teil gute Voraussetzungen, zum Teil nicht. Die guten Voraussetzungen sind, dass wir daran gewöhnt sein sollten, mehr als andere europäische Bevölkerungsgruppen, mit der Vielfalt an Sprachen und Kultur uns auseinanderzusetzen und diese Sache ein bisschen zu steuern. Und andererseits, unsere Gewohnheit, alle ethnisch zu klassifizieren usw, hat dazu geführt, dass die Flexibilität und die Durchlässigkeit, die eine gute Integration bedarf, schwieriger geworden ist. Zum Beispiel, Ausländer sind oft Stoff für Polemiken gewesen unter den Sprachgruppen, zB. was die Schule betrifft. Weil viele, die meisten besuchen die italienische Schule, die deutsche Schule hat sich am Anfang sozusagen verteidigt, dann haben sie verstanden, dass es auch eine Gefahr für die deutsche Sprachgruppe war, weil die Ausländer alle in die italienischen Schulen gehen werden, praktisch italienischsprachige Südtiroler. Und dann ist es zu spät anerkannt worden, dieses Phänomen, und jetzt werden die Ausländer aufgenommen in die deutsche Schule, aber das hat zu Konflikten geführt. Ich bringe ein Beispiel, weil ich auch einige internationale Tagungen besucht habe, wo internationale Vergleiche gemacht worden sind. Überall, zB. Kanada, wo es Sprachminderheiten gibt, zB. Kanda, die Sprachminderheit hat alles unternommen, um die Ausländer, die neuen BürgerInnen, in sich zu assimilieren, um sie zu verstärken. Und hingegen in Südtirol, komischerweise, die deutsche Sprachgruppe hat sich gegen die Ausländer gewehrt, diese Haltung, vielleicht fühlt sie sich nicht mehr als eine Minderheit in Südtirol (lacht). Wirklich, überall, wo die Sprachminderheiten sind, sie haben eine Art „campagna acquistica“ der Ausländer, um die Ausländer in ihrer Schule auszubilden usw, wenn sie Teil der Sprachminderheit werden und nicht Teil der Sprachmehrheit. Südtirol ist eine Ausnahme, und das ist schon bezeichnend für die Situation.

H.P.: Es stimmt, Katalanien wäre auch ein Beispiel

R.d.S.: Ja, die haben auch diese Politik gegen die Kastigliare

H.P.: Vielleicht hat es auch mit der Geschichte der deutschen Sprachgruppe zu tun, dass sie immer um ihre Rechte kämpfen musste, und um ihre Sprache zu sprechen, vielleicht besteht da die Angst, vielleicht ist da immer noch eine Haltung nach dem Motto: „Nehmt mir nichts weg!“

R.d.S.: Ja, auch. In Südtirol wird immer die Bedeutung der Traditionen, der Bräuche betont usw., das ist sicherlich wahr, aber wir haben auch eine optimistischere Interpretation, und das heißt, dass die deutschsprachigen und ladinischsprachigen Südtiroler sich nicht mehr als bedrohte Minderheit fühlen. Sie fühlen sich sicher, stark, zumindest was das Raum-Land Südtirol betrifft, weil die meisten Entscheidungen, die das Land Südtirol betreffen, autonom getroffen werden. Hingegen der Eindruck dass sie hier eine Sprachminderheit geworden sind, haben die Italiener. Der ganze „disaggio“, den ich als Italiener nie gespürt habe, ich habe nie den Italiener gespielt in Südtirol, ein bisschen den Toskaner schon (lacht). Man muss anerkennen, dass die italienischen Schulen eine gute Arbeit geleistet haben, natürlich Konflikte sind gegeben, aber im Großen und Ganzen haben sie diese Albaner aufgenommen und darauf gut reagiert, hängt auch davon ab, dass die Italiener vielleicht, dass sie den Eindruck haben, dass sie die wahre Sprachminderheit sind oder die schwächere Gruppe, zum Beispiel in vielen Ortschaften, in viele Täler, die italienischen Schulen sind nur ausschließlich aus Ausländern zusammengesetzt, und überleben dank der Ausländer. Das sind Arbeitsplätze für die....Schlanders, in Schlanders gab es vor einigen Jahren, jetzt weiß ich es nicht, als ich eine Untersuchung gemacht habe, als ich Journalist war, eine Grundschule, die aus 15 Schülern bestand, d.h., da waren mehr Arbeitsplätze als Kunden sozusagen, und sie waren ausschließlich, die Hälfte waren Chinesen und andere Ausländer, und ein paar deutschsprachige, kein einziges italienisches Kind. Die drei, vier italienischen Kinder, die in Schlanders gewesen sind, sind in die deutschsprachige Schule gegangen. Das war komisch.

H.P.: Das stimmt. Kommen wir zur Südtiroler Volkspartei. Wie würden Sie generell die Politik der Südtiroler Volkspartei zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen beurteilen? Einerseits anhand des Positionspapieres „Fordern und Fördern“, andererseits auch anhand des Gesetzes? Und, was sie vorher schon gesagt haben, dass sie noch einmal Bezug nehmen, innerhalb der Volkspartei gibt es ja auch verschiedene Flügel, die sich auf eine Position einigen müssen.

R.d.S.: Dieses Papier „Fordern und Fördern“, diese Linie kommt aus Bayern, ist die Linie der CSU, „Fordern und Fördern“, die dann Bizzo, ohne es zu wissen, ins Gesetz eingebracht hat (lacht), der PD-Assessor. Die Volkspartei ist blockiert gewesen, hat nichts getan, zuerst hat sie das Phänomen nicht verstanden, hat gedacht, „ok, wenn sie kommen, arbeiten, verdienen und gehen weg“, sie hat das Phänomen nicht verstanden. Und dann, wenn das Phänomen verstanden hat, hat nur verstanden, weil sie begonnen hat, die Südtiroler Volkspartei, an Stimmen zu verlieren. (unverst. Wort) Und also die Ausländer hat sie zur Kenntnis genommen zuerst nur als

Ursache für den Verlust an Stimmen in Richtung deutsche Rechte. Und das sind nicht gute Voraussetzungen, um eine gute Politik zu machen. Natürlich im Universum der Südtiroler Volkspartei, die Assessorate, die Verwaltung, Bürgermeister – je weniger politisch sie gedacht haben, desto besser haben sie gehandelt. Aber, es sind viele engagierte Leute, die super Arbeit geleistet haben, die Integrationsversuche realisiert haben, zum Beispiel diese Integrationszentren für die Schule, diese Sprachzentren für die Schule, abgesehen davon, dass viele Lehrer Grüne sind, sind fast alle Grüne (lacht) Du findest von Schlanders bis Pustertal alles grüne Lehrer in diese Institutionen. Aber auf jeden Fall, auch die Bürgermeister, viele Bürgermeister haben gut reagiert, weil wenn du dich dann mit dem konkreten Fall auseinandersetzen musst und mit den Leuten in Gespräch kommst, du siehst ja, das sind normale Menschen. Deshalb, schlechte Landesregierungspolitik, schlechte Durnwalder-Politik, schlechte SVP-Politik, gute Arbeit im Zimmer des Besprechens in der Früh beim Landeshauptmann, weil er hat auch die Ausländer (lacht), die Besuch der Ausländer bekommen, auch von konkreten Fällen hat er auch gut reagiert, hat schon etwas getan. Auch dort ist immer dieser Mechanismus, der Ausländer, der mein Nachbar ist, ist ein guter Mensch, aber die Ausländer sind ein Problem. Die SVP hat nur zu spät reagiert, nur auf die Verluste der Stimmen, und deshalb sind für die SVP die Ausländer ein Problem geblieben und nicht eine Lösung (unverst. Wort) Mit diesem Gesichtspunkt gelingt es dir nie, eine gute, eine offensive Politik zu machen. Und deshalb sind sie immer schwach gegenüber den Kritiken der Freiheitlichen. Sobald die Freiheitlichen sagen, „Wir sollen unseren Lebensstil verteidigen“, „Wir sollen nicht islamisiert werden“ usw., hat die SVP immer Schwierigkeiten gehabt, zu reagieren und zu antworten.

H.P.: Was glaube Sie, wieviel SVP steckt denn im Integrationsgesetz drinnen? Der Landesrat Bizzo vom Partito Democratico hat das ausgearbeitet, wieviel steckt SVP drinnen, wieviel wollte die SVP von ihrem eigenen Positionspapier ins Gesetz reinbringen, wieviel hat sie auch geschafft?

R.d.S.: Hat nichts reingebracht, hat nur weggenommen. Die Position der SVP in der ganzen Geschichte des Integrationsgesetzes, aus den Anfängen im Jahre 2006 und dann bis 2011, die einzige Aktion die die SVP und die Assessoren um Durnwalder gemacht haben, ist, vom Gesetz so viel als möglich wegzunehmen. Das Gesetz ist ein (unverst. Wort), ist ein Rahmengesetz ohne Bild, ist ein Rahmen ohne Bild, ist geblieben. Auch diese Taktik in den letzten Monaten mit dem Verfassungsgerichtsurteil, wir machen nichts offensives, verstehtst du? Wir reagieren, wir bleiben still (unverst. Wort), wenn einer dann Rekurs einbringt, werden wir uns dann die Frage stellen. Aber es ist, dieses Phänomen der Migration ist ein Problem, das Südtirol betrifft. Ohne Politik kann man nichts Neues gestalten.

H.P.: Mh. Wie hat sich denn der Inhalt des Gesetzes vom ersten Entwurf bis zum endgültigen Entwurf geändert? Mir ist vorgekommen, es ist schon...oder kann man so sagen, dass am Anfang der Gesetzesinhalt noch eher integrationsfreundlicher war

R.d.S.: Ja

H.P.: und dann gegen Ende immer mehr weggenommen wurde?

R.d.S.: Gerade...es ist sozusagen ein Abwehrmittel, ein Mittel zu unserer Verteidigung, damit wir uns und unser (unverst. Wort) von den Ausländern verteidigen können, mit der Behauptung, dass in jedem Ausländer oder hinter jedem Ausländer sich ein Betrüger versteckt. Und dass er hierher kommt, um von unserem System profitieren kann. Das ist „la legge del sospetto“, verstehst du? Man hat Vorurteile, dort sind sie geschrieben, diese Vorurteile. Wobei die Zahlen belegen, dass die Ausländer mehr an unser Sozialsystem geben als sie bekommen. Viele zum Beispiel werden ihre Pensionen nie bekommen, die bleiben bei der IMS, weil sie zurück in ihre Länder gehen. Es ist sehr schwierig, die „rifugimenti“ mit den Pensionen und den Beiträgen zu machen. Aber darüber hast du auch meinen Bericht.

H.P.: Was könnten die politischen Parteien denn unternehmen, um die Integration ausländischer StaatsbürgerInnen besser zu fördern? Oder das Gesetz auch mit Inhalt zu füllen? Wie sie gesagt haben, da es nur ein Rahmen ist.

R.d.S.: Natürlich, jetzt ist diese Legislatur schon am Ende. Aber ich glaube, in der nächsten Legislatur ist es unbedingt notwendig, ein neues Gesetz zu machen, also eine Reform dieses Gesetzes zu machen. Gleiche Rechte anerkennen für gleiche Bedingungen. Wenn sie hier arbeiten, hier wohnen, unsere Schule besuchen, sie sind Bürgerinnen und Bürger wie wir. Schluss. Also alle Integrationsmaßnahmen, die möglich sind, auch bis zum Wahlrecht, zum Beispiel bei Referenden, Es gibt auch einige Fälle in Italien, wo dieses Wahlrecht anerkannt worden ist bei Referenden. Oder Fini hat sogar davon gesprochen vom Wahlrecht auf Gemeindeebene zum Beispiel. (unverst. Satz, Geräusche) Es ist eine symbolische Sache, aber für die Integration sind auch die Symbole wichtig, auch die Sprache, die du benutzt, ist wichtig und wie du schreibst. (unverst. Satz) Zweitens, einen richtigen Ausländerbeirat schaffen, weil das ist ein Beirat über die Ausländer, die Ausländer sind die Minderheit in diesem Beirat, das ist auch eine Sache, die abgeändert worden ist. Und drittens, Mittel, finanzielle, personelle, vor allem für die Schulen. Weil die Schulen haben schon ein Problem, mit der Sprache, mit der Integration, mit dem, ob sie schnell reagieren sollen, sie brauchen Mittel. Man muss aber anerkennen, dass einige Schulen zu gemischten Schulen, zu gemischtsprachigen Schulen geworden. Und ich glaube auch, dieser Schritt Richtung einer gemischtsprachigen, mehrsprachigen Schule, englisch, italienisch und deutsch, vor allem in Meran, in Bozen, in Leifers, in Brixen, in Bruneck, vor allem in den Städten, wo die Ausländer leben, könnte auch

nicht nur eine Sache im Zusammenleben zwischen den alten Sprachgruppen (unverst. Wort) zweisprachige und gemischtsprachige Kinder anerkannt, aber auch für die Ausländer könnte das ein interessantes Angebot sein, um eine schnelle Integration zu erreichen. Weil sie sind immer konfrontiert von der Alternative, was mache ich, schicke ich meine Kinder in die deutsche Schule oder in die italienische Schule. Die Chinesen zum Beispiel, sind sehr gut organisiert, wie immer, und diese entscheiden, ein Kind in die Italienische, ein Kind in die Deutsche, sie planen praktisch (lacht)

H.P.: Die letzte Frage wäre noch einmal zurückzukommen. Wer hat denn dann, sie haben gesagt, es war die SVP, die das Gesetz sozusagen immer leerer gemacht hat, das am Anfang noch mit relativ viel Inhalt gefüllt war. Welchen Anteil haben den die Freiheitlichen oder andere Parteien generell auf den Inhalt des Gesetzes, das immer mehr zu einem Rahmen wurde und nicht mehr so...

R.d.S.: Die Hauptakteure gegen dieses Gesetz waren die Freiheitlichen. Ich bin in der Gesetzgebungskommission, wo das Gesetz behandelt worden ist, da war auch ein Freiheitlicher drinnen. Er hat nichts, keine Abänderungsanträge eingebracht, er hat nichts vorgeschlagen. Die Freiheitlichen haben immer ihre Ideologie eingebracht, aber konkret haben sie keinen Vorschlag. Ich kann mich an keinen Vorschlag von den Freiheitlichen erinnern, an keinen. Sie haben gesagt, die Minaretten, wo mache ich die Minaretten, ist nicht die Frage. Die Friedhöfe für Islamisten, Islamisierung der Gesellschaft, unser Sozialsystem, die Sozialschmarotzer, aber immer in der Generaldebatte, und diese Haltung, alles ist Generaldebatte, und diese Generaldebatte haben sie weiter geschürt inaktive Debatte, inaktive Debatte. Wenn sie das Wortprotokoll lesen, werden sie merken, dass sie nie mit Vorschlägen, mit konkreten Vorschlägen gekommen sind. Sie sind immer, sie haben immer wieder die gleichen Argumente gebracht, wo ein (unverst. Wort)... Diskurs zu generalisieren, aber sie haben nichts gemacht, wirklich nichts.

H.P.: Ja. Also sie glauben schon, dass das Gesetz jetzt, die SVP kann ja sagen, wir haben auch ein Gesetz gemacht, und dass sie den Freiheitlichen auch ein bisschen Wind aus den Segeln nimmt...

R.d.S.: (unverst. Wort) Weil wir haben den ganzen Wahlkampf, (unverst. Wort), wo in jeder Diskussion die Freiheitlichen dieses Argument gebracht haben. Wir haben nichts getan, andere Regionen der Welt haben ein Integrationsgesetz, und die SVP ist nicht im Stande, ein Integrationsgesetz zu machen. Und das war auch meine Kritik, und das war auch richtig. Und um sich zu verteidigen von dieser Kritik, haben sie endlich einmal dieses Gesetz, dieses Gesetz, dieses Gesetz den „via libera“ gegeben, weil die Gnocchi hat das Gesetz vorbereitet und zum Schluss hat beschlossen, „Na, das Gesetz wird so schlimm, dass ich sage, besser kein Gesetz als

dieses Gesetz“, das war die Gneccchi. Dann ist zuerst die Rebetto und dann Bizzo gekommen und haben gesagt, „Na, ein Gesetz brauchen wir“. Und die SVP hat gesagt, das Gesetz brauchen wir, weil sonst sind wir zu schwach den Freiheitlichen gegenüber, aber mehr, mehr ist nicht drinnen.

H.P.: Danke schön.

Transkription Interview Verena Wisthaler; 5.4.2013; Gasthaus Traube, Brixen

V.W.: Ich habe es mir ein bisschen angeschaut, aber es ist nicht immer so einfach zu verstehen. Weil es kommt immer darauf an, mit wem man da redet. Und vielleicht eine Sache, die man noch zu diesen Dokumenten dazu tun könnte, ist, es gibt so ein Kochbuch, „Auch so kocht Südtirol“, hat jetzt nichts direkt mit dem zu tun, ist aber von mir aus gesehen ein wenig ein Hinweis, weil das von Martha Stocker gemacht wurde. Und Martha Stocker steht für eine bestimmte Art von Politik innerhalb der SVP. Und auch, wenn sie es nicht im Namen von Martha Stocker/SVP gemacht hat, ganz bewusst glaube ich, nein, nicht nur glaube ich, ganz bewusst von Martha Stocker Regionalassessorin, dann zeigt das doch einen bestimmten Schritt innerhalb der SVP, oder innerhalb der mehrethnischen Gruppierung der SVP. Da kann man sich natürlich fragen, was sind die Gründe hinter dieser Öffnung. Es ist ein wenig ein (unverst. Wort) dass es sehr instrumentell ist, vielleicht auch zuerst in dem Sinne, in welchen Dimensionen, einmal instrumentell, um nicht Wählerstimmen an die Freiheitlichen zu verlieren, wobei man am Anfang vielleicht versucht hat, ein wenig die Themen der Freiheitlichen aufzunehmen, „Einheimische zuerst!“ und ein wenig restriktiv gezeigt hat, aber ich glaube, mittlerweile mehr und mehr der Meinung ist, dass man sich von den Freiheitlichen abgrenzen muss, in dem man sagt, „Nein, wir sind nicht die Freiheitlichen – Einheimische zuerst, sondern wir haben bestimmte Regeln, die da in Südtirol, die wir vertreten, und bestimmte Werte, aber wenn man sich, ich sage jetzt einmal Regeln, haltet, dann sind wir als SVP auch dafür, Migranten zu integrieren und in die Gesellschaft aufzunehmen. Und das Zweite, warum vielleicht instrumentell sein könnte, ist auch die Angst effektiv, als deutsche Gruppe noch einmal zu verlieren. Nicht Wählerstimmen, dass ein bisschen immer noch die Angst vorherrscht, dass sich die Migranten, wenn sie sich zuviel in den italienischen Vereinen und in die italienischen Schulen gehen, dass sie sich dann mit 18 Jahren oder nach einer bestimmten Zeit der italienischen Gruppe zugehörig erklären. Und das glaube ich, diese Angst ist immer ein bisschen da, dass man denkt, „Ok, wir müssen jetzt tun, weil sonst sind das potentielle Italiener“.

H.P.: Darf ich noch einmal nachfragen, du hast gemeint, Martha Stocker steht für eine bestimmte Art der Politik in der SVP.

V.W.: Sie ist sehr minderheitenfreundlich, und sie hat eine klare Minderheitenpolitik, die besagt, „Ok, Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit steht in Südtirol an erster Stelle“. Und es ist nicht so, wie vielleicht der Theiner, der sagt, „Vollautonomie und ein wirkliches Autonomiestatut muss mit allen drei Sprachgruppen gemeinsam gemacht werden“, sondern ich würde eher sagen, Martha Stocker steht mehr für eine Politik, die besagt, „Ok, wir sind immer noch eine Minderheit, welche, wir sind eine Minderheit und man kann nicht den Schutz einer Minderheit aufgeben“ (unverst. Wort)

H.P.: Ok. Du findest es also sozusagen ein Zeichen, dass genau sie auf diese „neuen“ Minderheiten, die ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol

V.W.: Ja

H.P.: einen Schritt zumacht, auch wenn es nur ein symbolischer Schritt

V.W.: Ich denke ja, gerade mit dem Kochbuch denke ich schon, dass man das so interpretieren könnte (Pause) (unverst. Wort) wie auch immer, man kann das dann interpretieren, wie man will, aber das Kochbuch würde ich klar sagen, also jetzt nicht auf die Italiener, wo man vielleicht sagen würde, wenn das eine öffentliche Einrichtung macht, dann ist man bemüht, das dreisprachig zu machen, oder zumindest zweisprachig zumachen. Hingegen, es gibt auf deutsch auch, um bewusst die deutsche Sprachgruppe zu erreichen, und auf diese Sprachgruppe vielleicht (unverst. Wort).

H.P.: Das stimmt, ja. Ich war selber im Sommer, ich habe das Hds ein wenig kennengelernt, und eigentlich ist das, von den Leuten, die da arbeiten und da leben, viele sprechen italienisch, deswegen hätte es für mich auch Sinn gemacht, wenn da deutsch und italienisch...

V.W.: Mh. Viele Interviews sind sicher auf italienisch geführt worden mit Frauen, die eher italienisch als deutsch reden. Aber es ist bewusst einsprachig.

H.P.: Ja. Danke einmal für den Einstieg. Also, du beschreibst in deinem Text „Paradox Immigration put traditional minorities in“ aus dem Jahre 2008 die Position der SVP gegenüber Immigration/Integration als, ich zitiere, „Mischung aus extremen Segregations- und Assimilierungsmaßnahmen, mit denen versucht wird, die krude und nicht kongruente Haltung der Partei zu diesem Thema zu verstecken.“

V.W.: Was war das letzte? Ah, die nicht kongruente Haltung

H.P.: Die krude und nicht kongruente Haltung der Partei zu diesem Thema zu verstecken.

V.W.: Ok, extrem würde ich nicht mehr schreiben und krude würde ich auch nicht mehr schreiben.

H.P.: Meine Frage wäre: Wie beurteilst du die Position der SVP zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen heute? Also Stichwort Positionspapier,

V.W.: Ich denke, dass die SVP wirklich einen Wandel durchgemacht hat, oder vielleicht noch nicht abgeschlossen hat, und vielleicht hat sie immer noch keine klare Position, ich bin auch der Meinung, sie haben immer noch nicht die klare Position innerhalb der Partei gefunden in dem Bereich. Wahrscheinlich auch wie in vielen Bereichen, was man gerade durch diese ganzen SVP-internen Streitigkeiten sieht. Ich bin, deswegen bin ich immer noch der Meinung, die kongruente Haltung gibt es nicht innerhalb der Partei. Allerdings ist das, 2003 glaube ich haben sie es das erste Mal in den Wahlkampf aufgenommen. Und wenn ich mich richtig erinnere, würde ich immer noch sagen, es ist eine Position, die mehr auf Ausgrenzung hindeutet als auf aktive Eingliederung. Ich müsste vielleicht den Wahlkampf, das Wahlprogramm noch einmal genauer durchlesen (unverst. Wort). Nein, ich kann mich erinnern, glaube ich, die Partei hat war im Wahlkampf eher auf Segregation aus, wobei es vielleicht nachher, beim nächsten, 2005, 2008, noch einmal ein wenig krasser geworden ist. Was man dann vielleicht fragen könnte, was waren die Kräfte dahinter? Das Pahl-Papier war kein offizielles Parteipapier, aber ist von einigen Parteifunktionären mitgetragen worden. Andererseits glaube ich, hätte es in dieser Zeit auch, vielleicht wenn wir auf das nochmal zu reden kommen, ein anderes Papier von der SVP (unverst. Wort), vielleicht geändert, in den 15 Jahren. (unverst. Satz) Aber, jetzt habe ich das überfolgen, ist da auf jeden Fall nicht so gegen den Islam wie das Pahl-Papier. Und grundsätzlich glaube ich, hat der 2008-Wahlkampf, hat der die SVP auch ein bisschen in dem Thema sich den Freiheitlichen anzunähern, haben sie sich den Freiheitlichen ein bisschen anzunähern auf dem Thema. Wobei, glaube ich, immer unterscheiden muss zwischen dem, was gesagt wird und dem, was effektiv getan wird. Auch Integration bei den Freiheitlichen. Weil die Freiheitlichen haben sich (unverst. Satz). Ok. Und diese Spaltung zwischen Praxis und Diskurs ist in der SVP noch viel stärker, weil vielleicht haben sie es versucht oder versuchen sie es immer wieder, 2008, mehr ausländerfeindliche Themen anzuschlagen, aber effektiv waren sie, in der Regierung ist ihnen schon bewusst gewesen, dass man gewisse Sachen einfach nicht durchsetzen kann. Ja, so.

Noch einmal eine Frage: Weißt du, was das englische Wort von krud heißt, was ich da geschrieben habe?

H.P.: Du hast „crude“, also auf englisch, mit dict-leo übersetzt, „crude and non-congruent“

V.W.: Ok. Also „crude“ im Sinne von „hart“ würde ich glaube ich auch nicht mehr sagen. Es gibt ja auch, ich weiß nicht, ob du (unverst. Wort), es gibt diese Erwähnung vom Durnwalder

(unverst. Worte) und da gibt es glaube ich ein paar Ausnahmefälle, es wäre am besten, wenn wir, da wir Ausländer nicht auswählen können, oder ich glaube, die Ideallösung, welche der Durnwalder anstrebt oder sagt, wäre am besten, wenn wir sie könnten auswählen, um eben diese auszuwählen, die unserem Kulturkreis näher sind. Da man das aber nicht kann, müssen wir versuchen, bestimmte in unsere Gruppe einzuschließen und bestimmte eben nicht. Ich glaube, so ungefähr (unverst. Wort)

H.P.: Welche verschiedenen Interessen zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen gibt es deiner Meinung nach innerhalb der SVP und welchen Einfluss haben sie, so gut wie du es einfach beantworten kannst?

V.W.: Also, welche verschiedenen Interessen innerhalb der SVP das es gibt, jetzt derzeit?

H.P.: Genau

V.W.: Das ist glaube ich schon schwierig, weil wie ich schon gesagt habe, ich glaube es ist diese instrumentelle Sicht oder diese Sicht, dass man die Migranten nicht nur den Italienern überlassen kann erstens, zweitens ist glaube ich mittlerweile auch die Position da, dass Migration ein Fakt ist, mit dem man umgehen muss, und wo man das Beste daraus machen muss. Welche Kräfte innerhalb der SVP....das ist schon schwierig, weil ich glaube nicht, dass innerhalb der SVP jetzt noch so extreme anti, oder so extreme ausländerfeindliche Kräfte gibt wie mit Pahl, Ladurner

H.P.: Lamprecht, Munter

V.W.: Ich glaube schon, dass es wirklich eine Öffnung gegeben hat und auch mehr, und dass sich die Sicht durchgesetzt hat, „Nein, es ist nicht die akute Gefahr, dass wir jetzt alle, keine Ahnung, überflutet werden, sondern viel mehr ist das ein Phänomen, das man nutzen kann und das man glaube ich gestalten kann“. Aber es hat glaube ich durchgesetzt, man muss aktiv etwas machen, man muss gestalten. Dann, vielleicht in Landtagsdebatten kommen vielleicht diese Positionen hervor, aber ob diese sich dann wirklich (unverst. Wort) haben gegenseitig, ich glaube, diese Landtagssitzung war eine extreme Sitzung, deswegen kann man nicht einfach so 1:1 jede Aussage nehmen. Also diese muss man auf jedem Fall im Kontext sehen.

H.P.: Ja. Wie beurteilst du das Südtiroler Integrationsgesetz, welches im Vergleich zum SVP-Positionspapier weniger integrationsfreundlich und vielleicht inhaltsleerer, oder nur als Rahmen erscheint?

V.W.: Ja. Wie ich schon gesagt habe, ist das Integrationsgesetz entstanden vom Landesrat und durch einen langen Prozess und ist auch sehr spät schlussendlich durchgegangen. Und es ist wahrscheinlich auch deswegen durchgegangen, weil es durchgehen hat müssen in dem Moment,

weil es sonst irgendwann zu spät war. Und vielleicht ist auch deshalb das Gesetz so offen und neutral wie möglich gehalten, um eben zu ermöglichen, dass die Opposition (unverst. Wort)

H.P.: Aber die SVP hätte sich auch alleine durchsetzen können, oder? Weil sie die Mehrheit hat...

V.W.: Mit dem PD hätten sie das gekonnt. Aber die Freiheitlichen waren die, die am meisten polemisiert haben auf dem Thema, die Südtiroler Freiheit ein wenig mit, vielleicht eine Sache. Die zweite, das Integrationsgesetz ist nicht von der SVP geschrieben, das ist vom PD entstanden. Natürlich ist der PD Kooperationspartner von der SVP, aber PD hat sich schon viel früher mit dem Thema auseinandergesetzt und war eigentlich immer zum Wohlwollen der (unverst. Wort), wie die SVP. Innerhalb der SVP hat es vielleicht im Vorfeld auch wenige klare Positionen gegeben, was man effektiv will, ja. Ich glaube, das Gesetz ist so offen und so inhaltsleer, wenn man so will, und so wage, eben um, um danach einen großen Gestaltungsspielraum zu lassen aber auch um net zu viel die Gemüter ein bisschen auf diesem Feld zu erhitzen. Vielleicht ist es auch ein Zeichen, dass die SVP intern keine klare Position gehabt hat (unverst. Wort)

H.P.: Glaubst du, dass das Positionspapier eher der Abgrenzung zu den anderen Parteien gedient hat, während das Gesetz dann doch pragmatischer und, wie du gesagt hast, nirgendwo anecken

V.W.: Wie ist denn deine Interpretation vom Positionspapier?

H.P.: Meine Interpretation ist schon, dass es integrationsfreundlicher wie das Gesetz ist, dass so ein bisschen Integration als beidseitiger Prozess hervorgehoben wird, dass nicht nur Pflichten der aufzunehmenden Gesellschaft, sondern auch der Aufnahmegesellschaft gibt. Und, also es werden nicht nur, die MigrantInnen nicht nur als ArbeiterInnen angesehen, auch der soziale Aspekt wird aufgewertet. Der ganze Mensch, es müssen Maßnahmen getroffen werden, um den ganzen Menschen zu integrieren, der nach Südtirol kommt.

V.W.: Mh. Und du möchtest gerne verstehen, wie der Zusammenhang ist zwischen dem relativ offenen Positionspapier oder relativ inklusiven Positionspapier...

H.P.: Genau, ob die SVP überhaupt das wollte, ob sie das durchsetzen wollte, oder ob sie einfach durch den Prozess, das immer mehr entleert und entleert wurde ...

V.W. : Die Frage ist sicher, hat die SVP zum Gesetz beigetragen? Wenig glaube ich. Was sagt die Karin, wenn du bei ihr nachfragst, aber ich glaube, die SVP hat nicht wirklich zu 100% beteiligt. Und deswegen sind die Gesetze, ist das eigentlich zwei parallele Sachen. Und ich glaube nicht, dass das Gesetz die Position der SVP widerspiegelt, in dem Fall.

H.P.: Philipp Achammer hat mir gesagt, dass die SVP schon versucht hat, sozusagen die Inhalte des Positionspapiers auch in das Gesetz einzubringen...

V.W.: Ja, aber...

H.P.: Dass es halt auch, ja, nicht möglich war, er kann mit dem Gesetz natürlich leben, aber es ist nicht so sozusagen, so wie er es sich...

V.W.: Aber die Frage, hat Philipp Achammer, ist Philipp Achammer in dem Bereich repräsentativ für die SVP?

H.P.: Das stimmt sicher auch, ja.

V.W.: Weil das Papier, du kennst vielleicht den Ingo DeJaco, genau, und das Papier ist ja viel auch durch diese vielleicht Jungen in der SVP entstanden. Die Frage ist halt, ok, es ist ein offizielles Positionspapier, aber eine Frage, die ich mir vielleicht stellen würde, Ok, wer steht hinter dem Papier und wer hat es nur abgesegnet? Weil, es stört mich nicht, aber es ist jetzt nicht meine Meinung. Und so ist es vielleicht auch mit dem Gesetz. Wie viele sind effektiv SVP-Funktionäre und stehen hinter dem Gesetz und möchten ein wages Gesetz und wie viele stehen hinter einer klaren Position, glaube ich.

H.P.: Es ist auch, wer die Antragsgruppe Integration war, das waren junge SVP-Mandatare und die halt wahrscheinlich auch eher eine Sicht auf Integration haben, die eher integrationsfreundlich ist und ich kann mir auch gut vorstellen, dass das von anderen einfach abgesegnet wurde. Um im Gesetzprozess vielleicht, haben die, die das Gesetz beschlossen haben, sind wahrscheinlich alle nicht im Landtag und da sind andere Mandatare wiederum mehr Einfluss wahrscheinlich...

V.W.: Genau, denke ich schon. Weil, nein weil die Landesregierung schlussendlich und die Mandatare, die im Landtag sind, einfach erstens sich nicht so sehr dem Thema widmen und das aktiv weiterbringen möchten, das sind andere Personen in der Partei, und gerade die, die in der Landesregierung, im Landtag sind, die vielleicht dann auch eher ein Gesetz dazu machen, das nicht zu offen ist, nicht zu verschlossen, weil das kann man ja auch aus moralischen Gründen nicht mehr vertreten. (unverst. Satz) Dass das vielleicht mehr ein Kompromissvorschlag war.

H.P.: Weil man muss auch sagen, dass sie das Gesetz dann irgendwie auch verkaufen müssen in der Öffentlichkeit und hingegen das Positionspapier dagegen ein Positionspapier ist, das keine, das entscheidet eine Partei alleine, da kann niemand recht kritisieren, aber ein Gesetz ist doch etwas was alle betrifft

V.W.: Weniger, glaube ich, das Positionspapier.

H.P.: Ok, ich zitiere dich nochmals, dass du geschrieben hast, dass die SVP sich gegen Immigration ausspreche, um auf die, immer 2008, in der Bevölkerung bestehenden Tendenzen zu antworten, im Hintergrund aber eine liberale Haltung im tagtäglichen Umgang mit Integration vertrete. Hat sich das deiner Meinung nach, das Verhalten inzwischen verändert? Dass die SVP, Stichwort Positionspapier, auch offener...

V.W.: Ich denke schon, dass die SVP nicht mehr so restriktive Töne anschlagen würde, auch offiziell nicht. Der tägliche Umgang ist, denke ich, nach wie vor relativ pragmatisch, wobei sich viele Fragen noch nicht stellen für die SVP, wie zum Beispiel: die SVP ist eine katholische Sammelpartei, der Umgang mit der katholischen Sammelpartei ist so lange unproblematisch, so lange bis jemand der sichtbar eine andere Religion hat, ein Mandat möchte. Dann steht das zur Diskussion. Bis es soweit kommt, bis man es nicht sieht, kann jeder katholisch, nicht katholisch sein, Buddhist, welche Religion auch immer. Und das ist glaube ich auch ein wenig dieser pragmatische Umgang, dass man nicht irgendwelche Grundsatzfragen schon stellt, bevor sie nicht effektiv da sind. Kann gut sein, kann schlecht sein. Kann zu Problemen führen, kann vielleicht aber auch der Partei zuviel (unverst. Wort) ersparen, die nicht reinpassen. Weil es sind einige eigentlich, wer sind denn die, es sind einige nicht-italienische Staatsbürger auch Parteimitglieder, hat dir der Philipp sicher erzählt...

H.P.: Er hat mir erzählt, dass es für die SVP sicher in Zukunft ein Thema sein wird, die SVP basiert auf christlich-sozialen Werten, und er hat dann auch, in Punkto Partizipation haben wir auch geredet von Ausländern, die bei der SVP partizipieren möchten. Er hat gesagt, es gibt schon erste Anfragen, es ist sicher ein Thema, das die Partei beschäftigen wird, das wird auch ein Spießrutenlauf sein innerhalb der Partei, aber er meint schon, dass das die Zukunft wäre und er persönlich möchte sich dem Thema, so habe ich es verstanden, schon widmen, in der Hinsicht, dass er auch einen Muslim, eine Muslima in der SVP mitarbeiten kann. Er hat die CDU/CSU als Beispiel angeführt, wo es halt auch einige Muslime in Positionen gibt, und auf längere Sicht hat er schon gemeint...

V.W.: Das glaube ich ihm auch. Die Frage ist nur, inwieweit ist er da vielleicht zu fortschrittlich für die Grundsätze der SVP. Dann kommt es immer, ich glaube, es gibt schon einige albanische SVP-Mitglieder, wenn ich mich nicht täusche. Die sind zwar vielleicht Muslime, aber (unverst. Satz)

H.P.: Der Philipp hat zu mir gesagt, weil ich ihn eben auch darauf angesprochen habe, das mit dem christlich, weil er gesagt hat, christlich-soziale Werte, ob das mit der anderen Religion sich ausgeht, hat er gemeint, wenn jemand die grundlegenden Werte, die er halt als christlich-sozial bezeichnet teilt, also Achtung vor demokratischen Wertesystem...

V.W.: Das glaube ich ihm alles...

H.P.: Dann, hat er gesagt, ist es auch für ihn kein Problem, wenn der ein Muslim ist.

V.W.: Glaube ich ihm sofort. Die Frage ist halt, was passiert, wenn (unverst. Satz), ob dann die ganze SVP so liberal ist, weiß ich nicht.

H.P.: Vielleicht ein Spaltungsgrund auch für die SVP innerhalb...

V.W.: Könnte sein, weil ich glaube nicht, dass sie sich freuen würden, wenn plötzlich jemand mit Kopftuch möchte für die SVP kandidieren, glaube ich nicht, obwohl sie vielleicht christlich-soziale Werte vertritt. Aber, ok.

H.P.: Ok. Dann zum letzten Bereich: Kanada/Quebec und Spanien/Katalonien sind Minderheiten, mit deren Situation Südtirol vergleichbar ist. In beiden Fällen versuchen die Minderheiten, ausländische Staatsbürger in ihre Sprachgruppe zu integrieren. In Südtirol gibt es diese Tendenz von Seiten der deutschsprachigen Bevölkerung meiner Meinung nach weniger. Wie schätzt du das ein und warum kann das so sein?

V.W.: Warum das in Südtirol nicht so ist? Mh, ich glaube Quebec wird gerne als Beispiel verwendet, wobei ich es nicht so als positives Beispiel sehen würde. Erstens, Quebec hat die Möglichkeit, hat die Möglichkeit, nicht nur wie italienische Regionen/Provinzen die Quoten festzulegen, sondern direkt die Ausländer anzuwerben, das heißt sie betreiben schon eine bestimmte Selektion, im Vorfeld, in das System. Also wird schon im Vorfeld ein bisschen darauf hingearbeitet, dass bestimmte Art von Migranten anzuwerben, die sich dann auch so integrieren. Eine Sache, die in Europa einfach nicht möglich ist, hat auch wieder ein schlechtes und ein gutes Zeichen. Und das Zweite ist, in Quebec betreibt man eine starke Assimilationspolitik, die französische Sprache wird mehr unterstützt als die Englische. Wie ich schon gesagt habe, dass ist dann immer eine Frage von, hm, ist es a), genuin liberale Politik oder ist es nur eine auf den ersten Blick liberale Politik. Weil in dem Moment, wo ich die Möglichkeit gebe, ich habe zwar eine Möglichkeit, dass die anderen Ansicht waren, aber nur eine bestimmte Art. Katalonien ist eben, wie ich schon gesagt habe, es wird weniger die Wahl geboten, aus (unverst. Wort) zu wahren, wobei sich auch die Frage stellt, wie getrennt ist die Gesellschaft in Katalonien. Ist es vielleicht, viel mehr, dass in Südtirol das Denken in den Sprachgruppen so stark ist, dass man die Trennung viel stärker sieht wie vielleicht in Katalonien, die Trennung zwischen Spanisch und Katalonisch ist nicht augenscheinlich, und ist nicht so, wird nicht so gelebt und hat keine institutionelle Konsequenzen. Die Frage ist dann, ob die Gesellschaft, die es in Katalanien gibt, ob diese vielleicht auch vereinfacht zu sagen, „Wir sind alle Katalanen“, egal ob wir aus Marokko oder Peru kommen, hauptsächlich wir fühlen uns der katalanischen Gesellschaft zugehörig, man versucht, Katalanisch zu reden...die Frage ist auch ein bisschen, was heißt denn eigentlich „Katalanisch“ sein? Und vielleicht ist in Südtirol noch viel mehr, dass die Definition von Südtiroler-Sein noch viel mehr an die Sprachgruppen

gebunden. Dass sie es deshalb nicht so einfach machen und sagen, „Wir sind alle Südtiroler“. Das ist in Katalanien glaube ich viel einfacher als in Südtirol. Das vielleicht augenscheinlichste Beispiel, wie sagt man, von der SNP, der Schottischen Nationalpartei, die sagt ja, „Schottland ist eine multikulturelle Gesellschaft, wir sind alles Schotten, alle die da wohnen“, also nur wohnen, da muss man nicht einmal die Sprache können, wobei immer die Frage ist, die schottische Sprache gibt es ja nicht, also ist eh Englisch, und sonst braucht es keine Merkmale, um Schottisch zu sein für die Partei. Und deswegen ist es, glaube ich, auch viel einfacher zu sagen, „Wir sind alles Schotten“, wie wenn man hingegen eine Sicht hat, jetzt nehme ich einmal die Ladinier her. Im Ladinischen sind wir schon, wir müssen nicht Ladinisch reden, ein bisschen Ladinisch reden und ein bisschen Ladinisch verstehen, und in die Augen von einigen anderen Ladinern müsste man vielleicht nur in Ladinien geboren sein, oder eine ladinische Mutter haben, keine Ahnung. Vielleicht nicht so einfach, den man durch Willen sehen kann, wie vielleicht Schottland, (unverst. Satz)

H.P.: Mh, dann gibt's da sicher einfach, fehlt in Südtirol einfach auch aufgrund der Geschichte oder aufgrund des Patriotismus oder der Traditionen in Südtirol, die vielleicht mehr verlangt von einem ausländischen Staatsbürger, der vielleicht sogar eine Sprache sprechen kann, und am besten vielleicht sogar zwei Sprachen sprechen sollte

V.W.: und den Dialekt...

H.P. : und den Dialekt, also eigentlich drei Sprachen, sich an Bräuche und Gegebenheiten doch auch sehr, eine Gesellschaft, die nichts verlieren will, sich auch anpassen sollte....

V.W.: Ich glaube, das ist aber, in Südtirol fehlt eine sprachgruppenübergreifenden Identität, und ich glaube, das wirkt sich auch auf die Eingliederung von Migranten aus. Weil es ist nicht eine gemeinsame Wir-Gesellschaftsdenken, sondern vielmehr ein Gruppendenken, das sich immer in kleine Splittergruppen aufteilt, und das glaube ich, beeinträchtigt stark die Migranten bei ihrem, und das ist vielleicht auch, wo Südtirol sich unterscheidet von den anderen Fällen, von Katalonien, Québec ist grenzwertig, weil auch in Québec sehr (unverst. Wort), Schottland. Interessant ist auch Belgien mit Flandern und Wallonien, ein wenig zu schauen, da ist auch ein starkes Gruppendenken und es wird stark auf Migranten übertragen. Deswegen glaube ich schon, diese fehlende, gesellschaftsübergreifende Ebene, die charakterisiert auch den Umgang mit Migranten.

H.P.: Kann man sagen, also die, dass vielleicht die, auf den Umgang der Sprachgruppen Südtirols zurückzuführen ist, wie diese Gesellschaft dann auch wiederum mit einer neuen Gruppe umgeht...

V.W.: An diese Regelung, ich weiß nicht, ob ich sie dir erklärt habe, (unverst. Satz), das war glaube ich ein Versuch, das Sprachgruppendenken auf Migranten zu übertragen. Andererseits, wenn man sich ein wenig die sprachlichen Kompetenzzentren anschaut, also im Bereich von den ganzen, dann ist das eines von den wenigen, und eines von den ersten Einrichtungen, die sprachgruppenübergreifend errichtet worden ist. Zwar immer noch ein bisschen Fokus auf die deutsche, es gibt ja deutsche, italienische, ladinische (unverst. Wort); Das Kompetenzzentrum für einheimische und ausländische Kinder ist aber stadtübergreifend am deutschen pädagogischen Institut angesiedelt, aber die Zusammenarbeit von allen Mitarbeitern, von allen drei...und das ist eben nicht eine Stelle, wo es eine Verdrittung oder eine Verdoppelung gegeben hat, sondern es gibt eine Stelle. Und das ist vielleicht, das habe ich vielleicht auch vorhin in dem Paper gemeint, das ist vielleicht auch das Zeichen, dass jemand vielleicht dazukommen kann, (unverst. Satz), aber effektiv, wenn es um konkrete Politiken geht oder um solche Bereiche, macht ihnen die vielleicht das Pragmatische am Ende auch (unverst. Wort) übergreifend sein, ob das Kompetenzzentrum funktioniert oder nicht funktioniert, ist eine ganz andere Frage in vielerlei Hinsicht. Vor allem Lehrpersonen, Praktiker, die sagen, sinnlos, aber ok. Zumindest die Stelle an sich, wie sie eingerichtet ist, ist eine sprachgruppenübergreifende und es ist interessant zu sehen, dass gerade in diesem Bereich Migration, wo das Sprachgruppendenken immer so von den Freiheitlichen, und zum Teil auch von der SVP, in den Vordergrund gesetzt worden ist, eine Stelle errichtet wird, ich glaube, die ist sicher schon 2009/2010 errichtet worden, dass nachher die am Ende zu etwas anderem geworden ist.

H.P.: Wenn du jetzt in die Zukunft blickst, wie glaubst du, dass sich das Sprachgruppendenken in Südtirol, das Denken in Sprachgruppen also auch langsam, langsam eher ein bisschen bröckelt und dass das auch eine Chance wäre für, sozusagen, vielleicht eine Südtiroler Gesellschaft, die sich ihrer Heterogenität auch bewusst ist und die vielleicht auch ausländische StaatsbürgerInnen vielleicht mehr integriert?

V.W.: Mm, Ich glaube schon, dass es langfristig gesehen eine Überwindung von diesem Sprachgruppendenken gibt, aber ob das jetzt mein persönliches Wunschdenken ist oder nicht, das sei dahingestellt, allerdings, wenn man es ein bisschen, grad die letzten Parlamentswahlen anschauen, wenn sich der Palermo als Kandidat von SVP und PD und die Aussage von Theiner Richtung Autonomiestatut, dann deutet es darauf hin. Wobei, mit den ganzen internen SVP-Problemen, die es gerade gibt, Rücktritt Theiner, Nicht-Rücktritt, keine Ahnung. Und die Position von Kompatscher im dem Bereich, keine Ahnung, kennt man noch nicht. Ich glaube auf jeden Fall, dass der Wahlkampf im Herbst noch spannend wird, auch was das betrifft. Weil ich glaube, dass ziemlich Aussagen dazu kommen, ich glaube, dass das Thema auch aufgegriffen werden muss...

H.P.: Das Thema der Sprachgruppen oder der Integration?

V.W.: Beides. Aber ich glaube, da ist die SVP wohl selbst noch nicht klar...

H.P.: Meine letzte Frage wäre, welche Rolle hat das Selbstverständnis der SVP als Partei der deutschen und ladinischen Minderheit in ihrem Umgang mit ausländischen StaatsbürgerInnen gespielt?

V.W.: Die Frage bezieht sich auf das, die Martha Stocker verkörpert eine bestimmte Art der Politik...

H.P.: Genau, das wir eine Minderheit sind, und wir einer anderen Minderheit gegenüber...

V.W.: Da ist halt auch wieder die Frage, wie entwickelt sich die Partei? Entwickelt sie sich mehr in Richtung Regionalpartei oder bleibt sie auf der Minderheitenparteilinie? Und ich glaube, ich würde mir wünschen, dass sie sich Richtung Regionalpartei entwickelt, aber (Pause) ob das so sein wird, weiß ich nicht...

H.P.: Der Philipp (Achammer) hat gesagt, weil ich ihn darauf angesprochen habe, ob es Richtung Regionalpartei oder Richtung Minderheitenpartei geht, ich habe ihn darauf angesprochen, dass die Roberta Medda-Windischer eine eher defensive Haltung der SVP gegenüber der Migration/Integration von Ausländern in Südtirol gibt...

V.W.: Defensiv, du meinst es ist richtig so, dass die SVP eine Minderheitenposition einnimmt?

H.P.: Einfach so, dass die defensive Haltung aufgrund ihres Selbstverständnisses als Schutzpartei der deutschen und ladinischen Minderheit, ein defensives Verhalten, also dass, „Wir haben lange um unsere Rechte kämpfen müssen“, so formuliere ich es jetzt einmal, und deswegen halt auch eine gewisse Skepsis, eine gewisse Distanz. Und auf das habe ich ihn angesprochen, und er hat dann gemeint, „Stimmt, kann man schon so sagen“, aber er hat eben auch gesagt, dass er will, dass die deutsche Sprachgruppe und ich denke auch die Landesregierung auch mehr um das Thema Integration bemüht, auch zusammen vielleicht das Assessorat für Soziales, wo auch Integration dabei ist, auch die SVP selber führt, in diese Richtung hat er dann argumentiert.

V.W.: Die Zielerhaltung der SVP, ob man die wirklich rechtfertigen kann mit der Minderheiten, vor allem mit der Argumentation, wie es die Roberta macht, wir haben lange um unsere Rechte gekämpft, kann man so sehen, muss man nicht so sehen. Man könnte auch das Gegenargument bringen und sagen, warum sind unterdrückte Gruppen, warum nehmen sie ihre Form der Unterdrückung nicht und multiplizieren sie im Verhältnis oder im Umgang mit anderen Gruppen?

H.P.: Du meinst, die wissen, was ihnen erfahren ist, wie sie es getan haben, das sozusagen den anderen ersparen?

V.W.: Genau, könnte man auch tun.

H.P.: Darf ich nur noch fragen, was meinst du unter Regionalpartei?

V.W.: Regionalpartei, die sich nicht aufgrund einer Minderheit, die sich nicht definiert als Partei einer Minderheit, sondern als Partei einer Region, z.B. Lega Nord definiert sich als Partei Padaniens. Padanien als Region oder als politische Region. Oder wie die schottische Nationalpartei, die sich definiert als die Partei der Schotten, aber Schottland nicht als ethnisches, nicht als ethno-zentriert sondern als regionalistisch.

H.P.: Ok, das waren eigentlich meine Fragen. Danke für das Interview.

Transkription Interview Prof. Günther Pallaver; 11.6.2013; Universität Innsbruck

H.P.: Also wie gesagt, ich beschäftige mich vor allem mit zwei Dokumenten, einmal das Positionspapier „Fordern und Fördern“ und das Integrationsgesetz. Ich untersuche die dann auch mit einer qualitativen Inhaltsanalyse, habe einen analytischen Rahmen von Integration erarbeitet.

Die erste Frage wäre, wie beurteilen Sie, auch anhand dieser beiden Dokumente, das Positionspapier und das Integrationsgesetz, die politische Position der SVP zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol?

G.P.: Ich habe das Integrationspapier gelesen, aber ich habe es jetzt nicht mehr so präsent, insofern...

H.P.: Ja, sie können auch nur eine grundsätzliche Antwort geben...

G.P.: Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich sie mir vorher noch angeschaut. Anyway, unabhängig von diesen Positionspapieren, die Politik der Volkspartei in Bezug auf Integrationsfragen können wir das verallgemeinern.

H.P.: Genau.

G.P.: Also, die Volkspartei verhält sich relativ gemäßigt, im Sinne von, nach meiner Ansicht hat sie in der letzten Zeit eine Position eingenommen, die auf der unteren Ebene so schon gewisse Vorbehalte, aber es ist eher so „strisciante“, wie man so sagt auf gut deutsch, nicht

(schmunzelt)Aber das ist ja nicht das einzige (unverst. Wort), weil die Volkspartei bei bestimmten Themen die Themenführerschaft nicht hat und darum gemerkt hat, dass es für sie zwecklos ist, da sozusagen nur bis auf halbweg zu gehen. Zum Beispiel reden wir jetzt von der Selbstbestimmung, da hat sie eine „casiens lavians“ gehabt, aber sie kann nicht die Position der Freiheitlichen oder der Südtiroler Freiheit einnehmen, das ist „perdente“, sie verliert dann, weil sie sozusagen nicht zum „Schmied“ werden kann, sie bleibt immer der „Schmiedl“, und das gleiche ist auch mit der Ausländerfrage. Also, es gibt in Südtirol Parteien, die in der Ausländerfrage ganz viel radikalere Positionen vertreten, die SVP kann nicht radikale Positionen vertreten, insofern verhält sie sich sozusagen auf zweiter Ebene. Natürlich müssen sie die Bedürfnisse der eigenen Wählerschaft berücksichtigen, aber sie macht es sehr gedämpft einfach, und ein bisschen durch die Hintertür. Und außerdem muss man zugestehen, dass der Landeshauptmann in der Hinsicht immer eine Position vertreten hat, nach außen hin, als Antithese zu den anderen Parteien, was sagt, „die ausländischen Arbeitskräfte sind notwendig, und und und...und das ist natürlich immer positiv, eben in Bezug auf die ausländischen Arbeitskräfte oder insgesamt für die „extracommunitari“ aussprechen, wobei es sozusagen beim (unverst. Wort) Akteure gibt, die auf der unteren Ebene eben versuchen, die politische Klientel, die sie natürlich haben, dementsprechend zu bedienen. Das ist so mein Eindruck, grad durch das Integrationsgesetz, das war für mich so der Beleg, der eigentliche, dass sie zwar nicht herunterfahren, gegen die ausländerfeindlichen Parolen der anderen Parteien, aber ganz kann man es nicht abschieben, deshalb, sagen wir, nach ihren Worten, eine „vernünftige Politik, eine vernünftige Ausländerpolitik“.

H.P.: Welche verschiedenen Interessen glauben Sie gibt es innerhalb der SVP in dieser Thematik? Einmal der Wirtschaftsflügel, einmal der Arbeitnehmerflügel, es gibt auch ein bisschen einen sozialen Flügel meiner Ansicht nach. Welchen Einfluss haben da die verschiedenen Fraktionen?

G.P.: Ja, die Volkspartei ist natürlich intern stark fragmentiert, die Flügel, die sie schon aufgezählt haben. Aber es gibt natürlich nicht nur Interessensgruppierungen, wie Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Frauen, Junge, was weiß ich was sie alles haben, sondern es gibt natürlich auch ein breites politisches, ideologisches Spektrum. Und da gibt es natürlich die aufgeklärten Kapitalisten, es gibt die Arbeitnehmerseite, aber es gibt natürlich auch in dem (Unverst. Wort) zwischen links-rechts (unverst. Wort), es gibt sozusagen wenig links, die Achse geht stark nach rechts. Und da gibt es natürlich auch sehr nationale bis nationalistische Positionen, wenn wir beispielsweise die in der Volkspartei angesiedelte „Arbeitsgruppe Heimat“ anschauen, die hat eine andere Position zu den Ausländern als natürlich die Arbeitgebergruppe. Die Vertreter aus der Wirtschaft in der Volkspartei natürlich wissen, dass sie die Arbeitskräfte brauchen, insofern hört man von dieser Seite kaum etwas, während natürlich vom nationalen Flügel sporadisch,

aber immer wieder, vor allem intern, auf der unteren Ebene, das Problem der Überfremdung, das Problem der Schule und des Kindergartens, also da kommen nämlich unterschiedliche Issues zum Vorschein, die natürlich Druck innerhalb der Volkspartei machen. Wenn der Landeshauptmann den Vorschlag einer Schule nur für ausländische Kinder eingebracht hat, ist das die Konsequenz dieses Drucks natürlich. Mit dem Druck muss man umgehen, also muss man einen Lösungsvorschlag präsentieren, das wäre sozusagen sicherlich im Sinne dieses National-Flügels oder der wirtschaftliche Flügel, ein Modell sozusagen, dass das Problem der Überfremdung, was weiß ich was alles, zumindest einigermaßen in den Griff bekommen. Also insofern wird von diesem nationalen, nationalistischen Flügel weniger (unverst. Wort), sondern Themenfelder angesprochen, wo man intervenieren müsste. Sprich vor allem die Schule, aber eben auch was die sozialen Leistungen betrifft. Und so, ist halt innerhalb der Partei ein Flügel, der Druck macht. Noch ist dieser Druck, noch sind noch nicht alle Tore geöffnet, es gibt auch Gegendruck, weil es eben unterschiedliche Interessen gibt und dann versuchen sie halt einen Kompromiss innerhalb der Partei zu finden, der momentan, Gott lob, relativ auf der unteren Ebene angesiedelt ist, was eben die verbale, den verbalen Radikalismus betrifft in Bezug auf die Ausländer.

H.P.: Mh. Weil Sie das vom Herrn Landeshauptmann Durnwalder angesprochen haben, den Vorschlag zu den getrennten Schulen...

G.P.: Ja

H.P.: 2008 war es ja auch so, dass die SVP vor dem Wahlkampf eine deutlich restriktivere Rhetorik bezüglich Migration/Integration gehabt hat als nachher. Glauben Sie, dass das jetzt im Wahlkampf auch wieder zum Vorschein kommen könnte?

G.P.: Kann natürlich zum Vorschein kommen, kann zum Vorschein kommen, genau wie es 2008 war, wo natürlich die Freiheitlichen mit Fragen zu den Ausländern gepunktet haben, unter anderem. Wir haben ganz eine Untersuchung über die Themen in den Medien gemacht, nicht, und da kommt es schon zum Vorschein. Auch Wahlwerbespots, haben die Freiheitlichen auch (unverst. Wort), natürlich, die Volkspartei kann das Thema nicht ausschließlich den anderen überlassen, muss natürlich auch Stellung nehmen. Auf ihre Art und Weise eine vernünftige (betont), wie sie sagt, eine vernünftige Politik, ich nehme an, dass das auch bei diesen Wahlen wieder der Fall sein wird, wo die Volkspartei eben eine vernünftige (betont) Ausländerpolitik als Antithese zur, wenn jemand vernünftig ist, ist die andere eben unvernünftig.

H.P.: Mh. Also das Positionspapier „Fordern und Fördern“ aus dem Jahre 2010 klingt relativ integrationsfreundlich...

G.P.: Da war der Theiner auch dabei, oder?

H.P.: Da war der Theiner auch dabei...

G.P.: Genau...

H.P.: Und eben integrationsfreundlicher als Stellungnahmen, die früher abgegeben wurden. Hingegen das Integrationsgesetz klingt dann weniger integrationsfreundlich meiner Meinung nach und ist halt vor allem inhaltsleerer. Was glauben Sie denn, was bei beiden Dokumenten welche Motive der SVP dahinterstecken?

G.P.: Ja, eines ist das Dokument, das parteiintern verabschiedet worden ist, und das andere ist eben ein Gesetz, das im Landtag verabschiedet worden ist, wo eben hier auch andere Parteien an diesem Gesetz mitgewirkt haben, nicht? Und die Volkspartei hat offensichtlich, weil es für sie ein heißes Thema ist, in einigen Punkten den Parteien, die eine schärfere Gangart betreiben, eben nachgegeben, um sich hier nicht dem Vorwurf einer zu offenen Integrationspolitik ausgesetzt zu sehen, von der Konkurrenz. Und deshalb ist natürlich...vorher sind sie allein, und jetzt sind sie nicht allein, und das ist der Unterschied. Und der Druck seitens dieser Parteien ist dementsprechend hoch, das haben sie in der Partei natürlich nicht gehabt.

H.P.: Mh. Glauben Sie, weil es hat ja jetzt lange gedauert, bis das Integrationsgesetz dann beschlossen wurde, glauben Sie, dass die SVP mit dem auch sagen wollte, „So liebe Südtiroler, schaut her, wir haben etwas getan, wir machen etwas in diese Richtung“, dass man auch der Opposition Wind aus den Segeln nimmt?

G.P.: Ja, dieses Gesetz ist von der Volkspartei gebracht worden...

H.P.: Genau...

G.P.: es ist also von der Regierung, also insofern geht es genau in diese Richtung. Die Regierung, in dem Sinn Volkspartei, wir sind aktiv, gehen auch in die Auseinandersetzung, und wir bringen eben Maßnahmen, um dieses Problem zu lösen. Das (unverst. Wort) so Maßnahmen, Schritte, um eben den anderen Parteien, die hier also offensichtlich die Themenführerschaft haben, auch wieder (unverst. Wort). Nicht die Oppositionspartei hat einen Regierungsentwurf eingebracht, sondern die Regierungspartei. Also in dem Sinne, eine proaktive Initiative der Regierung und in dem Sinne der Volkspartei.

H.P.: Mh. Jetzt möchte ich eine Frage stellen zum Bereich Ethnizität in Südtirol und Verbindung zur Migration. Welche Rolle spielt denn ihrer Meinung nach das Selbstverständnis der SVP als ethnische Minderheitenpartei im Umgang mit ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol?

G.P.: Ja, die Volkspartei betrachtet sich nach wie vor als ethnische Minderheitenpartei. In der Vergangenheit...erstens muss man einmal folgendes sagen: Die Volkspartei vertritt zwei ethnische Minderheiten, die deutschsprachige und die ladinischsprachige. Drittens, die Volkspartei hat seit dem Jahre 1945, ihrer Gründung, hat immer wieder italienische Mitglieder gehabt und hat sie nach wie vor. Das ist offiziell zu sagen, nicht verankert und formal nicht abgesegnet, die politische Praxis. Vor allem im Unterland, Italiener in der Peripherie haben sich immer schon in die Volkspartei eingeschrieben. Drittens eben. Viertens, das Verhältnis zu den Ausländern. Das Verhältnis zu den Ausländern sieht die Volkspartei nach meiner Ansicht unter zwei Aspekten, und zwar auf der einen Seite sieht die Volkspartei, dass der Großteil der Ita, der extracommunitari, um diesen schrecklichen Begriff zu verwenden, nicht, der Großteil der extracommunitari besucht die italienische Schule. Also insofern ist das gewissermaßen ein Problem der Italiener, nicht, also was die ethnische Seite betrifft. Auf der anderen Seite ist die Volkspartei nicht interessiert, dass die italienische Sprachgruppe zunimmt. Wir wissen auch, dass der Großteil der extracommunitari, sofern sie sich eben der Zweisprachigkeit, der Sprachgruppenzugehörigkeit unterwerfen, müssen sich für die italienische Sprachgruppe bekennen. Das machen sie dann (unverst. Worte) Allerdings, die Volkspartei hat ja auch vor einem Jahr die These vertreten, dass es wichtig ist, eben die extracommunitari zu integrieren, aber die sollten sozusagen nicht zur italienischen Seite blicken, sondern zur deutschsprachigen Seite blicken. Also in dem Sinne, nicht ausgesprochen, aber explizit, die Kinder sollten gewissermaßen „germanisiert“ werden, nicht italienisiert, sondern germanisiert, nicht? Das ist die Haltung der Volkspartei dazu. Ethnische Fragen, was die Einwanderung betrifft, aber natürlich hat sie auch das Problem, dass die „4. Sprachgruppe“, die vielen AusländerInnen, eben in der Zwischenzeit einen höheren Prozentsatz aufweisen als die ladinische Sprachgruppe. Da gibt es einen Diskurs, dem sich die Volkspartei auch nicht entziehen kann, weil dieses Thema wird vor allem von der Südtiroler Freiheit aufgegriffen, das ist ein Thema, das von dort kommt, darum muss man sich damit auseinandersetzen. Und die Volkspartei steht vor dem Problem, dass auch mit der Anzahl der AusländerInnen, die in Südtirol sind, in Bezug auf dieses ethnische Problem der ladinischen Minderheit, die also jetzt sozusagen die dritte Minderheit in der Minderheit ist.

H.P.: Mh. Also ich kann mir nicht vorstellen, dass Südtirol, also weil, vielleicht könnte man Südtirol in dieser Hinsicht vielleicht mit Quebec oder Katalanien, also sie haben gesagt, die SVP versucht schon auch, Bestrebungen, diese extracommunitari in die deutsche Sprachgruppe zu integrieren...

G.P.: Ja...

H.P.: Also sie können sich nicht vorstellen, dass es da einmal einen Ansatz gibt, oder dass die SVP versucht, wirklich...denen es schmackhaft zu machen, die deutsche Sprache zu erlernen,

sich wirklich in die deutsche Sprachgruppe zu assimilieren, so wie es auch in Québec der Fall ist...

G.P.: Das habe ich ja gerade vorher gesagt.

H.P.: Jaja.

G.P.: Die Volkspartei ist interessiert, dass sie nicht ItalienerInnen werden, sondern Deutsche.

H.P.: Ja.

G.P.: Also Integration in die deutsche Sprachgruppe. Es ist natürlich, es funktioniert in der Praxis ja auch so, wenn man den Unterschied Zentrum- Peripherie anschauen. Die AusländerInnen sind mehrheitlich in Zentren angesiedelt, in Bozen und in Meran. In Bozen ist die, also die meisten AusländerInnen sind in Bozen, im Zentrum. Während in der Peripherie die AusländerInnen, die sind... die Kinder reden Dialekt wie wir zwei. Teilnehmende Beobachtung genügt, wenn man sieht, was da passiert. Es passiert aber nicht nur mit den AusländerInnen, es passiert auch mit den ItalienerInnen. In diesem Sinne, die Peripherie ist gewissermaßen germanisiert worden, aufgrund von, erstens die Italiener sind abgewandert aufgrund wirtschaftlichen Entwicklungen. Denken wir an das Vinschgau, waren in Laas Arbeiter und Kinder noch und nöcher, dann hat eine Wirtschaftskrise gegeben, dann ist der Steinbruchabbau zurückgegangen, und jetzt, es gibt ja nur noch Mittelpunkt, Volksschule und Mittelschule in Schlanders.

H.P.: Mh.

G.P.: Oder im Pustertal. Sagen wir, die jüngere Generation von Italienern und in dem Sinne auch von AusländerInnen die werden ohne Druck integriert, weil sie Schule gehen, und leben auf der Straße, spielen Fußball (unverst. Worte). Weil da, wo die meisten AusländerInnen leben, in dem Sinne, die Volkspartei versucht eben diese Integration, sie hat die Möglichkeit, das in der Peripherie zu tun, in Bozen sind die Rahmenbedingungen völlig anders, da hat sie gewissermaßen weniger Zugang zu der Gruppe. Da hat sie natürlich, wie hat der Theiner das einmal gesagt, man versucht, dass sie eben beide Sprachen, dann auch die deutsche Sprache lernt, aber natürlich, wenn du in eine italienische Schule gehst, lernst du deutsch weniger als wenn du in die deutsche Schule gehst. In Bozen gibt es halt den Trend, dass die AusländerInnen die Kinder in die italienische Schule schicken. Weil sie halt in Italien sind, die Kategorie der Autonomie ist nicht so präsent.

H.P.: Die nächste Frage, die sich auf eine These aus einer parteipolitischen, oder aus einer...also es wäre die These des „Hidden consensus“ zwischen politischen Parteien, wonach Massenparteien keine klare Stellungnahme zu so großen Themenbereichen wie Migration

abgeben, sich nicht klar positionieren, sondern dass lieber in die verschiedenen Facetten des Bereiches vor, in der tagtäglichen Politik versuchen pragmatisch zu regeln, und abseits der Öffentlichkeit. Interesse dabei ist natürlich auch, die eigene Wählerschaft und auch parteiinterne Fraktionen nicht abzuschrecken, wenn was in die Öffentlichkeit dringt. Trifft diese These ihrer Meinung nach auch auf die SVP zu?

G.P.: Trifft auch auf die Volkspartei zu, das ist eindeutig. Wenn wir die politische Praxis betrachten, es funktioniert genau wie die (unverst. Wort), (unverst. Satz), man versucht die internen Fraktionen nicht zu brüskieren, das Problem der Volkspartei ist natürlich immer der Grundkonsens innerhalb der Partei. Und deshalb kann man nicht nur eine Position vertreten, da muss man eben pragmatisch vorgehen. Und so geht sie auch vor, das haben wir auch beim Gesetz gesehen, da geht sie eher pragmatisch vor, weniger ideologisch, also insofern kann man der These zustimmen.

H.P.: Welchen Einfluss hat ihrer Meinung nach die restriktive Integrationspolitik der Freiheitlichen Partei auf die Position der SVP?

G.P.: Ja, also während z.B. 2008 nicht nur die Volkspartei eine andere Position zur Ausländerfrage gehabt hat als heute, könnte man die erste Frage auch (unverst. Wort). Die Volkspartei hat da starken Druck von Seiten der Freiheitlichen gespürt, und hat reagiert, in der Meinung, man könnte das Problem sozusagen insofern lösen, als man eine zumindest gleich scharfe Position als die Freiheitlichen einnimmt. Das hat sich als nicht zielführend erwiesen, aus mehreren Gründen, eben, um es plakativ zu sagen, die Wähler gehen immer zum Schmied und nicht zum Schmiedl, und die Volkspartei ist eine sehr lernfähige Partei und hat sich von diesen Positionen, von diesen harten Positionen verabschiedet sehr schnell, weil sie gesehen hat, dass das auch innerparteilich zu Problemen führt, da findet man keinen Grundkonsens, und hat sich dann eben auf diese definitive Position des Pragmatismus zurückgezogen, und eben Lösungen von Fall zu Fall. Insofern, noch ist die Volkspartei also eine Partei, die denn dann hält, was also die Ausländerfeindlichkeit explizit betrifft, also die Volkspartei ist keine explizit populistisch ausländerfeindliche Partei, wissend, dass sie auf dem Terrain nicht punkten kann gegenüber den Freiheitlichen vor allem. Und man muss froh sein, dass sie zumindest diese Erkenntnis irgendeinmal gehabt hat, nicht? (schmunzelt) Und sich zumindest, also wirklich, sagen wir, in der Hinsicht ruhig verhält, oder um die Worte der Volkspartei zu verwenden, „vernünftig verhält“.

H.P.: Ich habe mit dem SVP-Parteisekretär Achammer auch geredet, und er hat gesagt, im Interview hat er vor allem den Ansatz „Integration durch Leistung“ vom österreichischen Integrationsstaatssekretär Kurz immer wieder gelobt und als positives Beispiel genannt. Haben

Sie den Eindruck, dass im Integrationsverständnis der SVP auch mehr das Fordern als das Fördern, also mehr sozusagen die Leistung als die Unterstützung im Vordergrund steht?

G.P.: Gut, jetzt rein aus der Diskursebene, wird ja immer darauf hingewiesen, vom Landeshauptmann, auch anderen, dass die ausländischen MitbürgerInnen für die Wirtschaftsleistung des Landes ihren Beitrag leisten. Und die These lautet: „Wenn einer ordentlich arbeitet, dann soll er auch Kopf über dem Dach haben, gesicherte Arbeitsverhältnisse und und und, das wäre eigentlich ganz banal die These vom Durnwalder, wie er es gestern auch ausgesprochen hat. Die Frage des Förderns ist natürlich in Zeiten wo die Ressourcen knapp werden grundsätzlich ein Problem. Und dass da vielleicht eben auch die AusländerInnen die ersten sind, die es zu spüren bekommen, allerdings, wenn man das Integrationsgesetz von der Volkspartei anschaut, das ist natürlich nicht explizit gegen die Ausländer, sondern das ist, müssen allgemeine Grundsätze vertreten, das gilt natürlich für die in Südtirol lebenden genauso, und in der Zwischenzeit hat der Verfassungsgerichtshof, wie sie vielleicht wissen, die fünfjährige Ansässigkeitsklausel aufgehoben. Das ist jetzt natürlich durch die Hintertür eine Maßnahme gegen die Ausländer da sein, niemand wird natürlich sagen, auch gegen die Trentiner, weil es ist interessant, dass die Identifizierung der Bevölkerung unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit mit dem Land Südtirol und vor allem auch den Gemeinden ein sehr hoher ist, also italienweit ist es ein unglaublich hoher Identifikationswert. Und vor allem wird in dem Zusammenhang auch die hohe Qualität des Outputs, des politischen Outputs gelobt: Das Sanitätswesen funktioniert, das Verkehrswesen funktioniert, alles funktioniert sozusagen, nicht? Und insofern, also von der Bevölkerung, Italiener, Deutsche, Ladiner, also eine hohe Wertschätzung, (unverst. Wort), es gibt jetzt kaum Untersuchungen im empirischen Sinne, aber ich merke es in teilnehmender Beobachtung, es gibt für die Italiener, ich kenne unheimlich viele deutschsprachige Südtiroler, die gegen die Landesregierung wettern, und das passt nicht, kaum haben sie die Grenze in Salurn oder am Brenner überschritten, da wird die Politik, da wird das Land verteidigt mit Feuer und Schwert. Und wenn Sozialleistungen gekürzt werden, dann hängt das wahrscheinlich mit ökonomischen Engpässen zusammen. Es ist also nicht unbedingt eine gezielte Maßnahme, natürlich gibt es solche durch die Hintertür einige Maßnahmen, siehe zum Beispiel fünfjährige Ansässigkeit, aber es gibt zum Beispiel zwei Fliegen mit einem Schlag, weil es gibt natürlich, das weiß die Volkspartei und viele andere, dann zum Beispiel Personen, die sich extra in Südtirol ansässig erklären, um Sozialdienste in Anspruch zu nehmen, keine Ausländer, italienische Staatsbürger aus dem Trentino, ich kenne Leute, die von Venedig ihren Wohnsitz nach Südtirol verlegt haben, damit sie zu Dienstleistungen kommen, nicht? Das können Einzelfälle sein, aber aufpassen schwirrt sozusagen im Hinterkopf bei dieser fünfjährigen Ansässigkeitsklausel. Aber natürlich sicherlich in erster Linie die Ausländer betrifft, das war sicher intendiert. So siehts halt aus.

H.P.: Wenn man jetzt die ÖVP und die SVP vergleicht, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten stellen Sie da fest?

G.P.: In Bezug auf die Ausländer?

H.P.: Ja, in Bezug auf die Integration von Ausländern.

G.P.: Ich beschäftige mich mit der ÖVP nicht (lacht), ich weiß es ehrlich gesagt nicht.

H.P.: Ja.

G.P.: Ich weiß, dass der Staatssekretär für Integration ist, aber man sollte zugeben, ich beschäftige mich mit den österreichischen Parteien kaum. Es wäre eine Anmaßung, wenn ich jetzt etwas sagen würde. Was macht die ÖVP da?

H.P.: Die Övp hat halt, seit der Kurz vor eineinhalb, zwei Jahren, seit das Integrationsstaatssekretariat geschaffen wurde, der Kurz hat die Maxime „Integration durch Leistung“. Er hat es schon geschafft, den Diskurs zu versachlichen, weg von diesem, was die ÖVP immer gehabt hat, so ein bisschen subtil gegen die Ausländer Stimmung zu machen, er hat es schon geschafft, das zu versachlichen, aber es ist halt so, meiner Meinung nach, jemand, der nach Österreich kommt, der muss Leistung, der muss Spitzenunternehmer werden oder Spitzensportler, keine Ahnung, dann wird er wirklich auch akzeptiert. Es geht schon in die richtige Richtung die Tendenz, aber von mir aus gesehen, die ÖVP kann natürlich auch aus ihrer Haut nicht heraus oder so. Ich habe dem Kurz nicht zugetraut, oder seinem Sekretariat, dass es so eine vernünftige Integrationspolitik betreibt, aber sie schießt halt manchmal auch übers Ziel hinaus, weil sie nur mehr Leistung, nur ein guter Migrant, wenn er auch Leistung bringt, sozusagen.

G.P.: Naja, das ist schon ein bisschen der Trend der konservativen Parteien, unabhängig von der ÖVP. Und die Volkspartei schaut sicher mit großem Interesse nach Wien, was dort der Staatssekretär macht, der Achammer hat ihn ja eingeladen auch, nicht?

H.P.: Der Achammer hat gesagt, er ist sehr gut befreundet mit dem Kurz...

G.P.: Ja, eben, genau.

H.P.: Der Achammer hat mir auch im Interview gesagt, dass er, dass es für die SVP auch in Zukunft eine Frage sein könnte, ob auch Muslime in der SVP sozusagen, sie haben schon Angebote von Muslimen, die in der SVP mitarbeiten möchten...

G.P.: Ist ja keine katholische Partei auf dem Papier...

H.P.: Na, eben, er hat auch gesagt, es sind zwar christlich-soziale Werte, die sie vertreten, aber (unverst. Wort), ob sie ein muslimisches Glaubensbekenntnis haben oder nicht....

G.P.: Die Volkspartei ist in ihrer Geschichte immer eine sehr pragmatische Partei gewesen. Darum haben sie auch die Italiener genommen, die Mitglieder geworden sind, und in Zukunft werden sie Muslime nehmen. Da bin ich hundertprozentig überzeugt, das wird nicht an die große Glocke gehängt, es wird gemacht, so ist es.

H.P.: Er hat eben auch gesagt, die CSU in Bayern macht es schon viel länger, da gibt es Mitglieder in höheren Stellen...

G.P.: Ja natürlich, die ÖVP auch!

H.P.: Aber wahrscheinlich wird für die SVP meiner Meinung nach schon nochmal, sicher, sie sagen, sie hängen es nicht an die große Glocke, das stimmt, aber es wird schon innerhalb der Partei auch wieder...

G.P.: Das ist genauso wie mit den Italienern, da hat s die Diskussion gegeben, sollen wir die formal aufnehmen dürfen, ja oder nein, aber die Frage ist: Darf ein Italiener Chef der Ortsgruppe werden? Nein, das nicht! Mitglieder dürfen sie werden, weil sonst ist es zu gefährlich. Was ich pragmatisch finde zum Beispiel, in Kardaun, um ein Beispiel zu nennen, schaffen die Italiener es nicht mehr über die Wahlen in den Gemeinderat zu treten, und damit auch nicht mehr in den Gemeindevorstand. Und die Volkspartei sagt: Dann kandidierst du halt auf unserer Liste. Da ist ewig alte, Bürgermeisterstellvertreter Italiener, da kandidiert ein Italiener auf der Liste der Volkspartei, also sehr pragmatisch. Und das wird auch, natürlich gibt es Diskussionen, damals der Zeller hat gesagt: „Na, der Italiener, nichts da, nichts da...“, aber es geht weiter, die Mitglieder werden genommen, dass es nur so eine Freude ist. Und das wird mit den Muslimen genauso der Fall sein.

H.P.: Die Forscherin Medda-Windischer vertritt ja die These, dass die SVP eine defensive Haltung gegenüber Migration, die natürlich aus ihrem Selbstverständnis herrührt, sie sagt auch, dass die SVP ihrer Meinung nach Angst hat, eine „Büchse der Pandora“ zu öffnen, wenn sie sich jetzt zu sehr, natürlich auch in den Spiegel schaut und der eigenen Identität und der Konstellation in Südtirol beschäftigt, dass sozusagen dann das in Bezug auf die Integration von Ausländern wieder mehr aufkommt, dass auch noch viele andere ungelöste Fragen im Zusammenleben zwischen den drei Sprachgruppen...

G.P.: Sicherlich, sicherlich, weil ja die drei Sprachgruppen, die deutschsprachige ist ja interessant von ihrem Selbstverständnis, das ist in der Autonomie, im Autonomiestatut verankert, es gibt die drei offiziell in Südtirol lebenden Sprachgruppen, die auch Rechte besitzen, kollektive Rechte, und dadurch im Einzelnen eben individuelle Rechte, und alles

andere wir möglich weit....man ist eingespielt, (unverst. Wort) ist eingespielt. Ich könnte eine ganze Liste von Problemen aufstellen, die auch unter den Sprachgruppen nach wie vor herrschen, aber es hat sich eingespielt. Und das interessante ist ja, dass es in der Zwischenzeit Koalitionen gibt, Deutsche-Italiener gegen die Ausländer, das ist sozusagen die Konsequenz. Das Land gehört uns, das ist im Statut verankert, soweit ist die Volkspartei, dass sie sagt, die Italiener haben auch das Heimatrecht, die Südtiroler Freiheit sagt das noch nicht, dass die Italiener das Heimatrecht haben, so weit sind wir schon, dass es statuarisch verankert ist, aber die anderen, die kommen, da machen wir gemeinsame Linie, eine Maschinentlinie sozusagen. Weil das wiederum die ganze Architektur, die (unverst. Wort) Architektur und natürlich auch die politische Architektur, ändert. Wenn wir jetzt plötzlich eine, sagen wir so, offensive Ausländerpolitik betreiben würden, wäre es dann denkbar, dass diese Dreiteilung der offiziellen Sprachgruppen aufrecht erhalten bleibt? Mit den ganzen Rechten, die damit verbunden sind, das ganze Autonomiestatut ist durchdrungen vom (unverst.) Ethnischen des Proporzsystems. Und wenn Menschen dann das öffnen, fängt das Ganze an zu wackeln natürlich, kann eine Assymetrie schaffen zwischen den Akteuren, und damit würden natürlich hunderte von Problemen neu aufgegriffen werden, angefangen vom ethnischen Proporz, den man eh abschaffen sollte im Wesentlichen, aber den haben wir nun mal, dann muss man mit dem leben. Bis zu den Schulen, die haben eh schon das Problem, (unverst, Satz), natürlich klar, eine defensive Haltung, aber diese hat nicht nur die Volkspartei, alle, auch die Italiener. Weil es gibt wirklich eine neue Kooperation zwischen , eine negative Kooperation gegen andere.

H.P.: Die Feinde verbünden sich gegen einen neuen Feind...

G.P.: Ja, das kann man immer wieder sehen. Da geht es durch die Bank, die rechten politischen Parteien mit den linken, Einheitsfront, gewissermaßen. Natürlich, die einen machen es eleganter, die anderen ein bisschen offener, aber im Endeffekt läuft es in die Richtung.

H.P.: Danke für das Gespräch.

8.3 Lebenslauf

Persönliche Angaben

Vor- und Zuname	Harald Prosch
Muttersprache	Deutsch
Staatsbürgerschaft	Italienisch

Schulbildung

2011 - 2013	Universität Wien, Master-Studium der Politikwissenschaften
Herbst 2010	Universität Wien, Bachelor-Studiums der Geschichtswissenschaften
2007-2011	Universität Wien, Bachelor-Studium der Politikwissenschaften, Abschluss im Februar 2011
2003-2007	Gewerbeoberschule Fachrichtung Maschinenbau in Bozen – Maturadiplom
2000-2003	Berufsschule für Metall in Brixen
1997-2000	Mittelschule Michael Pacher in Brixen
1992-1997	Grundschule in St. Andrä

Berufserfahrung

Februar/ September 2009	Praktika Wirtschaftsredaktion Wochenmagazin Format
Sommer 2009	Praktikum Pressebüro Südtiroler Volkspartei (SVP)
Februar 2010	Praktikum Politikredaktion Format
Sommer 2010	Praktikum Nachrichten-Online-Portal Südtirol Online (Stol)
August 2011	Praktikum YoungCaritas Wien
Seit Herbst 2010	Trainer YoungCaritas „Käfig League“
Sommer 2012	Praktikum NGO „Organisation für eine solidarische Welt“ in Südtirol

Sprachkenntnisse

Deutsch: ausgezeichnet

Italienisch: gut

Englisch: befriedigend

Hobbies und Interessen

Sport, Freunde treffen, lesen, Politik, Geschichte, soziales Engagement